

Stenographisches Protokoll

117. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 2. Juni 1982

Tagesordnung

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Ing. Gassner (S. 11802),
Burgstaller (S. 11809),
Fauland (S. 11814),
Staatssekretär DDr. Nussbaumer
(S. 11819),
Dr. Jörg Haider (S. 11820) und
Mannsdorff (S. 11824)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 11693)

Entschuldigung (S. 11693)

Geschäftsbehandlung

Feststellung des Präsidenten hinsichtlich Gestaltung einer Zusatzfrage (S. 11703)

Fragestunde (85.)

Inneres (S. 11693)

Elmecker (696/M); Kraft, Dr. Jörg Haider, Fister

Dr. Ofner (704/M); Dr. Puntigam, Probst

Dr. Ofner (705/M); Dr. Höchtel, Dr. Frischenschlager, Haas

Kraft (708/M); Dr. Ofner, Mondl, Dr. Ermacora

Dr. Höchtel (709/M); Dr. Ofner, Fister, Dr. Lichal

Dr. Lichal (710/M); Dr. Ofner, Koppensteiner

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 11705)

Verhandlungen

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 11706)

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher (S. 11711)

Durchführung einer Debatte gemäß § 81 der Geschäftsordnung (S. 11718)

Redner:

Dr. Mock (S. 11718),
Czettel (S. 11728),
Dr. Steger (S. 11733),
Bundesminister Dr. Salcher (S. 11747),
Graf (S. 11751),
Blecha (S. 11760),
Dr. Stix (S. 11768),
Ing. Dittrich (S. 11775),
Dr. Schmidt (S. 11777),
Dr. Taus (S. 11782),
Rechberger (S. 11790),
Dipl.-Ing. Riegler (S. 11792),
Dkfm. Bauer (S. 11798),

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Erarbeitung eines Wirtschaftsbelebungsprogramms zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich (S. 11808) — Ablehnung (S. 11826)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Czettel und Genossen betreffend eine Beschäftigungspolitik unter Vermeidung der Fehler konservativ regierter Länder (S. 11818) — Annahme E 82 (S. 11826)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Aufstockung des Sonderprogramms zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen (S. 11823) — Ablehnung (S. 11826)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Tonn, Schemer und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die Umweltbelastung im Raume Schwechat (1922/J)

Kraft und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend den Gendarmerieposten Suben (1923/J)

Dr. Blenk, Hagspiel, Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die Erweiterung beziehungsweise Aufstockung des Bundesgymnasiums Dornbirn (1924/J)

Koppensteiner, Dr. Paulitsch, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung des ordentlichen Präsenzdienstes bezüglich Wehrpflichtiger, die im Dienste der Österreichischen Bundesbahnen stehen (1925/J)

Huber, Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Aus- beziehungsweise Erweiterungsbauten im Bereich der Haspinger Kaserne in Lienz (1926/J)

Dr. Neisser und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Erhöhung der Bundeszuwendungen an die Forschungsförderungsfonds (1927/J)

11692

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf
die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schwi-
mer und Genossen (1821/AB zu 1803/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage
der Abgeordneten Ingrid Tichy-Schre-
der und Genossen (1822/AB zu 1806/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr.

Schüssel und Genossen (1823/AB zu
1796/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst
auf die Anfrage der Abgeordneten Peter
und Genossen (1824/AB zu 1817/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst
auf die Anfrage der Abgeordneten Grabner
und Genossen (1825/AB zu 1804/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Elisabeth Schmidt, Dr. Ettmayer, Dr. Kohlmaier, Josef Schlager und Brennsteiner.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Dallinger.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Elmecker (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

696/M

Welche Bestrebungen bestehen hinsichtlich einer Intensivierung der Schießausbildung bei der Bundespolizei?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Inneres **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Intensivierung der Schießausbildung bei der Bundespolizei ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß eine Reihe von neuen Anlagen für die Ausbildung errichtet worden ist beziehungsweise eine Adaptierung und Verbesserung bestehender Anlagen durchgeführt wurde.

So zum Beispiel in Wien die Überdachung beziehungsweise der Neubau einer Pistolenschießanlage auf dem Exelberg. In Salzburg ist ein Gewehr- und Pistolenschießstand im neuen geplanten Amtsgebäude vorgesehen. In Linz wurde im neuen Amtsgebäude eine solche Anlage errichtet. In Innsbruck wird sie im Erweiterungsbau noch heuer in Betrieb genommen werden.

Zum zweiten kennzeichnet die Intensivierung der Schießausbildung bei der Bundespolizei die Tatsache eines Mehrverbrauches an Munition.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Elmecker:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Lassen die Waffengebrauchsfälle der letzten Zeit erkennen, daß

wir in der Diskussion um die Umrüstung auch hier neue Tendenzen beschreiben müssen, oder genügt die derzeitige Ausrüstung der Polizei? (Abg. Dr. Lichal: Gehört immer geändert! Das sollten Sie schon wissen!)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Die Waffengebrauchsfälle im Jahre 1981 waren gegenüber jenen im Jahre 1980 nahezu unverändert, und auch im Jahre 1982 hat sich keine wesentliche Änderung ergeben. Es gibt auch keine Informationen darüber, daß etwa jene Schußwaffenausrüstung, die unsere Bundespolizei zur Verfügung hat, nicht ausreichen würde, daß die bestehenden Aufgaben, die nicht anders gelöst werden können — und das ist ja nur in Ausnahmefällen so —, im Zunehmen begriffen sind beziehungsweise die bestehende Bewaffnung zu ihrer Bewältigung nicht ausreicht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft (ÖVP):** Herr Bundesminister! Neben der Notwendigkeit, daß eine genügende Anzahl von Schießplätzen, Schießstätten zur Verfügung steht und eine genügende Anzahl von Stunden für das Übungsschießen vorhanden ist, gehört zu einer optimalen Schießausbildung, glaube ich, eine optimale Waffe. In Steyr wird, wie wir uns überzeugen konnten, eine optimale Waffe erzeugt.

Beabsichtigen Sie, diese neue Waffe aus Steyr — die Pistole meine ich — für alle Exekutivorgane in Österreich einzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Waffe ist bei uns in Erprobung. Bisher hat sich keine Notwendigkeit ergeben, in großem Umfang neue Faustfeuerwaffen für die Bundespolizei anzuschaffen. Selbstverständlich werden wir, wenn sich diese Notwendigkeit stellt — wie auf anderen Gebieten auch, wenn gute inländische Produkte vorhanden sind —, dem Ankauf solcher Produkte besonderes Augenmerk zuwenden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. **Jörg Haider (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bekanntermaßen haben Sie ja durch einen Erlaß verfügt,

11694

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Jörg Haider

daß es zu einer wesentlichen Einschränkung des Gebrauches der Maschinenpistole bei den Exekutivorganen kommt.

Führen Sie diesen Erlaß darauf zurück, daß die Schießausbildung in den letzten Jahren ungenügend war? Hat die Gefahr eines nicht sachgemäßen Einsatzes zu Ihrem Erlaß geführt, der diese an sich wichtige Waffe nur mehr beschränkt einsatzfähig gestattet?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Der von Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, zitierte Erlaß der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, der ausschließlich auf der Meinung von Waffen- und Schießexperten und nicht auf der meinen beruht, ist ausschließlich zu dem Zweck erlassen worden, um jeweils die Waffe dort zum Einsatz zu bringen, wo sie den optimalen Effekt im Sinne eines sicherheitspolizeilichen Einsatzes gewährleistet. Dort, wo also eine umfangreiche Schußleistung pro Zeiteinheit mit großer Streuwirkung und geringem Bedarf an Zielgenauigkeit gegeben ist, wird die Maschinenpistole eingesetzt. Dort, wo gezielte Einzelschüsse notwendig sind, jene Waffen, die diese am besten erlauben.

Präsident: Noch eine Frage: Herr Abgeordneter Fister. Bitte.

Abgeordneter **Fister** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hat die Intensivierung der Schießausbildung zu einer Häufung der Schußwaffengebräuche geführt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben das nicht erwartet, und es ist auch nicht so gekommen. Es gibt keinen sichtbaren Zusammenhang zwischen intensivierter Schießausbildung und vermehrtem Schußwaffengebrauch durch Sicherheits-Exekutivorgane. Das geht ja schon aus der Tatsache hervor, daß die rechtlichen Bestimmungen, denen unsere Polizei und Gendarmerie beim Schußwaffengebrauch unterliegt, unverändert geblieben sind. Die Schießausbildung hat den einzigen und erklärten Sinn, die Treffsicherheit der Beamten zu erhöhen, was sowohl zu ihrem eigenen Schutz als auch zum Schutz der Bevölkerung notwendig ist, insbesondere wenn es darum geht, Unbeteiligte im Falle eines Schußwechsels vor verirrtten Kugeln zu bewahren.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Ofner (FPÖ) an den Herrn Minister.

704/M

Warum wurde bei dem für Gendarmeriezwecke kürzlich getätigten Ankauf von 33 geländegängigen Patrouillenwagen ein ausländisches Erzeugnis dem inländischen Produktionsangebot vorgezogen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die geländegängigen Lada-Taiga-Wagen wurden dem Puch-Produkt ausschließlich deswegen vorgezogen, weil sie nicht einmal die Hälfte dieses Produktes kosten und all jene technischen Eigenschaften aufweisen, die im Gendarmeriedienst von solchen Fahrzeugen verlangt werden.

Präsident: Bitte.

Abgeordneter **Dr. Ofner:** Herr Bundesminister! Es sind ja die Lada Taiga nicht billiger als die Puch-Fahrzeuge, sie bieten weniger und kosten daher auch weniger.

Fachleute sind der Ansicht, daß vor allem wegen des größeren Innenvolumens der Puch-Wagen für die Zwecke der Exekutive besser geeignet gewesen wäre als der sehr klein ausgelegte Lada Taiga. Wäre es unter diesen Umständen nicht sinnvoll gewesen, zudem der Puch in der Steiermark und somit in einem Bundesland produziert wird, das besonders arbeitsplatzbedürftig erscheint, doch den Weg der Umwegrentabilität zu wählen und einen positiven Signaleffekt insofern zu setzen, als man den besseren und daher auch den mehr kostenden Puch dem weniger kostenden, aber auch weniger bietenden Taiga vorgezogen hätte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Die gleiche Anzahl der von der Gendarmerie benötigten und jetzt angeschafften Geländewagen in der Puch-Ausführung hätte 10 Millionen Schilling gegenüber 4 Millionen Schilling, die wir für Lada Taiga ausgeben mußten, gekostet.

Eine längerdauernde Erprobung beider Fahrzeugtypen im Bereiche der Gendarmerie beziehungsweise der Polizei hat ergeben, daß die technischen Voraussetzungen einschließlich der Frage des Innenraumes beim Lada Taiga ausreichend angeboten werden für das, was im Gendarmeriedienst notwendig ist und daher nachgefragt wird, also die Vorausset-

Bundeminister Lanc

zungen, die dort an ein geländegängiges, vor allem im Alpengebiet eingesetztes Fahrzeug gestellt werden, sind bei Lada Taiga voll gegeben gewesen. Es ist unleugbar, daß technisch und auch im Raumangebot die Steyr-Ausführung des Gemeinschaftsproduktes mit Mercedes mehr bietet, aber Dinge bietet, die wir in unserem Gendarmerieeinsatz nach Ansicht unserer Kraftfahrzeugexperten nicht brauchen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Ofner:** Herr Bundesminister! Jetzt ist es aber so, daß die öffentliche Hand alles in ihrer Macht stehende unternehmen soll und meist auch unternimmt, um österreichische Arbeitsplätze zu sichern.

Wenn nun ein weltbekanntes Produkt in einer bestimmten Sparte wie im vorliegenden Fall der Puch-Geländewagen vorhanden ist, wäre es dann nicht Aufgabe der Bundesregierung und auch des Innenministers, bei der spektakulären Anschaffung einer großen Anzahl von Geländefahrzeugen für die Exekutive vielleicht den Preis des einzelnen Fahrzeuges eher im Hintergrund zu sehen und die Werbewirkung im positiven Sinn, die davon ausgehen würde, wenn österreichische Produkte gekauft werden würden, im Vordergrund zu betrachten und auch im Auge zu haben, daß ein ausgesprochen negativer Werbeeffect ausgehen muß, wenn Österreich einen guten Geländewagen erzeugt und der Innenminister für die Exekutive ein ausländisches Produkt anschafft?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das kann doch nicht so weit gehen, daß man etwas kauft, was man nicht braucht. Das wäre doch verschleudertes Geld. Aus diesem Grund haben wir Kriterien aufzustellen, welche Anforderungen wir an Fahrzeuge für bestimmte Einsätze stellen und welche Produkte diese Kriterien erfüllen. Diejenigen, die sie erfüllen, stehen dann in der Konkurrenz nach unseren Ausschreibungsbedingungen. Die Ausschreibung wird durchgeführt, und dann erhält derjenige, der die technischen Konditionen, die wir stellen, erfüllt, den Zuschlag.

Wenn es sich hier um eine Preisdifferenz handelt, wo ich zu wählen habe, ob ich die gesamte im gebirgigen Bereich eingesetzte Fahrzeugflotte umrüsten kann oder ob ich nur 13 Fahrzeuge anstatt 33 Fahrzeuge anschaffen kann, dann stellt sich hier gar nicht die Frage der Vorziehung oder der

Zurücksetzung eines inländischen Produktes, sondern ich kann einfach nicht etwas kaufen, was ich in dieser Größe und daher auch zu dem höheren Preis nicht benötige.

Die österreichische Sicherheitsexekutive und die Gendarmerie können nichts dafür, daß das Fahrzeug, das früher wirtschaftlich von der Firma Steyr-Daimler-Puch für solche Zwecke hergestellt worden ist, nämlich der Puch Haflinger, der allerdings im Innenraum noch kleiner war als der Lada Taiga, nicht mehr erzeugt, nicht mehr angeboten wird. Das war der einzige Grund, warum wir auf eine andere, in diesem Fall eine ausländische, Type umrüsten mußten.

Präsident: Weitere Anfrage: Abgeordneter Kapaun.

Abgeordneter Dr. **Kapaun** (SPÖ): Danke, Herr Präsident.

Präsident: Nicht mehr. Dann kommt der Abgeordnete Puntigam.

Abgeordneter Dr. **Puntigam** (ÖVP): Herr Minister! Sie haben gestern, als diese Frage bereits andiskutiert worden ist, wörtlich gemeint, daß Fahrzeuge von besonders geländegängiger Art für den Normaldienst weder geeignet seien noch vom Preis her in Frage kommen. Ich glaube, die Feststellung bezüglich der Eignung dürfte eher ein Versprecher gewesen sein, denn ein qualifiziertes Fahrzeug wird sicher auch eher geeignet sein.

Was den Preis betrifft, glaube ich auch, daß man die Umwegrentabilität betrachten müßte, vor allem weil jeder, der jetzt vor der Frage steht, sich ein solches Fahrzeug anzuschaffen, sich sagt: Wenn die Gendarmerie solche Fahrzeuge nicht kauft, dann kaufe ich sie umso weniger. Daher wird es auch im Ausland schwieriger sein.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Glauben Sie nicht, daß wegen der besonderen Arbeitsplatzsituation in der Steiermark und wegen der Signalwirkung die Nachteile für die österreichische Wirtschaft schwerwiegender sind als das, was man dabei eingespart hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie müssen zwischen Anschaffung in einem Ressortbereich und Wirtschaftsförderung durch die Bundesregierung unterscheiden.

Wir können die Wirtschaft fördern und tun das in erheblichem Ausmaß durch Budgetmit-

11696

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundesminister Lanc

tel, nicht zuletzt im Rahmen des Budgets des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie.

Bei Anschaffung konkreter Artikel sind wir dazu verhalten, und zwar auch auf Grund gesetzlicher Bestimmungen und Vorschriften, denjenigen Artikel, in diesem Fall das Fahrzeug, auszusuchen, das jenen technischen Anforderungen entspricht, die wir in unserem Dienst brauchen. Wenn dieser Forderungskatalog an das Fahrzeug erstellt ist, dann wird danach ausgeschrieben. Und wenn einmal ausgeschrieben ist, dann muß an den, der das, was verlangt wird, zum niedrigsten Preis bietet, zugeschlagen werden, noch dazu, wenn dieser Preis um 160 Prozent unter dem jenes Produktes liegt, das in dem Fall die Firma Steyr-Daimler-Puch angeboten hat und das ja im übrigen auch kein rein österreichisches Produkt ist, sondern wo die Chassis- und Schlosserarbeiten österreichischer Provenienz sind, aber das Herz des Fahrzeuges, nämlich der Motor, aus Deutschland von Mercedes importiert wird.

Ich sage noch einmal: Solange es die für unsere Bedürfnisse adäquate geländegängige Wagenproduktion in Form des Puch Haflinger gegeben hat, ist unsere Gendarmerie mit Puch Haflinger gefahren. Wir haben nicht entschieden, diese Produktion eines wirtschaftlichen und gleichzeitig geländegängigen Fahrzeuges einzustellen.

Es ist also, glaube ich, der Versuch, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen, wenn man jetzt sagt, man soll Signalwirkungen mit Steuergeldern dort setzen, wo eine Firma anders disponiert hat und sich daher selbst aus dieser Sparte des Marktes, des Inlandsmarktes und damit auch der öffentlichen Aufträge, hinausmanövriert hat.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Unsere Handelsbilanz mit Rußland ist äußerst einseitig schon wegen des vielen Erdgases, und Sie kaufen noch dazu einen russischen Geländewagen.

Im Puch-Werk in Graz werden Leute laufend abgebaut beziehungsweise gibt es Arbeitslose. Sie selbst sagen, das Herz ist ein Mercedes-Motor. Jeder Fachmann weiß, daß dieses Auto sicher doppelt so lange leben wird wie ein russischer Geländewagen.

Ich frage Sie: Schaut so Ihre Umrüstung der Steyr-Daimler-Puch-Produktion auf friedliche Produkte aus?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie gehen davon aus, daß wir eine negative Handelsbilanz mit der Sowjetunion haben. Gleichzeitig sprechen Sie vom Mercedes-Motor, der bekanntlich aus Deutschland kommt. Das Handelsbilanzdefizit mit Deutschland ist wesentlich größer als das mit der Sowjetunion. Also ich glaube, das ist überhaupt keine Diskussionsbasis, klammern wir das einmal aus.

Wir haben, solange ein Produkt für das, was wir in diesem Dienst brauchen, angeboten worden ist und konkurrenzfähig war, selbstverständlich dieses inländische Produkt gekauft. Wir haben keinen Einfluß darauf gehabt, wie die produzierende Firma ihre Produktpalette ändert. Jedenfalls hat diese Änderung bedeutet, daß sie von diesem Teilmarkt für billige geländegängige Fahrzeuge ausgeschlossen worden ist beziehungsweise sich selber hinausmanövriert hat. Es werden heute auf diesem Gebiet zugegebenermaßen nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von japanischen Firmen ungleich billigere und in der Qualität durchaus gute Fahrzeuge angeboten. Der Zweitbilligstbieter in dieser Ausschreibung, um die es hier geht, war auch bei weitem noch nicht die Firma Steyr-Daimler-Puch mit ihrem Wagen, sondern das wären noch japanische Produkte gewesen. Sie waren aber auch teurer als Lada Taiga. Es war also durchaus nicht eine Zweierentscheidung, sondern eine Entscheidung zwischen Mehrbieter.

Ich sage noch einmal: Wirtschaftsförderung ist woanders zu betreiben! Wir haben — und das verlangt auch der Rechnungshof von uns im Auftrage des Parlaments, nehme ich wohl an, weil er ja sein Organ ist — das wirtschaftlich günstigste Angebot zu prüfen. Glauben Sie mir, daß es mir nicht leichtgefallen ist, eine Entscheidung zu vidieren, die unsere Vergabekommission im Bundesministerium für Inneres nach reiflicher Überlegung getroffen hat, die nicht ein österreichisches Produkt zum Zuge kommen ließ. Aber es hat faktisch wirtschaftlich und nach den Bestimmungen der Önorm keine andere Möglichkeit gegeben. Wenn man das jetzt kritisiert, dann sollte sich die Kritik, wenn überhaupt eine geübt wird oder geübt werden soll, in erster Linie an die wenden, die ihre Produktpalette geändert haben und es uns daher nicht mehr ermöglicht haben, so wie das früher viele Jahre, ja Jahrzehnte hindurch geschehen ist, weiter Puch Haflinger zu kaufen. Wir haben die Produktion von Puch Haflinger nicht eingestellt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Präsident: Anfrage 3: Herr Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ) an den Herrn Minister.

705/M

Welche organisatorischen Maßnahmen sind beabsichtigt, um den im Zusammenhang mit dem Flüchtlingslager Traiskirchen bestehenden Problemen besser als bisher gerecht zu werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die organisatorischen Maßnahmen im Flüchtlingslager Traiskirchen vor allem in den letzten drei Jahren haben bereits zu einer wesentlichen Veränderung des Charakters dieses Transitlagers geführt, und wir sind noch nicht in allen diesen Vorhaben endgültig fertig. Aber wir haben einen Neubau aus den ehemaligen UNIDO-Projekten in Traiskirchen errichtet, um eine etwas angenehmere Unterbringungsmöglichkeit für transitierende Asylwerber zu schaffen. Wir haben die Sicherheitsverhältnisse im Lager durch Aufstockung des Gendarmeriepersonals verbessert. Wir haben eine bessere Kontrolle über die jeweiligen Lagerbewohner durch Einführung eigener Lichtbildausweise erzielt. Wir haben die Manipulation mit den Asylwerbern, die in dieses Lager kommen, durch Aufnahme zusätzlicher Dolmetscher verbessert und damit auch die Verständigungsmöglichkeiten zwischen der Lagerleitung und den jeweiligen Insassen gewährleistet. Wir haben über Wunsch der Gemeinde Traiskirchen die Posteinrichtungen, die früher nur im Ort benützt werden konnten, dadurch in das Lager verlegt, daß wir dort eine eigene Briefaufgabe und Telefonstelle eingerichtet haben und damit für das örtliche Gemeindepostamt eine Entlastung erzielt haben. Das sind nur einige Maßnahmen von denen, die in der jüngsten Zeit getroffen wurden. Natürlich sind diese Maßnahmen zu einem nicht unerheblichen Teil dadurch nicht voll zum Tragen gekommen, daß es eben in den letzten eindreiviertel Jahren einen besonders starken Zustrom von Flüchtlingen gegeben hat, der zeitweise die vorgesehene Transitfunktion des Lagers Traiskirchen quasi gesprengt hat.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundesminister! Es geht nicht nur um die Sicherheit im Lager selbst — wir alle wissen aus Zeitungsberichten, daß dort allerhand und sehr Schwerwiegendes passiert —, es geht vor allem um die Sicherheit in der Umgebung des Lagers, in der Gemeinde Traiskirchen, aber

auch in den angrenzenden Gemeinden der Bezirke Mödling und Baden. Die Bevölkerung klagt darüber, daß dort speziell zur Nachtzeit durch Elemente, die aus dem Lager kommen und sozusagen ausschwärmen, wenn es finster wird, die Sicherheit nicht nur auf dem Sektor der Kleinkriminalität außerordentlich gefährdet erscheine. Ich betone, das ist kein Vorwurf, der sich gegen alle Lagerinsassen richtet, aber es gibt Gruppen unter ihnen, die in dieser Hinsicht recht aktiv sind.

Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen Ihres Ressorts, der betroffenen Bevölkerung, die in gewissem Sinn für ganz Österreich die Last dieses Lagers trägt, wirksam zu helfen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: In zweierlei Richtung, sehr geehrter Herr Abgeordneter. Einerseits im Zuge der schon erwähnten Aufstockung des Gendarmeriepersonals, um sozusagen das Präventivnetz dichter zu machen, denn diese Aufstockung hat sich nicht nur auf den Posten im Lager bezogen, sondern auch auf jenen im Gemeindegebiet von Traiskirchen. Organisatorisch, indem ich diese beiden Posten zusammengeschlossen und unter ein Kommando gestellt habe, damit es hier zu einer wirklich lückenlosen Koordination der Sicherheitsarbeit innerhalb des Lagers und im gesamten Gemeindegebiet außerhalb des Lagers kommt, und zum anderen dadurch, daß wir, sobald es eine gewisse Entlastung im Zustrom von Flüchtlingen gegeben hat, sofort wieder den Lagerstand, der durchschnittlich in Traiskirchen vorhanden ist, reduziert haben.

Wir haben leider im vergangenen Jahr wieder Spitzen bis zu fast 2 500 Belag in Traiskirchen gehabt, wir sind gegenwärtig wieder auf 1 800 heruntergekommen und wir werden sicherlich die mit der Gemeinde vereinbarte Höchstgrenze von 1 500, außer in Ausnahmefällen, im heurigen Sommer wieder erreichen. Das scheint mir der wesentlichste Beitrag zur Entlastung der Bevölkerung vom Sicherheitsrisiko zu sein.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundesminister! Was geschieht eigentlich mit Insassen des Lagers, die wegen Verbrechenstatbeständen verurteilt werden, nach Verbüßung der Strafen, die über sie verhängt werden? Insbesondere: Bleiben die in Österreich oder werden die abgeschoben, weil sie ihre Rechte ja in gewissem Sinne verwirkt haben, oder kom-

11698

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Ofner

men sie wieder in das Lager zurück oder wo kommen sie hin?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die gerichtlich verurteilten Lagerinsassen, soweit mir das bisher bekannt geworden ist — es wird ja hier nicht jeder einzelne Fall laufend verfolgt oder statistisch erfaßt —, werden, wenn es sich um keine Kapitalverbrechen handelt, nicht in ihr Heimatland abgeschoben, weil wir dieses Prinzip seit 1945 gegenüber Ostflüchtlingsen durchgehalten haben. Ich sage allerdings: nur in dem Fall, daß kein Kapitalverbrechen vorliegt, also etwa bei kleineren Eigentumsdelikten.

Selbstverständlich werden aber Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, daß diese Leute nachher wieder ins Lager kommen und unter Umständen solcherart angeregt ihre Tätigkeit fortsetzen, das heißt, sie werden jedenfalls woandershin gebracht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Höchtl.

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Bundesminister! Es sind bereits die Sicherheitsbedingungen erwähnt worden, die im Raum Traiskirchen existieren. Wenn man dort mit den Verantwortlichen diskutiert, muß man sagen, daß das Verständnis der Bevölkerung für die großen Probleme und die Toleranz doch sehr stark sind und auch im Parlament durchaus bedankt werden sollen.

Meine Frage geht dahin: Sie haben erwähnt, daß eine Vereinbarung zwischen Innenministerium und Gemeinde Traiskirchen existiert, daß nicht mehr als 1 500 in dem Lager untergebracht werden sollen, und haben gesagt, im Sommer wird das wieder erreicht werden. Wie viele sind derzeit noch im Lager Traiskirchen untergebracht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Nach den mir bekannten letzten Stichtagszählungen vom Ende der vergangenen Woche waren etwas über 1 800 Personen im Transitlager Traiskirchen anwesend. So etwas wechselt natürlich von Tag zu Tag. Es gehen Transporte weg, es kommen Leute aus den Dependancen, die zur Auswanderung gebracht werden, vorher hier zurück nach Traiskirchen, um dann etwa am nächsten oder übernächsten Tag per Zug oder Flugzeug, je nachdem, außer Landes gebracht werden zu können.

Es ist jedenfalls versucht worden, und das mit Erfolg, schon vor einigen Wochen die 2 000er-Grenze zu unterschreiten, wir wollen

bis zum Sommer wieder auf die ursprünglich vereinbarte Höchstgrenze von 1 500 zurückkommen, weil wir dafür einerseits auch die Fazilitäten geschaffen haben und andererseits das ungefähr der Pegel ist, der der Bevölkerung für einen längeren Zeitraum noch einigermaßen zumutbar ist. Das war jedenfalls der Wunsch des Bürgermeisters von Traiskirchen, dem wir glaubten uns nicht verschließen zu können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Dieser gewaltige und sich ständig erneuernde Flüchtlingszug hat nicht nur in Traiskirchen zu großen Problemen geführt, sondern auch zu organisatorischen Maßnahmen Ihrerseits geführt, die Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Nur hat das auch wieder in den entsprechenden Gemeinden und Orten zu großen Schwierigkeiten geführt.

Können Sie heute schon sagen, ob diese Art der dezentralen Flüchtlingsunterbringung eine Lösung ist, die Zustände verhindert, wie sie mit Traiskirchen verbunden waren, ob also die dezentrale Flüchtlingsunterbringung letztlich besser ist oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Beides ist notwendig und unabdingbar. Man braucht aus organisatorischen Gründen eine zentrale Erfassungs- und Bearbeitungsstelle, wo alle administrativen Arbeiten, die im Asylverfahren und im späteren Auswanderungsverfahren notwendig sind, abgewickelt werden können. In Traiskirchen sitzt ja auch der Vertreter des UN-Flüchtlingshochkommissariats, arbeiten die Vertreter der verschiedenen Einwanderungsbehörden der Hauptaufnahmeländer in Übersee, sitzt eine Reihe von ehrenamtlich arbeitenden nationalen und internationalen Institutionen, die uns bei der Bewältigung des ganzen Flüchtlingsproblems helfen, und sitzt nicht zuletzt auch die Beamtenschaft, die für die Abwicklung des Asylverfahrens zuständig ist, die die Einvernahmen und so weiter durchzuführen hat.

Das heißt, man braucht eine zentrale Erfassungs- und Durchgangsstelle, um das Rechtlich-Manipulative in einer möglichst übersichtlichen und klaren Form abwickeln zu können.

Auf der anderen Seite, gerade dieser Funktion wegen, muß man darauf achten, daß die-

Bundesminister Lanc

ses Lager nicht überquillt. Die einzige Möglichkeit, will man nicht woanders gleiche Lager mit gleichen oder noch größeren Problemen schaffen, führt dann dazu, daß es am besten ist, in verhältnismäßig kleinen Gruppen die Flüchtlinge über weitere Landstriche unserer Republik zu verteilen, weil dann die örtliche Belastung eher erträglich ist, als wenn es zu einer besonderen Zusammenballung in einzelnen Orten kommt.

Das eine braucht und bedingt das andere.

Präsident: Herr Abgeordneter Haas, noch eine Frage.

Abgeordneter Haas (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen aufgezählt, die vor allem die Sicherheitsverhältnisse im Flüchtlingslager Traiskirchen und auch in der Gemeinde Traiskirchen verbessert haben.

Man kann aber immer wieder in den Zeitungen lesen und in den Medien hören, daß verschiedene Unzulänglichkeiten im Lager selbst zu gewissen Vorfällen führen, die in der Öffentlichkeit sehr stark beachtet werden.

Daher meine Frage an Sie: Welche organisatorischen Maßnahmen haben Sie konkret in letzter Zeit getroffen, um die Situation der Flüchtlinge im Lager Traiskirchen zu verbessern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Wir haben in erster Linie die schon erwähnte Senkung der Belagszahl durchgeführt. Das scheint mir eine wesentliche Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Abwicklung der im Lager notwendigen Dinge zu sein, eine Voraussetzung dafür, daß man die Übersicht und dadurch eher die Kontrolle behält. Wir haben vor etwa eineinhalb Jahren den schon erwähnten Lichtbildausweis eingeführt und damit doch ein Instrument in die Hand bekommen, das wir früher mit diesen Passierscheinen, die man leicht ändern, fälschen konnte, nicht hatten, einen klaren Überblick zu haben: Wer hat die Berechtigung, im Lager zu sein, und wer hat keine Berechtigung, im Lager zu sein?

Wir hatten nämlich vor etwa zwei oder drei Jahren die Beobachtung gemacht, daß manchmal Elemente in das Lager hereinkommen, die selber keine Flüchtlinge sind, auch nie um Asyl angesucht haben, sondern nur Landsleute von im Lager ansässigen Flüchtlingen sind. Diese haben einen wesentlichen Teil der kriminellen Aktivitäten, die sich vor allem

damals im Lager selber abgespielt haben, auf dem Kerbholz gehabt.

Wir haben außerdem auch durch eine Personalaufstockung — nicht nur bei der Gendarmerie, die ich schon erwähnt habe, sondern auch beim Verwaltungspersonal — Voraussetzungen für eine reibungslosere Abwicklung all der Erfordernisse, die im Lager notwendig sind, geschaffen. Das alles wirkt natürlich auch in die Sicherheitssituation und in die Sicherheitssituation außerhalb des Lagers hinein.

Das schließt aber, das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, nicht aus, daß es trotzdem zu Vorfällen kommt. Aber das ist auch außerhalb des Bereichs eines Flüchtlingslagers nach menschlicher Erfahrung leider nicht ganz zu vermeiden.

Ich glaube, daß hier eine wesentliche Besserung eingetreten ist und daß wir vor allem die im Detail von Bürgermeister Musser geforderten Auflagen namens der Bevölkerung erfüllt haben.

Präsident: Die Anfrage 4 ist zurückgezogen.

Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Kraft (ÖVP) an den Herrn Minister.

708/M

Welche Vorteile genießen Zivildienstler gegenüber ordentlichen Präsenzdienstleistern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auf Grund der Beschlüsse des österreichischen Nationalrates sind überall dort, wo sich die Aufwendungen des Bundes für Präsenzdienstler beim Bundesheer und Zivildienstler vergleichen lassen, dieselben Sätze angesetzt, und überall dort, wo auf Grund der speziellen Unterschiede in der Dienstleistung unterschiedliche Regelungen notwendig sind, gibt es Unterschiede. Das müssen Sie aber im übrigen als Mitglied des Innenausschusses, der all die bestehenden Gebühren und Entschädigungen mitbeschlossen hat, ja genau wissen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Kraft: Herr Bundesminister! Es hat gestern auch der Verteidigungsminister Rösch im Hause gemeint, die gesetzlichen Bestimmungen wären für beide Gruppen gleich, und er hat sich auch auf den Artikel 9 der Bundesverfassung berufen, daß der Zivildienst ein Wehersatzdienst ist.

11700

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Kraft

Wenn Sie aber ein bißchen hinaushorchen — und es sitzen auch heute junge Soldaten auf der Galerie —, so werden Sie sehen, daß die auch selber spüren, daß jede Bevorteilung der Zivildienner, die es zweifelsohne gibt, zu einer Diskriminierung der Soldaten führen muß, und daß das von den Soldaten nicht verstanden wird.

Sicherlich sind die gesetzlichen Bestimmungen etwa gleich. Aber die Vollziehung des Gesetzes bringt doch ganz wesentliche Ungleichheiten.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister: Können Sie sich zum Beispiel mit einer Praxis der Vollziehung anfreunden oder ihr zustimmen, wenn der Zivildienst praktisch zur Konkurrenz am Arbeitsmarkt wird, weil es anerkannte Zivildienstplätze gibt als Anlernkräfte im elektrotechnischen Bereich bei Bahn und Post?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt hier überhaupt keine Konkurrenz, denn Zivildienner können nach den in Kraft stehenden Bestimmungen wohl bei Bahn und Post eingesetzt werden, aber in keinerlei qualifizierter Arbeit oder gar in einer Tätigkeit, wo sie Ausbildungsplätze für junge Menschen, die zu Bahn und Post wollen, wegnehmen würden.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Kraft: Herr Bundesminister! Bei Bahn und Post werden Zivildienner als Anlernkräfte im elektrotechnischen Bereich eingesetzt. Ich habe mich selber davon überzeugt, daß das durchaus Arbeitsplätze sogar für Abgänger von HTLs sein könnten, ganz zu schweigen auch von Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen im Reinigungsdienst.

Ich darf eine weitere Frage stellen hinsichtlich einer weiteren Ungleichheit im Hinblick auf die nächste Novelle zum Zivildienstgesetz. Diese betrifft die Stempelmarken oder die Pflicht, Gebühren zu entrichten.

Könnten Sie sich einer Gleichstellung zwischen Zivildiennern und Präsenzdiennern anschließen oder mit einer Gleichstellung anfreunden hinsichtlich der Entrichtung der Stempelgebühren bei Eingaben von Präsenzdiennern und Zivildiennern? Zivildienner sind befreit, Präsenzdienner nicht. Können Sie sich einer Gleichstellung: entweder Befreiung für alle oder Gebühren für alle, können Sie sich einer solchen Vorgangsweise anschließen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin grundsätzlich für die Gleichbehandlung dort, wo sie möglich ist. Wenn der Gesetzgeber etwas anderes beschlossen hat oder noch nicht etwas anderes beschlossen hat, dann muß ich das durchführen, was gegenwärtig in Kraft ist.

Die Ungleichheit besteht ja im umgekehrten Sinne auch auf einem anderen Gebiet, etwa bei den Bahnfahrtkosten. Hier gelingt es wieder nicht in Verhandlungen mit der Bahn, eine Gleichstellung der Zivildienner mit den Präsenzdiennern zu erreichen. Ich glaube aber, daß das keine vitalen Probleme sind, die zu echten gesellschaftlichen Unterschieden zwischen Präsenzdiennern und Zivildiennern führen. (*Abg. A. Schlager: Für die Betroffenen schon!*) Aber ich bin gerne bereit, jederzeit über solche Probleme zu sprechen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ): Ich bin nur neugierig nach den Fragen des Abgeordneten Kraft, wenn es um die nächsten Besserstellungen für die Zivildienner gehen wird, ob die ÖVP dagegen sein wird mit uns oder wieder dafür mit den Sozialisten wie bisher immer. Das nur als Vorschub in diese Richtung.

Aber eine andere Frage, Herr Bundesminister.

Die Freiheitlichen haben vor Monaten in diesem Haus die Behauptung aufgestellt, daß der Löwenanteil der Zivildienner keineswegs aus Gewissensgründen den Zivildienst anstrebt, sondern aus ganz anderen, zum Gutteil materiellen Überlegungen. Und auf der Grundlage dieser Zweifel ist dann einstimmig von allen drei Parteien eine Entschließung gefaßt worden, die Ihr Ressort beauftragt hat, mit den Mitteln der modernen Meinungsforschung festzustellen und eine entsprechende Studie anfertigen zu lassen, was die Motive der Zivildienstwerber tatsächlich sind. Ich darf Sie fragen, welches Resultat die Vollziehung dieser Entschließung in Ihrem Ressort gefunden hat.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Der Auftrag für diese Studie ist bereits vom Ministerium erteilt worden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Mondl.

Abgeordneter **Mondl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Im Zuge der ständigen Vergleiche der Leistungen, die Zivildienner zu erbringen haben, und der Leistungen, die ordentliche Präsenzdiener zu erbringen haben, wurde auch darauf verwiesen, daß in einem möglichen Neutralitäts- beziehungsweise Konfliktfall die ordentlichen Präsenzdiener wohl mobilisiert werden können, die Zivildienner zufolge mangelnder Ausbildung aber nicht einmal im karitativen und humanitären Bereich zu Hilfeleistungen herangezogen werden könnten. Im Zuge der letzten Novellierung des Zivildienstgesetzes wurde darauf Rücksicht genommen und im Zivildienstgesetz die Möglichkeit einer Grundschulung für Zivildienner eingebaut, um sie so für karitative und humanitäre Aufgabenstellungen im subalternen Bereich vorzubereiten (*Rufe bei der ÖVP: Frage!*), um sie auch im Rahmen eines außerordentlichen Zivildienstes zu verwenden.

Ich frage nun, Herr Bundesminister: Wie weit sind die Vorarbeiten für diese Grundschulung der Zivildienner gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Es sind die Vorarbeiten hinsichtlich des Lehrplanes für die Grundausbildung so gut wie abgeschlossen. Gegenwärtig stehen wir in der Phase der Verhandlungen vor allem mit den Ländern wegen der Etablierung der künftigen Ausbildungsstätten, die ja in den Bundesländern sein müssen und mit bestehenden Ausbildungseinrichtungen auf anderen Sektoren des Zivil- und Katastrophenschutzes schon aus wirtschaftlichen Gründen sinnvollerweise koordiniert werden sollen. Hier sind wir noch im Gespräch. Diese Gespräche sind noch nicht abgeschlossen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Der Herr Abgeordnete Mondl hat mir schon die Einleitung sozusagen vorweggenommen. Ich darf daher sehr konkret fragen:

Herr Bundesminister, werden Sie sich in Ihrer Tätigkeit dafür einsetzen, daß die Zivildienner im vermehrten Maße — ich betone das: im vermehrten Maße! — der umfassenden Landesverteidigung zugeführt werden, weil auch dadurch ein Stück der Ungleichheit, die zwischen Zivildiennern und Soldaten besteht, abgebaut werden könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sicherlich im Rahmen der gegebenen und erst kürzlich beschlossenen gesetzlichen Möglichkeiten, nicht zuletzt nach Erfüllung der Voraussetzung mit dem neuen Ausbildungsprogramm, das allerdings laut Entscheidung des Nationalrates erst ab 1984 anläuft.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Höchtl (ÖVP) an den Herrn Minister.

709/M

Halten Sie das Ergebnis Ihrer Auslandsreisen zur Lösung des Polen-Flüchtlingsproblems für ausreichend?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie ich bereits gestern gesagt habe, darf ich wohl — nicht allein, aber doch auch als Resultat meiner persönlichen Kontakte im In- und Ausland mit jenen, die in erster Linie zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Österreich in Frage kommen — verbuchen, daß wir in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit der Ausreise von 9 300 Asylwerbern aus Osteuropa dieselbe Zahl erreicht haben wie 1981 im ganzen Jahr.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Höchtl:** Herr Minister! Sie haben gestern auf Grund meiner Anfrage auch gesagt, daß derzeit noch 15 000 Polenflüchtlinge und 3 000 übrige Flüchtlinge aus Ostblockländern in Österreich sind. Sie wissen aber sicherlich auch, daß eine ziemlich starke Dunkelziffer existiert, also jener Personen, die keine Aufenthaltsgenehmigung in Österreich haben.

Ich frage Sie deshalb: Wie hoch ist nach den Schätzungen des Innenministeriums die Anzahl jener Personen aus dem Ostblock, die sich ohne Aufenthaltsgenehmigung in Österreich befinden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Ich glaube, eine Verwaltung kann nicht darüber Auskunft geben, wer sich in welchem Ausmaß unter Umständen illegal in Österreich aufhält. Das wird bei einem Land mit offenen Grenzen nie auszu-schließen sein. Wir haben hingegen geschaut, daß die legale und damit erfaßte Ziffer möglichst klar herauskommt. Mit Ende März hatten wir etwas über 13 000 polnische Staatsangehörige in Österreich aufhältig, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht um Asyl angesucht haben.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Höchtl:** In diesem Zusammenhang ist natürlich auch das Problem aufgetreten, diese vielen Polenflüchtlinge in verschiedenen Beherbergungsbetrieben unterzubringen, da ja nicht alle in den vorhandenen Lagern unterbringbar waren. Sie haben mir in einer parlamentarischen Beantwortung mitgeteilt, daß noch vor kurzem insgesamt 291 Millionen Schilling an Rechnungen, die teils schon geprüft, teils noch nicht geprüft waren, ausständig waren, sozusagen vom Staat diesen Beherbergungsbetrieben noch nicht bezahlt worden sind, obwohl die Leistungen dafür erbracht worden sind.

Ich frage Sie, da einige dieser Beherbergungsbetriebe zur Überbrückung Kredite aufnehmen mußten, ob diese Betriebe für die Zinsen, die sie für diese Kredite bezahlen mußten, auch eine Abgeltung erhalten werden.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Es gibt darüber keine vertraglichen Vereinbarungen, und es kann sich das daher nur nach den allgemeinen Rechtsvorschriften regeln. *(Ruf: Wie sind die?)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Ganz konkret: Wie alt, Herr Bundesminister, ist die älteste unbeglichene Rechnung eines privaten Beherbergungsbetriebes für die Unterbringung von Polen, und wie hoch ist diese Rechnung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Tausende Rechnungen von über 600 Beherbergungsbetrieben stehen in Bearbeitung. Ich habe es nicht unternommen, die älteste auszuforschen, da ich nicht wußte, daß Sie diese Frage stellen. *(Abg. Dr. Ofner: Vielleicht kann man erheben, wie viele Monate der Rückstand tatsächlich beträgt!)* Ich habe darüber, Herr Abgeordneter, ausführlich hier im Hause Auskunft gegeben bei gegebenem Anlaß und auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Verzögerung nicht zuletzt dadurch eingetreten ist, daß die Verwaltung mit der Vollziehung der Überweisung so lange zuwarten mußte, bis das Überschreitungs-gesetz im Parlament beschlossen war, weil die ordentlichen Budgetmittel

bereits aufgebraucht waren, und daß wir bis zum Juni hier auf gleich kommen wollen. Wir haben auch die personellen Voraussetzungen, so glaube ich, zur Erfüllung dieser Zusage geschaffen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Fister.

Abgeordneter **Fister** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es war für uns alle erfreulich, zu hören und mitzuerleben, daß Sie bei Ihren Auslandsreisen in bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen erfolgreich waren.

Ich darf Sie fragen, Herr Bundesminister: Welche Aktivitäten haben Sie neben Ihrer direkten Kontaktaufnahme in den traditionellen Einwanderungsländern zusätzlich noch gesetzt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es hat eine Reihe von Gesprächen stattgefunden, und zwar vor, während und nach den etwas spektakuläreren Reisen, die ich zu diesem Zwecke unternommen habe. Ich habe hier eine Liste mit der genauen Datierung der Kontakte, mit wem Kontakte gehalten worden sind. Ich möchte dem Hohen Haus ersparen, diese Liste hier zu verlesen.

Im wesentlichen ging es darum, sowohl mit den internationalen Organisationen wie UNHCR und ICM, aber auch mit dem Flüchtlingskomitee des Europarates und den dort vertretenen Politikern Kontakt aufzunehmen, sie auf unsere Problematik aufmerksam zu machen, die ja vor Einführung des Kriegsrechtes in Polen darin bestanden hat, daß sich die meisten westlichen Länder überhaupt geweigert haben, die Polen, die zu uns kamen, als politische Flüchtlinge anzuerkennen, sondern es vorgezogen haben, sie als Wirtschaftsflüchtlinge abzustempeln, um sich damit der Verpflichtung, zumindest der moralischen, zu entziehen, hier zu helfen. Ich glaube, daß diese vielen Kontakte, vor allem die vielen Gespräche mit Kongreßabgeordneten, mit kanadischen Abgeordneten, mit australischen Abgeordneten, die in Österreich Traiskirchen besucht haben, wesentlich dazu beigetragen haben, das Verständnis in diesen Ländern für unser Problem und vor allem für die Flüchtlinge selber zu stärken.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lichal.

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben Abgeordneten Dr. Höchtl geantwortet, es gäbe keine Dunkelfeldforschung im Flüchtlingswesen. Sie wissen also nicht, wie viele Flüchtlinge aus den Oststaaten sich derzeit auf österreichischem Staatsgebiet aufhalten.

Ich möchte jetzt die Frage stellen: Wie werden diese Flüchtlinge behandelt, wenn sie sich jetzt melden bei der Behörde, wenn sie illegal Aufenthalt haben in Österreich? Wie werden sie fremdenpolizeilich behandelt? Mit Aufenthaltsverbot? Mit Vollstreckungsaufschub? Mit Abschiebung? Oder eventuell auch mit Auswanderung? Ich glaube, es ist für die Bevölkerung von Interesse, ob sie auf Dauer im Dunkelfeld bleiben und in Österreich verweilen oder ob eine fremdenpolizeiliche Behandlung von Ihnen in Aussicht gestellt wird. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Herr Präsident, das ist eine Frage, nur versehen mit einigen Aspekten.

Präsident: Sie haben eine Frage kurz zu stellen.

Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß nicht, worauf sich Ihre Vorliebe für's Dunkle gründet. *(Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Auf Ihre Antwort!)* Ich wollte zu Ihrer Frage nur sagen: Die Voraussetzung für diese Frage ist unzutreffend, und daher ergibt auch diese Frage keinen Sinn.

Ich sage noch einmal: Wir haben alles unternommen, daß diejenigen Polen, die völlig legal nach Österreich sichtvermerksfrei vor dem 13. Dezember 1981 eingereist sind, sich nach der 3-Monate-Frist, in der sie sich wie Touristen nicht anders als mit einem Meldezettel dort, wo sie wohnen, anmelden müssen, dann fremdenpolizeilich anmeldeten. Ich habe angeordnet, daß nach Ablauf dieser drei Monate in allen Sicherheitsdirektionen eine Erfassung eintritt, wie viele sich angemeldet haben. Das waren die schon erwähnten über 13 000. Ich halte daher die Dunkelziffer, soweit man eine Dunkelziffer überhaupt aufhellen kann, für verhältnismäßig gering, denn diese Zahl von etwa 13 000 hat sich auch mit den Schätzungen gedeckt, die schon im vergangenen Jahr hinsichtlich der Anzahl der Polen bestanden haben, die nach Österreich gekommen sind, aber hier — aus welchen Gründen immer — nicht um Asyl angesucht haben.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Lichal (ÖVP) an den Herrn Minister.

710/M

Wird durch die Einführung des Funkjournaldienstes bei der Gendarmerie die Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Da der Funkjournaldienst nicht eingeführt wird, kann er auch keine Beeinträchtigung der Bevölkerung beziehungsweise ihrer Sicherheit nach sich ziehen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Lichal: Verehrter Herr Bundesminister! Ich weiß nicht, warum Sie der Öffentlichkeit immer die Unwahrheit sagen. Ob das Funkjournaldienst heißt oder anders, Tatsache ist, daß Sie jetzt eine Auflösung oder Eindämmung des Journaldienstes in Erprobung haben, daß in Zukunft Gendarmerieposten mit neun Mann nur noch durch einen Mann besetzt sein werden und daß es dadurch für die Sicherheit der Bevölkerung natürlich Einbußen gibt. Ob das jetzt Funkjournaldienst im speziellen heißt oder einen anderen Namen hat, ist der Bevölkerung völlig gleich. Das ist auch mir gleich.

Ich frage Sie daher: Welche Neueinteilung des Journaldienstes erproben Sie jetzt auf den Gendarmerieposten in Österreich?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie so konkret fragen, sage ich: Jetzt erprobe ich gar nichts. Aber ich möchte nicht hoppadatschig sein.

Ab 1. Juli werden wir eine neue Journaldienstregelung erproben, die sich darauf gründet, daß einerseits eine solche Neuregelung seit Jahren vom Rechnungshof gefordert wird und andererseits dieser Probelauf und die Organisation, die dahintersteht, mit der Personalvertretung der Gendarmerie in langen, mehr als eineinhalbjährigen Verhandlungen zustande gebracht worden sind, weil sich eben diese Personalvertretung, die bekanntlich eine 6:5 ÖAAB-Mehrheit hat, nicht dazu verstehen konnte, einen Probelauf für einen Funkjournaldienst zu machen. Daher ist ein neues Modell erstellt worden. Dieses soll ab 1. Juli mit Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Zentralaussschusses der Gendarmerie erprobt werden.

11704

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundesminister Lanc

Bei der Ausarbeitung dieses Modells sind Praktiker aus dem Gendarmeriedienst über meine Anregung in jene Arbeitsgruppe aufgenommen worden, die dieses Modell erarbeitet hat.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Lichal: Herr Bundesminister! Ich darf also feststellen, daß entgegen Ihrer Antwort, die Sie sogar heute wieder hier im Hohen Haus gegeben haben, doch ab 1. Juli von Ihnen ein neues System des Journaldienstes in Österreich bei der Gendarmerie eingeführt oder zumindest erprobt werden soll. Ich darf Sie daher fragen: Warum haben Sie in einer schriftlichen Anfragebeantwortung am 24. Feber 1981 mir, dem Anfrager, und damit der Öffentlichkeit erklärt, daß Sie nicht die Absicht hegen, eine Neueinführung des Journaldienstes oder eine Änderung durchzuführen? Ich stelle noch einmal fest: Ob er Funkjournaldienst heißt oder anders, ist gleich. Das heißt, daß in Zukunft der kleine Gendarmerieposten durch die Bevölkerung nicht mehr erreichbar erscheint, sondern nur noch der Bezirks- und der Hauptposten. Das ist eine Einbuße der Sicherheit der österreichischen Bevölkerung.

Ich frage Sie daher: Warum sagen Sie nicht tatsächlich, daß Sie eine Neueinteilung auf diesem Posten beabsichtigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Herr Abgeordneter! Ich weise die in Ihrer Frage verpackten Unterstellungen zurück. *(Beifall bei der SPÖ.)* Erstens einmal handelt es sich, wie ich Ihnen schon erklärt habe, nicht um einen Funkjournaldienst, und zwar nicht nach meiner Interpretation, sondern auch nach der Interpretation der Mehrheit der ÖAAB-Vertreter in der Personalvertretung der Gendarmerie.

Das zweite: Warum habe ich im Februar diese Auskunft gegeben? — Weil ich ein neues Journaldienstmodell bei der Gendarmerie, das ja erst erprobt und nicht, wie Sie jetzt gleichsetzend sagen, eingeführt werden soll, zu diesem Zeitpunkt erst in einem Frühstadium der internen Beratungen mit Vertretern der Praxis in meinem Hause gehabt habe und weil erst im Mai die Zustimmung zum Probelauf dieses neuen Modells durch den Zentralauschuß der Gendarmerie erfolgt ist.

Wir werden das jetzt erproben, und es wird sich in der Erprobung herausstellen, ob es besser arbeitet oder nicht. Ich halte es zumindest für sehr problematisch, hier im National-

rat ein neues Modell, bevor es überhaupt in den Probelauf gegangen ist — ein Modell, das mit der Zustimmung der Personalvertretung in diesen Probelauf geht —, schon als die Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigend zu bezeichnen. Glauben Sie, daß die Mehrheit der Personalvertretung der Gendarmerie diesem Modell zugestimmt hätte, wenn die Gendarmeriebeamten — nicht zuletzt auch Ihrer Couleur — das Gefühl gehabt hätten, daß dadurch die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung beeinträchtigt wäre? Ich glaube, die Kollegen würden eine solche Unterstellung mit Recht entschieden zurückweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich halte dafür, daß es bei Fragen der öffentlichen Sicherheit bei allem Respekt vor der Personalvertretung und ihren Rechten nicht darauf ankommen kann, was sie einstimmig oder mehrstimmig gutheißt, sondern darauf, was dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung am ehesten entspricht.

Aber nun zum Thema selbst. Schon jetzt klagen die Exekutivbeamten, daß es durch die Zentralisierung der Gendarmerieeinrichtungen soweit kommt, daß bei tatsächlichen Einsätzen, insbesondere zur Nachtzeit, jeweils ortsfremde Beamte, die sich dort, wo sie hinkommen, nicht auskennen und niemanden kennen, zum Einsatz kommen.

Welche Maßregeln haben Sie im Auge, um bei allen Neugestaltungen, die jetzt zur Diskussion stehen und die allenfalls kommen könnten, von dieser unbefriedigenden Entwicklung wegzukommen und sie nicht allenfalls noch weiter zu verstärken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist unmöglich, einen Aspekt hier herauszugreifen und in einer kurzen Antwort jetzt sozusagen die Frage, aber im Gesamtzusammenhang stehend, die Sie gestellt haben, zu beantworten. Denn neben der Komponente der Ortskenntnis gibt es ja vor allem zum Beispiel die Komponente, daß, wenn ein Beamter zu Hilfe gerufen wird, er verfügbar ist, gibt es eine zweite sehr wesentliche Komponente, daß mehr als bisher Beamte während des Journaldienstes sozusagen in Präventivfunktion draußen sind und nicht auf einen Anruf in einer Gendarmeriekanzlei, auf einem Gendarmerieposten war-

Bundesminister Lanc

ten. Das sind zum Beispiel wesentliche Aspekte und Überlegungen, die zu der von mir erwähnten neuen Organisationsform, die jetzt erprobt werden soll, geführt haben.

Dabei spielt natürlich auch die Ortskenntnis der Beamten eine Rolle, aber es soll ja auch in allen künftigen Modellen, wie immer sie letzten Endes nach dem Probelauf gestaltet werden, an einem nicht gerüttelt werden, nämlich daß nur im unmittelbaren Ortsbeziehungsbereich die Beamten im Journaldienst zum Einsatz kommen; es ist keineswegs hier die Heranziehung von Beamten aus ganz anderen Bereichen, die keinerlei Ortskenntnisse haben, vorgesehen.

Wir machen auch die Erprobungen in ganz verschiedenen Bezirken und Landschaften Österreichs, vom Bodensee bis zum Neusiedler See, um auch spezielle Probleme, wie zum Beispiel im Gebirge die Talschaften und ähnliches, hier in die Überlegungen mit einzubeziehen. Es ist das nicht über einen Kamm zu scheren.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter **Koppensteiner (ÖVP):** Herr Bundesminister! Durch die Automatisierung und Technisierung ist der persönliche Kontakt des Exekutivbeamten zur Bevölkerung ohnehin bereits weitgehend verlorengegangen. Man sieht ihn im Auto, man kann ihn bestenfalls anrufen.

Meine Frage geht dahin: Halten Sie es für vertretbar, daß durch weitere Maßnahmen in dieser Richtung das Wollen der Bevölkerung, direkten Kontakt mit ihren Beamten zu haben, noch mehr gefährdet wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Lanc:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Grundannahme, die Sie Ihrer Frage unterlegen, ist falsch. Das Organisationsmodell, das erprobt werden soll, sieht genau den umgekehrten Weg vor als das, was Sie jetzt hier ausgeführt haben, nämlich daß der Beamte nicht Anonymer gegenüber dem sicherheitsuchenden Bürger sein soll, sondern daß er ihm näherkommen soll, daß ein größerer Teil seiner Journaldienstzeit nicht in der Kanzlei absolviert werden soll, sondern draußen bei der Bevölkerung und für die Bevölkerung sichtbar und abrufbar mit der entsprechenden Präventivwirkung, die das hat.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1821/AB bis 1825/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 178/A der Abgeordneten Hesoun und Genossen betreffend die Errichtung einer Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG,

Antrag 180/A der Abgeordneten Dr. Fertl und Genossen betreffend Bedarfszuweisungsgesetz;

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Antrag 179/A der Abgeordneten Dr. Hawlicek, Dr. Stix und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird,

Antrag 182/A der Abgeordneten Dr. Neisser und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das Studienförderungsgesetz geändert wird;

dem Handelsausschuß:

Antrag 181/A der Abgeordneten Ing. Sallinger, Mühlbacher, Diplom-Volkswirt Dr. Stix und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Maßnahmen im Bereiche der Berufsausbildung.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

dem Handelsausschuß:

Mühlengesetz-Novelle 1982 (1083 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Strafrechtsänderungsgesetz 1982 (1084 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird (1104 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz betreffend die Abtretung des Geschäftsanteils des Bundes an der Allgemeinen Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs-GesmbH. (1106 der Beilagen).

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt:

Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage.

Ich erteile zunächst dem Herrn Bundeskanzler das Wort.

10.07

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Die „Neue Zürcher Zeitung“, die ohne Zweifel im deutschsprachigen Bereich zu den Tageszeitungen gehört, deren Wirtschaftsteil mit zu den bedeutendsten in Europa zählt, begann unlängst ihren internationalen Konjunkturspiegel mit einer elegischen Betrachtung, die ich an die Spitze meines Berichtes stellen möchte.

„So wie sich in der Natur dieses Jahr der Winter ungewohnt lange gegenüber dem Frühling behaupten kann, so bleibt auch in der Weltwirtschaft der erhoffte Aufschwung noch immer aus.“ Sie bezweifelt in der weiteren Folge, ob es „überhaupt in nächster Zeit zu einem solchen Aufschwung kommen werde“.

Der Korrespondent aus den Vereinigten Staaten meldet: „Dominierend sind allerdings nach wie vor die Indikatoren mit negativen Botschaften, darunter die steigende Arbeitslosigkeit und die rückläufige Industrieproduktion.“

Aus Deutschland wird berichtet, daß die Wirtschaft noch immer „nicht Tritt gefaßt habe“ und „der Arbeitsmarkt keine Zeichen der Entspannung zeigt“.

Aus London wird berichtet, daß die „recht optimistischen Prognosen“ sich „allerdings nicht mit den Resultaten der jüngsten Konjunkturanalysen in Großbritannien selber“ decken.

Auch aus Italien wird nichts Positives berichtet. In Ziffern ausgedrückt, schaut die Situation in der Weltwirtschaft nach dem ersten Vierteljahr ungefähr so aus:

In den westlichen Industriestaaten sind an die 30 Millionen Menschen arbeitslos, davon allein in den USA fast 10 Millionen, in Großbritannien fast 3 Millionen, in der Bundesrepublik Deutschland 1,7 Millionen. Die Industrieproduktion ist in allen großen westlichen Industrieländern beträchtlich gesunken. Selbst in Japan beträgt die Arbeitslosigkeit im Augenblick 1,5 Millionen.

Vor diesem Hintergrund sind die österreichischen Wirtschaftsdaten zu sehen. Die Rate der Arbeitslosigkeit ist Ende Mai abermals auf unter 3 Prozent gesunken, und zwar auf 2,8 Prozent. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Export ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 11 Prozent gestiegen. Die Industrieproduktion hat sich wieder belebt: im ersten Quartal stieg sie um 2 Prozent, der Produktivitätszuwachs in diesem Sektor erreichte 6 Prozent.

Gleichzeitig ist die Inflationsrate stark rückläufig. Im vergangenen Jahr lag Österreich mit 6,8 Prozent im Spitzenfeld der europäischen Länder, was die Stabilität des Preisniveaus betrifft, hinter Holland mit 6,7 Prozent, der Schweiz mit 6,5 Prozent und der Bundesrepublik Deutschland mit 6,0 Prozent und konnte damit seinen Platz, den es schon seit Jahren innehat, als stabiles Land halten. Bis April sank die Inflationsrate in Österreich auf 5,8 Prozent, für heuer wird ein Jahresdurchschnitt von 5,5 Prozent erwartet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Österreich konnte seine Ausfuhr seit dem Jahr 1970 um 177 Milliarden Schilling bis zum Jahr 1981 erhöhen, das ist eine jährliche Steigerungsrate von 11,7 Prozent. Dabei gelang es, auf jenen Märkten, in denen Österreich auf die schärfste Konkurrenz aller Industriestaaten trifft, wie auf dem Markt der Europäischen Gemeinschaften, beträchtliche Marktanteilsgewinne zu erzielen.

Von 1975 bis 1981 erhöhten sich unsere Marktanteile in der Europäischen Gemeinschaft um 17 Prozent. Der Anteil der Ausfuhren in die Europäische Gemeinschaft an unseren Gesamtausfuhren ist seit 1970 von 48 Prozent auf 52 Prozent gestiegen. Dies ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß sich Österreich in die europäische Wirtschaft erfolgreich integriert hat, daß die österreichischen Unternehmungen die Chance aus den Freihandelsverträgen mit den Europäischen Gemeinschaften gut genutzt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber gleichzeitig gelang es auch, die Struktur unseres Außenhandels, sowohl was die Waren als auch die regionale Verteilung betrifft, wesentlich zu verbessern.

Ich möchte hier ein eindrucksvolles Beispiel anführen, ein Beispiel, das für Österreich im besonderen Maß charakteristisch ist: Seit 1970 hat Österreich in den OPEC-Ländern seinen Marktanteil um 64 Prozent gesteigert. 1970 gingen nur 2 Prozent unserer Ausfuhren in die ölexportierenden Länder, 1982 werden es 8 Prozent sein. Dies führte

Bundeskanzler Dr. Kreisky

dazu, daß bereits im vergangenen Jahr die Handelsbilanz mit den Ländern der OPEC, trotz starker wertmäßiger Steigerung der Ölimporte, nahezu ausgeglichen war. In diesem Jahr werden wir erstmals einen Überschuß erzielen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im einzelnen möchte ich darauf verweisen, daß durch die Förderung der Bundesregierung zahlreiche große und kleinere industrielle Projekte der Verwirklichung zugeführt werden konnten. Die Bundesregierung hat in ihrer Gesamtheit vor einigen Tagen dem General-Motors-Werk einen Besuch abgestattet. Dabei konnten wir zusätzlich wichtige Informationen erhalten, unter anderem, daß heute bereits 1 325 Menschen in diesem Werk beschäftigt sind.

Es sind bei diesem Besuch bemerkenswerte Fakten zutage getreten, die ich dem Hohen Haus in diesem Bericht nicht vorenthalten möchte:

Unter denen, die dort aufgenommen wurden und die dort Arbeit gefunden haben — ich selbst habe mich durch Gespräche mit diesen Arbeitern überzeugen können —, befinden sich zahlreiche qualifizierte Arbeiter aber auch Angestellte, die mehr als 50 Jahre alt sind. Ein bemerkenswertes Phänomen deshalb, weil es bedauerlicherweise auch in Österreich keine große Neigung der Unternehmungen gibt, manuelle Arbeiter und Angestellte dieser Altersgruppe neu einzustellen. Man hat sogar festgestellt, daß man beim Aufbau dieses neuen Betriebes auf diese verlässlichen und hochqualifizierten Arbeitskräfte gar nicht verzichten könne.

Eine weitere interessante Erfahrung war, daß die Arbeitskräfte bei General Motors aus allen Bundesländern der Republik kommen, wobei natürlich die Arbeitskräfte aus den Bundesländern Wien, Niederösterreich, Burgenland und der Steiermark im besonderen Maße berücksichtigt wurden.

Gegenwärtig beträgt zum Beispiel der niederösterreichische Anteil bei den Arbeitern und Angestellten schon mehr als 20 Prozent.

Um die arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieses Projekts in der gegenwärtigen Situation deutlich zu machen, möchte ich hinzufügen, daß rund 30 Prozent der nunmehr Beschäftigten vorher arbeitslos waren, von den Arbeitsämtern vermittelt wurden oder aus Betrieben kamen, die geschlossen werden mußten.

Das Maß an Förderung ist in der Vergangenheit von der Opposition hier im Hause kritisiert worden. Es ist deshalb interessant fest-

zustellen, daß General Motors bisher inlands-wirksam rund 3 Milliarden Schilling für Investitionen ausgegeben hat, also mehr, als die öffentliche Förderung, das waren 2,6 Milliarden Schilling, ausmacht.

Bei Vollbetrieb werden jährlich Fertigungsmaterialien um 1,3 Milliarden Schilling und Betriebsmittel um 400 Millionen Schilling in Österreich eingekauft werden. Diese Zulieferungen verteilen sich auf 500 österreichische Lieferanten. Bei voller Produktion wird sich aus der Gesamttätigkeit dieser Firma in Österreich ein positiver Nettoeffekt für die Handelsbilanz von jährlich 3,2 Milliarden Schilling ergeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Übrigens: Die Förderung bei General Motors entspricht ungefähr jenem Maß an Förderung, das bei der Etablierung der Firma Zanussi in Fürstenfeld ins Auge gefaßt wurde, wobei hierüber, so wie bei General Motors mit der Landesregierung in Wien, in diesem Fall mit der Landesregierung der Steiermark eine Verständigung erzielt wurde.

Natürlich wird es da und dort Kritik geben, daß nicht alle Liefermöglichkeiten ausgeschöpft werden konnten. Aber diese Kritik sollte darauf Bedacht nehmen, daß viele Betriebe der österreichischen Industrie erst in jüngster Zeit von den Automobilherstellern als zulieferungsfähig betrachtet werden.

Hier soll am Rande bemerkt werden, daß seit 1977, vor allem dank der Bemühungen des Handelsministers, die Zulieferungen von 2,3 Milliarden Schilling auf 4,8 Milliarden Schilling im Jahr 1981 gestiegen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Mehr als 150 österreichische Unternehmen haben sich als Zulieferbetriebe qualifiziert. Durch diese Aufträge werden rund 8 000 Menschen beschäftigt.

An dieser Stelle möchte ich unterstreichen, Hohes Haus, daß trotz der schwierigen Situation, in der sich die Weltwirtschaft befindet, die Investitionsrate der österreichischen Industrie relativ hoch ist, nicht zuletzt auf Grund der Industrieprojekte, die sich derzeit in Durchführung befinden, und es wird uns gelingen — und davon bin ich zutiefst überzeugt —, weiterhin ein möglichst hohes Niveau der Industrieinvestitionen aufrechtzuerhalten. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. B l e n k.)* Ein bißchen abwarten, dann werden Sie genau hören, was ich damit meine.

Die Industrieinvestitionen sind in den letzten Jahren real — real! — gestiegen, und zwar um 13 Prozent im Jahr 1980, um 10,5 Prozent

11708

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundeskanzler Dr. Kreisky

im Jahr 1981, und werden im Krisenjahr 1982 um 7 Prozent zunehmen. Österreich, das in den Jahren 1970 bis 1981 ein reales jährliches Wachstum der Industrieproduktion von 3,4 Prozent aufwies, dessen industrielles Produktionsniveau heute um 44 Prozent höher liegt als im Jahr 1970, hat damit den Entindustrialisierungsprozeß, der in anderen westeuropäischen Ländern, wo eine konservative Wirtschaftspolitik gemacht wird (*Rufe bei der ÖVP: Bundesrepublik Deutschland!*), zu beobachten ist, nicht mitgemacht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf in diesem Zusammenhang hier nur an die großen Projekte der Erzeugung von Sulfatzellstoff in Pöls, die Produktion elektronischer Bauelemente durch die VOEST-Alpine gemeinsam mit einem amerikanischen Konzern, den Bau eines Allradtransporters für die Volkswagenwerke in Graz und schließlich an das Motorenwerk in Steyr erinnern, das nunmehr von BMW voll übernommen wurde.

Aus diesem Anlaß hat mir die Geschäftsleitung von BMW versichert, daß die mit der Förderung verbundene Mindestbeschäftigung jedenfalls erreicht werden wird. Gemäß dieser Information ist sogar zu erwarten, daß diese Zusagen noch übertroffen werden können.

Die verstaatlichte Industrie hat durch eine Reihe bedeutender Projekte einen wesentlichen Beitrag zur Umstrukturierung unserer Wirtschaft geleistet. Als Beispiel möchte ich hier die VOEST-Alpine anführen. Die VOEST-Alpine hat zwar — und hier muß man hinzufügen: später und in geringerem Ausmaß als die Stahlwerke anderer Länder — im Jahre 1981, dem schwierigsten Jahr für die europäische Stahlindustrie, Unterstützungen durch den Staat erhalten. Gerade sie ist es aber, die durch ihre Flexibilität und ihre Präsenz auf den internationalen Märkten bedeutende Erfolge erzielen konnte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hier soll zum Beispiel an den Standort Kindberg erinnert werden. Dort befürchteten die Beschäftigten, daß ein Industriefriedhof entstehen werde. Gerade in Kindberg ist das Großprojekt einer Weiterverarbeitungsanlage für Ölfeldrohre im Ausmaß von 1,15 Milliarden Schilling in Angriff genommen worden.

An diesem neuen Standort wurden weiters 600 Millionen Schilling für eine neue Präzisionsstahlrohrzieherei und den Umbau des Schweißrohrziehwerkes aufgewendet.

Die VOEST-Alpine stößt außerdem stark in den Bereich der Elektronik vor durch Zuliefe-

rungen an ausländische Computerhersteller, die Produktion von elektronischen Schaltungen und hochwertigen Leiterplatten.

In Eisenerz, einem weiteren Krisengebiet, werden 270 Millionen Schilling für die Erzeugung von Autoglas investiert, mit der Erzeugung von Dekorsteinen wurde bereits begonnen. Diese beiden Projekte werden 220 Menschen in diesem schwierigen Standort Beschäftigung bieten.

Insgesamt hat also allein der VOEST-Alpine-Konzern 1981 fast 4 Milliarden Schilling für Investitionen aufgewendet.

Ein anderes Unternehmen der verstaatlichten Industrie, die Chemie-Linz, ist stark in die pharmazeutische Produktion und in den Kunststoffbereich vorgedrungen.

Den Vereinigten Metallwerken Ranshofen-Berndorf ist es gelungen, in Kooperation mit anderen Firmen neue Fertigungen aufzuziehen. Als Beispiel möchte ich die Erzeugung von Kupplungsbestandteilen gemeinsam mit Fichtel & Sachs im bereits totgesagten Betrieb Möllersdorf anführen.

Es ist bekannt, daß die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzsicherung und Modernisierung unserer Wirtschaft dem Konferenzzentrum besondere Bedeutung beimißt. Ernstzunehmende Gutachten über die Beschäftigungswirkung des Konferenzzentrums schätzen die Zahl der Arbeitsplätze, die durch diese Investition geschaffen beziehungsweise erhalten werden, auf mindestens 9 300. Das bringt Beschäftigung für rund 2 000 Menschen über einen Zeitraum von mehr als viereinhalb Jahren. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und das in höchst qualifizierten Wirtschaftssektoren, wie zum Beispiel in der elektronischen Industrie, die damit den letzten Stand der Konferenztechnik zu demonstrieren in der Lage sein wird.

Die Bundesregierung widmet der Frage der Jugendarbeitslosigkeit besondere Bedeutung. Hier ist es bisher möglich gewesen, beträchtliche Erfolge zu erzielen. Während die Jugendarbeitslosigkeit 1981 in der Bundesrepublik Deutschland 7 Prozent, in den USA 14 Prozent erreichte, in Frankreich 17 Prozent, in Großbritannien gar 20 Prozent — man darf sich daher nicht wundern, daß es dort zu tumultartigen Zusammenstößen mit den jungen Leuten in der Vergangenheit gekommen ist — und in Italien 27 Prozent, so betrug sie in Österreich praktisch Null. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Die Bundesregierung schließt nicht aus, daß sich die Situation der Jugendlichen auf

Bundeskanzler Dr. Kreisky

dem Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten schwieriger gestalten wird, und sie hat daher eine Reihe von Vorkehrungen getroffen, um der Jugendarbeitslosigkeit, sowie es irgendwie geht, Einhalt zu gebieten.

So waren im Jahr 1970 im Bundesdienst 1 800 Lehrlinge beschäftigt. Im Jahr 1982 sind es bereits mehr als 2 500 Lehrlinge. 4 670 Planstellen stehen für jugendliche Vertragsbedienstete, Praktikanten und Lehrlinge insgesamt zur Verfügung. Im Stellenplan 1982 sind, und dies habe ich in einem Ministerratsvortrag am 11. Mai 1982 der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht, 200 zusätzliche Lehrplätze vorgesehen. Es sind dies keine neuen Schreibtischposten, sondern Lehrplätze für Laboranten, Präparatoren, Tierpfleger und Zahntechniker an den Universitätsinstituten, für Mechaniker und Schlosser bei den Werkstätten des Bundesheeres sowie Lehrplätze bei den Bundesforsten, den Bundesgärten und den Untersuchungsanstalten.

Weitere 250 junge Menschen sollen als Praktikanten eingestellt werden, und zwar vorwiegend bei der Bundesgendarmerie und bei Post und Bahn. Außerdem werden 270 Jugendliche als Vertragsbedienstete bei den Gerichten, Landesarbeits- und -invalidenämtern, Universitäten und Bundespolizeibehörden eingestellt.

Die Bundesregierung wird damit zusätzlich 720 Jugendlichen Beschäftigung verschaffen und bei ihrer Aufnahme auf regionale Bedürfnisse in erster Linie Bedacht nehmen.

Weiters wird ein Sonderprogramm zur Förderung eines höheren Anteils von Mädchen in jenen Berufen durchgeführt, die bisher im wesentlichen den Burschen vorbehalten blieben. Im Rahmen dieses Programms können bis zu 350 Lehrstellen durch eine monatliche Förderung von bis zu 2 000 S unterstützt werden.

Weiters wird ein Sonderprogramm erstellt, das auf die Schwierigkeiten einzelner Regionen besonders Bedacht nimmt. Im Rahmen dieses Programms werden weitere 250 Lehrstellen mit monatlichen Förderungen bis zu 2 000 S, bei angeschlossenem Internat bis zu 2 500 S gefördert.

Darüber hinaus, Hohes Haus, wird eine Aktion vorbereitet, deren Sinn darin besteht, nunmehr für den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften vorzusorgen, den wir in einigen Jahren haben werden. Bei Betrachtung der Bevölkerungsstatistik stellen wir nämlich fest, daß die Anzahl der Schulabgänger, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen werden, mit fast 120 000 in diesem Schuljahr 1981/82

einen Höhepunkt erreichen wird, jedoch dann relativ rasch um 10 000 bis zum Jahr 1986 sinkt. Im Jahr 1990 werden es um 25 000 weniger sein als heuer.

Die Bundesregierung erarbeitet daher ein Programm, das eine qualifizierte Ausbildung dieser Jugendlichen heute ermöglicht, auch wenn der Bedarf an Lehrlingen im Augenblick nicht groß genug ist.

Diese Aktionen haben vor allem den Sinn, zu verhindern, daß eine große Zahl jugendlicher keine Arbeit findet, was, wie wir alle wissen, nicht nur ökonomische, sondern auch moralische Aspekte hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Es hat sich in diesem Jahr der weltwirtschaftlichen Depression deutlich gezeigt, welche Bedeutung dem subjektiven Faktor in der Wirtschaft zukommt. Schwächen und Fehler oder gar Verfehlungen des Managements treten in Krisenzeiten stärker in Erscheinung und wirken sich unter Umständen katastrophal aus, während ein rasches Reagieren, gute Führungsqualitäten, Wissen um Marktchancen und anderes in diesen Zeiten geradezu unentbehrliche Unternehmereigenschaften sind.

Das gilt gleichermaßen für große, mittlere und kleinere Unternehmungen, und daher sollen in diesem Bericht auch die Anstrengungen guter Unternehmer oder Führungskräfte der Unternehmungen gewürdigt werden, ganz gleichgültig, ob sie in privaten oder staatlichen Firmen tätig sind. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß große ausländische Unternehmungen Österreicher in führenden Stellungen haben, das trifft im besonderen Maße für die europäische Automobilindustrie zu. Umso wichtiger ist es zu betonen, daß seit Jahren auch in der verstaatlichten Industrie nicht mehr das Proporzdenken vorherrscht, sondern daß ausschließlich die besten zur Verfügung stehenden Führungskräfte eingesetzt werden. In noch stärkerem Maße als bisher wird das in Zukunft der Fall sein müssen. *(Erneuter Beifall bei der SPÖ.)*

Frei gewordene Plätze können nur mit jenen Führungskräften besetzt werden, die die hierfür erforderlichen Qualifikationen besitzen, ein anderes Prinzip wäre verhängnisvoll für die Unternehmungen. Aus diesem Grunde habe ich auch den Vorschlag des Herrn Bundesparteiobermannes Dr. Steger aufgegriffen und eine Kommission mit der Zielsetzung eingesetzt, Vorschläge für die Objektivierung der Postenvergabe in Unternehmen zu erstatten, deren Anteile zur Gänze oder

11710

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundeskanzler Dr. Kreisky

mehrheitlich im Eigentum des Bundes stehen.

Diese Kommission, für deren Arbeit ich bei dieser Gelegenheit auch danken möchte, besteht aus den Herren Rechtsanwalt Dr. Peter Wrabetz, Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt, Dr. Rainer Moritz, Dr. Karl Tambornino und Dkfm. Dr. Georg Wailand. Diese Kommission hat sich mit diesem Problem lange beschäftigt und ist zu folgenden Schlüssen gekommen, die ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten möchte:

Die Mitarbeiter der unter Staatseinfluß stehenden Unternehmen müssen „nach Fähigkeit, Eignung und Neigung und nicht nach einem parteipolitischen Proporz ausgewählt und eingesetzt werden. Es muß verhindert werden, daß sich gerade die leistungswillige und weltoffene Jugend“ — so heißt es in diesem Bericht — „in ihrer Ablehnung parteipolitischer Protektion und eines falsch verstandenen Sicherheitsdenkens von den Unternehmungen im Bereich des Staates abwendet und dadurch die Qualität des Nachwuchses sinkt.“

„Unternehmerische Entscheidungen müssen frei von parteipolitischen Rücksichten und Loyalitäten gefällt werden und ausschließlich von den in Gesetz und Satzung der Unternehmung enthaltenen Zielsetzungen bestimmt werden.

Es muß zwar in der modernen Wirtschaft von jedem Großunternehmen die Berücksichtigung des öffentlichen Interesses gefordert werden; dazu ist aber nicht die Parteimitgliedschaft aller Spitzenmanager erforderlich.“

Wie Sie sich selber überzeugen können, gibt es heute an der Spitze verstaatlichter Unternehmungen zahlreiche Herren, die diesen Bedingungen der Kommission längst entsprechen.

Die Bundesregierung wird, soweit sie darauf Einfluß haben kann — das ist eine Verpflichtung, die ich dem Hohen Haus gegenüber übernehme —, dafür eintreten, daß diese Grundsätze überall dort, wo es eine öffentliche Beteiligung gibt, Berücksichtigung finden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ich habe diesen Bericht damit begonnen, daß ich eine Darstellung der jüngsten Konjunktursituation gegeben habe, wobei ich nicht unterlassen möchte, daran zu erinnern, daß ich bereits im Jahre 1973 vor einer Prosperitätseuphorie gewarnt habe, weil für die Wirtschaftsordnung, die wir in den modernen Industriestaaten haben, gewisse Konjunktorentwicklungen eben typisch sind.

Wir haben es heute mit hohen Zinssätzen zu tun, die eines der wichtigsten Bewegungsgesetze dieser Wirtschaftsordnung jedenfalls zum Teil außer Kraft setzen, ja fast zu seiner Aufhebung in manchen Ländern geführt haben, nämlich was den Umwandlungsprozeß von Geldkapital in produktives Kapital, vor allem in den Vereinigten Staaten und den wichtigsten Industriestaaten, anlangt.

Bei hohen Geldkosten vollzieht sich dieser Prozeß nicht in dem gleichen Maße, wie das unter anderen Bedingungen der Fall ist. Das führt dazu, daß der Produktionsapparat nicht rasch genug erneuert wird, und damit werden zum Beispiel viele Industrien in Europa und den USA gegenüber der japanischen Industrie in ihrer Entwicklung behindert.

Lassen Sie mich an einem Beispiel zeigen, was das unter anderem bedeutet. Die Konsequenz der Politik der hohen Zinsen für die österreichischen Unternehmungen läßt sich daran ablesen, daß ein Prozentpunkt Zinserhöhung die Wirtschaft mit rund 5,5 Milliarden Schilling belastet. Eine Zinserhöhung von 1 Prozent kostet die Wirtschaft also ungefähr soviel wie eine Lohnerhöhung um 1 Prozent. Ein Steigen der Zinsen um 2 Prozent kostet sie mehr, als die Gesamtbelastung aus der Körperschaftsteuer ausmacht.

An Einkommensteuer erhielt der österreichische Staat aus dem Unternehmenssektor einen Betrag, der etwa einer Zinserhöhung von 4 Prozent gleichkommt. Mit einem Schlag, nämlich der Erhöhung der Zinssätze, wird damit die Belastung der Unternehmen in außerordentlicher Weise gesteigert.

Die Verschärfung der Konkurrenz hat darüber hinaus dazu geführt, daß sich die Bedingungen für viele Unternehmungen zusätzlich so verschlechtert haben, daß sie nicht in der Lage sind, sich auf dem Markt zu behaupten, und daher zusammengebrochen sind. Sosehr wir die Bedeutung des Marktes anerkennen, so hart und rauh sind seine Bedingungen in Krisenzeiten.

Ein eindrucksvolles Beispiel für eine solche Marktänderung ist die Uhrenindustrie, wo zurzeit ein technologischer Umbruch stattfindet. Der führende Erzeuger, die Schweiz, mußte seinen Rang an andere Industrieländer abgeben. Die schweizerische Uhrenindustrie hat seit Mitte der siebziger Jahre rund die Hälfte ihrer Beschäftigung eingebüßt.

Der Krise in den westlichen Industriestaaten auf der einen Seite steht aber auch eine schwere Krise der Wirtschaft in den osteuropäischen Staaten gegenüber. Dort läßt sich die Krise nicht so deutlich von Wirtschaftsda-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

ten ablesen, wie wir das in westlichen Industriestaaten zur Verfügung haben. Aber wir wissen, daß zum Beispiel in Polen das Sozialprodukt im letzten Jahr um 13 Prozent gesunken ist und in anderen osteuropäischen Staaten der Arbeitsertrag der Menschen durch rapide Teuerung und ähnliche Maßnahmen verringert wurde.

Dazu kommen Disproportionalitäten in der Wirtschaftsstruktur, die dazu geführt haben, daß Länder, deren Versorgung mit Lebensmitteln seinerzeit ohne Schwierigkeiten erfolgt ist, heute gezwungen sind, Lebensmittel zu importieren. In diesen Ländern kann die Versorgung nur unter großen Anstrengungen aufrechterhalten werden.

Maßzahlen für die Produktivität gibt es dort nicht im erforderlichen Ausmaß, sodaß sich die echten Beschäftigungszahlen nicht überprüfen lassen. Manche Länder sind überhaupt gezwungen, ihre Arbeitskräfte zu exportieren, sie auf dem westeuropäischen Arbeitsmarkt unterzubringen.

Es ist also keine Frage, daß heute Wirtschaftsfragen das Denken der Menschen in stärkerem Maße dominieren, als das jemals vorher der Fall war. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, die Sorgen der Menschen zu verstehen und ihnen jenes Maß an Sicherheit zu vermitteln, das es in der Gesellschaft geben kann.

Dazu gehört natürlich nicht nur die Mitwirkung der Bundesregierung im Bereich der Wirtschaftspolitik, sondern auch die Überzeugung, daß gerade in diesen Zeiten jene Sicherheit, die durch den Wohlfahrtsstaat gewährleistet wird, nicht auch noch, wie das in manchen Ländern heute geschieht, in Frage gestellt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sozialpolitische Leistungen sind kein Geschenk des Staates, sondern sie werden finanziert durch die Arbeit der in der Wirtschaft in verschiedenen Funktionen Tätigen.

Die Bundesregierung lehnt es daher ab, die sozialpolitischen Leistungen der öffentlichen Hand zu reduzieren oder sie überhaupt in Frage zu stellen, wobei nicht übersehen werden soll, daß da oder dort gewisse Wünsche in wirtschaftlich angestregten Zeiten ihre Berücksichtigung vorläufig nicht finden können.

Die meisten Österreicherinnen und Österreicher wissen sehr genau, daß sie auch in diesen schwierigen Zeiten unter Verhältnissen leben, die sich sehr stark von denen in anderen Ländern unterscheiden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der soziale Friede ist infolge der wirtschaftlichen Situation und dank einer funktionierenden Sozialpartnerschaft in einem hohen Maße gesichert. Die Unruhen, wie es sie in manchen Städten in jüngster Zeit gegeben hat, haben wir glücklicherweise bei uns nicht erlebt. Wer, meine Damen und Herren, so wie ich zur älteren Generation gehört, weiß sehr wohl zu schätzen, was auch in diesen Zeiten in Österreich anders und besser geworden ist. *(Anhaltender, lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

10.37

Präsident: Ich erteile nunmehr dem Herrn Bundesminister für Finanzen das Wort.

10.38

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem vorjährigen Wirtschaftsbericht der Bundesregierung hat sich die internationale ökonomische Situation nicht verbessert:

wie vor einem Jahr läßt sich keine Dynamik in der Weltwirtschaft feststellen;

wie vor einem Jahr wird der für die zweite Jahreshälfte erwartete internationale Konjunkturaufschwung zunehmend unsicherer, denn

wie vor einem Jahr droht die Gefahr, daß die überwiegend restriktive Wirtschaftspolitik in wichtigen Industriestaaten die ohnehin nur schwachen Konjunkturregungen abwürgt und einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung verhindert.

Doch selbst wenn sich der erhoffte Konjunkturaufschwung im Herbst tatsächlich einstellt, sind die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft keineswegs überragend. Die OECD erwartet für ihre Mitgliedsländer im Jahr 1982 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von einem halben Prozent. Gemessen an den ökonomischen Standards der letzten drei Jahrzehnte wird der Aufschwung auf jeden Fall nur sehr bescheiden sein.

Der Internationale Währungsfonds erwartet nicht vor 1984 eine entscheidende Wende zum Besseren. Bis dahin werde es — international gesehen — weiterhin eine Stagnation geben, die Zinsen werden vergleichsweise hoch bleiben, und die Arbeitslosigkeit werde in den Jahren 1982 und 1983 ständig steigen. Eine wahrhaft deprimierende Beurteilung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. „Wir alle sind gut beraten, uns auf eine längerdauernde Krisensituation in der Welt einzustellen.“ Dieses Zitat aus meiner Rede zum Budget 1982 hat leider nichts an Aktualität verloren.

11712

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundesminister Dr. Salcher

Der liberalistische Kapitalismus mit seinem absoluten Vertrauen in die Marktkräfte vermochte die neue Massenarbeitslosigkeit ebenso wenig zu verhindern wie der kommunistische Staatskapitalismus die beispiellosen Krisen in seinem Bereich. Demgegenüber hat sich die österreichische Wirtschaftspolitik bewährt und wird sich auch in Zukunft bewähren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Was sind die Hauptursachen für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise?

Einmal die beiden Ölpreisschocks, die zu beträchtlichen Leistungsbilanzungleichgewichten und zu einem neuerlichen Inflationsschub geführt haben.

Rationalisierungsmaßnahmen in den Industrieländern und die zunehmende Verlagerung ganzer Produktionszweige in Länder der Dritten Welt, die Branchenkrisen, etwa im Stahl- und Textilbereich, verursacht haben.

Schließlich die technologische Umwälzung, vor allem in der Elektronikindustrie, die in immer mehr Produktionsbereichen Arbeitsplätze gefährdet.

In Reaktion auf diese Probleme räumten führende Industrieländer der Bekämpfung von Inflation und Leistungsbilanzdefiziten absolute Priorität ein. Diese restriktive Politik führte, ausgehend von den USA, international zu einer Hochzinsphase, die noch andauert. Als Folge dieser Politik wird die Inflationsrate in der OECD zwar von über 10 Prozent im Vorjahr auf etwa 8,5 Prozent sinken, auch die Leistungsbilanzdefizite der OECD-Staaten gehen langsam zurück. Einzelne europäische Industriestaaten werden aber nach wie vor zweistellige Inflationsraten aufweisen.

Diese sogenannte Stabilitätspolitik hat somit die Rezession verschärft und die Arbeitslosigkeit dramatisch erhöht. Im Jahr 1982 werden in der OECD rund 30 Millionen Menschen ohne Arbeit sein.

Diese weltweite Entwicklung beeinflusst selbstverständlich auch die österreichische Wirtschaft.

Hohes Haus! Bei meinem Amtsantritt im Jänner 1981 erwartete das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 1981 um 0,5 Prozent und ein bereinigtes Leistungsbilanzdefizit von rund 20 Milliarden Schilling.

Die Kreditzinsen waren auf über 13 Prozent hochgeschneit, eine Folge der amerikanischen Hochzinspolitik. Das verteuerte die Investitionen, das brachte aber auch Schwie-

rigkeiten für Betriebe, die eine Expansionsphase unter Zuhilfenahme hoher Fremdmittelanteile eingeleitet hatten. Überdies drohten Großinsolvenzen an sich gesunde Klein- und Mittelbetriebe mitzureißen.

Zur Ergänzung bewährter wirtschaftspolitischer Instrumente erstellten wir deshalb ein erstes strukturpolitisches Sofortprogramm, das folgende vier Maßnahmen umfaßt: die Förderung besonders leistungsbilanzrelevanter Investitionen, eine Zinsstützung für Fertigungsüberleitungen, die Insolvenzhilfe für unverschuldet in Schwierigkeiten geratene Unternehmen und Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bereits im Sommer 1981 sind die „TOP-Aktion“ und die Fertigungsüberleitungsaktion angelaufen. Auf diese Weise sollten industriell-gewerbliche Investitionsvorhaben mit besonderer Bedeutung für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und der Leistungsbilanz gefördert werden. Heute, rund ein Jahr nach Beginn dieser Aktionen, kann eine erste Zwischenbilanz gezogen werden. Ich möchte hier nur zwei Zahlen nennen. Bis Anfang Mai wurden durch diese Aktionen 2 600 Arbeitsplätze geschaffen, die Leistungsbilanz verbessert sich alljährlich um mindestens 1,3 Milliarden Schilling. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Die Novellierung des Finanzierungsgarantiegesetzes ermöglichte in vielen Fällen die Rettung von Klein- und Mittelbetrieben vor den Folgen von Insolvenzen großer Unternehmen. Die Hilfe besteht in der Ausarbeitung von Sanierungskonzepten, in der Beistellung von Sanierungsmanagern und in der Gewährung von Überbrückungskrediten und Finanzierungshilfen.

Der vierte Punkt des Sofortprogramms, die Stärkung der Eigenkapitalbasis von Betrieben, wird durch das Beteiligungsfondsgesetz verwirklicht. Dieses Gesetz sieht die Gründung von Beteiligungsfondsgesellschaften vor. Zweck dieser Gesellschaften ist die Beteiligung an Unternehmen und die Aufbringung des Kapitals durch die Ausgabe sogenannter Genußscheine an private Sparer. Großzügige Steuerbegünstigungen bieten einen wesentlichen Anreiz zur Bildung von Eigenkapital. Ich bin davon überzeugt, daß es sich hier, wie Professor Horst Knapp es ausgedrückt hat, um einen „Tunneldurchschlag“ in Richtung Risikokapital handelt.

An der Vorbereitung und Beratung dieser Gesetzesmaterie haben die beiden Oppositionsparteien intensiv mitgearbeitet. Das ist

Bundesminister Dr. Salcher

ein weiterer Beweis dafür, daß die Bundesregierung zur positiven Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen ständig bereit ist. Dieser Wille zur Kooperation wäre aber falsch verstanden, wenn die Opposition daraus das Bedürfnis zu einer Kursänderung ableiten möchte. Wir werden den bisher so erfolgreichen Weg der österreichischen Wirtschaftspolitik jedenfalls konsequent fortsetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! In Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurde eine Einigung über eine Lohn- und Einkommensteuerreform erzielt. Aus budgetären Gründen wird sie in zwei Schritten durchgeführt. Die erste, mit 1982 in Kraft getretene Etappe hat die Lohn- und Einkommensteuerbelastung um rund 6 Milliarden Schilling gesenkt. Die zweite wird mit Anfang 1983 eine weitere Senkung um 3 Milliarden Schilling bringen. Ein durchschnittlicher Verdiener wird dadurch um insgesamt zirka 250 S im Monat oder um 3 000 S im Jahr entlastet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aus budgetären Gründen wäre es mir selbstverständlich lieber gewesen, auf diese Tarifkorrektur zu verzichten. In der gegebenen Konjunktursituation löste die Steueranpassung aber eine gesamtwirtschaftlich erwünschte nachfragebelebende Wirkung aus. Diese Steuersenkung trug überdies zur Ermöglichung von gesamtwirtschaftlich vertretbaren Lohnabschlüssen bei und stärkte so indirekt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Im Zuge der erwähnten Lohn- und Einkommensteuerreform haben wir mit der Schaffung des Alleinerhalterabsetzbetrages auch eine sozialpolitische Lücke geschlossen. Den rund 120 000 Personen, die alleinstehend sind und Kinder zu erhalten haben, stand bisher keine Begünstigung in der Art des Alleinverdienerabsetzbetrages zu. Vor allem alleinstehende Frauen mit Kindern haben durch diese Neuregelung für 1982 einen Einkommensvorteil von 3 200 S und ab 1983 einen solchen von 3 900 S. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das Abgabenänderungsgesetz 1981 brachte auch eine wichtige Verbesserung für die Bausparer. Durch die Erhöhung der Bausparprämie von 10 Prozent auf 13 Prozent wurde der Anreiz zum Bausparen verstärkt, was sich in einem bedeutenden Zuwachs bei Neuabschlüssen niederschlägt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für die Beschäftigung der österreichischen Bauwirtschaft. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Andere wichtige Verbesserungen kommen vor allem Unternehmern zugute. Als Beispiele

dafür nenne ich die Erleichterungen bei der Gewerbesteuer und die Verlängerung der vorzeitigen Abschreibung für Bauinvestitionen um zwei Jahre.

Die wirtschaftliche Situation hat auch eine Strukturänderung bei der steuerlichen Investitionsförderung notwendig gemacht. Die vorzeitige Abschreibung für bewegliche Anlagegüter wurde von 50 auf 40 Prozent zurückgenommen; an diesem neuen Satz — das sage ich sehr deutlich — wird sich in den nächsten Jahren nichts ändern. Die durch diese Maßnahme freiwerdenden Mittel werden zur Dotierung der neugeschaffenen „Investitionsprämie“ verwendet. Sie gewährt den Unternehmen eine sechsprozentige Prämie auf die Investition. Diese Maßnahme ist eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Instrumentariums der Investitionsförderung. Sie kommt vor allem jenen Unternehmen zugute, die wegen schlechter Gewinnerwartungen die Vorteile der vorzeitigen Abschreibung nicht nützen können. Die Investitionsprämie ist also für die Umstrukturierung der Wirtschaft in einem anhaltenden Konjunkturtief besonders wichtig.

Mit diesen Maßnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat die Bundesregierung den im Jahr 1981 für das Jahr 1982 vorliegenden Expertenäußerungen über die wirtschaftliche Entwicklung Rechnung getragen. Auch das Budget 1982 basierte auf den letztverfügbaren Prognosen.

Der Bundesvoranschlag 1982 war aber kaum verabschiedet, als die Wirtschaftsforscher am 22. Dezember 1981 ihre Prognose für 1982 revidierten. Prägnanteste Änderung: eine Arbeitslosenrate von 3,1 Prozent für 1982 prognostiziert. In anderen Industriestaaten diskutiert man trotz weit höheren Arbeitslosenraten noch immer, ob der Staat zusätzliche Beschäftigungsanreize geben soll oder ob er das nicht tun soll. Die österreichische Bundesregierung hingegen handelte unverzüglich.

Bereits in der Regierungsklausur vom 11. Jänner 1982 hat die Bundesregierung das Beschäftigungs-Sonderprogramm verabschiedet.

Dieses Programm hat zwei Hauptzielrichtungen.

Kurzfristig verbessert es die Beschäftigungssituation, vor allem in der Bauwirtschaft, und stärkt die Investitionstätigkeit in Gewerbe und Industrie.

Mittelfristig gibt es Impulse zur Strukturverbesserung, nicht zuletzt im Eisen- und Stahlbereich.

11714

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundesminister Dr. Salcher

Das Sonderwohnbauprogramm ermöglicht mit einem Investitionsvolumen von 5 Milliarden Schilling den Bau von 5 000 Wohnungen zusätzlich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für die Althausanierung steht 1982 eine Milliarde Schilling zur Verfügung. Nach Expertenschätzungen können durch das neue Versicherungssparen in sechs Jahren über 10 Milliarden Schilling für die Althausanierung bereitgestellt werden.

Hohes Haus! Und nun eine ganz ernste Bemerkung. Obwohl Tausende Arbeiter ohne Arbeit waren, obwohl Tausende junge Familien auf preisgünstige Wohnungen warten, hat die Österreichische Volkspartei trotzdem durch ihren Einspruch im Bundesrat den Einsatz dieser beiden Instrumente um mindestens zwei Monate verzögert. Ich möchte sehr deutlich sagen: So wurde den österreichischen Arbeitern augenscheinlich demonstriert, meine Damen und Herren, was die ÖVP von Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung tatsächlich hält. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. König: Polemik von der Regierungsbank.)*

Kaum waren jedoch die beiden Gesetze durch einen Beharrungsbeschluß des Nationalrates in Kraft getreten, schlossen sich Bundesländer mit ÖVP-Mehrheit diesem Programm an. Ein neuerlicher Beweis dafür, meine Damen und Herren, daß die ÖVP-Landesorganisationen den kooperativen Bundesstaat manchmal höher schätzen als Befehle aus der *(Abg. Dr. König: Herr Minister! Das gehört vom Rednerpult aus gesagt! Das ist ein Mißbrauch.)* ÖVP-Zentrale in der Wiener Kärntner Straße. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. König: Polemik von der Regierungsbank, das gehört vom Rednerpult aus gesagt!)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um die Bauwirtschaft weiter abzusichern, wurde die Förderung von Bauinvestitionen im Fremdenverkehr um eine Milliarde Schilling erhöht. Da der Fremdenverkehr bei baulichen Investitionen erfahrungsgemäß die örtliche Bauwirtschaft beschäftigt, wird diese „Fremdenverkehrs-milliarde“ regional gestreut. Außerdem wurde eine Reihe von öffentlichen Bauvorhaben aus dem zweiten Halbjahr 1982 in das erste Halbjahr vorgezogen. Zusätzlich 1,5 Milliarden Schilling stehen für den Autobahnbau zur Verfügung. Durch das 1. Budgetüberschreitungs-gesetz 1982 wurden zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft dem Bundeshochbau zusätzlich 365 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Außerdem wird als zusätzlicher Beschäftigungsanreiz

das Österreichische Konferenzzentrum gebaut. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auf gewerblich-industriellem Gebiet wird die bereits beschriebene „TOP-Aktion“ weitergeführt. Bis Ende 1982 stehen dafür neuerlich 1,5 Milliarden Schilling, insgesamt also 2,5 Milliarden Schilling, zur Verfügung.

Vor allem im Hinblick auf das noch immer hohe Zinsniveau und auf die Anlaufschwierigkeiten, die Kleinbetriebe bei Investitionen haben, werden 1982 eine Reihe von Zinsstützungen um einen Prozentpunkt angehoben. Dabei handelt es sich unter anderem um mehrere Bürges-Aktionen sowie um die ERP-Ersatzaktion für den Fremdenverkehr. Ebenfalls für 1982 wurde der Zinsenzuschuß für Agrarinvestitionskredite um zwei Prozentpunkte erhöht. In Verhandlungen mit der Landwirtschaft wurde Einvernehmen über eine neue flexible Form der Zinsstützungen bei Agrarinvestitionskrediten erzielt. Die besonders günstigen Konditionen für Bergbauern wurden dabei auch auf die Grenzlandbauern ausgedehnt.

Schließlich werden aus Mitteln der Oesterreichischen Nationalbank jährlich 100 Millionen Schilling für wirtschaftsnahe Forschung aufgewendet.

Hohes Haus! Die Beschäftigungs- und Wachstumseffekte dieses Programms sind wegen der erwähnten ÖVP-veranlaßten Verzögerungen nicht leicht abzuschätzen. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß die bei der Regierungsklausur beschlossenen Maßnahmen schon 1982 einen Beschäftigungseffekt von 10 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen haben werden; ohne die durch die Volkspartei verursachte Verzögerung wären es nach ernstzunehmenden Schätzungen um bis zu 1 000 Arbeitsplätze mehr gewesen. Das heißt, die Arbeitslosenrate wird durch das Maßnahmenpaket trotz allem um mindestens 0,3 Prozentpunkte reduziert werden. Der zusätzliche Wachstumseffekt des Beschäftigungssonderprogramms ist 1982 mit etwa 0,8 Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts anzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Überdies entsteht durch das erwähnte Bundeshochbauzusatzprogramm von 365 Millionen Schilling ein Beschäftigungseffekt von über 650 Arbeitsplätzen. Beim Österreichischen Konferenzzentrum werden für die geplante Bauzeit von viereinhalb Jahren im Durchschnitt jährlich fast 2 100 Personen zusätzlich Beschäftigung finden. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Hohes Haus! Damit trägt die Bundesregierung dazu bei, daß 1982 eine Wachstumsrate von 1½ Prozent bis 2 Prozent erreicht werden

Bundesminister Dr. Salcher

kann. So kann Österreich in einer weltwirtschaftlich schwierigen Zeit seinen traditionellen Wachstumsvorsprung gegenüber den meisten anderen Industriestaaten behaupten. Gleichzeitig ist es gelungen, unsere außenwirtschaftliche Position nachhaltig zu verbessern und die Inflation zu senken: Das Defizit der erweiterten Leistungsbilanz hat sich im Vorjahr um 4,8 Milliarden Schilling verringert und wird heuer wahrscheinlich von rund 16 Milliarden Schilling auf 7½ Milliarden Schilling halbiert werden. Nach Berechnungen der Oesterreichischen Nationalbank haben wir im ersten Quartal dieses Jahres sogar einen Leistungsbilanzüberschuß erzielt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Beim Preisauftrieb wurde im Herbst 1981 der Höhepunkt überschritten, die Inflationsrate dürfte heuer im Jahresdurchschnitt bei 5½ Prozent liegen.

Österreich hat trotz steigender Kursunsicherheit auf den internationalen Devisenmärkten auch 1981 die Hartwährungspolitik fortgesetzt. Der Wechselkurs des Schillings hat sich weiterhin an der Deutschen Mark orientiert und so zur Dämpfung der Inflation beigetragen. Durch die Dollarkursentwicklung begünstigt, konnte Österreich seine Warenexporte in den Dollarraum deutlich steigern. 1981 nahmen die Exporte in die USA um 32 Prozent gegenüber 1980 zu, die Lieferungen in den OPEC-Raum sogar um 44 Prozent. Im ersten Quartal 1982 konnte diese erfreuliche Entwicklung fortgesetzt werden.

So gesehen kann man mit Fug und Recht sagen: Die österreichische Wechselkurspolitik bewirkte Stabilitätsimport, ohne den Export zu behindern.

Diese Wechselkurspolitik war gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für die Kontinuität in der Einkommenspolitik.

In der Zinsenlandschaft ist es im letzten Halbjahr zu einer erfreulichen Entwicklung gekommen. Die Bundesrepublik Deutschland konnte wegen der günstigen Leistungsbilanz erste Schritte einer Abkoppelung vom Hochzinsniveau der USA setzen. Auch in Österreich fand dieser Trend seinen Niederschlag. Nach einer Bundesanleihe mit 11 Prozent im Herbst 1981 hat der Bund vor wenigen Tagen mit einem Coupon von 9,5 Prozent ein deutliches Zinssenkungssignal gesetzt.

Niedrige Zinsen sind — das ist allgemein anerkannt — Vorbedingung für einen neuerlichen Konjunkturaufschwung. Es liegt jetzt vor allem am Kreditapparat, diese Zinssenkung weiter fortzuführen.

Hohes Haus! Österreich hat in den letzten Jahren bedeutende Akzente zur Reduzierung

des Energieverbrauchs in Unternehmen und Haushalten gesetzt. Hier wurden beachtliche Erfolge erzielt. Der gesamte Energieverbrauch ist 1981 — bei konstantem Produktionsniveau, das muß man dazusagen — um fast 5 Prozent gesunken. Gleichzeitig verschob sich auch die Verbrauchsstruktur von Erdöl und Erdgas zu den übrigen Energieträgern, vor allem zu Kohle und Wasserkraft. Erfreulich ist, daß diese Entwicklung auch in den ersten Monaten 1982 anhält.

Die sinkende Nachfrage und die geänderte Verbrauchsstruktur bewirkten 1981 einen mengenmäßigen Rückgang der Energieimporte um fast 6 Prozent. Daß sich dennoch in diesem Bereich keine Entlastung der Leistungsbilanz ergab, sondern daß wir mit 62,4 Milliarden Schilling sogar um rund 28 Prozent mehr für die Energieimporte zahlen mußten, lag an der kräftigen Dollaraufwertung des Vorjahres.

Die Folgen der beiden Ölkrisen 1973 und 1979 sind also auch in Österreich evident. Der Rückgang des Erdölverbrauchs seit 1979 scheint — ich betone: scheint — anzuzeigen, daß sich die Industriestaaten auf diese Situation bereits eingestellt haben. Ein erheblicher Teil dieser Einsparungen geht aber auf die wirtschaftliche Rezession zurück; die Internationale Energieagentur schätzt diesen Anteil auf die Hälfte. Eine Belebung des Wirtschaftswachstums könnte also das mühsam hergestellte Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage beim Erdöl neuerlich stören.

Diese negativen Erwartungen werden durch eine Reihe weiterer Fakten noch verstärkt. Große Alternativprojekte und die Aufschließung neuer Erdölquellen im Nordseebereich wurden aus Rentabilitätsgründen aufgeschoben oder gar aufgegeben. Die ungewisse politische Entwicklung im Nahen Osten trägt zusätzlich zu einer Verunsicherung bei.

Meine Damen und Herren! Eine dritte Ölkrise in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist daher nicht auszuschließen. Dabei haben die OECD-Staaten den zweiten Ölpreisschock noch nicht überwunden, wurden doch drei Prozentpunkte der OECD-Inflationsrate 1981 durch den Ölpreis verursacht. Die Energiesparmaßnahmen und das Aufsuchen alternativer Energien sind also fortzusetzen.

Hohes Haus! Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Eckdaten hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf das Bundesbudget. Das Beschäftigungs-sonderprogramm vom Jänner 1982 wird dem Bund rund 2 Milliarden Schilling kosten. Dazu kommen — wie erwähnt — weitere 1,5 Milliarden Schilling

Bundesminister Dr. Salcher

für Straßenbauinvestitionen. Auch ist zu bedenken, daß eine steigende Arbeitslosenrate die Sozialausgaben erhöht. Schließlich werden wir — soweit sich das nach fünf Monate schon sagen läßt — auch etwas geringere Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben und aus den Bundesbetrieben haben. Wir müssen daher damit rechnen, daß das Bruttodefizit fast bei 65 Milliarden Schilling und damit das Nettodefizit bei etwas über 37 Milliarden Schilling liegen wird.

Es wäre aber angesichts der enormen weltwirtschaftlichen Probleme mit ihren Auswirkungen auf Österreich völlig verfehlt, dieser Entwicklung mit einer drastischen Einschränkung der Budgetausgaben zu begegnen. Wir sehen, wohin der Versuch einer radikalen Reduzierung der Budgetabgänge in wirtschaftlich schwierigen Zeiten führt. Diesen Weg wollen wir nicht gehen. Wir werden nach wie vor beträchtliche Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen. Wir werden den wirtschaftspolitischen Vorrang der Vollbeschäftigung auch in der künftigen Budgetpolitik intensiv berücksichtigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Schulden des Bundes werden dadurch ansteigen, was dem Finanzminister beileibe nicht angenehm ist. Aber den kleinen autonomen Spielraum zur Abwehr negativer Auslandseinflüsse müssen wir im Interesse der Menschen dieses Landes nützen. Daß diese Politik einer realistischen Möglichkeit entspricht, zeigt die OECD in ihrem jüngsten Österreich-Prüfbericht.

Dazu zwei wörtliche Zitate:

„Nach internationalen Maßstäben gemessen, sind ... sowohl das Defizit des Bundesbudgets als auch der Kreditbedarf der öffentlichen Hand vergleichsweise niedrig.“

Und an anderer Stelle — ich zitiere weiter —: „Im internationalen Vergleich ist die Verschuldung des Bundes nicht groß.“

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine aktuelle innenpolitische Anmerkung machen: Nach eingehenden Verhandlungen hat sich die Regierungspartei mit den beiden Oppositionsparteien auf den Einsatz zusätzlicher Budgetmittel für wirtschaftsfördernde Maßnahmen geeinigt. Selbst für eine Oppositionspartei scheint es daher eine wenig konstruktive Politik zu sein, die Verwirklichung dieser Vereinbarungen zu begrüßen, gleichzeitig aber die daraus resultierende Erhöhung des Budgetdefizits zu kritisieren und im selben Atemzug darüber hinaus noch weitere Forderungen sonder Zahl zu stellen.

Hohes Haus! Die Budgetsituation der letzten Jahre spiegelt die wirtschaftliche Trendwende Mitte der siebziger Jahre.

Seit 1975 haben sich die Wachstumsraten halbiert; die Arbeitslosigkeit, die man endgültig überwunden glaubte, ist das internationale Problem der Gegenwart und der unmittelbaren Zukunft. Die Zeit zwischen dem Beginn des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und 1975 ist nicht wiederholbar.

Innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne haben sich somit die Anforderungen an die Wirtschaftspolitik grundlegend verändert. Das Jahr 1975 hat man noch für ein klassisches Rezessionsjahr gehalten, man glaubte die für damalige Begriffe horrenden Arbeitslosigkeit würde im nächsten Aufschwung wieder verschwinden. Heute haben in den OECD-Staaten 30 Millionen Menschen keine Arbeit, ein Ende dieser internationalen Arbeitslosigkeit ist nicht abzusehen.

Hohes Haus! Demgegenüber ist es uns in Österreich bisher gelungen, die Auswirkungen der internationalen Krise gering zu halten. Dies ist in erster Linie ein Erfolg unseres policy-mix, der inzwischen unter dem Begriff „Der österreichische Weg“ weltweite Anerkennung gefunden hat. *(Beifall bei der SPÖ.)* Dieser Weg besteht aus einer Kombination von verantwortungsvoller Einkommenspolitik, flexibler Hartwährungspolitik, kompensatorischer Budget- und Steuerpolitik sowie gezielter Strukturpolitik.

Eine zukunftsorientierte Strukturpolitik ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung der Vollbeschäftigung. Sie hat zwei Hauptaufgaben zu erfüllen: Einerseits soll sie bestehenden Unternehmen die Anpassung an die geänderte Nachfragesituation erleichtern, andererseits helfen, neue Unternehmen in jenen Bereichen anzusiedeln, die längerfristig von Bedeutung sind. In der Praxis heißt das zum Beispiel, daß öffentliche Mittel sowohl zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Textilindustrie als auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Elektronikindustrie aufgewendet werden.

Eine so verstandene Strukturpolitik ist eine bewußte Absage an den „Wirtschaftsdarwinismus“, eine Absage also an die Auffassung, Konkurse seien ein wichtiges Mittel der Strukturpolitik; die Starken würden überleben, die Schwachen zugrunde gehen.

Demgegenüber verbinden wir mit jedem staatlichen Zuschuß zur Sanierung eines Unternehmens die Hoffnung, daß dadurch ein an sich lebensfähiger Betrieb erhalten wird. Erscheint eine Betriebsschließung unver-

Bundesminister Dr. Salcher

meidlich, sollen Initiativen zur Betriebsansiedlung die regionale Arbeitslosigkeit bekämpfen. Das ist der Weg, den wir vorschlagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik sichern Österreich für die Bewältigung der neuen Anforderungen eine Ausgangsbasis, die weit besser ist als in den meisten anderen Ländern.

8½ Prozent Inflation in der OECD bei nur 5½ Prozent in Österreich;

Stagnation des Welthandels bei 6 Prozent realem Exportzuwachs in Österreich;

sinkende Reallöhne in den meisten Industrieländern bei Reallohnzuwachs in Österreich;

Rückgang des Volkseinkommens in großen Industrieländern bei Fortdauer des Wachstumsvorsprungs unseres Landes;

8½ Prozent Arbeitslosigkeit in der OECD bei einer mit rund 3 bis 3,3 Prozent nicht einmal halb so großen Arbeitslosenrate in Österreich.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das möchte ich schon präventiv für die bevorstehende Diskussion sagen. Diese Tatsachen kann niemand wegleugnen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist ein bemerkenswertes Ergebnis der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft aller Österreicherinnen und Österreicher. *(Beifall bei der SPÖ.)* An dieser Stelle möchte ich allen Arbeitern, allen Angestellten, allen Bauern, allen Beamten und allen Unternehmern dieses Landes für diese Leistung Dank sagen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die Regierungspartei hat im Vorjahr ein neues Wirtschaftsprogramm beschlossen und damit aufgezeigt, wie wir die vor uns liegenden Probleme bewältigen werden. Viele Programmpunkte wurden innerhalb eines Jahres bereits verwirklicht, einiges ist noch zu tun.

Durch das Beschäftigungs-Sonderprogramm wurden über 10 000 Arbeitsplätze gesichert. Wir haben in den letzten sechzehn Monaten wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen gesetzt.

Wir verlassen uns nicht auf einen möglichen internationalen Aufschwung im zweiten Halbjahr dieses Jahres. Wir arbeiten intensiv an einem zusätzlichen Beschäftigungsprogramm mit drei wesentlichen Schwerpunkten:

Erstens: Eine verstärkte öffentliche Investi-

tionstätigkeit in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit;

zweitens: Ein mehrjähriges Fernwärme-Investitionsprogramm, das Arbeitsplätze sichert, die Umwelt entlastet und die Energiebilanz verbessert;

und drittens — was der Herr Bundeskanzler heute schon ausführlich erwähnt hat —: Maßnahmen, um für unsere Jugend genügend Arbeitsplätze zu schaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! In der Wirtschaftspolitik sind wir vielfach mit Sachzwängen konfrontiert. Sie zu leugnen wäre ebenso falsch, wie vor ihnen zu kapitulieren.

Wirtschaftspolitik kann man nach unserer Überzeugung nicht nach rein technokratischen Gesichtspunkten betreiben. Das Bekenntnis zu einer pragmatischen Wirtschaftspolitik muß ergänzt werden durch ein Bekenntnis zu Grundwerten.

Eine gewisse Mindestarbeitslosigkeit wird von manchen rechten Ökonomen und Politikern harmlos als „Sockelarbeitslosigkeit“ bezeichnet, als handelte es sich dabei um die selbstverständlichste Sache der Welt! Wir werden uns nie mit diesem Zustand abfinden, in dem Menschen nicht arbeiten können, obwohl sie arbeiten wollen. Arbeitslosigkeit ist nicht nur wirtschaftlich schädlich, sie ist vielmehr unmenschlich im wahrsten Sinn dieses Wortes. Wir werden gegen diese Geißel der modernen Industriegesellschaft mit aller Kraft ankämpfen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gibt, so sagen manche, den Sachzwang zur Rüstungsproduktion und damit zum Export von Waffen auch in jene Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden. Wir dagegen bekennen uns zur schrittweisen Umorientierung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter, ohne — und das betone ich besonders — diese Entwicklung auf dem Rücken der betroffenen Arbeiter auszutragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man spricht von der unvermeidlichen Beeinträchtigung der Umwelt durch industrielle Produktionsverfahren. Wir halten dem die Notwendigkeit entgegen, ökonomische Weiterentwicklung mit ökologischer Rücksicht zu verbinden.

Hohes Haus! Sogenannte Realisten sprechen vom Egoismus des Menschen als der gesunden Triebfeder gesellschaftlicher Entwicklung. Wir stellen den Gedanken der Solidarität in den Vordergrund, sei es in Österreich, sei es in den internationalen Beziehungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

11718

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundesminister Dr. Salcher

Diese Solidarität hat gegenseitiges Vertrauen zur Voraussetzung: jenes der Wirtschaftspartner zueinander und das zwischen den Staatsbürgern und den von ihnen gewählten Politikern.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Tragen wir alle, wo immer wir politisch stehen, dazu bei, dieses Vertrauen, diese Solidarität der Österreicherinnen und Österreicher untereinander und zu diesem Staat zu stärken! Arbeiten wir zusammen daran, daß Österreich wirtschaftlich und sozial weiter als Vorbild in der internationalen Gemeinschaft gilt! *(Lebhafter, langanhaltender Beifall bei der SPÖ.)* 11.21

Präsident Mag. Minkowitsch: Es liegt mir gemäß § 81 der Geschäftsordnung das von fünf Abgeordneten schriftlich gestellte Verlangen vor, über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Finanzen sogleich eine Debatte durchzuführen. Werden hiegegen Einwendungen erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Mock. Ich erteile es ihm.

11.22

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine Damen und Herren! Vorweg am Beginn der Debatte einige Vorbemerkungen zu den Ausführungen des Finanzministers.

Zuerst einmal möchte ich mit Nachdruck die billige Polemik des Finanzministers von der Regierungsbank aus bedauern *(Beifall bei der ÖVP)*: Wir hätten Beschlüsse verzögert, was zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt habe. *(Rufe bei der SPÖ: Richtig! — Ruf bei der ÖVP: Kindisch!)*

Herr Minister! Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie es verschlafen, aber ich nehme an, Sie haben gehört, daß es seit eineinhalb Jahren hier im Nationalrat ein Gesetz gegeben hat, das 1. Eigentumsbildungsgesetz, bei dessen Beschlußfassung der Bau von rund 6 000 Wohnungen jährlich und die Erneuerung von 10 000 Altwohnungen möglich gewesen wären. Eineinhalb Jahre haben Sie das verhindert! Auch Sie haben sich mit dieser Politik identifiziert.

Es ist eine sehr billige Polemik, wenn Sie dann von drei Wochen reden wegen eines Einspruchs gegen ein Gesetz, das eigentumsfeindlich ist, das zu Wohnungen führt, die sich niemand leisten kann, und das auch von Ihren sozialistischen Landeshauptleuten Kery und Wagner abgelehnt worden ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich frage mich überhaupt, meine Damen und Herren, wenn man da so zuhört, wie alles perfekt ist — ein Beschäftigungsprogramm jagt das andere —, warum es in diesem Land überhaupt noch einen einzigen Arbeitslosen gibt; leider sind wir konfrontiert mit steigenden Arbeitslosenraten.

Ja und Herr Minister, wenn Sie geglaubt haben, auch zum Waffenexport Stellung nehmen zu sollen: Sicherlich ein sehr wichtiges und heikles Thema, über das wir hoffentlich in den Ausschüssen konstruktiver verhandeln können, als Sie es formuliert haben. Nur, wissen Sie: Solche Worte von der Regierungsbank sind halt nicht sehr glaubwürdig, wenn man wenige Wochen vorher den Herrn Führer Gaddafi einlädt, einen Mann, der im Osten und im Westen und im Süden und im Norden seines Landes militärische Konflikte auslöst, und wenn man dann sagt, wie das der Regierungschef gemacht hat, gegen Waffenexporte nach Libyen hätte man keinen Einwand. Dann ist es halt nicht sehr glaubhaft, was Sie an schönen Thesen hier verkünden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Daß Sie den Arbeitern, den Bauern, den Unternehmern, den Angestellten für ihre Arbeitsleistung danken, dazu ist aller Grund, und das möchte auch ich tun, denn wenn wir in einer relativ guten wirtschaftlichen Situation sind bei steigenden Schwierigkeiten, dann trotz dieser Regierungspolitik und wegen der Leistung der Österreicher! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube nur, meine Damen und Herren, die schwierige wirtschaftliche Situation würde es eigentlich verdienen, daß man sich ausführlicher und weniger polemisch mit diesen wichtigen Fragen beschäftigt.

Die Österreichische Volkspartei hat vorgeschlagen, daß man den Wirtschaftsbericht der Bundesregierung so wie andere Berichte, die nicht so wichtig sind, ausführlich im Finanz- und Budgetausschuß diskutiert, unter Beiziehung von Fachleuten und Experten, und daß man nicht nur an Hand eines Wirtschaftsberichtes, den man am Vorabend bekommt, nächsten Tag eine öffentliche Debatte durchführt.

Es muß sich ein parlamentarischer Ausschuß damit beschäftigen, wenn ein Grundstück, das der öffentlichen Hand gehört, verkauft wird. Wir beschäftigen uns mit so wichtigen, aber dennoch weniger wichtigen Dingen wie dem Bericht des Verkehrsarbeitsinspektorates im Bundesministerium für Verkehr und ähnlichen Dingen, aber wir haben keine Möglichkeit, einen zentralen Bericht

Dr. Mock

der Bundesregierung zu Fragen der wirtschaftlichen Situation in einem Ausschuß zu behandeln. Ich glaube, das würde auch einiges an polemischem Charakter wegnehmen, und ich hoffe im Interesse einer sachlicheren Behandlung, wenn wir jetzt den Konsens zu dieser Vorgangsweise nicht erzielen konnten, daß es ein anderes Mal möglich sein wird, Wirtschaftsberichte der Bundesregierung ausführlich unter Beiziehung von Fachexperten im zuständigen parlamentarischen Ausschuß zu behandeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier sehr offen fragen: Was denkt sich der Staatsbürger, wenn er hört, daß die Regierung bei einem Wirtschaftsbericht alles belobt, was sie an Gutem gemacht hat oder wegen gesetzlicher Verpflichtungen machen mußte, die Schwierigkeiten systematisch vermeidet und wenn sich zugegebenermaßen die Opposition vornehmlich auf eine kritische Analyse konzentriert und man dann frisch-fröhlich aneinander vorbeiredet?

Kein Wunder, wenn mancher auch aus diesem Vorgehen und aus dieser Prozedur ein gewisses Desinteresse an der Politik ableitet.

Nun ist es sicherlich Aufgabe einer demokratischen Opposition, die Arbeit der Regierung kritisch zu analysieren. Ich habe Verständnis, daß eine Regierung überall dort mit dem Weihrauchfaß herumgeht, wo sie Erfolge erzielt hat. Aber es ist auch Aufgabe einer Regierung, die Schwachstellen der Entwicklung aufzuzeigen und auch den Mut zu einer selbstkritischen Analyse zu haben dort, wo sie versagt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider, Herr Bundeskanzler, enthielt Ihr Bericht weder eine umfassende Analyse und noch viel weniger eine selbstkritische Darstellung.

Ich bedaure diese Schwarzweißmalerei und daß Sie es in keiner Weise notwendig gefunden haben, auf den einen oder anderen Vorschlag der großen Oppositionspartei einzugehen, obwohl Sie seinerzeit unser Wirtschaftsprogramm angefordert haben.

Ich werde selbstverständlich versuchen, auf das eine oder andere von Ihrem Vorbringen einzugehen, obwohl natürlich eine Behandlung des Wirtschaftsberichtes in einem parlamentarischen Ausschuß das viel umfassender und tiefschürfender möglich machen würde.

Ihr Beitrag war jedenfalls kein Beitrag zu einem Dialog. Wahrheiten wurden verschwiegen, Schwierigkeiten wurden weggewischt, und damit wurde in einem hohen Ausmaß auch einer konstruktiven Debatte der Boden entzogen.

Sie haben, wenn Sie wollen, mit Ihrem Bericht eine neue Runde des Nichtdialogs eingeleitet. Das dient weder der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie noch der Lösung anstehender Probleme.

Meine Damen und Herren! Gerade im Hinblick auf die Vorfälle gestern und auf die Bemerkungen des Finanzministers heute muß ich sagen: Es kann schon sein, daß die Regierung mit den Problemen, wie steigende Arbeitslosenraten, Verschuldungs- und Budgetschwierigkeiten zeigen, weniger, unvollkommener fertig wird und daß natürlich dort, wo die Regierung Fehler macht, die Opposition das kritisch, analytisch aufzeigt. Ich halte nichts davon, wenn von dieser härteren Sprache dann eine oft sehr primitive Polemik abgeleitet wird. Mit dieser Vorgangsweise werden wir die Probleme nicht in den Griff bekommen. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Fauland: Herr Abgeordneter Mock! Heute, als der Finanzminister... eingebracht hat, hat der Herr Abgeordnete Zittmayr gesagt: Dann hauen wir ihn ausse! Das waren die Worte des Herrn Zittmayr! — Abg. Brandstätter: Das ist eine Unterstellung! — Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr. — Weitere Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.)* Ja, ich gehe schon auf Ihre Bemerkung ein. Wenn das gesagt wurde und sich im Protokoll findet, so bin ich überzeugt, daß der Präsident einen Ordnungsruf geben wird. Sie hätten ihn auch verlangen können, und Kollege Zittmayr hätte ihn, wie es seine Pflicht ist, akzeptiert. Ich wäre froh gewesen, wenn der Bundeskanzler das gestern auch praktiziert hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Die Dinge sind ja nicht so schwarzweiß, Gott sei Dank auch nicht zwischen den Parteien. Ich sage Ihnen in aller Offenheit: Ich registriere seit Monaten mit Aufmerksamkeit auch Stimmen aus der Sozialistischen Partei, die verlangen, daß bestimmte ausgefahrene Wege verlassen werden, und die angesichts der wachsenden Schwierigkeiten sehr wohl neue Ansätze in der Politik verlangen. Herr Bundesminister, dort nennt man es gelegentlich „neue Ansätze“ oder definiert es dem Inhalt nach, wir reden von einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Wesentlich ist nicht die Bezeichnung, sondern wesentlich ist, daß man die Politik ändert, wenn wir wollen, daß unsere Politik noch ernst genommen wird.

Der Präsident des Gewerkschaftsbundes sagt in aller Öffentlichkeit: Erwirtschaftete Erträge sind Voraussetzung für Investitionstätigkeit und Arbeitsplatzsicherung. Mit anderen Worten: Ein Betrieb, der keinen Gewinn

Dr. Mock

abwirft, garantiert auch keine sicheren Arbeitsplätze.

Der Präsident des Arbeiterkammertages Czettel sagt nach einer zehntägigen Japanreise: Leistung statt Urlaub, und fordert, daß die Betriebe durch Sozialleistungen nicht gefährdet werden. *(Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.)*

Herr Bundeskanzler! Sie sagen hinter meinem Rücken: Na ja. Nein, nicht na ja! Ich respektiere das, das war gar nicht so leicht, er ist auch in der eigenen Partei angegriffen worden, er ist ein Mann, der offensichtlich besser als Sie weiß, was in den Betrieben vor sich geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Abgeordnete Wille sagte bei einer Debatte hier, daß eine freie Gesellschaft ohne freien Markt — Herr Bundesminister für Finanzen, Sie haben geglaubt, hier gegen die Marktwirtschaft polemisieren zu müssen — und ohne freien Unternehmer nicht denkbar ist.

Wenn der SPÖ-Abgeordnete Mühlbacher die Meinung vertritt, daß der Staat in schwieriger Zeit nur Projekte in Angriff nehmen soll, die nicht zu enormen Folgekosten führen, dann, meine Damen und Herren, sind das realistische Feststellungen aus den Reihen der Regierungspartei, die für mich meiner Auffassung nach den wirtschaftspolitischen Dialog erleichtern. *(Abg. Wille: Gestatten Sie einen kleinen Zwischenruf?)* Selbstverständlich. *(Abg. Wille: Das unterstütze ich, was Sie gesagt haben, vollinhaltlich, mit den Ergänzungen, die ich angebracht habe: Freier Markt und die staatliche Wirtschaftspolitik!)* Okay. *(Abg. Wille: Aber ohne Markt wird es keine vernünftige Wirtschaftspolitik geben, aber nicht nur!)* Das ist vielleicht einigen peinlich. Aber wir sind schon wieder einer Meinung, Kollege Wille. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Markt allein: das geht nicht. Wir müssen den marktwirtschaftlichen Kräften soviel Raum wie möglich geben und durch eine staatliche Rahmenpolitik den sozialen Gehalt der Gesamtpolitik sicherstellen. Ich glaube, das ist ein Ansatz für einen wirtschaftlichen Dialog. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Das ist genau das, was wir machen! — Abg. Graf: Kurswechsel! — Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Herr Bundeskanzler! Das sind Feststellungen, die wir respektieren, die für uns Ansatzpunkte sind. Nur eines fehlt mir: daß die Regierung gemäß diesen Feststellungen handelt. Darum geht es. Man soll sich nicht in Worten dazu bekennen, sondern handeln. Das fehlt mir. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich teile auch die Auffassung, daß wir durchaus feste Ausgangspunkte für eine neue Politik in unserer Gesellschaft haben: die funktionsfähige Sozialpartnerschaft, die uns enorm viel an sozialen Friktionen und damit auch an ökonomisch-finanziellen Verlusten erspart und uns einen beachtlichen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern in den letzten 30 Jahren gegeben hat.

Wir haben in Österreich noch immer Zehntausende vor allem mittlere und kleinere Unternehmen im Industrie- und Gewerbebereich, wo man keinen 8-Stunden-Tag kennt, wo man nicht mit Erreichung der Altersgrenze in Pension gehen kann. Wir haben, meine Damen und Herren, sicherlich ein außergewöhnlich hohes berufliches Ausbildungsniveau der österreichischen Arbeiter und Angestellten. Und wir haben eine Bauernschaft, die trotz sinkender Einkommen noch immer in einem Höchstgrad die Eigenversorgung dieses Landes sichert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben, meine Damen und Herren, feste Ausgangspunkte. Was mir fehlt, ist, daß die Regierung handelt und auf dieser Basis aufbaut und eine Politik macht, die wieder Sicherheit und Optimismus für die Menschen schafft. Das, Herr Bundeskanzler, ist mein Appell an Sie.

Sie haben nicht nur Thesen, eine Politik zu projizieren, zu verkünden, sondern Sie haben vor allem auch Handlungen zu setzen. Es ist im demokratischen System so, daß die Opposition, die mit ihren Vorschlägen niedergestimmt werden kann oder niedergestimmt wird, zwar politische Thesen ausarbeiten, Ziele setzen, aber nicht das Handeln erzwingen kann. Die Regierung und die Regierungspartei unterscheiden sich davon, daß bei ihnen die Verpflichtung zur Zielsetzung und auch zum Handeln besteht. Das geht mir in Ihrer Politik immer mehr ab!

Denn, Herr Bundeskanzler, wo bleibt Ihr Handeln im Bereich des explodierenden Budgetdefizits?

Wo bleibt Ihr Handeln im Bereich der Staatsschuldenexplosion? Jeder dritte Schilling des Steuerzahlers muß schon für die Schuldentrückzahlung verwendet werden.

Wo bleibt Ihre Antwort, Herr Bundeskanzler, auf eine neuerliche Belastungswelle, die Ihr Finanzminister angedeutet hat?

Wo bleibt Ihre konkrete Antwort und Ihr Handeln, Herr Bundeskanzler, bei der steigenden Arbeitslosenrate?

Dr. Mock

Wo bleibt, Herr Bundeskanzler, vor allem Ihre Antwort und Ihr Handeln bei den enormen regionalen Unterschieden, bei den Diskrepanzen im Einkommensbereich und in der Beschäftigungssituation?

Herr Bundeskanzler! Wann handeln Sie endlich, daß ein Konzept erstellt wird, daß die Sozialversicherung auch in den achtziger Jahren gesichert ist?

Wo bleibt Ihre Antwort, Herr Bundeskanzler, auf eine Sicherung der Finanzierung unserer Krankenanstalten?

Meine Damen und Herren! Ich habe nur die größten Brocken herausgenommen. Es gibt allenfalls kurzfristige Lösungen, die leider sehr oft auch kurzfristige Lösungen sind. In all diesen Bereichen — ich werde noch darauf eingehen — fehlt ein geschlossenes Konzept, fehlt der politische Wille und fehlt das Handeln.

Wenn ich mir nur die Krankenhäuser hernehme, Herr Bundeskanzler: Im siebziger Jahr haben Sie verkündet, die Finanzierung der Krankenanstalten auf eine neue Basis zu stellen. Bis zum Jahr 1978 haben Sie gebraucht, um eine provisorische gesetzliche Lösung zu beschließen. Dann haben Sie gesagt, in den nächsten zwei Jahren werde die endgültige Lösung beschlossen werden. Bis heute gibt es diese endgültige Lösung nicht.

Inzwischen hat es eine Kommission gegeben unter dem Vorsitz der seligen Frau Bundesminister Leodolter — selig im politischen Sinn —, einem Vorsitzenden Minister Sekanina, eine Kommission, das haben Sie an sich gezogen, Herr Bundeskanzler, auf das Handeln kommt es an, auf ein Konzept und auf das Handeln. Eine Regierung soll nicht den Problemen nachlaufen, sondern, wenn sie sich abzeichnen, mit einer Politik des Wortes und der Tat vorausgehen. Und das fehlt mir bei Ihnen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Budget, Herr Bundeskanzler: Ihr Finanzminister hat uns bei einem Budgetdefizit von 47 Milliarden Schilling im vergangenen Jahr verkündet, er werde ein Sparbudget vorlegen. Na da war dann von vornherein das Defizit um 20 Prozent höher, rund 59 Milliarden Schilling. Wie er das vorgelegt hat und es beschlossen wurde, hat es schon gar nicht mehr gestimmt. Er hat sich trotzdem noch geäußert und hat gemeint, die Behauptung, die Ansätze des Budgets seien unrichtig, ist daher — man höre und staune! — ungeheuerlich und zurückzuweisen. „Jene Experten, die heute schon sagen, das Bruttodefizit betrage mindestens 65 Milliarden Schilling, verdienen

ihren Namen nicht und sollten ihr Lehrgeld zurückzahlen.“ Ich möchte nicht polemisieren, aber welchen Namen würden Sie dann verdienen, Herr Bundesminister, nach dieser Feststellung? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat erklärt, ein Defizit von 65 Milliarden Schilling sei nicht finanzierbar.

Der Herr Bundeskanzler hingegen erklärte, auch 70 Milliarden seien finanzierbar, so locker, auch 70 Milliarden sind finanzierbar. Herr Bundeskanzler! Wo bleiben die Ergebnisse der seit vier Jahren angekündigten Budgetsanierung, wo bleibt das Ergebnis der von Ihnen eingesetzten Budgetsanierungskommission? Handeln, Herr Bundeskanzler, das ist die Devise einer effizienten Bundesregierung in einer schwierigen Zeit.

Daß Sie die Staatsschulden in Ihrem Bericht heute überhaupt übergangen haben, scheint mir in einem hohen Ausmaß symbolhaft für die Verdrängungslinie, die sich heute hier in den ganzen Berichten gezeigt hat.

Ich möchte hier sehr klar sagen, meine Damen und Herren: Öffentliche Kreditaufnahme mit Augenmaß ist sicherlich ein wichtiges Instrument zur Bewegung von wirtschaftlichem Wachstum, zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums vor allem in einer konjunkturell armen und schwachen Zeit und damit auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Übrigens ist das gar nicht so eine große Neuigkeit, das hat die Volkspartei praktiziert unter ihrem Finanzminister in einer der stärksten Nachkriegskrisen, nämlich 1957/1958.

Übrigens, Herr Bundesminister, wenn Sie vom Lehrgeldzurückzahlen sprechen, schlagen Sie nach bei Kamitz, das war wirklich der beste und wichtigste und erfolgreichste Finanzminister der Zweiten Republik; von Dr. Androsch wird es ja wahrscheinlich der Bundeskanzler heute doch nicht mehr behaupten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben es praktiziert in der europäischen Krise oder wenn Sie wollen, in der weltweiten Krise der Konjunktur 1966/1967. Nur, Herr Bundeskanzler, der Unterschied ist darin gelegen, daß damals in den vier Jahren die Staatsverschuldung von 30 Milliarden auf 47 Milliarden gestiegen ist. Damals hat ein Dr. Kreisky davon gesprochen: Österreich ist in einem unvorstellbaren Ausmaß in einer Rekordzeit verschuldet. Herr Bundeskanzler! Was würden Sie denn heute sagen, wenn man mit gleicher Münze zurückzahlen würde, in einem Jahr, Herr Bundeskanzler, in dem Sie fast so viele Schulden machen — im Jahr 1982

11722

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Mock

— als der gesamte Schuldenstand von 1945 bis 1969? Dieser Rekord ist von keiner Regierung und von keiner Partei einzuholen.

Es zeigt sich auch, daß sich die Schulden von gestern schon heute als Steuerlast entwickeln und natürlich auch die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir sollten uns zumindest darüber einig sein, daß es auch eine Verantwortung für die kommende Generation gibt, auch in diesem Bereich der finanziellen Belastung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich frage, Herr Bundeskanzler: Was macht die Bundesregierung wirklich, außer nur jetzt ein Jahr zu spät aufzuzählen, um die Winterarbeitslosigkeit von bezirksweise 15 und 16 Prozent zu bekämpfen? Das ist bei Ihnen überhaupt nicht vorgekommen. Man hat nichts davon, wenn man einem Bürger in Gmünd oder in Fürstenfeld erklärt: gesamtösterreichisch haben wir ohnehin nur 3,3 Prozent Arbeitslose, wenn er arbeitslos ist oder seine Frau arbeitslos ist, so ist er 100 Prozent arbeitslos. Und das regional 15 Prozent, Herr Bundeskanzler, da hätte man sich doch etwas einfallen lassen können. Da wäre es doch an der Zeit... *(Zwischenruf von Bundeskanzler Dr. Kreisky.)*

Herr Bundeskanzler! Da wäre es doch Zeit gewesen, am 17. Dezember 1981 nicht das Beschäftigungskonzept der Volkspartei abzulehnen; das haben wir erstellt, bevor es zu solchen Prozentsätzen gekommen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Was machen Sie dagegen — wieder verspätet allenfalls —, um die auseinanderklaffende Situation im Bereich Beschäftigung und Einkommen zwischen den Randbezirken Niederösterreichs, Oberösterreichs, der Steiermark, Burgenlands und den städtischen Ballungszentren zu mildern? Das ist in Ihrer Regierungszeit größer geworden. Herr Bundeskanzler! Wo bleibt der „breite Gürtel des Wohlstandes“, den an der toten Grenze Sie 1970 versprochen haben einzurichten? Heute ist das Durchschnittseinkommen an dieser toten Grenze geringer, gemessen am Durchschnittseinkommen der städtischen Ballungszentren, und der Weg mühsamer, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden, als das im Jahre 1970 der Fall war.

Wenn es diese Schwierigkeiten gibt — man braucht sich nur gesamtösterreichisch und in diesen Bezirken besonders die Insolvenzrate und die Konkursrate anzusehen —, Herr Bundeskanzler, es mag hart klingen, aber ich möchte Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Sie haben eine entscheidende Mitverantwortung

für das Zugrundegehen einer so großen Anzahl österreichischer Betriebe, Ihre Politik der finanziellen Ausplünderung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Die Betriebe sind heute finanziell schwächer als vor zehn Jahren, das Eigenkapital ist reduziert, man hat den Menschen den Mut zum Forschen und zum Investieren genommen. Die Schuld daran liegt sicherlich nicht bei den Managern, Arbeitern und Angestellten, sondern eben bei der Bundesregierung, die diese Rahmenbedingungen negativer Art für unsere Betriebe in einer schwierigeren Zeit geschaffen hat. *(Abg. Staudinger: Die Worte des Generaldirektors Apfalter! — Zwischenruf des Abg. Dr. Veselsky.)*

Weil sich der Herr Staatssekretär und Wirtschaftssprecher der SPÖ bemüht, darf ich ihm in Erinnerung rufen, ich nehme an, der Herr Bundeskanzler hat nicht gesagt, er erinnert sich sehr wohl daran, das ist nicht erst ein Wort, das ich im Herbst zum ersten Mal gesagt habe und jetzt wiederholt habe, Herr Staatssekretär Veselsky. Reden Sie wieder mit Ihren Freunden in den Betrieben! Die haben Ihnen vor vier Jahren schon gesagt: Der in den letzten drei Jahren beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung läßt keine weiteren Belastungen zu, ohne daß die Unternehmungen in schwere finanzielle Existenzkrisen geraten. Geschlossen der Vorstand der VOEST-Alpine im Dezember 1977. Nachschauen bei den Praktikern, wenn Sie schon sagen: Auf die Opposition hören wir nicht. Die Opposition kann sagen, was sie will, die nehmen wir gelegentlich, wenn es einmal ganz schwierig ist. Hören Sie wenigstens auf die Realisten in Ihrem eigenen Lager.

Das möchte ich auch Ihnen ein bißchen empfehlen, Herr Bundeskanzler. Die Verantwortung können Sie nicht loswerden, denn die finanzielle Auszehrung der Betriebe ist nicht ein Prozeß, den man in zwei Jahren rückgängig machen kann, das ist ein Prozeß, zu dem wir wieder ein, zwei Legislaturperioden brauchen, um den Betrieben jene finanzielle Stärke zu geben, die sie härtere internationale Konkurrenz oder auch allenfalls einen Managementfehler durchstehen läßt. Denn, Herr Bundeskanzler, die österreichischen Manager, die Sie so gern, wenn es brennt, angreifen, sind heute nicht besser, aber auch um keinen Deut schlechter als durch all die Jahrzehnte, in denen die österreichische Wirtschaft erfolgreich auf Europakurs war und in ihrer Stärke aufgeholt hat. Was sich geändert hat, sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, ist die enorme Belastungspolitik, ist die Ausplünderungspolitik der

Dr. Mock

Betriebe, und das ist Regierungsverantwortung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist alles ein bißchen halb geschildert, die Industriestruktur etwa. Es werden sich ja Kollege Taus und andere ÖVP-Sprecher eingehend damit befassen. Herr Bundeskanzler, seit 12 Jahren haben Sie als zuständiger Ressortchef die Verantwortung für die verstaatlichte Industrie. Was haben Sie alles aufgezählt? — Kindberg etwa. Ja wäre es nicht wichtiger, Herr Bundeskanzler, aufzuzählen, wo Menschen eine immer größere Sorge um ihren Arbeitsplatz haben? Das Wort „Donawitz“ kommt überhaupt nicht vor. 1970, Herr Bundeskanzler, hat es dort noch 7 000 Beschäftigte gegeben, heute gibt es 5 000, obwohl Sie 5 Milliarden Schilling dort investiert haben. Wo bleibt Ihre erfolgreiche Industriestrukturpolitik, die Sie 1970 angekündigt haben?

Wenn heute der Universitätsprofessor Tichy sagt, wir haben kein größeres Problem wirklich gelöst, wir disponieren bloß für die unmittelbare Gegenwart, wir sind dabei, durch unsere Form der Problemlösung die Zukunft zu belasten, dann, glaube ich, sollte jeder darüber nachdenken.

Ich habe den Eindruck, Herr Bundeskanzler, die SPÖ, die Bundesregierung beschäftigt sich immer mehr nicht mit der Bewältigung der Zukunft, sondern einfach mit der Von-Tag-zu-Tag-Verwaltung einer krisenhaften Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber das ist zuwenig.

Sie haben sich, Herr Bundeskanzler, völlig zu Recht, und ich teile Ihre Sorge, mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. Da muß man einmal in Erinnerung rufen, daß es vor allem viele mittlere und kleinere Betriebe waren, und ich glaube, rund 70 oder 80 Prozent der 190 000 oder knapp über 190 000 Lehrlinge sind in diesem Bereich beschäftigt. Das heißt, jede Politik in diesem Bereich ist auch eine zusätzliche Chance für unsere junge Generation.

Und dann, Herr Bundeskanzler, darf man eines nicht vergessen. Sie haben aufgezählt, was Sie im Budget gemacht haben — ich glaube rund 1 300 Positionen für junge Menschen, für Lehrlinge im öffentlichen Bereich —, aber Sie haben nicht erwähnt, daß wir eine Lücke von rund 9 000 Schulabgängern haben, von denen wir jetzt noch nicht wissen, ob wir wirklich alle unterbringen.

Auch hier, Herr Bundeskanzler, haben wir Ihnen vor eineinhalb Jahren ein Prämiensystem vor allem in den strukturschwachen Gebieten vorgeschlagen, um jene Betriebe zu

motivieren, die in der Lage sind, junge Menschen aufzunehmen. Bis heute war keine Reaktion, obwohl Sie uns ersucht haben, daß wir Ihnen unser Wirtschaftsprogramm übermitteln.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie von General Motors reden: Wenn Sie nur die Hälfte der Förderung, ein Drittel der Förderung all diesen Klein- und Mittelbetrieben, die zu 80 Prozent unsere jungen Menschen beschäftigen, geben, dann wäre das eine Explosion an neuen Positionen und Berufschancen für die junge Generation. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ob Sie mit den Zwangsmaßnahmen des Sozialministers im nachhinein, wenn so eine Lage da ist, Glück haben, das möchte ich sehr bezweifeln. Denn ich sage auch, meine Damen und Herren, sehr realistisch zu unserem Vorschlag auf Prämien für die Beschäftigung junger Menschen: Die beste Beschäftigungspolitik, auch für die junge Generation, ist eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Alles andere kann nur eine zusätzliche und vorübergehende Hilfe sein.

Handeln Sie endlich in diesem Bereich, und nicht wieder im nachhinein, Herr Bundeskanzler. Denn Sie haben mit Recht gesagt — ich teile Ihre Feststellung —, das ist nicht nur ein ökonomisches, nicht nur ein soziales, sondern ein moralisches Problem. In der Feststellung sind wir uns einig. Handeln ist derzeit noch Ihre Aufgabe. Daher mein Appell: Handeln Sie im Bereich der Sicherung der Vollbeschäftigung unserer jungen Menschen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich, meine Damen und Herren, gehört zu einer Handlungsfähigkeit, daß man sich intern in der Regierung klar ist, was man eigentlich will. Wenn der Minister Dallinger verkündet, 35-Stunden-Woche und eine Woche Urlaub mehr, wenn auch allenfalls in Etappen, und der Minister Sekanina sehr realistisch darin eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung sieht, wenn man an die ständige Auseinandersetzung denkt, kommt eine Sparbuchsteuer oder kommt sie nicht; vier Monate ist es ruhig, dann wird wieder diskutiert; wenn man daran denkt, Herr Bundeskanzler, dann zeigt das so wie viele andere Beispiele nicht ein geschlossenes politisches Wollen der Bundesregierung, ist das auch ein Hindernis für Ihre Handlungsfähigkeit.

Ein besonders prominentes Beispiel. Ich lese im heutigen „Kurier“, Herr Bundeskanzler: Einige Zehntausende Frauen sind arbeitslos, aber nicht in der Arbeitslosenstatistik enthalten. Eine Feststellung der Frau Dohnal, Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

11724

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Mock

Herr Bundeskanzler, Herr Finanzminister, wie ist denn das? Jahrelang haben wir Ihnen gesagt, es gibt eine versteckte Arbeitslosigkeit. Aber das war alles nur Schwarzmalerei der Opposition. Jetzt sagt — ich nehme an, sie ist eine erste Mitarbeiterin des Bundeskanzlers — die Frau Staatssekretär Dohnal, es dürften einige Zehntausende sein, aber genaue Zahlen gibt es nicht.

Das heißt, die Arbeitslosenstatistik stimmt schon lange nicht mehr, so wie es wir hier aufgezeigt haben. Es ist nur ein Teil der Menschen, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik aufscheinen, die wirklich unter diesem Problem leiden. Daher hat es keinen Sinn, sich mit den offiziellen Zahlen immer wieder zu beschäftigen. Da wäre es halt gut, Herr Bundeskanzler ... (Abg. Wille: *Das ist in der Bundesrepublik, in Spanien, in England und in Amerika so!*) Bitte, der Herr Bundeskanzler macht doch Politik in Österreich. Nicht dauernd das Ausreden auf das Ausland! (Beifall bei der ÖVP.) Aber ich bin ja schon froh, wenn wir in Europa bleiben und nicht Südamerika als Vergleichsbasis heranziehen.

Herr Abgeordneter Wille, vielleicht kann der Bundeskanzler dazu etwas sagen. Das ist doch eine gravierende Feststellung, wenn er sich auf die offizielle Arbeitslosenstatistik beruft, wenn er unseren Hinweis, es gibt eine verdeckte Arbeitslosigkeit, durch all die Debatten in Abrede stellt und wenn dann seine Staatssekretärin Dohnal sagt, es dürften zusätzlich einige Zehntausende sein. Meine Damen und Herren! Das sind 10 000 Menschen, Bürgerinnen dieses Landes, die nicht nur selbst die Sorge haben, sondern auch die Sorge in ihre Familie hineinragen. Das kann man doch nicht ohne Antwort vorbegehen lassen.

Vielleicht gibt es dazu, Herr Bundeskanzler, eine Stellungnahme, wenn das nicht nur ein Dialog der Gesprächslosen sein soll, den wir hier führen.

Weil das Ausland immer wieder zitiert wird, meine Damen und Herren: Jeder kann natürlich Zeitungen finden, die seinen Standpunkt teilen oder die den Standpunkt der Opposition widerspiegeln. Nur eines kann man nicht in Abrede stellen: daß die Stimmen auch im Ausland immer häufiger werden, die von einer bedenklichen wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich sprechen. Man könnte das hier listenweise aufführen.

Herr Bundesminister! Das ist ja auch wieder die halbe Wahrheit, was Sie von der weltweiten Anerkennung des sozialistischen Weges gesagt haben. Ich möchte jetzt nicht

Ihrem Beispiel folgen und ins Ausland gehen. Der sozialistische Weg in Deutschland hat diesem Land zum erstenmal knapp 2 Millionen Arbeitslose gebracht. (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

1,7 Millionen bitte, es differiert. Mir genügt es, würde ich sagen, ich finde mich nicht mit 1,7 Millionen ab. (Abg. Dr. Fischer: *Aber die 3 Millionen der Frau Thatcher sind Ihnen recht!*) Bitte, der sozialistische Weg in England und in Schweden hat dazu geführt. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Staudinger: *Was haben denn die Sozialisten in England gemacht? Sie haben herumgefuhrwerk!*) Ja, der sozialistische Weg in diesen beiden Ländern ... (Weitere Zwischenrufe. — Abg. Staudinger: *Das wissen die Sozialisten selbst ganz genau!*) Es zahlt sich nicht aus, sich aufzuregen.

Der sozialistische Weg in England und in Schweden, meine Damen und Herren, hat dazu geführt, daß sich diese Länder jahrelang nicht von der Erbschaft erholen, die ihnen sozialistische Regierungen überlassen haben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: *So viel Humor hätte ich Ihnen gar nicht zuge- traut, Herr Kollege!*)

Ich weiß nicht, wenn man über Arbeitslose diskutiert, Herr Klubobmann Fischer, ob das humorvoll ist. Das ist für mich eine sehr, sehr ernste Sache, und ich möchte diesen Weg, den andere gegangen sind, für dieses Land vermeiden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: *Dann muß man eine konservative Regierung vermeiden!* — Abg. Staudinger: *... Experimente des Sozialismus in England!* — Abg. Blecha: *Den englischen Weg vermeiden!* — Bundesminister Lanc: *Keine Falkländer!* — Abg. Dr. Schwimmer: *Sozialistische Erbschaft vermeiden!* — Abg. Blecha: *Drei Jahre Thatcher, 4 Millionen Arbeitslose — das werden wir hier vermeiden!* — Weitere Zwischenrufe.)

Frei zitiert: Es war Ludwig von Mises, der einmal gemeint hat: Es ist immer wieder das gleiche Konzept langjähriger sozialistischer Regierungen: Solange es etwas zu verbrauchen gibt, geht es ganz gut. Wenn es nichts mehr zu verbrauchen gibt, geht es schlecht. — Diesen Weg geht auch Ihre Politik, Herr Bundeskanzler. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Lichal: *Dann sind die anderen schuld!*)

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister aber verkündet stolz, er wird in der Budgetpolitik den Weg der Arbeitsplatzsicherung weitergehen.

Jetzt frage ich Sie, Herr Bundesminister: Warum haben Sie denn im vergangenen Jahr

Dr. Mock

die Bauinvestitionen um 3,5 Milliarden Schilling für das Budget 1982 gekürzt? Warum haben Sie denn die Aufwendungen für die Investitionsförderung um eine Milliarde gekürzt?

Herr Bundeskanzler, die Bauinvestitionen wurden im Budget, das unter Ihrem Vorsitz gebilligt wurde, für das Jahr 1982 um 3,5 Milliarden Schilling gekürzt. Das bedeutet einen Verlust von rund 6 000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft.

Aber, meine Damen und Herren, man hat die Bauarbeiter in Kärnten und in Tirol, die sozialistischen Bauarbeiter, Resolutionen unterschreiben lassen für die Errichtung des Konferenzzentrums. Sie haben mit dieser Politik Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zerstört. Setzen Sie diese Politik nicht fort, Herr Finanzminister! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gebe zu, die eine Milliarde Investitionskürzung ist teilweise durch den Drei-Parteien-Beschluß über die Investitionsförderung wettgemacht worden. Nur haben wir immer die Absicht gehabt, eine zusätzliche Investitionsförderung, weil das überhaupt das Zentralproblem ist: Wie beleben wir in einer Breite und auf produktive Projekte ausgerichtet die österreichische Investitionstätigkeit? Aber nicht, daß wir ein Abkommen machen, zu dem ich mich bekenne, zur Förderung der Investitionen, und nebenbei kürzt der Finanzminister um eine Milliarde.

Das muß man halt schon auch sagen, Herr Bundesminister für Finanzen. Man hätte das vielleicht kritisch und in anderer Form von Ihrer Seite bringen können, und weniger Polemik hätte auch dieser Diskussion besser gedient.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole nochmals: Eine dosierte öffentliche Kreditaufnahme ist durchaus etwas, was im Zuge staatlicher Rahmenpolitik zur Belebung der Wirtschaft angebracht ist. Aber die permanent steigende Staatsverschuldung ist eine Dauerdroge, und an ihr entwickeln sich über kurz oder lang Verfallserscheinungen wirtschaftlicher Art, später sozialer Art und später politischer Art. Und das sollen wir mit einer anderen Politik verhindern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat sich sehr lange mit der Hochzinspolitik beschäftigt. Zweifellos, Herr Bundeskanzler, sind wir in einem beträchtlichen Ausmaß in der Entwicklung unseres Zinssatzes vom Ausland abhängig. Aber es würde dem Dialog dienen, wenn man die zweite Hälfte auch anpeilt. Herr Bundeskanzler, Sie haben eine Kreditsteuer eingeführt, eine Kreditsteuer, die die Kredite

belastet, das heißt die Zinsen in die Höhe treibt.

Herr Bundeskanzler! Man müßte auch den Mut haben zu sagen, daß durch die enorme Staatsverschuldung, die Budgetdefizite der Finanzminister immer stärker auf dem Inlandsmarkt, soweit er sie überhaupt noch unterbringt, in einem wachsenden Ausmaß auch schon auf dem Auslandsmarkt auftritt, und auch die Zinsen hinauftreibt. Das wäre halt eine Gesamtdarstellung für die Schwierigkeiten der Hochzinspolitik. Eine Gesamtdarstellung würde dem Dialog nützen, nicht nur die eine Hälfte. Die Regierung verweist nur auf das Ausland, und ich würde sagen, nur die Regierung hat die hohen Zinsen gemacht. Das wäre eine wirklich törichte Art, parlamentarische Debatten weiterzuführen. Ich möchte das sehr unterstreichen.

Herr Bundeskanzler, ich gebe zu, daß die Zinspolitik in einem hohen Ausmaß vom Ausland mit beeinflußt wird, und muß Sie an Ihre Verantwortung erinnern, daß Sie mit der Einführung der Kreditsteuer und mit der starken Nachfrage auf dem inländischen Kapitalmarkt auch die Zinsen hinauftreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Sie sagen auch, daß Sie jede Kürzung sozialer Errungenschaften ablehnen. Sicher eine Vorstellung und die Zielsetzung, die Sie auch beabsichtigen. Nur die Frage ist, ob Sie es mit dieser Politik durchhalten. Das bezweifle ich sehr stark.

Wir haben schon immer sehr stark auf den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik verwiesen, meine Damen und Herren. Das heißt, wer auf das Wirtschaften vergißt, gefährdet über kurz oder lang auch den sozialen Fortschritt. Sind wir nicht schon dort in der Nähe, Herr Bundeskanzler? Sie haben schon, wenn ich an die Familienpolitik denke, ein Viertel der Mittel des Familienlastenausgleichs benötigt, um die Pensionsfinanzierung sicherzustellen.

In der letzten ASVG-Novelle, Herr Bundeskanzler, haben Sie den Bestattungskostenbeitrag gekürzt, den Selbstbehalt für alle Heilbehelfe beträchtlich erhöht. Es mag schon sein, daß wir in eine Situation kommen, wo so etwas notwendig ist. Nur daß wir in eine Situation kommen, wo das notwendig ist, ist das Ergebnis Ihrer Wirtschaftspolitik und Ihrer Finanzpolitik. Das möchte ich heute schon mit aller Deutlichkeit festhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe einmal gesagt, meine Damen und Herren, ich werde nicht den Schleier der Vergessenheit über die Tatsache legen, daß es

Dr. Mock

unter Ihrer Regierungszeit war, wo zum erstenmal, Herr Bundeskanzler, ein Gesetz beschlossen wurde, das Renten mit 1. Jänner 1980 gekürzt hat. Nach viermonatigen Diskussionen, wenn Sie wollen, Polemiken, man kann auch sagen Streit, haben sich doch die Verantwortlichen der drei Fraktionen gefunden, um das wieder rückgängig zu machen. Am 1. Jänner 1980 sind zum erstenmal seit 1945 bäuerliche Mindestrenten gekürzt worden. *(Abg. Dr. Fischer: Das wird auch nicht wahrer durch die Wiederholung!)*

Zum erstenmal seit 1945. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kreisky.)* Ich gehe gerne auf Ihren Zwischenruf ein, Herr Bundeskanzler, ich habe gesagt, zum erstenmal seit 1945 sind gesetzlich fixierte Renten und Pensionen gekürzt worden. *(Abg. Dr. Kreisky: Die hat es seinerzeit gar nicht gegeben, die haben wir durchgesetzt! — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist 1969 beschlossen worden, Herr Bundeskanzler!)*

Herr Bundeskanzler, es war eine Versammlung in Oberwart, wo mich alte Bäuerinnen angesprochen haben mit dem Rentenabschnitt vom Dezember 1979 und mit dem Rentenabschnitt vom Jänner 1980, und sie haben gesagt: Herr Doktor, was ist denn? Bis zum Dezember habe ich 1 950 S bekommen, und jetzt bekomme ich nur mehr 1 810 S. Es ist doch alles teurer geworden, ich habe fleißig gearbeitet, warum wird die Rente gekürzt? Und dann haben Sie die Verzweiflung in den Gesichtern dieser Menschen gesehen, die einer Generation angehört haben, die mehr gerackert hat, als heute irgend jemand rackert. Mit dieser Politik finden wir uns nicht ab. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Wille.)*

Aber Herr Abgeordneter Wille! Wenn das keine echte Kürzung war, warum hat man sie denn nach vier Monaten wieder rückgängig gemacht? Man soll doch nicht Fehler verteidigen, ganz gleich, was es ist. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Die wollen nicht diskutieren, die wollen nur polemisieren!)*

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir sollten auf diese Ergebnisse, die sich bisher in einem bescheidenen Umfang abzeichnen, nicht vergessen. Das ist der Grund, warum einige von Ihnen in Ihren öffentlichen Aussagen einen anderen politischen Weg nicht verlangen, aber de facto formulieren — ich habe sie aufgezählt —, und warum wir sagen, wir brauchen eine andere Politik oder, wie wir es nennen, einen politischen Kurswechsel, wobei es hier nicht nur um politische oder, wenn Sie wollen, um ökonomische Momente geht. Ich

glaube — ich möchte das gar nicht mit falschem Pathos sagen —, daß ein politischer Kurswechsel auch zu einer neuen geistig-moralischen Grundhaltung ermuntern muß.

Ich glaube, ein freier demokratischer Staat kann auf Dauer nicht bestehen, wenn Werte wie Verantwortungsbewußtsein, Sparsamkeit, Selbstdisziplin — wenn Sie wollen, eine ganze Reihe von Tugenden und Pflichten über alle politischen und sozialen Grenzen hinweg — nicht eine gemeinsame geistige und moralische Klammer bilden.

Es muß jenseits von Angebot und Nachfrage wieder etwas stimmen in unserer Gesellschaft. Dann führt auch ein politischer und wirtschaftspolitischer Kurswechsel zu anderen Ergebnissen. *(Abg. Dr. Fischer: Der Sauerzopf demonstriert es uns, und der Rauchwarter! — Abg. Kern: Ersparen Sie sich das, Herr Dr. Fischer! — Weitere Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Fischer: Warum sind Sie so nervös? — Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ.)*

Herr Klubobmann Fischer! Es waren die Zwischenrufe Ihrer Kollegen vorhin ja auch nicht nur von reiner Sachlichkeit geprägt, aber ich habe mich veranlaßt gesehen, darauf einzugehen. Auf diesen Zwischenruf gehe ich persönlich nicht ein. *(Abg. Dr. Fischer: Darauf gehen Sie nicht ein! Kann ich mir vorstellen!)* Nein, wirklich nicht. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich glaube, meine Damen und Herren: For-schen und Entwickeln, Lernen, Ausbilden, Dezentralisieren, Motivieren, Mut zur Selbstständigkeit und weniger Abhängigkeit durch staatliche Bürokratie, das sollen die Kennworte eines wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Kurswechsels sein. Mehr tun vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe, deren tragende Funktion ich vorhin herausgearbeitet habe.

Herr Bundesminister und Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin gesprochen von General Motors. Ich habe im Zusammenhang mit den Lehrlingen darauf schon Bezug genommen. Wissen Sie: Die kleineren und mittleren Industrie- und Gewerbebetriebe haben ohne diese Zuschüsse 80 000 zusätzliche Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren geschaffen. Da sieht man, welches Potential für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung dort vorhanden ist. Das sollte man einfach einbinden. Die hatten nicht die Subventionen wie General Motors. *(Abg. Dr. Kreisky: Bürges!)* Ja, Bürges. Herr Bundeskanzler, ich darf Ihnen eines sagen: Gene-

Dr. Mock

ral Motors hat pro Arbeitsplatz 1 200 000 S Zuschuß ohne einen Zinssatz bekommen. Die anderen Betriebe müssen sich das um 4, 5, 10 und 12 Prozent holen. Das ist der wesentliche Unterschied! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir sollten zweitens im Rahmen eines Kurswechsels einen massiven Anstoß zur Forschungs- und Innovationsförderung geben. Der Wirtschaftspolitische Rat der Österreichischen Volkspartei hat ein neues Innovationskonzept ausgearbeitet. Wir haben, gemessen am Bruttonationalprodukt, Herr Bundeskanzler, die geringste Forschungsaufwendung aller mittleren oder kleineren europäischen Industriestaaten.

Ich füge hinzu — etwas polemisch; das gebe ich zu —: Aber wir haben ein Forschungsministerium. Wir bringen zwar den geringsten Anteil am Bruttonationalprodukt für Forschung auf, haben aber einen eigenen bürokratischen Apparat. Mir wäre es lieber, es wäre umgekehrt: Wir lägen an der Spitze mit unserer Forschungs- und Innovationsrate und hätten kein Forschungsministerium! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich erinnere mich, Herr Bundeskanzler: Sie haben seinerzeit in einer sehr konstruktiven Weise in der gemeinsamen Pressekonferenz im Dezember vergangenen Jahres erklärt, Sie sehen durchaus eine Möglichkeit, in diesem Jahr oder allenfalls in diesem oder nächsten Jahr die Forschungsmilliarde, die wir in Vorschlag gebracht haben, zu realisieren, man müsse sich eben woanders etwas einfallen lassen.

Ich war zweimal bemüht, das Gespräch darüber weiterzuführen. Ich glaube, wir sollten es weiterführen. Sie haben sich dazu bekannt, Herr Bundeskanzler. Ich sehe in der Förderung der Forschung und der Innovation einen oder überhaupt den entscheidenden Ansatz zu einer modernen, strukturellen Entwicklung vor allem unserer Industrie.

Vor kurzem kam mir eine ältere Zeitung in die Hand — so alt ist sie noch gar nicht, vom 30. Mai 1981 —: „Androsch für Technologie-Offensive.“ — Bitte: Im Mai 1981.

Der Herr Staatssekretär Veselsky sieht mich fragend an. Ich glaube, es war am 1. August 1975 Ihr Appell: Jetzt Strukturpolitik. — Da liegt der Ansatz dafür. Und bis heute sind wir über eine Mindestquote, die uns am Ende der europäischen Staaten sein läßt, nicht hinausgekommen. Daher Forschung und Innovation für eine moderne Industrie und für eine wettbewerbsfähige Industrie! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kurswechsel, Herr Bundeskanzler, heißt meiner Auffassung nach Arbeitsplatzsicherung auch wirklich für alle Menschen. Ich möchte speziell auch an unsere bäuerlichen Mitbürger denken. Sie wissen genauso aus Ihren internen Gesprächen, daß das Durchschnittseinkommen der österreichischen Bauern noch immer beträchtlich hinter dem Durchschnittseinkommen der anderen großen sozialen Gruppen liegt.

Ich glaube, wir sollten gerade bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Marktordnung es nicht wieder auf eine Prestigediskussion ankommen lassen, auf dramatische Situationen am Schluß, sondern die Arbeitsplatzsicherung auch für unsere bäuerlichen Mitbürger durch eine entsprechende Einkommenspolitik ernst nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Neuorientierung der Regionalpolitik. Ich habe von der teilweise dramatischen Situation in den strukturschwachen Bezirken gesprochen, meine Damen und Herren, und den Vorschlag gemacht, die Investitionsprämien dort auf 20 Prozent zu erhöhen, Innovationszulagen zu geben und vor allem auch das Programm neuer Produktchancen im ländlichen Raum zu verwirklichen. Eine diesbezügliche Absichtserklärung haben wir auch im Dezember des vergangenen Jahres abgegeben.

Kurswechsel heißt, Herr Bundeskanzler, weil zusätzliches Geld für Investitionsförderung benötigt wird, die Ausgaben, wenn Sie wollen, im öffentlichen Konsum — oder verständlicher: im Bereich der öffentlichen Verschwendung — massiv einzuschränken. Investitionen haben Vorrang meiner Auffassung nach vor Ausgaben für den Konsum, vor allem im öffentlichen Bereich.

Und Kurswechsel heißt vor allem, meine Damen und Herren: Wenn Probleme auftauchen, rechtzeitig Konzepte vorlegen und Handlungen setzen und nicht im nachhinein reagieren. Deswegen lassen Sie nicht die Budgetsanierung wieder der nächsten Legislaturperiode als Erbschaft, beschäftigen Sie sich sofort mit dem Maßnahmenpaket für junge Menschen. Wir haben zusätzliche Schwierigkeiten bei der Beschäftigung der Jungen, die nicht nur bei der Regierung liegen. Wir wissen: Wir müssen im Jahr 20 000 bis 30 000 junge Menschen mehr beschäftigen.

Viele Betriebe, Herr Bundeskanzler — das gebe ich zu —, versuchen, aus finanziellen Schwierigkeiten durch einen Aufnahmestopp herauszukommen, was den Zugang für junge Menschen hindert. Und natürlich mindert der

11728

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Mock

Rückgang oder das abgebremste Wachstum von Betrieben auch die Chancen der jungen Generation. Wir haben unsere Vorschläge im Frühjahr des vergangenen Jahres hier gemacht. Ich glaube, wir sollten diesem Problem der Beschäftigung der jungen Generation Vorrang geben.

Ich möchte abschließend, meine Damen und Herren, nur sagen: Das Ziel ist es, die Sicherheit, die wir und alle Parteien — dort, wo sie zusammengearbeitet haben — in den vergangenen Jahrzehnten den Menschen dieses Landes gegeben haben, dieses Gefühl der Sicherheit für einen entsprechenden Beruf, für ein Einkommen, für die soziale Sicherheit wieder voll herzustellen. Ich bekenne mich dazu, daß wir dazu die Leistungsbereitschaft, den Fleiß, die Tüchtigkeit und vor allem auch die Phantasie zur Innovation und Forschung benötigen und anerkennen müssen bei den einzelnen Menschen.

Leistungsbewußtsein — weil ja hier der Herr Finanzminister vom liberalistischen Kapitalismus gesprochen hat, meine Damen und Herren — ist sicher nicht alles im Leben. Aber ohne Leistung gibt es weder einen wirtschaftlichen noch einen wissenschaftlichen noch sonst in einem anderen gesellschaftspolitischen Bereich irgendeinen Fortschritt. Das muß man allen Ideologen der linken Seite, die das in Abrede stellen und Leistung nur als — wie das in diesem Kauderwelsch heißt — repressives Instrument zur Erhaltung der gegebenen Gesellschaftsordnung abwerten, ins Stammbuch schreiben. Ohne Leistung geht es nicht! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir brauchen viel Pragmatismus und Realismus. Mit Utopien ist jetzt gar nichts getan und auch nicht mit engem dogmatischem Denken. Wir brauchen sicher jeder das Ordnungssystem, das für uns nur die soziale Marktwirtschaft sein kann.

Wir stehen gar nicht lächelnd dabei, Herr Bundeskanzler, wenn sich jetzt die Arbeitslosenrate von 2 ½ Prozent auf 3,3 Prozent erhöht hat. Ich befürchte nur, daß, so wie die sozialistische Fraktion heute bei 3,3 Prozent Arbeitslosigkeit noch stärker geklatscht hat, als sie es bei 2,4 Prozent gemacht hat, sie noch stärker klatschen wird, wenn wir bei 4 Prozent Arbeitslosigkeit sind. Ich glaube, nur mit Beifall kann man die Probleme nicht wettmachen, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir stehen nicht lächelnd dabei, sondern wir haben auch durch die seinerzeitigen Verhandlungen gezeigt, daß wir dort, wo man gesprächs- und kompromißbereit ist, Herr

Bundeskanzler, auch bereit sind, an gemeinsamen Beschlüssen mitzuwirken.

Wir werden natürlich, meine Damen und Herren, auf eines nicht verzichten: Unseren Weg für eine andere und bessere Politik aufzuzeigen, auch wenn das gelegentlich eine Polemik auslöst. Wir werden nicht auf das demokratische Recht verzichten, Herr Bundeskanzler, auf Ihre alleinige Verantwortung für die Ergebnisse der Regierungspolitik zu verweisen. Und wir werden von Ihnen immer wieder verlangen, daß Sie im Gegensatz zu Ihrem heutigen Bericht der Öffentlichkeit eine klare Darstellung der ernsten Situation geben. Mit Ihrem heutigen Bericht ist eine Chance, meine Damen und Herren, dafür verlorengegangen, es ist auch eine Chance verloren worden für unser Land, für Österreich.

Ich befürchte, Herr Bundeskanzler, und bin eigentlich sicher, daß wir uns die Chance der klaren Erkenntnis und realistischen Einschätzung der Situation und der notwendigen Maßnahmen einmal später, aber mit größerem Einsatz und vielleicht mit größeren Opfern erarbeiten werden müssen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 12.21

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

12.22

Abgeordneter Czettel (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Mock hat eingangs seines Referates das Bedauern darüber ausgesprochen, daß es keine Möglichkeit des Miteinanderredens gibt, daß das das Grundproblem ist, mit dem wir es zu tun haben. Und man hat den Eindruck gehabt, daß er meint, wenn wir einmal miteinander reden können, dann sind die Probleme schon leichter zu bewältigen, meine Damen und Herren. Aber ich muß Ihnen eines sagen, Herr Dr. Mock — ich bin Ihren Ausführungen sehr gewissenhaft gefolgt und ich habe es ja mitgelesen —: Diese Atmosphäre, die Sie mit Ihrer Rede hier geschaffen haben, bietet keine Grundlage dafür, miteinander zu reden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie zum Beispiel sagen, der Herr Bundeskanzler ist verantwortlich für die Insolvenzen der großen Unternehmungen — das haben Sie getan... *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Für die Wirtschaftspolitik ist er mit verantwortlich!)* Er ist schuld, haben Sie gesagt, an den Insolvenzen der großen Unternehmungen.

Sie zitieren ununterbrochen Ihren Professor Tichy *(Abg. Dr. Mock: Einmal habe ich*

Czettel

zitiert!), überhören aber zur Gänze, was der Herr Professor Tichy zu den Insolvenzen gesagt hat. (*Abg. Staudinger: Und der Generaldirektor Apfalter?*) Er hat nämlich gesagt, daß Insolvenzen in der Krisenzeit einen Reinigungsprozeß der Wirtschaft darstellen, den man gar nicht so sehr negativ betrachten soll. (*Abg. Dr. Mock: Der Finanzminister hat vorhin das Gegenteil gesagt!*)

Auf der einen Seite gibt es die Erklärung Ihres Wirtschaftsexperten als logische Folgeerscheinung einer Krise, die es auf der ganzen Welt gibt, und dann sagen Sie, der Herr Bundeskanzler ist schuld an den Insolvenzen der großen Unternehmungen. Ist das eine Basis für das gemeinsame Reden?

Sie wissen — ich hoffe, Sie wissen das, denn Sie fahren ja viel in das Ausland —, wie groß die wirtschaftlichen Probleme auf der Welt insgesamt sind und daß die Probleme, die wir in Österreich haben, ja stark von der weltwirtschaftlichen Entwicklung beeinflußt werden. Ein kleiner Industriestaat, der Österreich ist, kann sich ganz einfach nicht von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln. Eingangs sagen Sie: Ja Sie kommen ununterbrochen mit neuen Wirtschaftsprogrammen, Beschäftigungsprogrammen, und jetzt sagen Sie als vorletzten Satz, man muß immer die richtigen Konzepte bei der Hand haben, schnell reagieren können.

Wie soll das zusammenpassen? Das ist ja ganz einfach das schnelle Reagieren der Bundesregierung, wenn sie immer wieder auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt, wie sie sich zeigt, versucht, die Auswirkungen in Österreich so gering wie möglich zu halten.

Oder Sie zitieren Ihren berühmten Finanzminister Kamitz und geben hier eine Wertung ab, indem Sie sagen: der beste Finanzminister seit 1945, und vergessen ganz einfach anzuführen, daß es in der Kamitz-Zeit die höchsten Arbeitslosenziffern in Österreich gegeben hat. Bis zu 15 Prozent Arbeitslose haben wir in Österreich gehabt. Schauen Sie sich die Statistik an, dann werden Sie das sehen! (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Die Statistik zeigt auch, daß die Pro-Kopf-Verschuldung in dieser Zeit geringer war und die Arbeitslosenquote höher. Aber das ist doch der Sinn und die Philosophie einer vernünftigen Wirtschaftspolitik. Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt erklärt: Mir ist lieber ein bisschen mehr Inflationsrate und ein bisschen mehr Pro-Kopf-Verschuldung als eine höhere Arbeitslosenquote.

Sie stellen die Tatsache, daß wir nach acht Jahren Weltwirtschaftskrise — seit dem Jahre 1975 gibt es die Krise — 2,8 Prozent Arbeitslosenrate haben, als Zufall hin, als käme das von selbst. Rund um Österreich gibt es Massenarbeitslosigkeit, die nicht nur zur Not und zum Elend der arbeitenden Menschen beiträgt, sondern die auch zu großen sozialen Spannungen führt, wie wir es gerade in diesen Stunden in Italien erleben; in einer kritischen Zeit gibt es einkommenspolitische Auseinandersetzungen von einer Tragweite, bei der niemand weiß, wie es dort weitergehen soll.

Meine Damen und Herren! Damit man doch zu dem echten Zustand zurückkommt, der zeigt, wie kritisch es in der Welt ist, möchte ich Ihnen eine kurze Notiz der OECD, die vor wenigen Wochen gekommen ist, hier vorlesen. Da steht:

„Ohne Einigung über eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist in Paris die zweitägige Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der 24 OECD-Mitgliedstaaten zu Ende gegangen. Den Hintergrund für diese Gespräche bildete eine äußerst beunruhigende Arbeitsmarktlage. Derzeit sind 28,5 Millionen Menschen in den OECD-Staaten ohne Beschäftigung“ — diese Ziffer hat sich bereits erhöht, und man redet jetzt von 30 bis 31 Millionen —, „was einer Arbeitslosenquote von 8 Prozent entspricht und gegenüber 1970 eine Verdreifachung der Arbeitslosenzahl bedeutet. Zumindest mittelfristig gibt es keine Anzeichen, daß sich die Lage wesentlich verbessern könnte, umso mehr, als ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent notwendig wäre, allein um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die OECD-Experten versuchten erstmals die Kosten der Arbeitslosigkeit zu beziffern. Danach büßten die Mitgliedsländer 1981 rund 340 Milliarden Dollar an Produktion ein.“

Meine Damen und Herren! So schaut es in der Welt aus. Wenn man die Rede des Herrn Dr. Mock liest, glaubt man, es herrscht rund um Österreich wirtschaftlich Liebe und Waschtrog und nur bei uns wird es auf Grund einer bestimmten Wirtschaftspolitik immer schlechter und schlechter. Seit 1975 sagen Sie uns das, seit 1975 wird es in der Welt schlechter, und wir haben in Österreich mit dieser Wirtschaftspolitik sicherstellen können, daß die Arbeitsplätze in einem hohen Ausmaß erhalten bleiben, daß wir relative Stabilität und daß wir soziale Sicherheit haben wie in keinem anderen vergleichbaren Land in Europa. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen mit aller Deutlichkeit,

11730

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Czettel

meine Damen und Herren: Der Umstand, daß aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers und aus dem Bericht des Herrn Finanzministers zu erkennen war, daß die Bundesregierung die Absicht hat, diese erfolgreiche Wirtschaftspolitik weiterzuführen, berechtigt anzunehmen, daß die Prioritäten in der Wirtschaftspolitik die gleichen bleiben wie in den vergangenen Jahren: nämlich Sicherung der Arbeitsplätze, Stabilität, soweit es nur geht in diesem internationalen Konzert. Das ist die größte Sicherheit für die österreichischen Arbeitnehmer, und die österreichischen Arbeitnehmer wollen diese Wirtschaftspolitik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Die österreichischen Gewerkschaften unterstützen sichtlich diese Wirtschaftspolitik. Wenn in Ihrer Rede, Herr Dr. Mock, ein leichter Hinweis darauf enthalten ist, dann kann man nur sagen, daß es für die Gewerkschaften gar nicht so selbstverständlich ist, sich in diese Notwendigkeiten mit einzufügen, daß einkommenspolitische Diskussionen immer wieder stattfinden.

Sozialistische Gewerkschafter sorgen dafür *(Abg. Dr. Mock: Alle!)*, daß die Einkommenspolitik, die ein wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik insgesamt ist, so geführt wird, daß nichts in Österreich gefährdet wird. *(Abg. Dr. Fischer: Dafür werden sie von Kohlmaier beschimpft!)* Daher unterstützen wir diese Wirtschaftspolitik auch in Zukunft, und wir werden alles dazu tun, daß die Prioritäten, die gesetzt sind und durch die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers wieder sichergestellt sind, auch beibehalten werden.

Sie haben einige sachliche Probleme hier skizziert. Sie haben Ihre alten Forderungen wiederholt, und Sie haben im wesentlichen polemisiert, Herr Dr. Mock! Und noch einmal sage ich Ihnen: Das ist keine Basis für ein gemeinsames Reden, auch für die nicht, die Sie hier namentlich zitiert haben und die auf Grund ihrer Verantwortlichkeit, die bestimmte Funktionen mit sich bringen, immer wieder versuchen auszugleichen. Aber diese Atmosphäre, die Methode und der Stil, den Sie hier vorgeführt haben, bieten keine Grundlage für bessere Gespräche in Zukunft. Ich könnte Ihnen, Herr Dr. Mock, weil Sie hier so in Ihrer Polemik festgestellt haben: Ja der englische Weg, diesen englischen Weg werden wir nicht gehen, genauso polemisch sagen, weil auch wir den englischen Weg nicht gehen wollen: Das Wichtigste, damit dieser englische Weg nicht gegangen wird, ist, zu verhindern, daß es jemals in Österreich eine konservative Regierung gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann wird ganz einfach dieser Weg nicht gegangen werden, und über die Politik, die betrieben wird, brauchen Sie sich nicht den Kopf zu zerbrechen *(Abg. Dr. Mock: Wir sind schon ein paarmal gebeten worden, uns den Kopf zu zerbrechen!)*, die verantworten wir den Menschen und den Betrieben gegenüber, die verantworten wir den Menschen bei den Wahlen gegenüber. Das ist seit 1975 so gewesen in dieser kritischen Zeit, und wir wissen, daß die Menschen auch dieses Bemühen akzeptieren und dann auch honorieren.

Ich habe gesagt, meine Damen und Herren, daß man natürlich über bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen in Österreich selbst verschiedener Meinung sein kann, daß man diese kritisieren kann. Aber überhaupt festzustellen, wie wert oder unwert die Wirtschaftspolitik ist, die wir betreiben, das kann man nur im internationalen Vergleich tun. Da nützt es nichts, wenn Sie, Herr Mock, sagen: Na ja, na, schauen wir halt wieder einmal ins Ausland! Wir müssen ununterbrochen ins Ausland schauen und müssen die ausländische Entwicklung mit der österreichischen vergleichen.

Sie haben sinnigerweise England und Schweden genannt. Ich bin sicher kein Amerikaner, ich habe viele Freunde drüben und schätze die Menschen dort und dieses Land. Aber es ist sicherlich sinnvoll, wenn man in dieser kritischen Entwicklung auch dieses Land anschaut und wenn man schaut, wie sich die Politik, die dort betrieben wird, auf die Menschen, auf die arbeitenden Menschen auswirkt. Da gibt es eine Statistik, die relativ neu ist, die sagt folgendes: 32 Prozent der amerikanischen Haushalte haben ein Jahreseinkommen von weniger als 11 500 Dollar. Diese Gruppe wird auf Grund der Steuergesetzgebung, die es nun in den Vereinigten Staaten gibt, einen Einkommensverlust von rund 8 Milliarden Dollar pro Jahr erleiden. 30,8 Prozent beziehen zwischen 11 500 und 22 900 Dollar pro Jahr. Die werden insgesamt einen Einkommensverlust von 10,8 Milliarden pro Jahr erleiden. 30,7 Prozent beziehen zwischen 22 900 und 47 800 Dollar pro Jahr, und die werden einen Einkommenszuwachs von 0,6 Milliarden pro Jahr haben. 6,5 Prozent beziehen mehr als 47 800 Dollar pro Jahr, und die werden in diesem Jahr einen Einkommenszuwachs von 9,2 Milliarden haben.

Das heißt, die Ärmsten werden auf Grund der neuen Steuergesetzgebung ärmer werden und die Reichen werden, hier ganz klar bewiesen, reicher werden. Wenn wir dann noch hinzurechnen, was uns Gewerkschafter aus den Vereinigten Staaten erzählen, näm-

Czettel

lich daß es zu einem massiven Abbau der sozialen Substanz gekommen ist, wenn man miteinbezieht die Überlegung, daß die Arbeitnehmer in Amerika weniger soziale Leistungen vom Staat bekommen, weil die Gesetze ganz einfach so gemacht wurden, dann müssen Sie das zu diesem Verlust noch hinzuzählen.

Das ist die Politik, die wir nicht wollen. Wir betreiben genau die entgegengesetzte Politik. Wir versuchen sicherzustellen, daß die arbeitenden Menschen auf Grund dieser negativen Entwicklung nicht die Notleidenden werden, sondern daß sie ihren Standard erhalten können, daß sie ihr Leben mit all dem, was wir uns in den letzten Jahrzehnten insgesamt erarbeitet haben (*Beifall bei der SPÖ*), daß sie dieses Leben auch mit der bisherigen Qualität weiterführen können. Wir sind uns alle klar darüber — und ich habe das immer wieder gesagt —, daß man halt in einer kritischen Zeit keine großen sozialpolitischen Schritte machen kann. Es ist überhaupt kein Verhängnis, wenn Funktionäre untereinander diskutieren, auch wenn sie einer Partei angehören. Wenn der eine halt der Ansicht ist, es soll mehr sein, und der andere sagt, na aber bei der wirtschaftlichen Lage ist es eher besser, daß wir vorsichtig sind, wenn solch eine Diskussion geführt wird, dann kommt ein Ergebnis heraus, das sicher alle befriedigen wird, vielleicht nicht ganz befriedigen wird. Es ist der Grundsatz der Demokratie, daß man sich einigen soll. Das ist auch der Grundsatz der Sozialpartnerschaft, die Sie gerühmt haben, die Sie in der Rede auch rühmen. Ich habe das schriftlich gesehen, daß sie funktioniert. Natürlich funktioniert sie, weil wir wissen, was wir dem anderen zumuten können, weil der Grundsatz der Zumutbarkeit auch in der Sozialpartnerschaft eine große Rolle spielt.

Wir wissen, daß im ersten Quartal dieses Jahres zum Beispiel die Industrieproduktion ganz gut gewachsen ist, daß sich die Konsumnachfrage leicht belebt und daß die Exporte — und das ist hier wiederholt zum Ausdruck gekommen — überdimensional steigen, mehr, als man es erwartet hätte. Es gab im Jänner eine Zunahme von 7,4 Prozent, im Februar eine Zunahme von 6 Prozent und im März eine Zunahme von 18,5 Prozent. Das heißt, im Durchschnitt ist im ersten Quartal dieses Jahres der Export um 11,1 Prozent gestiegen. Bei den Einfuhren haben wir die entgegengesetzte Tendenz, das heißt, im Jänner sind die Einfuhren um 1 Prozent zurückgegangen, im Februar um 1,4 Prozent, im März sind die Einfuhren wieder gewachsen. Die Einfuhrsteigerung im ersten Quartal liegt bei 2,8 Prozent, und daraus resultiert natürlich eine wesentliche Verbesserung unserer Leistungsbilanz.

Meine Damen und Herren! Wie wir vor Monaten die Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsbilanz diskutiert haben, haben Sie hier in diesem Haus gesagt: Das ist nur ein Teil der Belastungswelle, das wird zu nichts führen!

Wir sehen, daß sich die Leistungsbilanz erheblich verbessert hat, und das ist das Verdienst der Wirtschaftspolitik, einer sinnvollen Wirtschaftspolitik, die in dieser kritischen Zeit eben praktiziert werden muß. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das gleiche sehen wir — und ich wiederhole das, damit das ja nicht in Vergessenheit gerät — bei der Entwicklung der Inflationsrate. Wir haben in dieser kritischen Zeit eine sinkende Inflationsrate und wir haben, meine Damen und Herren, die Hoffnung, daß wir die Marken, die für das heurige Jahr prognostiziert sind, die optimistischen Marken in diesem Jahr erreichen.

Wenn wir dazunehmen, daß die Arbeitslosigkeit trotz der Probleme, die es im Winter gegeben hat, wesentlich abgenommen hat und daß die Bundesregierung heute, wie wir gehört haben, dabei ist, ein zweites Beschäftigungsprogramm zu formulieren und sicher in die Tat umzusetzen, dann werden die Erfahrungen, die man in diesem Winter mit der Arbeitslosigkeit von 5,4 Prozent gemacht hat, sicher dazu beitragen, daß Maßnahmen gesetzt werden, die verhindern, daß im kommenden Winter die Arbeitslosigkeit zu der gleichen Marke kommt. Wir wissen schon, daß das nicht von Österreich allein abhängt. Und ich muß wiederholen, daß man Österreich vom weltwirtschaftlichen Geschehen nicht ausklammern kann, sondern daß Österreich mit seiner kleinen Volkswirtschaft eng drinnen ist in dieser europäischen Wirtschaft, in der Weltwirtschaft und daß man daher ununterbrochen — das ist die Aufgabe der Bundesregierung — dabei sein muß, zu überprüfen, wie diese Wirtschaft sich entwickelt und welche Maßnahmen notwendig sind, um die Probleme, die daraus entstehen, in den Griff zu bekommen.

Dann darf es ganz einfach nicht so weit kommen, daß daraus ein Vorwurf für die Bundesregierung wird, daß dann hier von diesem Pult aus gesagt wird: Ja Sie wissen ja nicht, was Sie wollen! Es kommt ein Beschäftigungsprogramm, dann kommt das zweite.

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen: Wenn es notwendig ist, um diese Probleme zu bewältigen, dann müssen halt in einem Jahr dreimal Beschäftigungsprogramme diskutiert und in die Tat umgesetzt

11732

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Czettel

werden. Unser Ziel muß sein, daß der österreichische Arbeitnehmer, daß jeder, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist, auch einen Arbeitsplatz hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Man hat allgemein angenommen, daß das Jahr 1982 eine wesentliche Verbesserung in den wirtschaftlichen Ablauf bringt, daß die Konjunktur sich erholen wird und daß wir uns eigentlich in diesem Jahr am Ende der längsten internationalen Konjunkturrezession befunden haben. Es zeigt sich jetzt, daß das noch nicht so weit ist. Es besteht die Hoffnung, daß bestimmte Maßnahmen, die in den großen Industriestaaten gesetzt werden müssen, sich auch auf die Entwicklung in Österreich auswirken. Aber jeder Vergleich mit den Staaten, die sich im OECD-Bereich befinden, ob das nun die Bruttoinlandsproduktentwicklung ist, ob das die Arbeitslosenrate ist, ob das die Inflationsrate ist, geht zugunsten Österreichs aus.

Herr Dr. Mock hat dieses Thema ja nur kurz gestreift, und ich habe mich gewundert, als ich seine Rede gelesen habe, daß der Begriff General Motors nicht vorkommt. Aber er hat, abweichend von seiner schriftlichen Ausfertigung der Rede, doch General Motors genannt. Und immer wieder wird festgestellt, und er hat das auch gesagt, daß die Förderung, die dorthin gegangen ist, zu Unrecht geschehen ist, man hätte dieses Geld eher in die Klein- und Kleinstbetriebe geben sollen.

Ich habe den Grund gesucht, warum das heute nicht mehr so ist. Es ist kein Verdacht, aber die Vermutung ist naheliegend, wenn man sich die Förderungsbestimmungen, die es da schon gibt, etwa für Zanussi in Fürstentum anschaut, daß es einen Zusammenhang gibt. Wenn man nämlich das durchrechnet, was Zanussi bekommen soll pro Arbeitsplatz, der geschaffen wird, dann wird das weitaus mehr sein als das, was General Motors bekommen hat. *(Abg. Dr. Puntigam: Dort sind 2 000 Arbeitsplätze verlorengegangen!)*

Während bei General Motors der Arbeitsplatz zu einem Drittel etwa über die öffentliche Förderung finanziert wurde, wird es bei Zanussi fast die Hälfte sein, meine Damen und Herren. Und ich meine das gar nicht böseartig. Aber es kann doch nicht unter Umständen ausschlaggebend sein, daß der Ort, wo der Betrieb hinkommt, der Wahlkreis des Herrn Dr. Taus ist und man daher in der Österreichischen Volkspartei über diese Förderung nicht mehr redet.

Wir sind nicht neidisch und wir werden uns nicht querlegen bei diesem Projekt, aber es muß hier vermerkt werden, daß man hier mit

ungleichem Maß mißt und daß der Umstand, daß General Motors sich in Wien befindet, sicher mit dazu beigetragen hat, daß es diese monatelangen, jahrelangen Debatten und Verleumdungen gegeben hat.

Heute sehen wir, daß die Entscheidung, General Motors in Wien zu bauen, eine sehr wichtige Entscheidung war und eine sehr richtige Entscheidung. Der Herr Bundeskanzler hat es hier schon angeführt: 20 Prozent der dort Beschäftigten kommen jetzt schon nicht aus Wien, sondern aus Niederösterreich, und ein Teil kommt sogar aus der Steiermark. Und wenn dort 3000 beschäftigt sein werden, wird der größere Teil nicht aus Wien kommen. Es werden also Arbeitskräfte aus dem Umland von Wien dort beschäftigt sein.

Und wenn man dann schon darüber diskutiert, wenn man das zur Kenntnis nimmt, dann muß man auch noch hinzufügen, daß täglich mehr als 100 000 Menschen nach Wien einpendeln und Wien sich auch verpflichtet fühlt, für diese mehr als 100 000 Menschen Arbeitsplätze zu schaffen.

Daher muß hier klar und deutlich gesagt werden, daß diese Entscheidung richtig war und daß wir uns auch dafür aussprechen werden, daß man mit Zanussi ins Geschäft kommt. Aber es ist dann nur zu hoffen, daß diese Polemik endlich ein Ende gefunden hat und daß man das dann auch erkennt. Wir haben auch gehört, der Herr Vizebürgermeister Busek hat ja diesen Betrieb schon besucht, er war auch schon bei General Motors. *(Abg. Ing. Dittrich: Das stimmt nicht!)* Dann hat er sich zumindest angemeldet, Herr Präsident. Dann bin ich vielleicht besser informiert als Sie. *(Abg. A. Schlager: Macht ja nichts, das erste Mal kann man sich ja irren!)*

Ich könnte auch boshaft sein und sagen, das wäre nicht unbedingt eine Auszeichnung für mich. Aber Sie haben sich schon öfters geirrt, Herr Ing. Dittrich. *(Abg. Ing. Dittrich: Wieso?)* Zum Beispiel bei der Aussage im Zusammenhang mit General Motors, daß die Maßnahmen, die wir zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit in Wien treffen, eine Wiedergutmachung für General Motors sind. Das möchte ich auch hier mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Das haben Sie geschrieben.

Wir haben in Wien beschlossen, Geld herzugeben, um zusätzliche Jugendarbeitsplätze zu finanzieren, weil die Notwendigkeit besteht *(Beifall bei der SPÖ)*, weil wir verhindern wollen, daß der Beginn einer Jugendarbeitslosigkeit auch nur zu erkennen ist, denn es gibt

Czettel

keine Jugendarbeitslosigkeit. Und da haben wir uns nicht leiten lassen von dem Gedanken, weil General Motors eine Förderung bekommen hat, müssen wir geschwind Geld hergeben — die Handelskammer genauso wie die Arbeiterkammer haben schamhaft verschwiegen, daß die Stadt Wien auch sehr viel Geld hergibt —, sondern wir müssen uns gemeinsam bemühen, dieses Problem im Griff zu haben und auch in Wien jedem jungen Menschen, der arbeitswillig und arbeitsfähig ist — es gibt ja auch solche, die das nicht sind —, einen Lehrplatz anzubieten, aber auch mit der Chance, später als Facharbeiter Arbeit zu bekommen.

Und so, meine Damen und Herren, könnte man auf diese Polemiken, die es massenhaft in der Rede des Herrn Dr. Mock gegeben hat, noch eingehen. Ich möchte das gar nicht tun, sondern es bei dem bewenden lassen und sagen, daß wir auch vom Standpunkt der Gewerkschafter her sehr stark in der inneren Politik in Österreich deswegen mitreden, weil wir die Aufgabe haben, die Interessen unserer Menschen, die wir vertreten, auch in der Politik wirksam werden zu lassen. Das heißt, wenn wir von der Bundesregierung verlangen, daß sie die Arbeitsplätze sichert, und wenn wir das getan haben schon bei Beginn der Krisensituation, dann können wir heute feststellen, daß dieses Verlangen mit einer unglaublich hohen Effizienz erfüllt wurde. Wenn heute die Bundesregierung auf Grund der Erläuterungen des Herrn Bundeskanzlers und auch des Herrn Finanzministers Richtlinien, wenn Sie wollen, oder die Leitlinien für die nächsten Monate gegeben hat, dann werden sie unsere Unterstützung finden, weil die Prioritäten die gleichen sind, wie wir sie in den vergangenen Jahren gekannt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es muß noch einmal unbedingt gesagt werden, daß es, betrachtet man die wirtschaftliche Situation in Österreich und betrachtet man die Wirtschaftspolitik in Österreich, die betrieben wird, seit es eine Krisenentwicklung gibt, erhebliche Unterschiede zum Ausland gibt.

Beim Gemeinwirtschaftskongreß, der vorige Woche in Wien stattgefunden hat, haben wir die Gelegenheit gehabt, mit Engländern zu reden. Und da ist eine englische Beteiligte an diesem Kongreß zum Rednerpult gegangen und hat eine Situationsschilderung aus England gegeben, und sie hat gesagt, man spricht von 3 Millionen Arbeitslosen. 4 Millionen gibt es in Wirklichkeit. Also dort gibt es eine Dunkelziffer. Und niemand redet mit den Gewerkschaften über die Pro-

bleme, die die arbeitenden Menschen dort haben.

Wenn wir in diese Länder schauen, dann sehen wir, daß in den Vereinigten Staaten in der schlechten Zeit für die Arbeitnehmer die Gewerkschaften in Wirklichkeit nicht einmal das verteidigen können, was sie in den vergangenen Jahrzehnten errungen haben. Sie sind dort in der Warteposition, in der Verteidigungsposition. In England ist es so, daß die Regierung eher gewerkschaftsfeindliche Gesetze schafft, um die Wirkungskraft der Gewerkschaften dort einzuschränken. Dort können sie in der Politik nicht mitreden und nicht mitwirken.

Wir haben in Österreich eine Situation, die es uns möglich macht, zu jedem Regierungsmitglied zu gehen, um unsere Wünsche dort zu deponieren, und eine Situation, die es uns möglich macht, sicherzustellen, daß die Wünsche der österreichischen Arbeitnehmer Gehör finden und daß ihre Wünsche realisiert werden; in dieser kritischen Zeit, in der jede Frage, die tagtäglich entsteht, die aus dem Ausland nach Österreich eindringt, zu einer existenziellen Frage werden kann.

In diesem Sinne hoffen wir, daß auf Grund der Berichte die Wirtschaftspolitik weiterbetrieben wird. Die Unterstützung von unserer Seite ist der Bundesregierung sicher. *(Beifall bei der SPÖ.)* 12.49

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Steger. Ich erteile es ihm.

12.50

Abgeordneter Dr. **Steger** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe der bisherigen Debatte aufmerksam zugehört und dabei festgestellt, daß in allen Beiträgen eine Mischung vorhanden war, eine Mischung aus Gesprächsbereitschaft, eine Mischung aber auch mit einer ordentlichen Portion Demagogie und als Beimengung noch mit dabei so ein bißchen die Bereitschaft, von halben Wahrheiten auszugehen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte an den Beginn stellen, daß ich nicht von der Frage ausgehe, ob wir mehr Sozialismus, mehr Konservatismus, mehr Liberalismus brauchen, sondern daß ich es als die wichtigste Frage ansehe, daß endlich ausgehend von wirklichen Fakten, echten Zahlen und realistischen Einschätzungen die Probleme besprochen werden. Ich vermisse in der bisherigen Debatte, daß es diese echten realistischen Zahlen, realistischen Fakten, wirklichen Problembetrachtungsweisen am Beginn gibt, um

11734

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Steger

gemeinsam vielleicht zu echten Problemlösungen zu kommen.

Wenn ich das eine an den Beginn stelle, dann auch etwas anderes, was sich sehr stark an den Herrn Präsidenten Czettel richtet, der soeben seine Ausführungen abgeschlossen hat. Er hat gemeint — ich sage das sinngemäß —, wenn die Opposition nicht anzuerkennen bereit ist, welch gute Arbeit die Regierung für Österreich leistet, dann gibt es keine Gesprächsbasis zwischen den Parteien.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident Czettel! Ich sage Ihnen, es darf zu keinem Zeitpunkt so sein, daß in lebenswichtigen Fragen — und das ist ja die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung der Betriebe, die Sicherung der Wirtschaft für Österreich — die Bereitschaft zur Gesprächsführung davon abhängig gemacht wird, daß die jeweilige andere Partei überhaupt einmal anerkennt, was die Regierung Gutes oder Halbgutes getan hat. Wir bekennen uns nicht zu einem derartigen Weg der Kapitulation der Opposition in diesem Hause. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir glauben aber, daß auch ohne eine derartige Kapitulation der Opposition echte Gespräche dringend notwendig sind, und wir meinen, daß niemand gut beraten ist, wenn er diese Bereitschaft zu echten Gesprächen leichtfertig ablehnt. Wir sind aber auch der Auffassung, daß eben Scheindiskussionen und Scheinlösungsansätze keine echte Gesprächsbereitschaft zeigen.

Darf ich im Sinne dieser Scheindiskussionen ein paar Beispiele an den Beginn setzen: Um Scheindiskussionen handelt es sich, wenn dann als Möglichkeit, die Wirtschaft zu sanieren, plötzlich in einer Fernsehdiskussion viermal der Stehsatz gesagt wird: Das Wichtigste zuerst, oder mehrfach plötzlich gesagt wird: Statt eines unnötigen Konferenzentrums Wohnungen für alle Österreicher. Es werden Scheindiskussionen plötzlich hochstilisiert, in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt, aber in Wahrheit läßt sich beweisen, daß sowohl das eine als auch das andere die wirklichen Probleme Österreichs nicht lösen kann.

Meine Damen und Herren! Stark vereinfacht zeigen gerade die Gespräche der letzten Wochen, wie die Grundstrukturen der Parteien im Zusammenhang mit Wirtschaftssanierung, mit Wirtschaftspolitik wirklich laufen, die Grundstrukturen, wo die Sozialistische Partei als Mehrheitspartei in diesem Hause im wesentlichen davon ausgeht, daß noch ein paar Monsterprojekte mehr die Wirtschaftsprobleme lösen können, noch ein paar Milliarden Schilling mehr, noch ein paar

Betonkobel mehr und noch ein paar Betonmonster mehr, und alle Probleme sind gelöst.

Die Österreichische Volkspartei spricht sich gegen manche dieser Betonmonster aus, sie will an deren Stelle andere setzen. Sie sagt, wir können schon reden über zentrale Steuerung, über Mechanismen, wie Geld in Großprojekte gegeben wird, aber es müssen auch kleinere und mittlere Betriebe etwas bekommen, so wie Dr. Mock heute — ich habe das mitgeschrieben — ausdrücklich gesagt hat: Mehr tun für Klein- und Mittelbetriebe, mehr tun für die Kleinen und Mittleren in Österreich. Sehen Sie, dort haben Sie bereits den Unterschied zwischen SPÖ und ÖVP.

Und jetzt sage ich Ihnen den Unterschied zur Freiheitlichen Partei. In dieser einfachen Aussage sehen Sie bereits, von welchem anderen Punkt her wir uns der Problemlösung nähern wollen. Wir sind nicht der Auffassung, daß neben einigen Förderungen von Großmonsterprojekten auch noch kleinere und mittlere Monsterprojekte gefördert werden müssen, sondern wir sind der Auffassung, daß es Zeit ist, eine echte andere Politik dadurch zu machen, daß man den Menschen in Österreich insgesamt weniger Geld wegnimmt. Der Masse der Menschen, der Masse der Arbeiter, Angestellten, Freiberufler, Gewerbetreibenden, der Masse der Betriebe weniger Geld wegnehmen heißt in Wahrheit, Wirtschaftsförderung für ganz Österreich zu betreiben. Weniger Geld wegnehmen heißt in Wahrheit, endlich zur Einsicht zu kommen, daß in schwierigen Zeiten nicht auf Dauer mit Budgetbelastungen Gas gegeben werden kann, um die Probleme zu lösen, sondern daß in Wahrheit Sparen in schwierigen Zeiten die einzige wirkliche Alternative ist. Ich werde im Verlaufe meiner Ausführungen darauf zurückkommen.

Ich werde aber vor allem voll den Grundgedanken unterschreiben, daß jedes neue Fördern, wie es momentan läuft — zu Monsterprojekten noch ein paar kleinere und mittlere dazu —, in Wahrheit bis ins Uferlose den Gedanken ausweitet, daß neue Steuern, neue Abgaben notwendig sind und daß möglicherweise am Schluß die Masse der Menschen überhaupt keine Möglichkeit mehr hat, mit ihrem Realeinkommen wirklich Wirtschaftsbelebung in Österreich zu betreiben.

– Meine Damen und Herren! Alle, die so handeln, egal ob als Sozialisten für einige Monsterprojekte, egal ob als Volkspartei für einige mittlere Projekte, übersehen, daß jeweils Schulden von heute Steuern von morgen sein müssen. Und wer Steuern von morgen zusätzlich bringt, bringt übergroße Probleme über-

Dr. Steger

morgen dann, wenn diese Schulden abgezahlt werden müssen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Am Ende der siebziger Jahre standen überall in der Landschaft Plakate herum, auf denen zu lesen war: „Hand aufs Herz, es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute“. 1981 war es auf den SPÖ-Plakaten schon etwas anders, dort stand: „In Zeiten wie diesen: nicht herumreden, nicht schimpfen, nichts Unmögliches versprechen, keine unsinnigen Fragen stellen“. In letzter Zeit ist überhaupt eine gewisse Stille eingetreten.

Unser freiheitlicher Klubobmann Peter hat anlässlich des Voranschlages 1981, den Minister Salcher als „Sparhaushalt ohne große Geste“ bezeichnet, darauf hingewiesen, daß jemand, dem die Luft ausgegangen ist, auch keine Energien für große Gesten hat.

Inzwischen, meine ich, merken einige in der Regierungspartei, daß die Luft so dünn geworden ist, daß nicht nur keine großen Gesten, sondern auch große Worte rar gemacht werden müssen, weil auch dazu mehr Sauerstoff erforderlich wäre, mehr Sauerstoff, der bei einer Regierungstätigkeit immer heißen muß: mehr freie Budgetmittel, über die verfügt werden kann.

Ich erblicke gerade in diesem Zustand in Wahrheit eine große Chance für echte Gespräche, weil ich auch im Hinblick auf die heutigen Erklärungen den Eindruck habe, daß ein stärkerer Realismus auf allen Seiten momentan die zukünftigen Probleme eher lösen kann als Euphorie und Schönfärberei, die bis vor kurzem bei uns hier in diesem Hause von seiten der Regierungspartei immer üblich gewesen sind.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen das konzediere, dann vermissem ich aber trotzdem die letzte Konsequenz dabei. Ich vermissem dabei, daß Sie bei all diesem Realismus, den man schon eher in letzter Zeit bemerken kann, eine wirkliche Bereitschaft, einen wirklichen Mut zur Wahrheit merkbar vorzeigen, einen Mut zur Wahrheit, der schmerzlich dort vermißt wird, wo Halbwahrheiten echte Lösungen verhindern.

Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, so glaube ich zum Beispiel, daß Sie verkennen, was es wirklich bedeutet, wenn fast 1,4 Millionen Menschen unterschreiben gehen, weil sie genug haben von Monsterprojekten irgendwo in Österreich. Ich glaube, Sie verkennen, daß hier doch eine viel, viel größere Stimmung in Österreich bereits vorhanden ist, die nichts mehr wissen will von der Fortschreibung einer Politik, welche davon ausgeht, daß grundsätzlich die Machbarkeit schon wieder

alles ins Lot bringt, daß man jetzt ein Konferenzzentrum dort, ein großes Spital da und irgendwann vielleicht auch noch ein paar zusätzliche Eisenbahntunnels in Österreich baut und damit die Probleme in den Griff bekommt.

Ich glaube, Sie unterschätzen, wie stark gerade bei jüngeren Menschen nicht sosehr nur die sozialistische Regierung abgelehnt werden sollte mit diesem Votum, sondern daß gerade diese jüngeren Menschen ein Bekenntnis gegen Großprojekte ablegen wollten, gegen Großtechnologien, gegen große Einheiten, weil sie der Auffassung sind, daß Probleme bei den Menschen direkt gelöst werden müssen, sodaß sie selbst einen Zugang zur Problemlösung haben, so daß sie selbst das Gefühl haben, daß in ihrem überschaubaren Bereich auch Lebensumstände neu und zufriedenstellend geordnet werden können. *(Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Sie unterschätzen, Herr Bundeskanzler, meine ich, daß viel mehr dahintersteht als ein Probegalopp der Österreichischen Volkspartei, der sicherlich zur Zufriedenheit der Funktionäre der Österreichischen Volkspartei ausgefallen ist, daß aber viel mehr dahintersteht und daß in Wahrheit — hier bin ich mit meinem Vorredner von gestern, Dkfm. Bauer, einer Meinung — noch mehr Österreicher unterschrieben hätten, wenn das nicht als Parteivolksbegehren veranstaltet worden wäre.

Sollte irgendwer von der Österreichischen Volkspartei das nicht glauben, dann darf ich gleich mich selbst dazu bekennen, daß ich unter anderem auch deswegen nicht unterschreiben konnte, weil ich nicht bereit bin, mich am Probegalopp der Österreichischen Volkspartei zu beteiligen, wo von vornherein feststeht, daß ich am Galopp am Wahltag auch nicht mitmachen werde. *(Abg. Dr. Höchtl: Haben wir aber nichts dagegen!)* Wer beim Galopp nicht mitmacht, möchte nicht unbedingt beim Probegalopp im Sulky sitzen; um mit jenen zu reden, die in Ihrer Fraktion eher mit Pferden zu tun haben. Das sind dann die, denen solche Galopperbeispiele einfallen. Ich kenne mich in diesem Sport weniger aus, ... *(Abg. Graf: ... disqualifiziert! Mein lieber Herr, Sie haben ein falsches Beispiel!)* Ich weiß nicht, Herr Präsident Graf, wer im Burgenland bei Ihnen disqualifiziert wird! Ich kenne einige in Ihrer Fraktion, wo demnächst Disqualifikationen ausgesprochen werden. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Graf: Da bin ich mit Blecha einer Meinung: Sie haben ein falsches Beispiel, weil Sie von Pferden nichts verstehen, aber es macht nichts!)*

Dr. Steger

Ich gebe Ihnen jederzeit zu — so wie ich Ihnen überhaupt zugebe, daß ich von manchen Dingen nichts verstehe, Herr Präsident —, daß ich von Pferden absolut wenig verstehe. Ich merke es aber immer dann, wenn Pferde in den politischen Porzellanladen Österreichs eingetreten sind, was heute auch schon wieder in einigen Wortmeldungen in Ansätzen den Anschein gehabt hat. Ich bin jedenfalls gegen solche Pferde in Porzellanladen, und im übrigen sage ich Ihnen, die Disqualifikation ... (*Abg. Graf: Meistens sind es Elefanten und keine Rösser!*) Wir Freiheiten werden uns jedenfalls bemühen nachzuweisen, daß nicht nur ... (*Abg. Graf: Sie verwechseln heute die passenden Viecher!*) Sie meinen, ich sollte ein paar größere Viecher in den Vordergrund stellen. Elefanten zertrampeln noch mehr Porzellan, das ist sogar mir geläufig, Herr Präsident Graf. Aber ich sage Ihnen: Wenn Ihre Pferderl noch ein bisschen so in dem Porzellanladen weiter unterwegs sind (*Abg. Dr. Fischer: ... Viecherei dann!*), werden wir noch ganz andere Sätze demnächst hier hören, aber wir werden dann als Zuschauer da oben sitzen und abwarten, ob wir dann aufgefordert sind, bei dieser Viecherei das Porzellan zu kitten, das andere Pferde zertrampelt haben. Wir wollen es nicht kitten, das sage ich Ihnen auch gleich. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Uns wäre lieber, es bleibt ganz, und gerade Sie, Herr Präsident Graf, Sie sind ja auch einer jener, die eigentlich im Zweifelsfall nachdenken, wie das Porzellan ganz bleibt. Ihnen ist sicherlich aufgefallen, an welchen Stellen ich davon ausgehe, daß ein paar Rösser, die unterwegs sind, Rösser im wahrsten Sinne des Wortes ... (*Abg. Graf: Blaue Rösser gibt es ja noch nicht! — Abg. Josseck: Der schwarze Hengst!*) Blaue Rösser gibt es, Gott sei Dank, nicht, daher können Sie uns auch nicht unterstellen, daß wir den Porzellanladen niedertrampeln.

Aber zurück zur Wirtschaft. Von der Pferdewirtschaft könnten wir ja vielleicht im Burgenländischen Landtag weiterreden, wo je hinzugeraten ich nicht die Ehre habe, auch kein besonderes Wollen nach den Ereignissen, die momentan in einem Untersuchungsausschuß geprüft werden. (*Zwischenruf des Abg. Graf.*) Es ist sicherlich nicht ganz einfach, als Wiener im Burgenland im Landtag zu sitzen.

Zurück zur Wirtschaft. Ich weiß noch gar nicht, was Sie da so beunruhigt hat. Noch war ich nur beim Konferenzzentrum. Ich komme schon noch zu Themen, Herr Präsident Graf, wo Sie mehr beunruhigt sein werden (*Abg.*

Graf: Ich erkläre Ihnen an Eides Statt, daß keine Ihrer Erklärungen mich beunruhigt!), spätestens morgen. Spätestens morgen, wenn ich zur Gewerbeordnung im Rahmen der liberalen Marktwirtschaftskonferenz etwas sagen werde, werden Kammerfunktionäre Ihres Schlages beunruhigt sein, denn ich werde nachweisen, daß manche Kammerfunktionäre in Wahrheit mit der Gewerbeordnung Arbeitsplatzverunsicherung betreiben, indem sie verhindern, daß neue Aktivitäten begonnen werden können. Aber lassen wir das weg, ich will Ihnen ja nicht alles von morgen heute schon sagen, sonst horchen Sie mir morgen nicht mehr zu. (*Abg. Graf: Ich verspreche Ihnen, daß ich Ihnen nicht zuhöre!*)

Das möchte ich jetzt nicht gehört haben, daß Sie jetzt schon versprechen, mir auch morgen nicht zuzuhören! (*Abg. Graf: Ich habe mich entschuldigt!*) Herr Präsident Graf! Daß Sie heute schon versprechen — wörtlich gerade von Ihnen gesagt —, mir auch morgen nicht zuzuhören, ist genau jene Grundhaltung, die ich bei Präsident Czettel zurückgewiesen habe. Ich darf auch bei der anderen Säule der Sozialpartnerschaft das voll zurückweisen (*Abg. Graf: Sie hören mir nicht zu: Ich habe mich entschuldigt!*), aber ich gestehe Ihnen: Dann, wenn Sie hier am Rednerpult stehen, werde ich genau zuhören.

Sie brauchen sich im übrigen gar nicht weiter zu entschuldigen für irgend etwas. (*Abg. A. Schlager: Für morgen hat er sich entschuldigt! — Heiterkeit.*) Für morgen hat er sich entschuldigt, sagt da jemand mit sehr lauter Stimme. (*Abg. Peter: Er ist jetzt munter geworden!*)

Ich bleibe aber trotzdem dabei: Es ist sicherlich für manche hier sehr erheiternd, wenn sie feststellen, daß sie auch woanders nicht zuhören. Ich freue mich, daß jedenfalls einige sich dann wenigstens entschuldigen dafür, daß sie von vornherein gesagt haben, sie werden auch morgen nicht zuhören. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Jetzt komme ich wieder zu dem zurück, worüber wir eigentlich weiterreden wollen, denn wissen Sie, meine Damen und Herren, ich bin — den Nachweis kann ich Ihnen jederzeit liefern — bezüglich Ihrer wirklich bekannt geistvollen Zwischenrufe jederzeit in der Lage, jetzt eine Stunde lang oder zwei oder drei Stunden, wenn Sie wollen, so weiterzureden, nur sage ich Ihnen, daß das genau jene Form der Diskussion ist, die in Wahrheit bewirkt, daß uns die Menschen gemeinsam davonrennen, allen Parteien. (*Abg. A. Schlager: Der Graf hat gesagt...!*) In Wahrheit genau diese Form!

Dr. Steger

Ich werde daher zum Thema zurückkehren, und Sie können jetzt schreien, was Sie wollen, nach einiger Zeit werden Sie wieder ruhig werden. Vielleicht machen Sie das dann in Ihrem Debattenbeitrag. Ich glaube, es wäre besser, wenn Sie es dort anbringen. Ich horche jetzt derartigen Themen nicht zu, ich horche Ihnen dann zu, wenn Sie Ihre Debattenbeiträge abgeben; ich halte das für sinnvoll.

Hören Sie mir jetzt einmal zu, Sie werden ein paar Dinge zur Wirtschaft hören, die Sie vielleicht bis heute noch nicht gehört haben. Wenn Sie es gehört haben und eh schon kennen, wird es mich auch freuen, wenn Sie in Ihrem Debattenbeitrag im Sinne des echten Gesprächs einmal zu den Sachthemen etwas sagen.

Vielleicht als Abschluß zu dieser Zwischenpassage: Eines wird jedenfalls nicht gelingen — daß plötzlich wir Freiheitlichen auch hier draußen stehen und statt über die wirklichen Probleme zu reden eine Diskussion mit Scheinargumenten zum 34er Jahr führen oder vielleicht zum Dollfuß oder zu ähnlichen Themen. Das wird bei uns nicht gelingen. Ich sage Ihnen nämlich, daß das Scheindiskussionen sind, wie sie seit Jahrzehnten immer wieder üblich sind in Österreich und wo sich Parteien dann wundern, daß draußen Menschen sitzen, die überhaupt nichts mehr wissen wollen von den Parteien, weil sie nämlich spüren, daß mit Scheindiskussionen von den echten Problemen abgelenkt wird.

Wenn wir uns dort finden können, sind wir vielleicht ein Stückchen weiter für heute, und kehren wir jetzt zu den echten Problemen zurück.

Der Gegner sind in der heutigen Debatte nicht Sie für mich, wie Sie sicher verstehen werden, der primäre Gegner ist für mich immer noch, wenn es um Wirtschaftspolitik geht, der Herr Finanzminister, und daher zurück zu einigen Erklärungen, die er abgegeben hat.

Zunächst einmal, Herr Finanzminister — wenn ich da wieder vom Mut zur Wahrheit, von der realistischen Einschätzung ausgehe —, Ihre Erklärungen über das erwartete Budgetdefizit.

Herr Finanzminister, Sie haben — ich entnehme das einem abgedruckten Originalzitat aus dem „Kurier“ — am 27. November 1981 im Parlament über das Budget 1982 folgendes im Finanz- und Budgetausschuß gesagt ... (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.*) Aber das Zitat wird abgedruckt aus der „Parlamentsskorrespondenz“, daher gehe ich davon aus, daß das ein richtiges Zitat ist.

Aber ich werde gerne hören, was Sie dazu sagen. Sie haben dort gesagt:

„Die Behauptung, die Ansätze dieses Budgets seien unrichtig, ist daher ungeheuerlich und zurückzuweisen.“ (*Neuerlicher Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.*) „Jene Experten, die heute schon sagen, daß das Bruttodefizit mindestens 65 Milliarden Schilling ausmachen werde, verdienen ihren Namen nicht und sollten sich ihr Lehrgeld zurückgeben lassen.“

Als Sie vor kurzem schon einmal dazu befragt wurden, haben Sie dann gesagt: Ja die Umstände waren damals ganz anders, es war nicht zu erwarten, daß sich das alles entwickelt.

Ich sage Ihnen, was ich mir von Ihnen erwartet hätte: Ich hätte mir erwartet, daß Sie sagen, sich geirrt zu haben.

Ich sage Ihnen, daß wahrscheinlich niemand in Österreich wirklich große Bedenken hat, wenn ab und zu ein Politiker auch zugibt, sich geirrt zu haben. Ich gehe gar nicht soweit, daß ich sage, Sie haben absichtlich niedere Beträge genannt, damit Sie leichter über die Budgetverhandlungen kommen. Ich sage: Sie haben sich geirrt. Aber, Herr Finanzminister, erst dann, wenn wir soweit sind, daß Irrtümer zugegeben werden, daß falsche Zahlen vom Tisch kommen, erst dann sind wir dort, wo wir uns an die wirklichen Probleme heranarbeiten können.

Ein drittes Beispiel nach diesen zwei Beispielen. Das dritte Beispiel: Die Sozialistische Partei rechnete am Ende des Jahres 1981 mit einer Arbeitslosenrate, wie sie gesagt hat, von „nur“ drei Prozent. Sie ist in Wahrheit von den bisherigen Zahlen des Jahres 1982 überrollt worden, Zahlen, die eine deutliche Sprache sprechen, wenn man sich die Tendenz anschaut, die Tendenz, die zuletzt im April gegenüber dem April des Vorjahres auch eine Steigerung von über zwei Drittel der damaligen Arbeitslosenquote aufzuweisen hat.

Herr Finanzminister! Man macht es sich hier zu einfach, wenn man immer wieder die an sich bessere relative Situation Österreichs herausstellt; eine Situation, die ich gar nicht bestreite. Ich bestreite nicht, daß wir bei vielen Problemen immer noch besser dastehen als eine Fülle von anderen Ländern. Ich bestreite aber, daß wir so gut dastehen, wie wir dastehen könnten. Ich behaupte, wir stehen nicht so gut da. Wir stehen nicht so gut da, weil in Wahrheit von 1974 an, von dem damaligen ersten Konjunktüreinbruch an bedenkenlos weiter Gas gegeben wurde, zu einem Zeitpunkt budgetär Gas gegeben

11738

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Steger

wurde, als dazu längst kein Anlaß in dieser Dimension vorhanden war, und weil jetzt die Möglichkeiten des Gasgebens bereits so beschränkt geworden sind, da Fehlentwicklungen über einen jahrelangen Zeitraum von der Bundesregierung gesetzt worden sind.

Da soll dann niemand kommen und sagen: Es ist unzulässig, zu behaupten, die Regierung sei für all das verantwortlich. Wer denn ist dafür verantwortlich, wenn wir mittlerweile so rasch aufgeholt haben, daß wir bereits in den internationalen Statistiken mit Ländern zu kämpfen anfangen, die nach dem Zweiten Weltkrieg schuldenmäßig nicht auf Null gestellt wurden und neu begonnen, sondern jahrzehntelange alte Schulden von vornherein mitgenommen haben? Ich werde Ihnen auch darüber in den nächsten Wochen und Monaten die Diskussion nicht ersparen können und nachweisen, daß ein Weg beschritten wurde, wo man ständig und bedenkenlos Geld ausgegeben hat, das erst die Kinder und Enkel eines Tages verdienen müssen, wobei man noch gar nicht weiß, ob die internationale Wirtschaftsentwicklung so sein wird, daß diese Kinder und Enkel diese Gelder überhaupt verdienen können.

Herr Finanzminister! Sie haben vorhin etwas anderes gesagt, was nicht widerspruchlos von mir hingenommen werden kann. Sie haben heute — ich zitiere von der Seite 2 Ihrer heutigen Erklärung — folgendes gesagt: „Der liberalistische Kapitalismus mit seinem absoluten Vertrauen in die Marktkräfte vermochte die neue Massenarbeitslosigkeit ebenso wenig zu verhindern wie der kommunistische Staatskapitalismus die beispiellosen Krisen in seinem Bereich.“

Ich gebe Ihnen bei diesem Satz zunächst recht, sage Ihnen aber, daß ich Ihnen trotzdem insgesamt, so wie das in der Rede eingebaut ist, einiges massiv entgegensetzen muß. Ich muß massiv entgegensetzen, daß Sie als Finanzminister nicht ins Parlament kommen und sagen können, daß sich herausgestellt hat, daß sowohl die Pest als auch die Cholera fürchterliche Krankheiten sind. (*Abg. Dr. Fischer: Stimmt es nicht?*) Auch dann, wenn es stimmt, Herr Klubobmann Fischer, ist es zu dürftig, wenn ein Arzt davon ausgeht, daß Pest und Cholera schädlich sind, und dann meint, daß er daher ohneweiters über die Vorschläge anderer hinweggehen kann. Wir Freiheitliche haben nie die Pest und nie die Cholera gut gefunden. Wir haben nie dem liberalistischen Kapitalismus und nie dem kommunistischen Staatskapitalismus eine positive Seite abgewinnen können. (*Abg. Dr. Fischer: Umso besser!*)

Wir gehen aus von der liberalen Marktwirtschaft, wie sie modern definiert wird, mit ihrer starken sozialen Säule als Absicherung für Massenkauftkraft, als Absicherung für Freiheitsentwicklung, die erst möglich wird, wenn die Masse der Menschen sich frei betätigen kann, als Absicherung aber auch dafür, daß die Fülle der Leistungsressourcen irgendwo den Durchbruch feiern kann; jene Fülle der Leistungsressourcen, die in unserem derzeitigen Wirtschaftssystem nicht mehr ausreichend Belohnung findet, um wirklich motiviert werden zu können.

Ich sage Ihnen, Herr Finanzminister: Wenn Sie meinen, daß Pest und Cholera schädlich sind, und dann keine Lösungen anzubieten haben, dann übersehen Sie, daß es auch so etwas wie eine Selbstheilungskraft der Menschen gibt, was auf die Wirtschaft übertragen bedeutet, daß es auch Selbstheilungskräfte in der Wirtschaft gibt, wenn man sie nur zuläßt. Wenn man dem Menschen nicht seine Selbstheilungskräfte entwickeln läßt, wenn man ihn mit Gewalt gegen Pest und Cholera behandelt und etwas anderes gar nicht für möglich hält, dann wird er daran eingehen.

Wenn man die Wirtschaft in ein Korsett zwängt, wo man die Selbstheilungskräfte leugnet, wo man Marktmechanismen von vornherein ablehnt, dann wird man mitverantwortlich dafür, daß die echten Probleme nicht gelöst werden können. Deswegen haben wir neue programmatische Ansätze entwickelt. Wir werden morgen das generelle Programm der liberalen Marktwirtschaftskonferenz vorstellen, aus dem sich ganz konkrete Lösungsschritte logisch ergeben, die dort schon vorgeschlagen werden, und wir werden mit weiteren 21 Detailkonzepten, von 1500 Experten — das sind Leute aus der Wirtschaft, Arbeitnehmer auch, aber natürlich überwiegend Wirtschaftstreibende, auch Universitätsprofessoren waren dabei — getragen, hier programmatisch Neues vorlegen. Ich hoffe, Herr Finanzminister, daß Sie dann nicht mehr apodiktisch bei Ihrem Satz bleiben, daß zu einer Kursänderung kein Anlaß besteht.

Wenn Sie sagen, der bisherige Kurs werde konsequent fortgesetzt, dann ist das eine Drohung wie seinerzeit dieser alte Spruch: Wien bleibt Wien! Eine gefährlichere Drohung ist undenkbar. Das sage ich als Wiener, der weiß, daß er nirgendwo anders leben möchte, der aber immer dann, wenn man davon ausgeht, daß alles so bleibt, wie es ist, weiß, daß es damit in Wahrheit nur schlechter werden kann.

Wir haben hier doch einige andere Vorstel-

Dr. Steger

lungen. Ich möchte Ihnen dazu, Herr Finanzminister, einige ganz konkrete Schlagworte aus der jüngsten Vergangenheit ins Gedächtnis rufen oder, so Sie sie noch nicht gehört haben, neu sagen. Das sind Schlagworte aus einer Broschüre, die Sie eigentlich kennen sollten: „Hoher Einsatz mit geborgtem Geld.“ „Scheinkürzungen und echte Steuererhöhungen.“ „Der Korruption Tür und Tor geöffnet.“ „Viel auf einmal: Budgetpleite und Pleitebudget.“ „Die Opfer sind die Konsumenten.“ Oder: „Die Regierung macht Österreich kreditunwürdig.“ Oder: „Statt einer durchdachten Finanzpolitik: Hinter uns die Sintflut.“ Oder: „Mehrheit auf tönernen Füßen.“ Oder: „Auf falschem Weg.“

Herr Finanzminister! All diese Überschriften von Kapiteln sind sicher in der jüngsten Vergangenheit realistisch geworden. All diese Überschriften haben eine neue Dimension bekommen. All diese Überschriften stammen aber nicht von der „bösen“ Opposition des Jahres 1982, sondern sie sind enthalten in jener Broschüre, die Sie als Sozialistische Partei im Jahre 1968 herausgegeben haben, um nachzuweisen, wie falsch der Weg der Österreichischen Volkspartei ist. Ich unterschreibe, daß der Weg falsch ist, ich sage nur, daß sich all das, was Sie damals kritisiert haben, jetzt um ein Vielfaches ärger entwickelt hat. Wir meinen, daß es jetzt Zeit ist, nachzudenken, umzudenken, um wirklich einen neuen Weg zu versuchen, gemeinsam zu versuchen, wenn Sie dazu ernsthaft bereit sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir werden im Zuge der nächsten Monate auch diese Diskussion führen, und zwar mit Ihren eigenen Argumenten. Ich habe zu diesen negativen Dingen, die ich jetzt geäußert habe, kein einziges Wort erfunden. Wenn ich gesagt habe: „Der Korruption Tür und Tor geöffnet“, so sagten Sie das im Jahre 1968. Was damals passiert ist, war vergleichsweise klein gegenüber dem, was es jetzt alles gibt. Sie sagten: „Scheinkürzungen und echte Steuererhöhungen.“ Herr Finanzminister! Was ich da zur Quellensteuer von Sparguthaben an gewundenen Erklärungen für die nächste Legislaturperiode hörte, heißt doch, daß jetzt einmal so im Wege einer Steueramnestie: Aus Schwarz mach Weiß!, alle deklarieren sollen, was irgendwo noch liegt, daß man dann rechtzeitig wieder eine Zugriffsmöglichkeit hat, um weitere Steuern einzuführen.

Herr Finanzminister! Im Jahre 1968: „Hoher Einsatz mit geborgtem Geld.“ Damals waren die Verschuldungen vergleichsweise gering, einige wenige Milliarden. Heute sind

wir bereits bei ungefähr 300 Milliarden Staatsverschuldung angelangt. 300 000 Millionen Schilling beträgt die Staatsverschuldung!

Herr Finanzminister! Oder: „Die Opfer sind die Konsumenten.“ Glauben Sie denn ernsthaft, daß bei einer Realsteigerung des Einkommens von 0,2 Prozent im Schnitt die Konsumenten in Wahrheit Nutznießer Ihrer Politik, die seit zwölf Jahren die Sozialistische Partei allein zu verantworten hat, geworden sind?

Ich werde einige dieser Dinge jetzt im Detail beleuchten, wie sie sich derzeit darstellen, und hoffe, daß wir nicht mehr davon ausgehen, daß wir die Diskussion mit solchen Argumenten führen müssen, wie Sie sie im Jahre 1968 geführt haben, weil ich glaube, daß Sie nach wie vor zu echten Gesprächen bereit sind.

Sollten Sie aber dazu nicht bereit sein, dann sind wir jederzeit in der Lage, mit ähnlicher Härte und ähnlichen griffigen Formulierungen den Wählern in den Jahren 1982 und 1983 zu erklären, daß es jedenfalls bereits höchste Zeit ist, rasch einen echten Kurswechsel dadurch zu erreichen, daß man Ihnen einige Änderungen aufzwingt. Das ist eben nur möglich, wenn Sie die Mehrheit nicht mehr haben, sofern Sie nicht vorher gesprächsbereit sind. Wir sind dafür jedenfalls voll gerüstet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abseits aller ideologischen Auseinandersetzungen scheinen mir zwei Probleme, zwei Fragen, zu denen rasch eine praktische Lösung vorhanden sein müßte, von besonders gefährlicher Tragweite.

Erste Frage: Wie erhalten wir die Vollbeschäftigung?; eine Frage, wo ich nicht davon ausgehe, daß irgendeine Partei in diesem Hohen Haus eine andere Auffassung als Zielvorstellung hat, wo ich aber doch merke, daß über den Weg massive Unterschiede feststellbar sind.

Zweite Frage: Wie bewältigen wir die defizitäre Entwicklung der öffentlichen Finanzen, wie bewältigen wir die Budgetprobleme, die offensichtlich in Fortschreibung des bisherigen Kurses nicht zu lösen sind?

Die Antwort auf die erste Frage, auf die Frage, wie erhalten wir die Vollbeschäftigung, war bis in die allerjüngste Vergangenheit, bis vor kurzem, eigentlich immer nur: durch stetiges und ständiges und ausgeweitetes Wirtschaftswachstum.

Meine Damen und Herren! Daß dieses Wachstum nicht mehr in dem Maße stattfin-

11740

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Steger

det, wie es Vollbeschäftigungspolitikern alten Schlages für ihre Fahrweise in den bekannten Geleisen benötigen würden, hat sich trotz aller Vertröstungen der Wirtschaftsforscher inzwischen herumgesprochen.

Die wichtigsten Erfindungen sind gemacht, die wichtigsten Schätze der Erde sind weitgehend entdeckt, und wenn ich vom Meeresboden und vielleicht von der Antarktis und anderen Regionen, die uns Österreichern wahrscheinlich verschlossen bleiben werden, absehe, werden auch dort überall diese wichtigen Schätze der Erde, die Bodenschätze, immer knapper.

Die Bevölkerung wächst zwar, doch wenn sie weniger zu arbeiten hat oder weniger arbeiten möchte — eine Zielvorstellung, die auch manchem in dieser Bundesregierung in letzter Zeit nicht ganz abwegig geworden ist —, dann kann sie eben weniger kaufen, und außer der Arbeitskraft einer Hausfrau und der Luft zum Atmen gibt es kaum noch etwas gratis.

Ich frage mich also, aus welcher Ecke bei der derartigen Politik ein verstärktes Wirtschaftswachstum in einem früheren Ausmaß, in einem höheren Ausmaß kommen soll. Ich sage Ihnen, auf diese Frage kann man nicht mehr mit dem Instrumentarium und mit den Antworten der Vergangenheit kommen, auf diese Frage muß man neue Antworten finden.

Die derzeitige wirtschaftliche Lage ist Ausdruck für den Beginn eines grundlegenden Wandels der Weltwirtschaft. In diesem Wandel wird Österreich nur bestehen können, wenn es sich auf seine eigenen Kräfte besinnt und diese Kräfte nicht leichtfertig verschwendet. Diese Kräfte werden auf die Erzielung eines qualitativ orientierten Wirtschaftswachstums und auf ein Anheben der Lebensqualität trotz geringerer finanzieller Einsätze gerichtet werden müssen.

Dazu brauchen wir Bildung, Wissen, Können, den motivierten Fleiß, den Leistungswillen aller Menschen in Österreich, dazu brauchen wir aber vor allem eine maßvolle Finanzpolitik und als Ergebnis einer maßvollen Finanzpolitik eine gerechte Steuerpolitik.

Wir brauchen in Wahrheit, um all das zu erreichen, also Bildung, Wissen, Können, Fleiß, eine Steuerpolitik, bei der der Fleißige nicht ständig bestraft wird, bei der Leistung nicht desavouiert wird, bei der Fleiß und Können nicht abgewertet werden. Die Wirklichkeit in Österreich sieht leider anders aus.

Unsere konsequente Sparpolitik, wie wir sie vorschlagen, wird von keiner der beiden anderen Fraktionen in diesem Hohen Haus ernsthaft mitunterstützt. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten, wovon eine derzeit in England oder in den Vereinigten Staaten vorexerziert wird, eine Möglichkeit, die wir nicht als zielführend betrachten.

Wir lassen uns in diesem Zusammenhang auch keineswegs unterstellen, daß liberale Marktwirtschaft irgend etwas mit dem zu tun hat, was in einer Fehlinterpretation der Konservativen in den Vereinigten Staaten aus den Schriften Ludwig von Mises abgeleitet wird, wo von jemandem, der nur in Ansätzen ein Monetarist gewesen ist, abgeleitet wird, daß er zunächst eine Dämpfung der Konjunktur über Nachfrage bewirken wollte, um damit eine Belebung der Konjunktur im nächsten Schritt zu erreichen.

Wir behaupten, daß von dieser Austrian School of Economics, wie sie dort fehlinterpretiert wird, in Wahrheit falsche Schlüsse spätestens in der dritten, vierten oder fünften Generation dieser Ökonomen gezogen werden, falsche Schlüsse, obwohl Ansätze, Überlegungsansätze durchaus richtig vorhanden wären.

Die simple Streichung bisher erbrachter staatlicher Leistungen nach dem Motto: „Weg mit dem, weg mit dieser sozialen Leistung, weg mit einer anderen Leistung des Staates“, diese simple Rechnung kann nicht aufgehen. Sie bringt einen Nachfrageschwund und daher in der Folge den weiteren Ruin vieler kleiner und mittlerer Betriebe in Österreich, jener kleinen und mittleren Betriebe, von denen in Wahrheit noch immer die positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in weiten Bereichen getragen wird.

Verelendung, Gettobildung und schlußendlich Gewalt wären sichere Folgeerscheinungen einer Politik, die meint, Masseneinkommen absenken zu können.

Wir meinen daher, daß in Wahrheit nur der zweite Weg offenbleibt. Ein mühsamer Weg, wie man sofort merken wird, wenn ich ihn skizziere.

Wir Freiheitlichen meinen, daß öffentliche Leistungen nicht ersatzlos gestrichen werden sollten. Wir meinen eben, daß die öffentliche Hand unbestritten Aufgaben zu erfüllen hat, nicht nur in den klassischen staatlichen Bereichen Bildung und Sicherheit, sondern

Dr. Steger

auch in der Sozialpolitik und in der Wirtschaftspolitik. Dazu ist zweifellos Geld vonnöten, das durch Steuern, aber eben auch durch produktive Eigenleistungen der staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Dienststellen und Betriebe aufgebracht werden muß.

Die Zweifel sind jedoch dort angebracht, wo es um die Höhe der Ausgaben für eine bestimmte zu erbringende Leistung geht. Die Bestrebungen sollten daher dahin gehen, jede Leistung zu den günstigsten Kosten zu erstellen, unrentable Zwischenschritte auszuschalten und veraltete kostenintensive Versorgungs- und Serviceeinrichtungen dahingehend zu überprüfen, ob diese Versorgungs- und diese Serviceleistungen nicht auf effizientere Art und Weise gesichert werden können.

Meine Damen und Herren! Was hier so theoretisch klingt, ist sofort realistisch anzuwenden, wenn Sie sich entweder die Österreichischen Bundesbahnen oder andererseits das gesamte Sozialversicherungssystem Österreichs hernehmen.

Nicht der Leistungsabbau im Bereich der Sozialversicherung ist die Lösung aus unserer Sicht, sondern die Lösung besteht darin, von Konstruktionen abzusehen, die derart kostenintensiv sind, daß sie Explosionen bringen mußten auf der Seite der staatlichen Einnahmen, der direkten oder der indirekten Einnahmen der Gebietskörperschaften oder der Sozialversicherungsträger und in Wahrheit das wirkliche Leistungssystem gerade durch ihre Schwerfälligkeit und durch ihren aufgeblähten Standard bereits voll gefährden.

Herr Finanzminister, ich habe durchaus Verständnis, daß es keinem Finanzminister leichtfällt, über den Sozialversicherungsbereich oder über die Bundesbahnen Überlegungen anzustellen. Ich habe Verständnis, daß dort budgetär das Messer zum großen Schnitt in die Hand zu nehmen wahrscheinlich die schwierigste Aufgabe jedes Finanzministers ist.

Ich sage Ihnen nur, daß Sie mit allen anderen Lösungsschritten und -vorschlägen scheitern müssen, wenn dort nicht ein echtes Überdenken des jetzigen Zustandes stattfindet.

Wir Freiheitlichen sind jedenfalls zu Überlegungen auch in diesem Bereich jederzeit bereit, und wir sind bereit, Bundesbahn, Sozialversicherung und andere zentrale Einrichtungen neu zu überdenken, damit sie kostengünstiger im Interesse aller Staatsbürger neu entwickelt werden können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mit großem Interesse habe ich heute in der

Regierungserklärung auch gehört, daß die Überwindung des versteinerten Proporzsystems bei Personalfragen dieser Bundesregierung ein echtes Anliegen geworden ist. Es ist hier der seltene Fall eingetreten, daß eine Oppositionspartei an einer Stelle bei einer Regierungserklärung mitapplaudiert, weil es hier zu den Gepflogenheiten gehört, die mir immer etwas unverständlich waren, daß an sich jede Fraktion immer nur das gut findet, was einer ihrer Redner gerade zum Besten gibt. Es ist hier eine Gepflogenheit, daß immer Sozialisten hereinkommen, wenn gerade ein Sozialist spricht, fleißig applaudieren und sich darüber freuen, was jetzt wieder gesagt worden ist, und Volksparteiler — mit wenigen Ausnahmen, ich schätze sehr, daß Sie, Herr Dr. Mock, jetzt sogar dasitzen *(Abg. Dr. Mock: Ich bin hereingekommen, wie Sie gesprochen haben!)* — im wesentlichen kommen, wenn gerade ein Angehöriger ihrer Partei spricht, massiv applaudieren und in Begeisterungstürme geraten, wenn da etwas gesagt worden ist, so wichtige Sätze wie „Das Wichtigste zuerst“. *(Abg. Graf: Wie ist es denn bei Ihrer Fraktion?)* Herr Präsident Graf, ich halte es auch für eine der negativen Gepflogenheiten, wenn die eigene Fraktion hereinkommt, wenn jemand nur über sich selbst redet.

Wenn Sie aber fragen, wie wir es halten, dann haben Sie heute den Beweis: Wir haben an einer Stelle dieser Regierungserklärung bewußt als Opposition mitapplaudiert, weil wir davon ausgehen, daß es gewichtig ist, wenn endlich die Schattenseiten der Zusammenarbeit zwischen den Parteien ausgemerzt werden, jene Schattenseiten, wo da und dort in wichtigen Betrieben Österreichs auch Unqualifizierte ernannt worden sind.

Meine Damen und Herren! Solange alles gut geht im internationalen Bereich, ist es ja nicht so wichtig, ob irgendwo 4 oder 6 oder 8 Direktoren sitzen und davon die Hälfte vielleicht nichts kann. Aber gerade dann, wenn die Zeiten schwieriger werden, wenn Wolken aufziehen — schwarze Wolken, Herr Dr. Mock! *(Abg. Graf: Graue!)* —, graue, Herr Präsident Graf, gerade dann erwarten wir, daß mit aller Macht endlich ein übler Zustand Österreichs beseitigt wird.

Ich glaube Ihnen, Herr Dr. Mock, Ihrer Erklärung, die Sie mir gegenüber — Sie haben es auch öffentlich gesagt — mehrfach abgegeben haben, daß Sie dieses System auch nicht wollen. Nur, Herr Dr. Mock, dann dürfen Sie auch bitte wirklich nicht bei irgendwelchen Betrieben, sei es eine Bank oder sei es die VOEST oder sei es irgend etwas, was da

Dr. Steger

vielleicht im Energiebereich eines Tages auf uns zukommt, plötzlich wieder nach Parteipräferenzen verhandeln und dann in der Zeitung sogar sagen lassen: Da haben doch wir als Partei das Nominierungsrecht, wir Schwarzen haben doch immer jenen Generaldirektor gestellt und diesen Vorstandsdirektor.

Herr Dr. Mock! Wenn es Ihnen ernst ist, dann gehen Sie wirklich in die Beratungen über ein allfälliges Gesetz und über Schwerpunkte zu dieser Objektivierung so mit herein, daß Sie bereit sind, zu einer Dreiparteienlösung beizutragen. Beseitigen wir ein undemokratisches System, das die österreichische Zukunft im Bereich der öffentlichen Wirtschaft gefährdet und belasten muß, beseitigen wir es gemeinsam! Wir Freiheitlichen reichen jeder Partei dazu die Hand. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenden wir uns der zweiten Frage noch etwas zu, der Frage: Wie bewältigen wir die defizitäre Budget- und Finanzentwicklung?, die ich eingangs aufgeworfen habe.

Meine Damen und Herren! Die Anstrengungen des Finanzministers, das Steckenbleiben eines bereits verfahrenen Karrens zu verhindern, und alle damit verbundenen Bemühungen wollen wir durchaus anerkennen. Wir haben nur das Gefühl, daß er um die wirklichen Probleme nicht weiß. Wir haben nur manchmal das Gefühl, daß er uns auch nicht alles sagt, was er schon längst weiß. Und wir haben manchmal das Gefühl, daß bei den Bemühungen, diesen Karren wieder in Bewegung zu bringen, nicht alles gemacht wird, was auch aus Sicht der Sozialistischen Partei gemacht werden könnte.

Die Versuche des Finanzministers, die Konjunktur mittels staatlicher Hilfe anzukurbeln, bleiben solange zum Scheitern verurteilt, als die Bundesregierung auf wirtschaftspolitischen Methoden und Vorhaben beharrt, die in ihrer Gigantomanie weder langfristig finanzierbar sind noch die Vollbeschäftigung wirklich sichern können.

Ich spare mir in diesem Zusammenhang einiges, was mehrfach — in diesem Falle vom Vorredner der Österreichischen Volkspartei — bereits gesagt wurde, meine aber, daß es Zeit wäre, doch aus den Statistiken herauszulesen, daß wir derzeit einen Rückgang der Gesamtmenge der Arbeitsplätze haben, weil wir an sich einen Rückgang der Menge lebensfähiger Betriebe haben.

Wenn wir dort einmal gemeinsam nachdenken, werden Ihre sozialistischen Lösungsvor-

schläge gar nicht mehr so weit abweichen von allfälligen liberalen Lösungsvorschlägen. Nur, den Grundgedanken müssen Sie einmal sehen, den Grundgedanken, daß der Glaube an die Machbarkeit durch Zentralbürokratien und der Glaube an die Machbarkeit in Größeneinheiten einfach an Grenzen gestoßen ist.

Die wirkliche Machbarkeit, die wirkliche Lösung liegt bei den kleinen Einheiten, bei den kleinen betrieblichen Einheiten, die wesentlich substanzerhaltender sind, als Sie das am Beginn Ihrer Regierungstätigkeit vielleicht geglaubt haben!

Die Anpeilung des wichtigsten Zieles aller drei Parteien, die Erhaltung der Vollbeschäftigung, gelingt nämlich in Wahrheit der Sozialistischen Partei in den letzten eineinhalb Jahren immer weniger. Ich habe hier den Eindruck, daß der wirtschaftspolitische Kompaß nicht mehr richtig funktioniert.

Wir hören immer wieder Erfolgsmeldungen, Erfolgsmeldungen, die im wesentlichen auf Fehlinterpretationen beruhen.

Da heißt es unter anderem in der jüngsten Vergangenheit im Monatsbericht Nr. 4 aus 1982 des Wirtschaftsforschungsinstitutes:

„Mit dem in Österreich üblichen multiplikativen Verfahren zur Saisonbereinigung zwecks Glättung der Arbeitslosenreihe dürften aber heuer die saisonbereinigten Arbeitslosenstände im Jänner und Februar unterschätzt worden sein, insbesondere wenn man die übrigen Arbeitsmarktdaten Beschäftigung und offene Stellen in die Betrachtung miteinschließt.“ — Ende des Zitats.

Diese Erkenntnis des Wirtschaftsforschungsinstitutes ist nach den euphorischen Erwartungen, wonach die Arbeitslosenrate in Österreich 1982 die durchschnittliche Höhe von 3 Prozent nicht überschreiten werde, veröffentlicht worden, nach jenen euphorischen Erwartungen, bei denen sich jetzt schon herausstellt, daß sie in diesem Jahr keineswegs auch nur annähernd erreicht werden können.

Meine Damen und Herren! Der Sozialminister wird nicht nur unruhig, weil er mit Schein- und Ablenkungsspielballchen ab und zu ins Fernsehen gehen muß, sondern der Sozialminister wird unruhig, weil er ganz genau weiß, daß sich die Arbeitslosenzahlen fürchterlich und katastrophal entwickelt haben, etwa dann — hier habe ich die exakte Zahl —, wenn man sieht, daß die Zahl der Arbeitslosen im April 1982 um 71 Prozent über der des Monates April 1981 gelegen ist.

Diese Arbeitslosenzahlenentwicklungen sind aber parallel zur abnehmenden Zahl der

Dr. Steger

Arbeitsplätze insgesamt in Österreich zu sehen. Wenn Sie sich anschauen, daß wir 1981 im ersten Monat 104 000 Arbeitslose hatten, aber 1982 bereits 155 000, daß wir im vierten Monat, also im April, 56 000 Arbeitslose im Jahr 1981, aber 95 000, fast 96 000 Arbeitslose im April 1982 hatten und daß wir gleichzeitig bei den Leistungsempfängern eher eine prozentuelle Abnahme aus der Arbeitslosenversicherung feststellen können, was nicht mehr und nicht weniger heißt, als daß zuwenig Menschen von jenen, die arbeitslos geworden sind, überhaupt noch zu einem Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung kommen, so ist das eine Entwicklung, die man jedenfalls vorsichtig unter Beobachtung halten muß, etwa bei jenen, die halt einfach zu kurz beschäftigt waren und dann beim nächstenmal aus der Arbeitslosenversicherung ausscheiden.

Wenn Herr Dr. Schmidt mit dem Kopf beutelt und es nicht glaubt: Die Zahlen sind sehr eindeutig. Im Februar 1982 etwa haben 81 Prozent der Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung bekommen, im Februar 1981 waren es 84 Prozent, im März 1981 etwa 89 Prozent gegenüber 90,7 Prozent im März 1982, also trotz der Zunahme der Arbeitslosigkeit ein fallender Prozentsatz derer, die Arbeitslosenunterstützung bekommen, was bei der überproportionalen Zunahme der Gesamtmenge natürlich heißt, daß Tausende derzeit keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen, obwohl sie tatsächlich arbeitslos sind in Österreich. (*Abg. Kittl: Notstandshilfe!*)

Herr Abgeordneter Kittl, ich weiß, daß es dann die Notstandshilfe gibt, ich weiß, daß man dann mit Recht auf eine soziale Errungenschaft verweist, die über das Fürsorgerecht entstanden ist. Ich konzidiere Ihnen das. Ich sage Ihnen aber nur, daß ich in Wahrheit als Rechtsanwalt mehrfach erlebt habe, wie das mit Menschen aussieht, die beim Schiedsgericht der Sozialversicherung sind und dort zum Beispiel nicht zu ihrer Berufsunfähigkeitspension kommen, sondern auf die Fürsorge und auf die Notstandsunterstützung, auf die Notstandshilfe verwiesen werden. Diese Menschen sind psychisch zutiefst demoralisiert.

Und ich nehme den Satz ernst, den der Herr Bundeskanzler in seiner heutigen Erklärung drinnen gehabt hat — oder war es der Herr Finanzminister —, jenen Satz, daß es zutiefst verwerflich ist, wenn Menschen, die arbeiten wollen, nicht arbeiten können. Aber genauso ist es dann arg, wenn man durch gesetzliche und statistische Griffe — Kunst-

griffe, würde ich fast sagen — plötzlich scheinbar weniger Leute in der Arbeitslosenversicherung als Leistungsempfänger drinnen hat und sie an die Fürsorge verweist. Denn wer gearbeitet hat, soll gefälligst bei der eigentlichen Sozialeinrichtung auch zum Zug kommen, und dort gehört eher ausgeweitet, als im Zweifelsfalle die Menge der Fürsorgerechter vergrößert.

Ich sage im Zweifelsfalle, und ich weiß auch, Herr Abgeordneter, daß das nicht Hunderttausende sind, Gott sei Dank nicht Hunderttausende sind, um die es geht. Aber es sind Tausende, und für diese Tausende sollte man auch ernsthaft nachdenken, wie man hier allenfalls sogar mit gesetzgeberischen Reformen Änderungen bewirken kann. Das ist jedenfalls eine Form von Sozialpolitik, wo wir immer gesprächsbereit sind, weil wir meinen, in erster Linie ist die Politik dazu da, zu erreichen, daß die Menschen Arbeit haben, und in zweiter Linie, daß sie dann, wenn sie arbeiten wollen und keine Arbeit bekommen, sie aus dem finanziert werden, was alle Arbeitenden einzahlen, nämlich aus der Arbeitslosenunterstützung.

Die Fürsorge als Ultima ratio sollte wirklich erst das Letzte sein, was in einem Sozialstaat nach Möglichkeit überhaupt nie wirklich in Anspruch genommen werden muß.

In diesem Zusammenhang ist auch bekannt, daß wir ständig für die Verankerung des Rechtes auf Arbeit in der Verfassung eintreten, nicht weil wir glauben, daß damit allein irgendein Arbeitsplatz sofort vorhanden ist. Das glauben wir nicht. Wir wissen aber, daß die Verankerung des Rechtes auf Arbeit, das wir ja schon vor sechs Jahren auf einem Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei beschlossen und dann immer wieder in Gesprächen gefordert haben, daß diese Verankerung in der Verfassung die Verunsicherung der Menschen bei den politischen Zielen nimmt. Wir glauben eben, daß Politik mit Argumenten gemacht werden soll, aber nicht mit Verunsicherung derer, die vielleicht etwas anderes wählen wollen.

In Wahrheit, meine Damen und Herren, kenne ich niemanden hier in diesem Hohen Hause, der nicht für Vollbeschäftigung eintritt, der nicht dafür eintritt, daß jeder das Recht auf Arbeit haben soll. Ich kenne aber unterschiedliche Vorstellungen über den Weg, der dorthin führt.

Etwas — obwohl die Zeit schon sehr fortgeschritten ist — muß ich auch noch ganz kurz erwähnen, vielleicht zwei Schwerpunkte noch kurz, oder drei. Das ist der Privatkonsum,

11744

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Steger

weil immer wieder darauf verwiesen wird, daß wir an sich real einen Zuwachs haben. Und da, glaube ich, muß man mit einer Legende aufräumen.

Das Legendenaufarbeiten beginnt einmal dort, wo man sich anschaut, daß die Jahresrate real eine Zunahme von 0,2 Prozent für 1981 ausweist, was beim privaten Konsum die niedrigste Rate seit 1955 bedeutet. Also seit Jahrzehnten, seit einer Entwicklung, wo Österreich endlich frei wurde, die niedrigste Steigerungsrate. Selbst dieses niedrige Konsumwachstum wurde aber bei einer rückläufigen Nettorealeinkommensentwicklung erst durch eine Senkung der Sparquote um 1 Prozent erreicht.

Meine Damen und Herren! Das ist eine sehr ernste Frage. Da müßte man noch weiterdiskutieren, das kann man jetzt nicht mit ein paar Sätzen abhandeln.

Das ist auch eine Frage, wo ich glaube, daß es sehr ernste Gespräche innerhalb des Gewerkschaftsbundes geben muß, jenes Gewerkschaftsbundes, der durchaus sinnvollerweise immer eine maßvolle Lohnpolitik betrieben hat. Ich zweifle nicht daran, daß eine Säule der Erhaltung einer gewissen positiven Entwicklung auch immer die maßvolle Lohnpolitik im Bereich der Gewerkschaft gewesen ist. Ich behaupte nur, daß ein Gewerkschaftsbund in Wahrheit massiv auch einer Bundesregierung auf die Finger klopfen muß, die durch eine Fehlentwicklung Lohnnebenkosten so hat galoppieren lassen, daß in Wahrheit kein Spielraum mehr für echte Verhandlungen auf der überbetrieblichen Ebene, auf der sozialpartnerschaftlichen Ebene oder auf der innerbetrieblichen Ebene vorhanden ist. Es ist überhaupt kein Spielraum da, und man kann nichts verteilen, weil bereits ein derartiger Druck auf dieser anderen Ebene der Kostenentwicklung vorhanden ist.

Wenn ich Ihnen das für das vorige Jahr bereits gesagt habe, dann muß ich noch etwas ergänzen. Im vorigen Jahr beschränkten insbesondere stark steigende Fixkosten der privaten Haushalte, die zumindest kurzfristig nur schwer substituiert werden können, die Möglichkeiten der Rücklagenbildung, Aufwendungen für die Wohnung, Aufwendungen für Energie, Aufwendungen für Kreditzinsen.

Meine Damen und Herren! Für Wohnung, Energie und Kreditzinsen mußten 1981 durchschnittlich schon 21 Prozent des verfügbaren persönlichen Einkommens aufgewendet werden. Aus dieser Statistik — die bitte auch nicht von der FPÖ errechnet worden ist, son-

dern aus den Daten des Wirtschaftsforschungsinstitutes stammt — ergibt sich aber auch, daß vor zehn Jahren erst rund 13 Prozent des persönlichen Einkommens für diese Dinge aufgewendet werden mußten.

Wenn Sie sich das innerhalb der Einkommensentwicklung anschauen, dann bemerken Sie, daß hier eine dramatische Verschiebung stattgefunden hat, die in Wahrheit heißt, daß das frei verfügbare Einkommen real noch stärker zurückgegangen ist als das persönlich verfügbare Einkommen. Also das frei verfügbare Einkommen hat überproportional abgenommen, weil in Wahrheit Wohnung oder Energie nicht beliebig zurückgeschraubt werden kann. *(Abg. Kittl: Der höhere Lebensstandard ist auch da drinnen!)* Ja natürlich, Herr Abgeordneter, gibt es auch einen Lebensstandard. Aber wenn wir davon ausgehen, daß es kein quantitatives Wachstum geben kann, sondern nur ein qualitatives Wachstum, wie ich vor einigen Minuten hier erklärt habe, dann ist es genau dieser höhere Lebensstandard, der ja uns in Mitteleuropa die Chance eröffnet, überhaupt soziale Spannungen weiter auszugleichen mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die dann in Absprache zwischen den Wirtschaftspartnern und den Parteien stattfinden sollen. *(Abg. Kittl: Herr Kollege, durch die Veränderung von einer 40-Quadratmeter- auf eine 120-Quadratmeter-Wohnung haben Sie enorme Kosten drinnen!)*

Ja, Herr Abgeordneter, es ist aber, wenn Sie mit Recht darauf verweisen, daß man heute nicht mehr in den Wohnungen um die Jahrhundertwende wohnt, heute auch nicht mehr zumutbar, daß man in die Höhlen zurückkehrt, die energiemäßig wesentlich günstiger beheizbar waren, indem man dort ein Scheitel abbrennt. Es ist halt Gott sei Dank ein Fortschritt in der Menschheit feststellbar. *(Abg. Kittl: Herr Kollege, ich begrüße das ja, nur will ich sagen, daß das natürlich in den steigenden Lebenshaltungskosten drinnen ist!)*

Herr Kollege, wir brauchen nicht einen Widerspruch zu konstruieren, wo keiner ist. Da bin ich ja dafür. Nur, daß sich dann innerhalb der Einkommen dieser steigende Lebensstandard so überproportional auswirkt, daß die Menschen nichts mehr frei verfügbar haben, ist eine Fehlentwicklung. Wenn Sie das nicht konzедieren, kommen wir nicht an die anderen Lösungsschritte heran. Aber ich werde Ihnen trotzdem vielleicht einiges noch dazu sagen, und wir werden irgendwann einmal die Diskussion darüber fortsetzen können.

Dr. Steger

Schauen Sie bitte, nur etwas, was noch gar nicht mitgerechnet ist, was aber jetzt auf uns zukommt: das neue Mietengesetz. Bei diesen 21 Prozent, von denen ich rede, ist das noch nicht drinnen, aber wir wissen alle, daß das eine Erhöhung bringen wird. Natürlich, weil man auch hier bessere Wohnungen schaffen will. Ich bekenne mich dazu. Aber nur übersehen kann man es nicht bei der Einkommensentwicklung. Übersehen kann man nicht, daß gleichzeitig für reale Einkommenserhöhungen trotzdem kein Platz ist, wenn man wieder davon redet, daß man da eine neue Abgabe mit einem halben Prozent einführt, dort eine neue Steuer mit einem Prozent einführt, und am Schluß Steuern und Abgaben, die sich in den letzten sieben Jahren von rund 36 Prozent auf jetzt insgesamt 41,5 Prozent der Durchschnittseinkommen entwickelt haben, dann plötzlich bei 45 Prozent oder noch mehr Prozent landen, wenn man das alles zusätzlich einführt.

Ich möchte auch hier einen anderen Weg, der nicht leicht ist und der sicherlich damit, daß er jetzt gesagt wird, noch nicht verwirklicht ist. Das ist ein schwieriger Verhandlungsweg, ein Weg, wo man Lohnnebenkosten zurückdrängen muß. Nicht damit sich ein paar Betriebe mehr freuen — die hätten auch gern mehr Geld, die würden es auch brauchen —, sondern damit die Masse der Arbeitnehmer überhaupt mehr Spielraum bei der Einkommensentwicklung hat, eine Einkommensentwicklung, hinsichtlich derer Sie durchaus auch der Auffassung sind, daß sie wünschenswert wäre, zu der ich Ihnen nur sage, daß sie nicht erreicht werden kann, solange kein Umdenkprozeß stattfindet.

Ich glaube, daß die Wirtschaftsprobleme erst über diesen Umweg längerfristig wirklich gelöst werden können. Lohnnebenkosten von 90 bis 118 Prozent in Österreich, Lohnnebenkosten von rund 25 Prozent in der Schweiz und von rund 15 Prozent in Japan bewirken eben, daß wir Schritt für Schritt auch aus angestammten Märkten verdrängt werden. Wir lassen uns in Wahrheit damit täuschen, wenn wir glauben, unsere Handelsbilanz hat sich verbessert. Denn wenn wir uns gleichzeitig anschauen, bei welchen Produkten der Export zunimmt, sehen wir, daß wir fast keine Zukunftstechnologien exportieren, sondern daß fast überall Roh- und Halbrohprodukte in den Export gehen, was längerfristig unsere Schwierigkeiten vergrößern muß.

Etwas anderes noch dazu. Wenn der Obmann der Fleischerinnung vor kurzem im „Morgenjournal“ gesagt hat — Sie haben es wahrscheinlich gehört —, daß der kleine

Fleischhauer an der Ecke in manchen Arbeiterbezirken Wiens auf Grund des Einkaufsverhaltens der Bevölkerung sofort merkt, ob in dieser Woche der Lichtkassier in die Häuser kommt, dann hat er damit bewiesen, daß dieses frei verfügbare Einkommen um so viel geringer geworden ist.

Daß angesichts dieses Umstandes Teile der Bevölkerung bereits auf ihre ersparten Reserven zurückgreifen und nicht mehr so viel sparen können wie früher, ist auch evident. Sie merken es daran, daß im ersten Quartal 1982 der Zuwachs der Spareinlagen um zirka 540 Millionen Schilling unter dem Vorjahreswert geblieben ist. Dazu bemerken die „Salzburger Nachrichten“ lapidar: „Wenn wenig gespart und wenig konsumiert wird, muß eine Verknappung bei den Einkommen angenommen werden.“

Ich würde dieser Analyse nichts hinzufügen. Wenn weniger konsumiert wird und weniger gespart werden kann und Sie nicht annehmen, daß die Bevölkerung dieser Regierung so wenig vertraut, daß sie das Geld in den Sparstrumpf unter den Kopfpolster hineinsteckt, dann muß eben davon ausgegangen werden, daß es verstärkt erst zu höheren Realeinkommen kommen müßte, um all das wieder bewirken zu können, was wir uns wünschen.

Und noch etwas — und das ist die Grundidee, die ich als letzte generelle Idee hier auch noch abhandeln möchte — muß auch gesagt werden: Immer wieder merkt man dann bei Ihrem Glauben an die Zentralbürokratie, daß Sie plötzlich sagen: Wenn wir nur mehr Steuerungsmechanismen haben, wenn wir mehr Lenkungsmechanismen haben, dann werden wir da schon einiges hinbringen, dann werden wir die Probleme schon lösen.

Da muß ich halt auch hin und wieder sagen: Sie glauben nicht an die Selbstreinigungskraft, die vorhanden ist im Menschen, wenn man ihn gesund werden läßt. Sie glauben nicht an die Gesundungskapazität der Wirtschaft, wenn man sie gesund werden läßt. Sie glauben zu sehr an Ihre zentralen Steuerungsmechanismen in Bereichen, wo Sie damit in der heutigen Zeit nicht mehr das steuern können und sollen, was etwa in der Nachkriegszeit zu steuern war und gesteuert werden mußte.

Ich werde Ihnen dazu sofort Vergleiche bringen, Zahlen aus der Indexstatistik, die ich auch den offiziellen Werten entnommen habe.

Nehmen Sie einmal etwa bei den Verkehrsmitteln die verschiedenen Steigerungen. Bei der Bahn haben Sie gegenüber 1976, Jahres-

11746

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Steger

durchschnitt 1976, bezogen auf März 1982, damit Sie die Vergleichszahlen haben, die Steigerung auf den Indexwert 163,7. Öffentliche Verkehrsmittel allgemein: Indexwert 156,7. Eigenes Verkehrsmittel, trotz all dieser dramatischen Entwicklungen um Pkw und Energiepreis und ähnliches, eigenes Verkehrsmittel 131,8 als neuer Indexwert. Also weit unterproportional. Die Steigerung rund die Hälfte von dem, was sich im öffentlichen Bereich abgespielt hat.

Oder nehmen Sie ein zweites Beispiel. Nehmen Sie das bei Brennstoffen. Strom: 13,9 Prozent, also in dem Fall von März 1981 auf März 1982. Das sind nicht so viele Jahre, nur ein Jahr. Strom: 13,9 Prozent, Gas: 20,9, feste Brennstoffe: 8,0 Prozent.

Ich schließe daraus, daß überall dort, wo die öffentliche Hand im Spiel ist, überall dort, wo sie mitwirkt, in Wahrheit die Preissteigerungen überproportional ausfallen. Ich werde Ihnen aber dazu noch ein ganz, ganz eindeutiges Beispiel sagen, weil dies vielleicht doch noch stärker geeignet ist, Ihren Glauben an die Zentralmechanismen zu zertrümmern.

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie Lebensmittel. Da gibt es die preisgeregelten und da gibt es die nicht preisgeregelten Nahrungsmittel. Und dann schauen wir uns die Entwicklung in den letzten elf Jahren an. Da stellt sich heraus, daß in den letzten elf Jahren die preisgeregelten Nahrungsmittel um 100,2 Prozent verteuert wurden, die nicht preisgeregelten Nahrungsmittel um 65,5 Prozent. (*Bundesminister Dr. Salcher: Landwirtschaftliches Einkommen!*)

Herr Finanzminister! Das mit den landwirtschaftlichen Einkommen stimmt nicht ganz, weil wir gerade bei der Einkommensentwicklung der Landwirte sehen, daß diese weit unterproportional ausgefallen ist. Sie hätten mir jetzt antworten dürfen als guter Sozialist — das billige ich Ihnen zu —, daß andere Zentralbürokratien, nämlich Genossenschaften, die in Wahrheit nichts an den Erzeuger oder nicht ausreichend an den Erzeuger weitergeben, daß da ländliche Genossenschaften den großen Schnitt machen und nicht der Erzeuger. Dort hätten wir uns vielleicht sogar ideologisch finden können bei der neuen Befreiungsoffensive für den Erzeuger und für den Bauern. Aber nicht das dann abschieben irgendwoanders hin, wo es nicht hingehört. Die Bauern sind die letzten, die überproportional in Österreich angeblich verdient haben an den Nahrungsmitteln. Das weiß man aus allen Statistiken, wie wir mittlerweile sagen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da ist so im Randbereich sofort wieder etwas herausgekommen, wo wir auch gesprächsbereit sind, weil dort Lösungsansätze zu finden wären. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Jetzt muß ich Ihnen noch als vielleicht letzten Grundgedanken folgendes mitgeben: Das wichtigste wäre, daß Sie abgehen von Ihrem Unfehlbarkeitsglauben, daß Sie abgehen davon zu glauben, Sie haben ohnehin alle Probleme gelöst und im Griff, daß Sie abgehen von dem Glauben, auf die Weisheiten der anderen nicht angewiesen zu sein und daß ja keiner kommen soll, der meint, irgendetwas Besseres beitragen zu können.

Ich sage für meinen Teil, daß wir Freiheitlichen nicht davon ausgehen, ein Unfehlbarkeitsdogma zu haben. Wir gehen aber davon aus, daß in Wahrheit ein Gemeinwesen gut beraten ist, wenn von überall her gute Ideen aufgegriffen werden, gute Ideen über Zielvorstellungen und noch bessere Ideen über die Wege, auf denen diese Zielvorstellungen erreicht werden können.

Die Insolvenzstatistik der jüngsten Vergangenheit müßte auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, den Beweis liefern, daß Ihr Weg, den Sie da so unbeirrbar fortschreiten wollen im Sinne dieser gefährlichen Drohung, die Sie, Herr Finanzminister, heute ausgesprochen haben, daß dieser Weg nicht in allen Richtungen abgesichert und in Ordnung ist, sondern daß der Weg in manchen Bereichen in eine gefährliche Katastrophe führen kann.

Ich gehöre nicht zu den Schwarzmalern in diesem Haus, die meinen, daß unlösbare Probleme auf uns zukommen, sondern ganz im Gegenteil. Ich gehe davon aus, daß der Fleiß und das Können aller Österreicher noch immer in der Lage ist, die wirklichen Probleme zu lösen, wenn man sie nur lösen läßt.

Ich sage Ihnen aber auch, daß dann, wenn man sich anschaut, wie im Vorjahr die Rede davon war, daß wir eine fürchterliche Insolvenzstatistik haben, es 1981 ein Pleitejahr gegeben hat, wir noch lange nicht am Ende sind bei Ihrem Weg, wenn wir uns die Statistik des heurigen Jahres bereits anschauen.

Im Jahr 1981 waren es bereits gegenüber 1980 7 000 Arbeitsplätze mehr, die kaputtgegangen sind. Nicht 7 000, sondern 7 000 mehr! 17 000 Beschäftigte waren davon betroffen und Arbeitsplätze, die unwiederbringlich dahin waren. Im Jahr 1981 waren es allein im ersten Quartal bereits 431 Insolvenzverfahren. Das ist eine sehr dramatische Zahl. Es ist insgesamt im Jahr 1981 immerhin eine Schadenssumme von 17 000 Millionen Schilling bei

Dr. Steger

den Insolvenzen entstanden. Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Im ersten Quartal des Jahres 1982 wurden diese Horrorzahlen aber bereits übertroffen. Wir haben jetzt nicht 431 Insolvenzen im ersten Quartal, wir haben bereits 534 eröffnete Insolvenzverfahren im ersten Quartal 1982.

Bei den Schadenssummen, Herr Finanzminister, reden wir weiter, wenn wir die Jahresstatistik haben, wenn wir einmal gesehen haben, wie es wirklich mit Semperit weitergeht. Wir werden sehen, wie es mit anderen Großbetrieben weitergeht, wiewohl ich Ihnen wünsche, daß Ihre feststellbaren Bemühungen erfolgreich sein werden. Ich unterstelle Ihnen da nicht, keine Bemühungen zu haben. Aber orten wir einmal bei der Schadenssumme dann, wenn ein Jahr abgeschlossen ist. Denn für die Schadenssumme ist ein so kurzer Zeitraum noch kein Indikator. Wenn einmal eine Klimatechnik hineinfällt und einmal eine Eumig hineinfällt in ein Monat, ist das riesengroß, und wenn dann kein Großbetrieb, sondern „nur“ — unter Anführungszeichen — ein paar kleine Betriebe dabei sind, dann ist es scheinbar wenig.

Wir sagen Ihnen: Aus dieser Unsumme an Insolvenzen bereits in den ersten drei Monaten ist abzuleiten, daß zwölf Jahre sozialistische Alleinregierung bereits offensichtlich dringend notwendig machen, daß man an ein Ende dieses sozialistischen Weges zu denken beginnt, daß man nach zwölf Jahren sozialistischer Steuerpolitik nachdenkt, wie eine maßvollere Abschöpfung bei der Masse der Einkommen und bei der Masse der Betriebe stattfände bei Steuern und Abgaben. Zwölf Jahre sozialistische Wirtschaftspolitik, bei der man zur Kenntnis nimmt, daß am Schluß dieses Weges noch viel mehr Insolvenzen stehen müssen, wenn man das Pleiterekordjahr 1981 jetzt schon deutlich übertroffen hat, und zwölf Jahre sozialistische Schuldenpolitik, bei der jedenfalls feststeht, daß Schulden von 300 Milliarden Schilling, also 300 000 Millionen Schilling, jetzt bereits als Selbstverständlichkeit hingenommen werden.

Meine Damen und Herren! Für uns Freiheitliche sind diese zwölf Jahre sozialistischer Politik ein Wendepunkt, an dem wir meinen, daß eine andere Wirtschaftspolitik gemeinsam mit Ihnen, gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei, gemeinsam mit freiheitlichen Ideen gefunden werden muß, eine andere Wirtschaftspolitik, die aufbauen muß auf liberalen, marktwirtschaftlichen Vorstellungen, eine andere Wirtschaftspolitik, die nicht so aggressiv formuliert wird wie in

Ihrem Buch im Jahr 1968, die aber doch zu echten Änderungen in Österreich führen muß.

Wir Freiheitlichen sind jedenfalls zu diesen echten Änderungen jederzeit bereit! (*Beifall bei der FPÖ.*) 13.59

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Finanzen. Bitte, Herr Minister:

14.00

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bisherigen Diskussionsbeiträge erfordern sicher eine Replik des Bundesministers für Finanzen, die aber sinnvollerweise eingeleitet werden möge mit einer allgemeinen Feststellung:

Die heutige Debatte ist für uns alle eine notwendige Diskussion über Wirtschaftsfragen, eine Darstellung der unterschiedlichen Standpunkte. Sie ist für mich auch das Ausloten, wo und in welchen Bereichen man eine tragfähige Basis für die eine oder andere Gemeinsamkeit finden kann.

Wir haben das im vergangenen Jahr bewiesen, als wir eine Reihe von Maßnahmen gemeinsam mit den Oppositionsparteien besprochen und auch gemeinsam beschlossen haben. Wir haben das vor wenigen Tagen bewiesen, als wir im Bereich der Landwirtschaft in voller Übereinstimmung mit den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen eine ganz neue, flexible Form des Zinszuschusses für Agrarinvestitionskredite gefunden haben und überdies die Sonderregelungen für Bergbauern auch auf die Grenzlandbauern ausgedehnt haben.

Ich muß aber sagen, daß manche Äußerungen des Bundesparteibömannes Dr. Mock doch nicht dazu ausreichen, eine Gemeinsamkeit zu finden, weil allzu viele Widersprüche aufzufinden waren. Zuerst möchte ich damit beginnen, daß der Herr Dr. Mock unsere Äußerungen, die Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers und meine, als zu dürftig dargestellt hat.

Natürlich kann man in einer Einbegleitungsrede zu einem Wirtschaftsbericht nicht im Detail auf alle Punkte eingehen — das ist auch nicht der Sinn einer solchen Rede —, sondern diese Reden sollen einen Bericht ergänzen, der vorliegt und der 246 Seiten aufweist — die Tabellen nicht eingerechnet —, einen Bericht, der eine umfassende Darstellung der Situation der österreichischen Wirtschaft gibt.

Leider ging der Herr Abgeordnete Dr. Mock

Bundesminister Dr. Salcher

auf diesen Bericht nicht ein, sondern beschwerte sich über eine angeblich polemische Bemerkung von mir.

Was habe ich gemeint? — Ich habe ein Faktum dargestellt. Das Faktum lautet: Durch den Einspruch im Bundesrat, durch die ÖVP-Mehrheit dort sind zwei wichtige Teile des Beschäftigungsprogramms um mindestens zwei Monate verspätet wirksam geworden: einmal die 5 000 Wohnungen und zum andern die Möglichkeit, mit der Althausanierung und Stadterneuerung sehr rasch zu beginnen.

Ich habe dem ein weiteres Faktum hinzugefügt: daß nämlich nach Berechnungen der Wirtschaftsforscher diese Verzögerung über das ganze Jahr gerechnet einen Verlust von 1 000 Arbeitsplätzen nach sich gezogen hat.

Das wird man noch sagen dürfen, und man wird wahrscheinlich hinzufügen müssen die politische Konsequenz, die man daraus zieht, daß eben Vollbeschäftigungsmaßnahmen der Bundesregierung von der größeren Oppositionspartei konkret blockiert worden sind.

Ich war sehr überrascht, daß diese Feststellung als unzulässige Polemik dargestellt wurde. Ich war darüber besonders überrascht nach dem gestrigen Tag. Denn gestern hat man in einer dringlichen Anfrage der Österreichischen Volkspartei einer ganzen Partei mit dem Parteiobmann Kreisky vorgeworfen, wir hätten ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie.

Ein solcher Vorwurf trifft uns, insbesondere wenn er zusätzlich mit Zwischenrufen gegenüber einem Mann wie dem Bundeskanzler garniert wird, einem Mann, der zweimal, wie er selbst sagte, in der Diktatur seine Freiheit verloren hat: „Pseudodemokrat“, „Sie sind bestimmt kein Demokrat“, „Sie haben gar kein Gewissen“, „Sie sind gewissenlos“. Und der Herr Abgeordnete Feurstein hat dann bei einem anderen Tagesordnungspunkt dieser Sache noch die Krone aufgesetzt, indem er dem Bundeskanzler wünschte, daß er nicht mit Eiern und Tomaten beworfen werde, als wären das irgendwie und irgendwo politische Argumente.

Ich möchte dazu sagen: Wir sollen den Mut haben, offen auszusprechen, was ist, und Sachverhalte, die in der Politik passieren, auch so darstellen dürfen, wie man das sieht.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt meiner Kritik, Herr Parteiobmann Steger, über den liberalistischen Kapitalismus und über den kommunistischen Staatskapitalis-

mus. Sie haben das völlig richtig gesehen im Gegensatz zu Parteiobmann Mock, der gemeint hat, ich hätte mich gegen den Markt an sich ausgesprochen. Das erfordert nun eine zusätzliche Klarstellung.

Das war keine Absage an den Markt als Teil, ich betone noch einmal: als Teil und nicht als Zentrum der wirtschaftlichen Realität.

Da spricht der Herr Abgeordnete Dr. Mock dann in weiterer Folge von unseren Bemühungen, Arbeitsplätze zu schaffen, etwa durch Vorhaben wie General Motors, und kritisiert dann, daß für Klein- und Mittelbetriebe nichts getan werde. Ich rufe den nächsten Redner, den Herrn Abgeordneten Graf, als Zeugen dafür auf, welche Vielfalt von Aktionen es gibt: BÜRGES, ERP-Ersatzaktion, Fremdenverkehrsaktionen, die neue Insolvenzhilfeaktion, TOP-Aktion, Fertigungsüberleitung und so weiter und so fort. Das brauchte ich alles nicht aufzuzählen, das steht in unserem Wirtschaftsbericht auf Seite 71 und auf den folgenden Seiten. Ich bitte nur nachzulesen, damit man ein gerechtes Urteil abgibt und nicht eine Verzerrung der Tatsachen daraus entsteht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Einen wichtigen Raum in den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers und auch in meiner Einbegleitungsrede nahm das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ein.

Was wollen wir? — Wir wollen verhindern, daß wieder eine Jugendarbeitslosigkeit eintritt wie in den frühen fünfziger Jahren, insbesondere im Jahr 1953. Denn mit der Möglichkeit von Arbeitslosigkeit berauben wir die Jugend der Hoffnung und nehmen ihr den Glauben an unsere demokratische Ordnung. Damals — nota bene — war ja Kamitz Finanzminister.

Ich habe im ÖVP-Programm geblättert. Steht da etwas drinnen wegen der Jugendarbeitslosigkeit? — Ich habe nichts gefunden.

Wir müssen also gemeinsam versuchen — und das ist eine Bitte und eine Aufforderung zugleich —, dieses Problem anzugehen, denn das ist ein Problem von eminent staatspolitischer Bedeutung.

In weiterer Folge — und da sage ich ganz offen meine Meinung — hat Dr. Mock die Kreditsteuer kritisiert. Nun möchte ich gern zugeben, daß diese Kreditsteuer die Kredite verteuert. Aber man müßte doch jetzt untersuchen, um wieviel. Die Auswirkungen stehen nämlich ganz klein hinter dem Komma, wenn man es auf das Kapital bezieht. Und wenn

Bundesminister Dr. Salcher

man bei einer mittleren Laufzeit die gesamte Zinsbelastung betrachtet, macht diese Kreditsteuer — selbst aufgewertet, weil sie am Anfang gezahlt wird — in der Belastung nicht einmal 3 Prozent der gesamten Zinsbelastung aus. *(Rufe bei der ÖVP: Das ist genug!)* Aber ich sage noch einmal... *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* 3 Prozent der Zinsbelastung, das steht bezogen auf das Kapital weit hinter dem Komma. Das muß ich noch einmal sagen.

Ich gebe gern zu, daß ein Grund der Aufhebung dieser Kreditsteuer entgegensteht, daß nämlich damit im Budget dieser Betrag fehlen würde. Das wird man als Finanzminister wohl noch offen aussprechen dürfen.

So könnten viele Klarstellungen getroffen werden, etwa daß hundert Millionen mehr für wirtschaftsnahe Forschung zur Verfügung stehen, und nicht einmalig für 1982 zusätzlich über die Oesterreichische Nationalbank, sondern Jahr für Jahr. Und das ist kein geringer Betrag!

So möchte ich auch die Kritik des Herrn Dr. Mock an der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie zurückweisen. Ja, man kann doch nicht vorübergehen an der Tatsache, daß eine wesentliche Strukturverbesserung schon bereits geschehen ist. Man kann doch nicht vorübergehen an der Tatsache, daß das kein österreichisches Phänomen der verstaatlichten Industrie ist, sondern eine internationale Erscheinung im Stahlbereich.

Vielleicht fragt der Herr Parteibmann Mock, der gleichzeitig EDU-Obmann ist, seine Kollegin Thatcher, wieviele Milliarden in die englische Stahlindustrie hineingepumpt wurden und wie gering im Vergleich zum Effekt hier in Österreich der Effekt dort war.

Der Herr Parteibmann Steger und der Herr Parteibmann Mock haben beide in seltener Übereinstimmung aus der „Parlamentskorrespondenz“ eine Äußerung von mir zitiert, von der ich keinen Deut zurücknehme, denn diese Äußerung ist aus der Situation vom November 1981 zu sehen. Damals haben wir auf Grund der letztverfügbaren Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute das Budget ehrlich nach dem Grundsatz der Budgetwahrheit erstellt. Die Ansätze waren also richtig. Ich habe deshalb gegenteilige Behauptungen im Finanzausschuß im Vorjahr scharf zurückgewiesen, sehr pointiert zurückgewiesen.

Was ist nun geschehen? Nach dem Beschluß des Budgets — das muß man deutlich sagen — kurz vor Weihnachten gab es eine Prognoseänderung, die in Widerspruch zu den Pro-

gnosen war, die wir unserem Budget zugrunde gelegt haben. Jetzt frage ich Sie: Dürfen sich nur die Prognostiker irren, oder müssen die Politiker, die für das Budget verantwortlich sind, sich auf geänderte Prognosen einstellen und Maßnahmen treffen?

Die seither getroffenen Maßnahmen sind zum Teil mit allen Parteien paktiert gewesen. Ich erwähne die Investitionsprämie, die Geld kostet, sonst wäre sie ja nicht als Erfolg im Bereich der Wirtschaft zu verkaufen. Das Beteiligungsfondsgesetz kostet Geld, das Beschäftigungssonderprogramm, das in Kraft gesetzt wurde, weil die erwähnte Prognoseänderung eine höhere Arbeitslosigkeit angezeigt hat. Auch die höheren Zinsenzuschüsse im gewerblichen und agrarischen Bereich, die erhöhten Flüchtlingskosten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Da muß sich doch die Budgetsituation verschlechtern, wobei noch einmal zu betonen ist: diese Entwicklung war zum Zeitpunkt der Beschlußfassung des Budgets unvorhersehbar. Aktivitäten wurden zum Teil mit den anderen Parteien gemeinsam nach dem Budgetbeschluß realisiert.

Was zum Budget und zur Staatsschuld aber im internationalen Zusammenhang zu sagen ist, das habe ich heute zitiert und möchte es noch einmal wiederholen, damit man nicht an den Tatsachen vorbeischaute. Mit internationalen Maßstäben gemessen sind sowohl das Defizit des Bundesbudgets als auch der Kreditbedarf der öffentlichen Hand vergleichsweise niedrig, im internationalen Vergleich ist die Verschuldung des Bundes nicht groß. Das sage ich nicht, um schönzufärben, sondern das sage ich, um diesem von der Opposition verbreiteten Pessimismus entgegenzuwirken, als wäre in Österreich die wirtschaftliche Welt kurz vor dem Untergang, und auch um den Behauptungen entgegenzuwirken, daß Österreich vielleicht einen geringeren Spielraum hätte als die anderen europäischen Staaten. Das Gegenteil ist richtig. Wir färben nicht schön, aber wir nehmen für uns gemeinsam in Anspruch, daß wir — das hat Parteibmann Steger ja gesagt — eine vergleichsweise bessere Ausgangsbasis haben als die meisten anderen europäischen Staaten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! So ist die Mock-Rede Punkt für Punkt widerlegbar. Etwa im Teil Sozialversicherung: Ich habe in der Hauptversammlung des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger ein Referat über den Zusammenhang von Wirtschaftspolitik, Wirtschaftssituation und Sozialversicherung gehalten und dabei gar nicht verschwiegen,

11750

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Bundesminister Dr. Salcher

daß es notwendig ist, an einem mittelfristigen Konzept zu arbeiten, was wir jetzt tun.

Aber ich muß dem in aller Bescheidenheit doch anfügen: Die Rufe, die da laut im Raum hallen mit der Behauptung, wir hätten zu viele Sozialleistungen in Österreich, kommen aus jener Ecke, der ich jetzt etwas vorhalten muß: Im Bereich der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten zahlt der Bund 10,8 Prozent der Pensionen, im gewerblichen Bereich, bei den Selbständigen, und in der bürgerlichen Pensionsversicherung jedoch über 70 Prozent. Das hat sicher gute Gründe. Aber ich weigere mich, eine Kritik am gesamten System von einer Gruppe anzunehmen, die vom Staat am meisten bekommt im Vergleich zu den Arbeitern und Angestellten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Herr Minister! Wie ist der Anteil bei den Bundesbahnen?)*

Ich bin bereit, jeden Vergleich anzustellen, Herr Abgeordneter, aber es ist eine merkwürdige Art: Wenn ein Argument kommt, das Ihnen unangenehm ist und das aus der Pensionsversicherung stammt, dann reden Sie von der Eisenbahn. Wenn man von der Eisenbahn redet, reden Sie vom Salzpreis oder vom Zigarettenpreis, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine arge Oberflächlichkeit war es vom Abgeordneten Dr. Mock zu behaupten, daß im Budget 1982 die Bauinvestitionen gekürzt worden seien. Ich habe das im Finanzausschuß gesagt, bei der Budgetdebatte im Hohen Haus und ich sage es immer wieder — mit Zahlen läßt sich hier offenbar trefflich streiten —: Es gibt seit 1982 eine andere Darstellung der Zahlen, die die Zahlungen an die Straßenbaugesellschaften betreffen. Das hat sich geändert. Wir haben erstmals im Jahr 1982 über Ersuchen des Rechnungshofes die Zahlungen an die Straßenbaugesellschaften nicht mehr in die Investitionsaufstellung einbezogen.

Wenn man nun vergleicht, hat man nur die Möglichkeit, die Zahlung für das Jahr 1982, die hier umgebucht nicht mehr aufscheint, in den Vergleich einzubeziehen. Das waren 1982 4,9 Milliarden Schilling. Wenn man das berücksichtigt, steigen die Investitionen von 61,7 Milliarden Schilling im Jahr 1981 auf 63,2 Milliarden Schilling im Jahr 1982. Das ist alles nachzulesen im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1982 auf Seite 270. Darüber muß man auch reden. Man kann doch nicht im Raum stehen lassen, daß die Bauinvestitionen gekürzt werden, wenn das Gegenteil richtig ist. Vielleicht ist da eine Aufforderung not-

wendig, die ich jetzt anfügen möchte, nämlich zur Redlichkeit in der Diskussion.

Zu den Krankenanstalten. Bundesparteiobermann Mock urgiert: Wo ist das neue Konzept? Meine sehr geehrten Damen und Herren von der größeren Oppositionspartei, die Antwort ist einfach: Das Konzept, das ich gemeinsam mit dem Gesundheitsminister als Antwort auf das Forderungsprogramm der Bundesländer ausgearbeitet habe, ist seit Jahr und Tag, seit über 13 Monaten im Besitz der Landeshauptleute. Nur ist eine inhaltliche Antwort nicht gekommen, obwohl das Konzept den Kern der Sache trifft, daß wir die Leistungen an die Krankenanstalten nach Normkosten, also leistungsgerecht, honorieren sollten, statt diese unselige Abgangsdeckung — der Schlechteste kriegt am meisten — fortzusetzen.

Die Antwort der Länder war ganz einfach. Sie möchten 500 Millionen Schilling mehr, aber an diesem unsinnigen System nichts ändern.

Also an die Adresse der Landespolitik: Bevor wir uns über ein gerechteres Verteilungssystem nicht einigen können, ist jeder Schilling zusätzlich die Aufforderung, auf dem gleichen oberflächlichen Weg wie bisher weiterzugehen. Und da ist mit mir, der neun Jahre Krankenanstaltenreferent in Tirol war und der immer gleich argumentiert hat — und daran hat sich nichts geändert, seit ich in Wien bin —, ganz einfach nicht zu reden.

Wenn wir uns aus der Diskussion in Erinnerung rufen, welche Forderungen Herr Dr. Mock aufgestellt hat, so erinnert das sehr deutlich an die Budgetdebatte. Das erinnert sehr deutlich an das Jahr 1981, ich habe damals aus dem „ÖVP-Pressedienst“ eine lange Liste von ÖVP-Forderungen zitiert und eine Kostenberechnung angestellt. Kein Deut davon wurde in der Rede von Mock zurückgenommen, sodaß ich das gleiche Fazit ziehen kann wie damals: Würden wir diese Politik vertreten, müßten wir 18 bis 20 weitere Milliarden aus dem Budget bedecken. Woher nehmen? Da wird die Antwort nicht gegeben.

Hohes Haus! Ich möchte am Schluß noch einmal wiederholen: Die Wirtschaftsdaten, die ich genannt habe, sprechen für sich. Ich möchte zu den genannten Wirtschaftsdaten — geringe Arbeitslosigkeit im OECD-Vergleich, geringe Inflationsrate im OECD-Bereich, steigender Reallohnzuwachs, weit stärker als im OECD-Bereich — noch zwei hinzufügen, damit die Wirtschaft in den politischen Zusammenhang hineinkommt. Wir haben im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland auch die Produktivität stärker gesteigert: im

Bundesminister Dr. Salcher

letzten Jahrzehnt ist die Produktivität in Österreich um 50 Prozent gestiegen und in der Bundesrepublik Deutschland um 40 Prozent. Das ist doch ein gemeinsamer Erfolg, über den wir uns freuen sollen.

Bei den Investitionen haben wir eine internationale Spitzenstellung — auch wieder in den letzten zehn Jahren gerechnet —, die bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt nur von Japan und vom neuen Erdölland Norwegen übertroffen wurde. Das muß man doch sehen, das kann man nicht wegleugnen, wenn man eine Basis für gemeinsame Gespräche will. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Dem Herrn Bundesparteiobmann Steger möchte ich nur ein Faktum entgegenhalten, weil er meint, den Leuten ginge es so furchtbar schlecht, die Sparguthaben seien nicht ausreichend gestiegen: Fragen Sie einmal den Kreditapparat über seine Liquidität! Schauen Sie sich einmal die Sparstatistiken an, und Sie werden sehen, daß die Spareinlagen Monat für Monat im Jahre 1982 im Vergleich zum jeweiligen Monat des Jahres 1981 trotz der starken Zuwachsraten im Jahre 1981 um 13,5 Prozent gestiegen sind. Das ist doch ein Faktum, an dem man auch nicht vorübergehen kann! Im Kreis der Industrie gibt es Leute, die an diesem Faktum nicht vorübergehen wollen. In der „Industrie“, der Wochenzeitschrift für Unternehmer und Führungskräfte, sagt Herr Dr. Kottulinsky, zweiter Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank: „Ich beurteile die sozio-ökonomische Ausgangslage unseres Landes durchaus positiv.“ Später führt er aus: „Wir haben eine bessere Ausgangslage als so manches andere OECD-Land, und diese Chance müssen wir unter allen Umständen nützen.“ Mehr habe ich nicht gesagt als Kottulinsky, nämlich daß wir eine vergleichsweise gute Ausgangsbasis haben, die wir zu nützen haben.

Nun eine Bemerkung zum Fazit, das der Abgeordnete Dr. Mock gezogen hat. Er meint: Wesentlich sei, daß sich die Politik, die Wirtschaftspolitik ändere. Dem kann ich nur einen Satz entgegenhalten: Wesentlich ist, daß sich diese Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung nicht ändert. *(Beifall bei der SPÖ.)* 14.22

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

14.22

Abgeordneter **Graf (ÖVP)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meiner Sache komme, möchte ich folgendes

bemerken: Herr Bundesminister für Finanzen! Sie hätten mir mit Ihrer jetzigen Wortmeldung am Beginn die Möglichkeit eröffnet, auf die Ereignisse des gestrigen Tages einzusteigen. Ich erliege dieser Versuchung nicht, weil ich glaube, daß sie für keinen erfreulich waren. Man müßte nur eines sagen können: Es gibt sensible Bereiche der Tagespolitik, wo wir alle empfindlich sind, und es gibt historische Bereiche der Vergangenheit, die wir scheinbar nicht überwunden haben, so unangenehm das ist. Nun zu Ihrer allgemeinen Bemerkung zur Kritik an Dr. Mock.

Meine Damen und Herren! Es gibt keine Kritik, die dem Kritisierten angenehm ist. Es ist Ihr gutes Recht, wenn die ÖVP etwas kritisiert, festzustellen: Das ist ein wütender Konservativer, der in Beziehung zu Frau Thatcher steht, und ähnliches. Das ist zu wenig, Herr Minister, und Sie müssen es sich gefallen lassen. Ich weiß, Sie sind in einer etwas schwierigeren Situation, weil Sie kein Nationalratsmandat haben. Wir tragen dem auch Rechnung. Sie müssen sich verstärkt von der Regierungsbank herunter verteidigen können, das ist ein Gebot der Fairneß. Aber man sollte wechselweise nicht zu übertrieben empfindlich sein, und ich muß festhalten: Es mag Ihnen das meiste an der Rede des Herrn Mock nicht gefallen haben, das ist richtig, das ist Ihr gutes Recht. Aber sie war alles andere, nur nicht polemisch, und sie hat verschiedenes anders dargestellt, als Sie das zu sehen belieben, verehrter Herr Minister. Das ist das Wechselspiel zwischen Opposition und Regierungspartei. Wenn Sie in Ihrer jetzigen Wortmeldung und der Herr Abgeordnete Czettel diese Kritik als nicht gut, als nicht wünschenswert und als unsachlich darstellen, so ist das Ihr gutes Recht. Aber eines müssen Sie wissen: Man kann nicht nur in guten Tagen Regierungsverantwortlichkeit tragen! Sie haben die Verantwortung, und Sie haben sie für alle Ereignisse, das wird ja von einigen von Ihnen nicht bestritten, daher tragen Sie natürlich auch die Verantwortung für wirtschaftliche Unbill, und wir werden dafür sorgen, daß Sie das nicht vergessen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich muß Ihnen aber eines sagen und ich hüte mich, Redner zu qualifizieren, weil das keinen Sinn hat. Es ist jedermanns Recht, von hier zu sagen, was er kann, und hoffentlich kann er es dann draußen vertreten. Ich bekenne mich dazu, daß man nach einer harten Auseinandersetzung dem Kritisierten dann noch die Hand geben kann, und das sollte vielleicht nicht verlorengehen. Aber es war an sich gar nichts an der Debatte bis zur

Graf

Stunde unsachlich, außer daß uns Auffassungsunterschiede in einer schwerwiegenden Darstellung der Problematik trennen. Das ist so, ob wir uns darob freuen oder nicht.

Gestatten Sie mir, bevor ich zur Sache komme und bevor Sie mir enteilen, Herr Dr. Steger, nur zwei Bemerkungen: Sie haben, als Sie gekommen sind, Mock in einer bemerkenswerten Form interpretiert. Sie sagten, Sie seien auch genauso wie wir gegen große Betonmonster, sagten aber, Mock wünsche eine verstärkte Förderung von Kleinen, und sagten gleichzeitig, er, Mock, wünsche sich sichtlich kleinere Monstren. Und eine halbe Stunde nach Beginn Ihrer Rede wünschten Sie eigentlich die gleichen Förderungen für sogenannte Kleine wie Mock.

Ich möchte Ihnen etwas dazu sagen. (*Abg. Dr. Steger: Wo haben Sie denn das gehört?*) Von Ihnen natürlich, ich bin ja nicht auf den Ohren gesessen, Herr Abgeordneter. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Steger: Ich werde nicht qualifizieren, wo Sie draufgesessen sind, nur mit dem Teil, wo Sie nicht draufgesessen sind, haben Sie etwas Falsches gehört!*) Nein, ich habe durchaus nichts Falsches gesagt, ich wollte auch nicht sagen, daß Sie etwas Falsches gesagt haben. Aber, Herr Abgeordneter Dr. Steger, ich habe Ihnen aufmerksamer zugehört als viele andere, weil es mich interessiert hat, aber aus einem ganz anderen Grund. Als Sie dieses Rednerpult verließen, konnte ich feststellen, daß Sie im wesentlichen eigentlich dasselbe verlangt haben wie der Dr. Mock, nämlich eine Umkehr in wirtschaftspolitischer Gesinnung. Wenn es Ihnen gelungen sein sollte oder passiert sein sollte, wie Sie es halt sehen, daß Sie ähnliche wirtschaftliche Maxime vertreten haben wie der Mock, machen Sie sich nichts daraus. Wirtschaftliche Standpunkte sind nicht unbedingt parteifern, und Sie heben sich genug von der Volkspartei ab, und aus diesem Grunde brauchen Sie sich nicht fürchten, daß Sie deshalb uns zugerechnet werden. Lassen Sie mich das sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein Zweites noch: Ich wäre fast berührt gewesen ob Ihres flammenden Appells und des Bekenntnisses zum Applaus für eine Passage der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers. Ich teile übrigens Ihre Meinung, daß es gar keine Schande ist, wenn man einem applaudiert, der nicht derselben Partei angehört, Sie sind nicht der Erfinder dieser Theorie. Es gibt auf jeder Seite des Hauses Leute, die hie und da einem anderen applaudieren, wenn er etwas sagt, was ihnen gefällt. Das hat mit der Parteirichtung nicht unbedingt etwas zu tun. Es ist auch keine Schande, wenn man einem

sogenannten politischen Gegner Applaus spendet. Bezüglich Ihrer Frage und der Begründung, warum Sie applaudiert haben, weil Dr. Kreisky eine Absage an den Proporz tat, muß ich Ihnen hier etwas sagen: Wer Sie nicht kennt... (*Abg. Dr. Steger: Das stört einen Großkoalitionär!*) Das stört mich nicht, die große Koalition war etwas, was Sie vielleicht nicht erleben konnten. (*Zwischenruf des Abgeordneten Grabher-Meyer.*) Ich weiß, ich weiß, ich bekenne mich ja dazu, zumindest aus der Vergangenheit. Warten Sie ein bißchen, Herr Grabher-Meyer. Ich bekenne mich, daß die seinerzeitige Koalition sehr viel Gutes gebracht hat, und man sollte sie nicht deshalb verdammen, weil man als Partei nicht dabei war. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Steger: Sie appellieren an die Vergeßlichkeit, das ist schon lange her!*)

Ich bin der Letzte, der nicht auch zugibt, daß auch diese Form der Regierung viele Fehler hatte, natürlich. Aber nun, verehrter Herr Dr. Steger, zu Ihrem flammenden Appell an das Abschwören von der Parteibuchwirtschaft. Wenn Sie wenigstens sagen würden, was Sie meinen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.*) Sie wünschen die Ausdehnung des Proporz auf die dritte Partei, das ist Ihr legitimes Recht um Christi willen, Herr Abgeordneter. Was Sie wollen, ist nicht der Abschied vom Parteibuch, sondern Sie wollen das 3:2:1 (*Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.*), dann ist es Ihnen schon angenehm.

Herr Abgeordneter! Erkundigen Sie (*Zwischenruf des Abg. Dr. Steger*) sich in Ihren Landesorganisationen, wo Sie halt gerade besser liegen, erkundigen Sie sich dort.

Wo immer die FPÖ am Kuchen der verteilten Sesseln mitnascht, ist die Kritik wesentlich kleiner als dort, wo sie umständehalber nicht drinnen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist sehr verständlich und sehr legitim, aber es kommt der Wahrheit nahe. Denn Sie finden nur dann etwas daran, und das ist mir menschlich verständlich, verehrter Herr Bundesobmann der FPÖ, daß Sie diesen Zustand ändern wollen, aber sagen Sie um Himmels willen nicht, daß Sie wirklich das wollen, was wir vielleicht alle wollen sollten, Vorrang für den Tüchtigen, ohne nach dem Parteibuch zu schielen. Aber was Sie im Moment wollen, ist die Eingliederung in den von Ihnen verdammt Proporzanteil. Lassen Sie sich das sagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.*)

Herr Bundesparteibobmann Dr. Steger, ich habe nie im Traum erwartet, daß Sie mir schweigend zuhören, ich habe nie im Traum

Graf

erwartet, daß Sie mir recht geben. Es wäre eine arge Sache, wenn Sie das tun würden. Warum sollen Sie denn mir recht geben? Es geht Ihnen ja auf die Nerven, daß es andere Leute wissen, daß Ihre Tränen nur Krokodilstränen sind. Aber es ist ja keine Schande. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ansonsten, wie gesagt, fühlen Sie den Tag für sich nicht verdorben, wenn Sie weite Strecken dasselbe von der Regierung wollen wie der Mock. Deshalb sind Sie noch verhandlungsfähig für die Mehrheit, wenn es keinen anderen Grund gibt. Also lassen Sie sich das bitte schön sagen.

Und nun, meine Damen und Herren, ich werde mich bemühen, den Standort, den der Wirtschaftssprecher der Volkspartei zu dieser Sache hat, hier eher leidenschaftslos zu sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat heute einen Wirtschaftsbericht vorgelegt, der nahtlos an die Wirtschaftsberichte der letzten Jahre anschließt, von Ihrer Warte gut, von unserer Warte zuwenig, da ist schon die Trennung da. Man hat sich wieder, Herr Finanzminister, zu einem mit geschickten Auslandsvergleichen aufgebauten Erfolgsbericht entschlossen, statt einen seriösen Bericht der Lage der Wirtschaft zu geben. Daß die Lage der Wirtschaft anders ist, wie Sie beide Herren sie postuliert haben, damit sage ich Ihnen nichts Neues, Sie wissen es. Denn daraus entspringt ja Ihre Besorgnis.

Ich nehme an, ein letztes Mal hat man damit auf dem Papier, meine Damen und Herren, die Probleme, die immer mehr Menschen in unserem Lande hautnah spüren, Schwarze, Blaue, Rote, auch Nuller spüren es, mit Hilfe von Statistiken einfach vom Tisch gewischt.

Aber das Problem ist nicht gelöst und für mich, wenn Sie wollen, enttäuschend, soweit man als Politiker, der einige Zeit in der Politik ist, überhaupt enttäuscht sein kann. Sowohl im Zusammenhang mit dem Mock-Kreisky-Abkommen als auch im Rahmen der Verhandlung der Länderbank-Sanierung haben die beiden großen Parteien ja bewiesen durch ihre Zustimmung im Plenum, daß sie in schwierigen Zeiten gemeinsam effiziente Lösungen finden können. Von mir ist ein solcher Bericht als die Basis für weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit urgiert worden und er wurde anscheinend auch, so schien es mir, von zuständigen Stellen als notwendig zur Kenntnis genommen, und wir, die Österreichische Volkspartei, haben dabei auch ganz klar darauf hingewiesen, wir wünschen kein Schuldeingeständnis der Bundesregierung,

sondern eine offene und ehrliche Bestandsaufnahme der Problembereiche der Wirtschaft als Ausgangspunkt für gemeinsame Lösungen, die durchaus noch möglich wären, wenn rasch gehandelt wird.

Ich hätte mir, wenn Sie mir das erlauben, einen auf den österreichischen Problembereich bezogenen Katalog gewünscht, weil es ja einfach nicht zumutbar ist, die Menschen in unserem Lande durch Hinweise auf noch viel negativere Entwicklungen im Ausland über wachsende Existenzangst und zunehmenden Realeinkommensverlust hinwegzutäuschen.

Dort unterscheiden wir uns ja, Herr Minister. Aber nur in der Darstellung, nicht im Wissen. Sie wissen ganz genau, daß Sie recht haben mit der Bemerkung, es geht anderen viel schlechter, nur, was bringt es dem Betroffenen? Damit allein fängt er nichts an. Und vorhandene Krisen- und Existenzangst von der Bevölkerung zu nehmen, ist mit Auslandsvergleichen nicht möglich, sondern nur auf der Basis von seriösen und problemorientierten Lösungsversuchen. Und wir befinden uns in einer Phase der höchsten Arbeitslosigkeitsrate seit 19 Jahren, die wir alle bedauern.

Eine hartnäckig anhaltende Wirtschaftsflaute und die Notwendigkeit, zusätzliche 25 000 Arbeitsplätze pro Jahr für geburtenstarke Jahrgänge in den kommenden Jahren zu schaffen, das war für meine Partei und mich Anlaß, trotz bevorstehenden Wahljahres einen solchen Bericht bereits Anfang Feber zu fordern, ich wurde sogar gerüffelt von Freunden aus Ihrer Partei, als ich in einem Presseinterview sagte, ich glaube leider nicht, daß es zu diesem Bericht kommt. Ich urgierte ihn wiederholt: am 27. Feber, am 20. März. Und mit der Vorlage dieses Wirtschaftsberichtes, Herr Bundeskanzler, wurde mit der Arroganz des Mächtigen zum Schaden der Volkswirtschaft diese Bitte hinweggewischt. Das ist ein Faktum.

Und punktuelle Maßnahmen, wie sie Ihnen möglicherweise vorschweben, sie sind ja nicht mehr zielführend, meine Damen und Herren. Wir treten mit dem heutigen Bericht in die teuerste Phase der Regierung Kreisky, ohne daß damit ein Beitrag zur Wirtschaftsbelebung geleistet, eine wirtschaftliche Absicherung von Arbeitsplätzen erreicht wird oder gar neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Denn die Situation ist heute ja so, daß anstehende Probleme längerfristig und koordiniert angegangen werden müssen, jetzt oder nach der Wahl. Es ist auch nicht meine Aufgabe, Ihre Versäumnisse im Rahmen dieser Debatte nachzuholen. Ich möchte jedoch

11754

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Graf

durch die grobe Skizzierung der vorhandenen Probleme Sie noch einmal darüber nicht im unklaren lassen, was sich meine Partei im Zusammenhang mit diesen Wirtschaftsberichten vorgestellt hat. Das möchte ich wohl aufzählen.

Die Zahl der Insolvenzfälle hat sich gegenüber dem Rekordjahr 1981 um weitere 20 Prozent — Vergleiche Jänner bis April 1981/82 — erhöht.

Seit dem 1. Jänner 1981 sind wir somit mit 3 364 Firmen konfrontiert, die insolvent geworden sind.

Und glauben Sie, Herr Bundeskanzler, angesichts dieser Entwicklung denn wirklich noch immer, daß die Ursachen für diese Insolvenzen nur bei den Reitställen der Unternehmer liegen, oder sind Sie denn nicht bereit, einzugestehen, daß es andere Ursachen geben muß und auch nicht eine Schnitzlersche Hoffnung, Konkurrenzfähigkeit oder irgend etwas?

Es gibt die Ursachen wie Eigenkapital-schwäche im Zusammenwirken mit der Hochzinspolitik, mit einer exzessiven Steuerbelastung, nur um einige Beispiele zu nennen. Das sind ja die Dinge, die die Leute nicht verkraften.

Und zum gesamten Komplex Auswirkung der Steuerbelastung auf Arbeitsplatzsicherung und Einkommenssituation der Bevölkerung findet sich, bitte schön, in Ihrem Wirtschaftsbericht kein Hinweis.

Und wie ernst die Lage tatsächlich gerade auf diesem Gebiet ist und wie sehr Österreich durch eine Politik der permanenten Problemverschiebung auffällt — heute geschah wieder nur eine Verschiebung der Probleme, geschickt gemacht, um verbal gut dazustehen, es bleibt aber eine Verlagerung der Probleme im Budgetbereich, in der Steuerbelastungsentwicklung werden wir an sozialistische Hochsteuerländer herangeführt —, das hat der Professor Frisch im Rahmen seiner Studie zum Konferenzzentrum nachgewiesen. Ist bestreitbar von einer Seite des Hauses. Jeder Nachweis kann bestritten werden.

Aber immerhin errechnet Frisch bis zum Jahre 1986 eine automatische Erhöhung der Steuerbelastungsquote um weitere 2,9 Prozent unter Anrechnung der vorgesehenen Anpassung mit Wirksamkeit 1. Jänner 1983. Das heißt aber, meine Damen und Herren, wenn Sie keine weiteren Anpassungen der Steuerbelastung an die Inflation durchführen — und Sie werden sie vermutlich nicht durchführen, weil das Geld, das Sie dazu benötigen, das haben Sie schon ausgegeben, im Gegen-

teil, Sie planen schon wieder einige neue Steuererhöhungen —, dann würde sich die Gesamtabgabenbelastung auf 45,3 Prozent bis Ende 1986 hingeschoben haben. Und mit diesem Wert, meine Damen und Herren, entfernen wir uns von unseren wichtigsten Konkurrenzländern, und wir nähern uns jenen Steuerbelastungsdimensionen, die Schweden, Dänemark, Belgien, die Niederlande in die Sackgasse geführt haben. Das kann man mit einem Bericht nicht wettmachen.

Und mit Ihrer phasenweise leichtfertigen Schuldenpolitik — phasenweise leichtfertig — hat die Regierung bereits die Weichen für die Belastungspolitik der achtziger Jahre gestellt.

Im Bereich der Einkommensteuer wird durch die Progressionsverschärfung den letzten gewinnstarken Personen und Einzelgesellschaften, und damit einem Teil der effizientesten Klein- und Mittelbetriebe, meine Damen und Herren, ja der Mut im zunehmenden Ausmaß von Regierungen wegen amtlich genommen.

Da Sie, Herr Finanzminister, über Steuern anscheinend nicht mehr sprechen dürfen oder wollen, keine klare Haltung zu neuen Belastungen haben, hätte ich mir wenigstens in diesem Bericht erwartet, daß der Herr Bundeskanzler beispielsweise den Mut oder die Geneigtheit aufgebracht hätte, über die Einführung oder Nichteinführung einer Energiesteuer Klarheit zu schaffen. Nicht aus Ihrem Bericht, sondern aus der Zeitung ist zu entnehmen, daß bereits vier Varianten der Energiesteuer im zuständigen Ministerium durchgerechnet werden.

Ich darf Ihnen hier mitteilen — es ist nichts Neues —: Wir werden alle diese vier Varianten ablehnen, egal, für welche Variante Sie sich entscheiden sollten. Denn, meine Damen und Herren, Herr Minister, eine mit Strukturproblemen kämpfende Wirtschaft mit einer Energiesteuer auszustatten, macht die Arbeitsplatzsicherung zu einer Farce, und sie erhöht das Moment, das von uns urgiert wird: Wo ist die Betriebssicherung, die der wirkliche Garant der Arbeitsplatzsicherung ist? Das kann sie nicht sein.

Nehmen Sie beispielsweise, wenn Sie diese Steuer tatsächlich einführen, die Auswirkungen dieser Steuer auf den Betrieb Ranshofen. Wir alle wissen, daß dieser Betrieb dringendst eine Kapitalspritze seitens der ÖIAG in Höhe von 600 oder 800 Millionen Schilling braucht. Ich glaube, ich liege hier richtig.

Führen Sie nun Ihre Energiesteuer ein, so können Sie den Betrag für das Werk Ranshofen gleich verdoppeln. Denn die Situation ist

Graf

eben so kompliziert geworden, daß man einzelne Maßnahmen in ihrer Gesamtauswirkung betrachten muß und sie nicht isoliert sehen kann.

Man hat im Zuge dieses Wirtschaftsberichtes vom Herrn Bundeskanzler auch erwartet, daß er unter seinen Ministern Klarheit zum Thema Arbeitszeit schafft.

Die permanente Verunsicherungspolitik des Herrn Ministers Dallinger bedroht Österreichs ganz spezifischen Vorteil im Rahmen der Arbeitsplatzsicherung, nämlich die funktionierende Sozialpartnerschaft. Hier bin ich Ihrer Meinung, dort ist im OECD-Bericht ein Schwerpunkt. Dort sagt er nämlich, die Singularität Österreichs ist im Funktionieren der Sozialpartnerschaft begründet.

Wird diese Verunsicherung weiterbetrieben, dann geschieht das zum Schaden der Funktionsfähigkeit und damit zum Schaden der Bevölkerung und der Wirtschaft, die hier entscheidend beeinträchtigt wird.

Meine Damen und Herren! Wenn man wöchentlich eine Meldung und eine neue Vorstellung zur Arbeitszeitverkürzung vom Stapel läßt, in verschiedenen Varianten, die ich jetzt überschlage, obwohl wir alle wissen, daß wir in dieser Frage von der internationalen Entwicklung abhängen und keinerlei autonomen Spielraum haben, so entsteht ja eine Verbitterung dieser Klein- und Mittelbetriebe und deren beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das kann doch nicht der Sinn sein. Es werden meine Kollegen darauf noch eingehen.

Die künftige Exportentwicklung wird in Ihrem Wirtschaftsbericht positiv hervorgehoben. Das ist gut. Aber auch hier ist es notwendig, meine Damen und Herren, den längerfristigen Aspekt stärker in den Vordergrund zu stellen. Das tun Sie nicht, Sie zeigen keine Probleme auf, die sich insbesondere mit dem Osthandel aus der Finanzierungskrise dieser Länder ergeben.

Selbst die Bereitschaft zu immer stärkeren Kompensationsgeschäften, Preissubventionen via Exportförderung ist in Wirklichkeit nicht in der Lage, die hier erkennbaren Stagnationsmaßnahmen zu ändern. Jeder von Ihnen weiß, daß ich hier Binsenweisheiten sage, aber gefährliche Binsenweisheiten. Jeder von Ihnen, der sich damit beschäftigt, weiß, daß ich die Wahrheit sage. Und wo ist das Konzept der Reisediplomatie? Wie soll sich in der Integration die notwendige Expansion der Exportentwicklung vollziehen? Das hätten wir gerne gehört.

Wie können neue Marktnischen erschlossen werden? Das wurde nicht erwähnt. Das sind an sich aber interessante und für den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung lebenswichtige Fragen, die in diesem Wirtschaftsbericht völlig unerläutert bleiben.

Wenn Mock und auch ich und meine Kollegen, die nachher kommen, das urgieren, werden Sie uns zu gehässigen Konservativen stempeln, weil wir uns erfreuen, Ihren Bericht als das zu sehen, was er ist, nämlich untauglich, auf die Problematik einzugehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der gesamte Problemkomplex Bauwirtschaft, wo wir nunmehr seit einem Jahr mit einer starken Stagnation konfrontiert sind, beschränkt sich in Ihrem Bericht nur auf das Beharren in Richtung des Baues des UNO-Konferenzentrums. Ist Ihnen denn das nicht zu wenig?

Auch hier wäre eine subtilere Darstellung wünschenswert und notwendig gewesen. Die Arbeitslosenzahlen haben sich ja in diesem Bereich verdoppelt. Eine Umstrukturierung ist unumgänglich.

Schuld an dieser Entwicklung, und das hat sogar mich verwundert, ist laut dem seinerzeitigen, von Ihnen gekrönten „besten Finanzminister aller Zeiten“ — hier gibt es eine erstaunliche Wende —: Wenn ich die Wirtschaftsinformation der Creditanstalt lese, dann erfolgte die Einschränkung der Ausgaben für Bauinvestitionen, die Einschränkung der privaten Wohnbaunachfrage durch ein hohes Zinsniveau, die restriktive Vergabe von Bausparkassendarlehen nicht zuletzt durch den Abbau der diesbezüglichen Sparförderung und ein zurückgehendes Volumen des geförderten Wohnbauprogrammes auf Grund von Finanzierungsschwierigkeiten.

Also, meine Damen und Herren, nicht das Ausland, sondern heimische Komponenten seien schuld an der Entwicklung.

Und nun muß ich Ihnen etwas sagen: Kaum aus dem Amt, bestätigt der frühere Finanzminister die Kritik der ÖVP. Aber wir empfinden keinerlei Freude daran, und es bedarf auch durchaus nicht der Approbation des früheren Herrn Finanzministers und jetzigen Generaldirektors der CA, Androsch, daß wir unsere Kritik als richtig empfinden. Wir verzichten darauf, daß er uns heute quasi recht gibt, um vielleicht dem Herrn Dr. Salcher und dem Herrn Bundeskanzler ein Ei zu legen. Wir haben keinen Grund, einen Millimeter von unserer Kritik, die wir ein Jahrzehnt an der Finanzpolitik des Dr. Androsch geübt

11756

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Graf

haben, zurückzunehmen. Wir fühlen Beängstigung und Beklemmung und nicht Genugtuung, wenn er jetzt meint, es sei so, wie wir es gesagt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nichts enthebt ihn der Verantwortung, daß er eine Finanzpolitik eingeleitet hat, deren Folgen nicht nur die jetzige Regierung, der es zu gönnen wäre, zu prästieren hat, sondern das österreichische Staatsvolk.

Wir wollten dieser Entwicklung im Jahre 1981 mit dem Sofortprogramm zur Sicherung der Arbeitsplätze ja wirksam entgegensteuern. Wir meinten damals, auf diese Weise rund 20 000 Arbeitsplätze zu sichern. Sie haben, das ist Ihr gutes Recht, dieses Programm abgelehnt. Wenn wir aber eines Ihrer Wohnbauprogramme, das wir für nicht gut halten, im Bundesrat ablehnen, dann hört man Töne, als ob die Republik einstürzt. Wir hatten eben die gleiche Überzeugung über Ihr Wohnbauprogramm, die wir heute noch haben; Sie haben es nur mit Ihrer Mehrheit in Gang gesetzt. Aber Sie haben unser Programm damals abgelehnt, und ich sage Ihnen, Sie hatten weniger Gründe dafür, denn im Herzen wissen Sie, wir hatten recht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister hat halt zusätzlich einen Budgetvoranschlag vorgelegt, der als einzige substantielle Einsparung Kürzungen in den Investitionen vorgesehen hat. Als man die Auswirkung dieser Maßnahme durch ein Ansteigen der Winterarbeitslosigkeit zu spüren bekommen hat, mußte rasch ein Beschäftigungsprogramm verabschiedet werden, welches die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt um 0,2 Prozentpunkte verringert hat. Ihr Ziel — Ihr wünschenswertes Ziel, Herr Finanzminister —, die Arbeitslosenrate unter 2,5 Prozent durch dieses Programm zu drücken, haben Sie nicht erreicht. Ich glaube, daß Sie es auch bedauern. Ich stelle nur fest: Sie haben es nicht erreicht.

Sie haben es deshalb nicht erreicht, weil die Widersprüchlichkeit und Kurzfristigkeit Ihrer Maßnahmen, der Maßnahmen der Bundesregierung, zu einer Stop-and-go-Politik geführt haben, einer Politik, die es früher in Österreich durch das Wirken der Sozialpartner nie gegeben hat. Es war völlig unüblich, eine Stop-and-go-Politik zu machen, eine Politik, die in anderen Ländern — wir begrüßen das durchaus nicht — wie beispielsweise in England, wo sie jahrelang praktiziert wurde, größten Schaden angerichtet hat. Wir sind nicht so primitiv, wie Sie glauben, daß wir englischen Situationen nachweinen. Wir befürchten, daß Sie sie einleiten können, so wie die Vorgänger der Frau Thatcher, obwohl auch sie, weil

nicht vergleichbar, für uns kein Maßstab ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Auch wenn Herr Dr. Steger diesen Bericht als Regierungserklärung bezeichnet hat — wenn er ihn so empfindet, soll es sein —, fehlt diesem Bericht eine seriöse Darstellung der Budgetentwicklung.

Und selbst wenn sich die Einnahmen in den kommenden Monaten wider Erwarten äußerst günstig entwickeln sollten, muß nach Ansicht von Experten mit einem Budgetdefizit von 68 bis 70 Milliarden gerechnet werden. Wir glauben nur nicht, daß es zulässig ist, angesichts dieser Entwicklung des Budgetproblems den Kopf in den Sand, nämlich den Kopf in einen Jubelbericht hineinzuschieben und mit dem Hinweis auf die mögliche Finanzierbarkeit das Problem zu bagatellisieren. Wie haben Sie sich denn gefühlt, als der Herr Bundeskanzler auf die Frage eines Journalisten, wie er das Budgetdefizit finanzieren werde, wenn es 70 Milliarden erreicht, lapidar sagte: Wie bisher? Nun, ich danke schön, ich kann mich in Ihre Lage hineinversetzen.

Denn so einfach scheint es ja nicht zu sein. Die Problematik ist ernst. Und für den „besten Finanzminister aller Zeiten“ aus der damaligen Sicht der SPÖ — aus der damaligen Sicht — sind ja 70 Milliarden Defizit bereits ein Faktum. Ich habe alle diese Zitate sicherheitshalber mitgenommen, damit man mir nicht sagt, ich interpretiere einen verdienstvollen Bürger dieses Landes. Ich habe das alles ausdokumentiert. Und ohne weitere Maßnahmen prophezeit er, daß weiter solche Sprünge eintreten — er spricht von einem Quantensprung —, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt.

Und jetzt zitiere ich noch immer Dr. Androsch im „Börsenkurier“. Er sagt, das führt dann sehr rasch zu dem Punkt, von dem man nicht mehr wie heuer sagen kann, daß es noch finanzierbar ist, man müsse ja an die Folgejahre denken.

Und hier erlaube ich mir, die Frage zu stellen: Was hat er sich denn gedacht in der Zeit, als er Finanzminister war, wenn ihm das jetzt einfällt? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Problem ist ja in Wirklichkeit, daß es in seiner Abfolge zu sehen ist und nicht, meine Damen und Herren, in seiner augenblicklichen Ausprägung. Dort liegt ja der Hund begraben. Nichts anderes erklärten ich und viele meiner Kollegen in verschiedenen Pressekongressen.

Ich würde eine Formulierung finden, die der Finanzminister nicht braucht, aber ich

Graf

sage sie trotzdem. Zur Ehrenrettung des Dr. Salcher muß ich ja eines sagen: Alle Schwierigkeiten, die wir heute kritisieren, weshalb sich Herr Dr. Salcher sehr pikiert zeigte, alle diese Schwierigkeiten hat ihm sein Vorgänger eingebrockt. Ich stehe nicht an, das zu sagen. Aber das steht allerdings nicht im Interview vom „Börsenkurier“.

Und, meine Damen und Herren, in aller Gelassenheit: Diese Situation zu verhindern, muß in der derzeit schwierigen Situation auch das Anliegen der Opposition sein. Und wir waren und sind ja bereit, trotz Wahlkampfsjahr Sachen außer Streit zu stellen und für die Entwicklung der achtziger Jahre eminent wichtige Fragen der Arbeitsplatzhaltung und Budgetsanierung auf möglichst breiter Basis zu lösen.

Darf ich Sie aber fragen: Was sollen wir denn von gemeinsamen Lösungen halten, wenn der sozialistische Redner, Herr Mühlbacher, sagt, das sei von Ihnen schon lange geplant gewesen, wenn eine gemeinsame Maßnahme gemacht wird, und wenn der Herr Finanzminister in einer sicher erregten Pressekonferenz sagt, die dauernde Passivierung des Budgets sei auch Ursache des Mock-Kreisky-Abkommens und der Länderbanksanierung? Also zu irgend etwas werden Sie sich bequemen müssen. Wenn wir gemeinsam etwas tun und alle drei Parteien stimmen mit, ja dann haben sie es halt alle gewollt. Aber so einfach wird es ja nicht gehen.

Ich glaube denn doch, daß es der Glaubwürdigkeit der Politik abträglich ist, wenn für die Schaffung zum Beispiel der erforderlichen rund 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätze pro Jahr ein Beschäftigungsprogramm angeboten wird, dessen einziger und alleiniger zentraler Punkt der Bau des Konferenzentrums ist. Meine Damen und Herren! Ich bitte, sich das doch zu Gemüte zu führen!

Herr Professor Tichy hat in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „profil“ diese mangelnde Logik einer solchen Vorgangsweise an Hand vorgelegter Studien zum Konferenzzentrum nachgewiesen. Beim Bau des Konferenzentrums kann die Arbeitslosenrate im Jahre 1982 lediglich um 0,03 Prozent, nämlich von 3,30 auf 3,27 Prozentpunkte, abgesenkt werden. Und in den Folgejahren bewegt es sich nur um Nullstellen hinter dem Komma.

Auch wir von der Österreichischen Volkspartei, meine Damen und Herren, sind genauso wie Sie — ich glaube, es gibt keinen vernünftigen Menschen, der das nicht ist — an der Sicherung jedes einzelnen Arbeitsplatzes interessiert. Wir sind aber auch der

Ansicht — mit gleichem Ernst und Festigkeit sei es gesagt —, daß für die Reduktion der zweiten Stelle hinter dem Komma 7,5 Milliarden Schilling ein zu hoher, ein zu sinnloser Preis ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist die Argumentationskette der Österreichischen Volkspartei und weit darüber hinaus, wie mir der an der Abstimmung verhinderte Obmann Steger sagte, und wir haben nie in Abrede gestellt, daß nicht nur ÖVPler das unterschrieben haben.

Man sollte daher Projekte überlegen, die in ganz Österreich und nicht nur in Ballungszentren, wo Staubsaugerwirkungen schon die Entflechtung und Entvölkerung des ländlichen Raumes nach sich ziehen, die im ländlichen Raum Beschäftigte sichern, und nicht nur für ein Jahr, sondern auf die Dauer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, meine Damen und Herren, ich trenne bewußt nicht, weil ja nicht trennbar. Der ländliche Raum: Jeder Arbeitsplatz, der dort kaputtgeht, ob gewerblicher oder bäuerlicher Provenienz, ist ja nicht wiederbringbar und führt zu einer weiteren Schwächung eines an sich schon schwachen Gebietes. Daher wünschen wir ja neben dem Begriff der Sicherung der Arbeitsplätze den Begriff Betriebssicherung endlich in Ihren Gedankengang einzubringen, nämlich regional gleich bei Großen und bei Kleinen.

Wir waren und sind bereit, ein Beschäftigungsprogramm zu erarbeiten, weil hier neue Wege gegangen werden müssen. Die Situation der achtziger Jahre — das haben oder wollen Sie nicht erkennen, ich glaube eher, Sie wollen nicht vor der Wahl — ist mit jener zu Beginn der siebziger Jahre bitte nicht mehr vergleichbar. Die Instrumente der siebziger Jahre können daher den Arbeitsmarkt und dessen Probleme der achtziger Jahre nicht bewältigen.

Wir brauchen ein Zusammenwirken von Nachfrage- und Angebotspolitik, welches speziell auf Klein- und Mittelbetriebe zugeschnitten ist, weil die des verstärkten Augenmerks bedürfen.

Wir sind, meine Damen und Herren, mit einer Budgetsituation konfrontiert, in der der Anteil der nicht mehr beeinflussbaren Finanzierungsausgaben rund 60 Milliarden Schilling beträgt, mit ungünstigen Wachstumsprognosen für die kommenden Jahre und pessimistischen Hypothesen hinsichtlich der längerfristigen Entwicklung des Realzinsniveaus bei spürbaren gesellschaftlichen Widerständen gegen neue Technologien. Das sind die Dinge, die uns beschäftigen werden.

11758

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Graf

Meine Damen und Herren! In den Unternehmen hat ein enormer Substanzverzehr in den letzten Jahren Platz gegriffen, und auch dieser Substanzverzehr muß berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang, wenn Sie mir gestatten, ist es für mich dringend erforderlich, Ihr angekündigtes Beschäftigungsprogramm einer eher strengen Prüfung zu unterziehen, ob es denn im Zeitraum von 1982 bis 1986 der Arbeitsplatzsicherung tatsächlich dienen kann oder ob nicht vielleicht kurzfristige Staatsnachfrage kurzfristig minimal die Beschäftigung erhöht, per saldo aber durch die nachfolgende Steuerbelastung eine Vielzahl von Arbeitsplätzen möglicherweise vernichtet, bei bester Absicht, aber weil kurzfristig gedacht.

Und da fällt mir ein: Wenn das alles ist, was in dem via „Kronen-Zeitung“ jetzt angekündigten Beschäftigungsprogramm steht, läßt es mich an der Seriosität Ihres Bemühens als Regierung stark zweifeln. Natürlich, meine Damen und Herren, wird im Herbst über eine weitere Finanzspritze für die verstaatlichte Industrie zu reden sein. Wenn sich diese Maßnahmen darin erschöpfen, wenn Klein- und Mittelbetriebe leer ausgehen und zur Finanzierung zusätzlich eine Energiesondersteuer eingeführt wird, dann wird sicherlich der gegenteilige Effekt, nämlich einer beschleunigten Arbeitsplatzvernichtung, erreicht.

Meine Damen und Herren! Beschäftigungsprogramme in der Art von Feuerwehraktionen zu erstellen führt — so notwendig sie partiell sein mögen, was von mir nicht bestritten wird —, wenn sie nicht begleitet sind von großflächigen Maßnahmen, zu drei Momenten eines für die Österreichische Volkspartei nicht akzeptablen Ungleichgewichtes in der wirtschaftlichen Entwicklung. Das heißt, wir verneinen nicht die Notwendigkeit punktueller Maßnahmen, aber sie bedürfen der begleitenden Maßnahme.

Vielleicht ist diese punktuelle Maßnahme gut für jene, die auf die Butterseite fallen. Es erheben sich zwei Fragen: Wie lange dauert so eine Butterseite? Und was geschieht mit den anderen? Ich möchte Ihnen diese drei punktuellen Schwerpunkte negativer Form, wie wir es sehen, hier doch noch aufzählen dürfen.

Erstens, meine Damen und Herren: Eine großprojektorientierte, auf Ballungsbetriebe konzentrierte Beschäftigungspolitik vergrößert die regionale Einkommen- und Arbeitsplatzunterschiedlichkeit. Es öffnet sich eine tödliche Schere, wenn man bei diesem Fetisch bleibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestatten Sie mir übrigens einen Hinweis an die Adresse des Kollegen Czettel und an den Herrn Bundeskanzler, heute von Ihnen viel bejubelt, als er sagte: General Motors wurde nicht stärker gefördert als jetzt Zanussi. Bitte, diese Bemerkung ist subjektiv und objektiv, egal, wie man es hochrechnet oder herunterrechnet, ob pro Kopf der kommenden Arbeitsplätze, pro Hingabe, pro Bedeutung, pro Million, auf was immer Sie wollen, diese Feststellung ist sachlich falsch. Ich lade Sie ein, mich hier zu berichtigen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es hört sich nur gut an in einem an sich dürrtigen Bericht, wenn man sagt, zur Beruhigung aufgeregter Kleiner. Aber die Meldung wird deshalb nicht besser. Ich wiederhole: Sie ist falsch.

Und es kommt dazu noch immer bei meinem Punkt 1, ich wollte diesen Einschub nicht übersehen, zur Benachteiligung des ländlichen Raumes gegenüber Ballungszentren, wobei ja — das wissen Sie alles — die betroffenen Gebiete nunmehr bereits Größenordnungen von Bundesländern erreicht haben.

Ad zwei: Durch Ihre Politik der punktuellen Krisenbekämpfung kommt es ja zu betriebsgrößenbezogenen Ungleichbehandlungen. Ihre Sicherheitsbemühungen konzentrieren sich auf den Großen, Sie vergessen den Kleinen, auch weil Sie finanziell nicht mehr können. Diese Kleinen sind aber nunmehr durch die Aufzehrung der letzten Reserven reihenweise vom Umfallen bedroht.

Und ad 3: Sie erzeugen mit dieser Politik isoliert gesehen strukturpolitische und wettbewerbspolitische Ungleichgewichte, indem Sie Sanierungsfälle überproportional abstützen und indem Sie gleichzeitig im Rahmen der Förderung gewinnorientierte Betriebe vernachlässigen und durch permanente Steuererhöhungen diese noch quälen und in die Phase der roten Zahlen bringen. Und das, wenn Sie wollen, ist der Hauptansatz unserer Kritik, weil das für längerfristige Wachstums- und Arbeitsplatzsicherungsprobleme ein äußerst negativer Ansatzpunkt ist.

Meine Damen und Herren, einer meiner Kollegen wird einen Entschließungsantrag einbringen, der versuchen soll, wenn Sie dem die Zustimmung erteilen, diese Negativauswirkungen zu steuern. Einer meiner Kollegen wird ihn einbringen. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Und wir glauben, daß es nicht verantwortet werden kann, in der Budgetpolitik und im Rahmen der Budgetsanierung ein weiteres Jahr zu verlieren, nämlich aus einem Grund: weil Sie nicht bereit sind, vor der Wahl zuzu-

Graf

geben, daß Sie sich geirrt haben. Das kann kein Grund sein, daß man gegenüber den ins Erwerbsleben eintretenden jungen Leuten die Folgelast einer nicht bewältigbaren Problematik weiter verschiebt. Die Generation der Zwanzig- und Dreißigjährigen, die ja letztlich auch die Verantwortung für die Sicherung der Pensionen tragen wird, wird ja diese Regierung nur aus den Geschichtsbüchern kennen, aber sie wird an ihren Folgen zu leiden haben.

Seinerzeit haben SPÖ-Experten und ÖVP-Experten Gemeinsamkeiten zu finden vermocht. Wir haben uns redlich bemüht, und wir sind auch heute noch dazu bereit. Aber der Herr Bundeskanzler hat in seinem Wirtschaftsbericht nicht den leisesten Hinweis gegeben, was er denn künftighin vorhat. Weiß er es nicht oder sagt er es nicht? Wir haben daher auch gar keine Chance, verehrter Herr Finanzminister, diese Berichte loyal und positiv zu beurteilen, denn es hat uns ja der Herr Bundeskanzler mit seinen wirtschaftspolitischen Zukunftsplänen nicht konfrontiert. Wie sollen wir denn Ihren Bericht einer sachlichen Betrachtung unterziehen? Sie haben uns über Ihre Zukunftspläne so viel gesagt wie über die Finanzausstattung des Konferenzentrums. Das ist in beiden Fällen dürftig und eher hemmend, denn einer Diskussion fördernd. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der seinerzeitige Oppositionsführer Dr. Kreisky war ja ein herber Kritiker. Das gebe ich ja zu, es ist leichter, andere zu kritisieren, als Kritik einzustecken. Aber was die Kritikfähigkeit des Herrn Dr. Kreisky während der Regierungszeit Klaus anlangt, war er nicht nur ein harter und ungerechter Kritiker, er hatte seherische Fähigkeiten, wie sehr seine eigene Kritik ihn einmal treffen wird. Und in dieser Phase befinden wir uns. Der gestrenge Oppositionsführer Kreisky hat in den frühen siebziger Jahren markante Vorwürfe an die ÖVP-Politik gerichtet. Ich erspare mir mehrere, aber zwei darf ich Ihnen nennen.

Er sagte damals, einer seiner Hauptvorwürfe war: Für eine echte Wirtschaftspolitik — meinte damals Dr. Kreisky — wäre ein langfristiges Budgetkonzept erforderlich. Das sagte er damals uns.

Nun, meine Damen und Herren, zur heutigen Situation: Nach zehn Jahren seiner Regierung gibt es tonnenweise Papier — ich bedaure nur, daß ich es als Drucker nicht fabrizieren konnte; ich habe wahrscheinlich die falsche Parteifarbe —, aber mit völlig irrelevanten Zahlen. *(Abg. Blecha: Seit wann sind Sie Drucker?)* Ja Sie wissen das nicht einmal. Wie kann ich hoffen, daß ich einen

Auftrag kriege? Aber ich bin ein schwarzer Drucker, bitte.

Es fehlt aber jede langfristige Planung im öffentlichen Sektor. Man fordert Planung vom Unternehmen, und dort, wo Planung notwendig, wünschenswert und sinnvoll wäre, nämlich im öffentlichen Bereich, wird sie ja seit zehn Jahren ignoriert, meine Damen und Herren. *(Abg. Wille: Wer fordert von Unternehmen die Planung?)* Die Sachzwänge, Herr Kollege, die Sachzwänge. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist ein interessanter Zwischenruf. Der Sachzwang fordert vom Unternehmer die Planung, weil er zwei Eigenschaften nicht hat, die eine Regierung hat — und ich meine das jetzt nicht böseartig —: Wenn er sich verkalkuliert, muß er das selber bezahlen, und er muß nebenbei noch Steuer zahlen. Die Regierung hat ihn als Angehörigen der misera contribuens plebs am Kragen und kann sein Geld leichter ausgeben, als er es verdient. Daher muß er planen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ja, ja, ich habe es nicht vergessen. Es gibt auch Investitionsabläufe mit Steuerbegünstigung, warum er planen muß. *(Abg. Wille: Ich wollte Sie nur fragen, und ich bin Ihnen dankbar, daß ich es nun weiß!)*

Ich glaube, daß Sie es wußten. Herr Kollege Wille, ich weiß, daß Sie es wußten. Aber wenn Sie mich festnageln wollen, daß ich vergessen hätte, was Erich Schmidt meinte, daß es natürlich auch steuerliche Begünstigungen gibt, wenn ein Unternehmer plant, muß ich sagen: Nein, ich habe das nicht vergessen. Es wird nur immer schwerer, sich dieser Begünstigung zu bedienen. *(Abg. Dr. Keimel: Er zeigt zumindest guten Willen!)*

Und nun, meine Damen und Herren, der Vorwurf zwei. Es ist ja an sich unbestritten, daß es die Aufgabe der Regierung ist, für Abschwungtendenzen zu sorgen.

Aber was sagte Dr. Kreisky am 24. Oktober 1969 — und sein Vokabular hat sich kaum verändert —?: „Sie machen nämlich den Fehler“, sagte er Klaus und seinen Mannen, „den konservative Regierungen immer gemacht haben, daß sie zum Teil aus Selbstgefälligkeit, zum Teil auf Grund ihrer wirtschaftspolitischen Philosophie problematische Strukturen total ignorieren, obwohl wir alle wissen“ — noch immer Kreisky —, „daß dann, wenn es auf dem Weltmarkt wieder zu verschärften Konkurrenzverhältnissen kommen sollte — und das wird der Fall sein —, schon ganz kleine Preisverschiebungen auf dem Weltmarkt manche österreichische Industriebetriebe in die Gefahrenzone geraten lassen“. — Kreisky, 24. Oktober 1969.

11760

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Graf

Ein seherischer Mensch. Denn, meine Damen und Herren, genau das ist es, was wir ihm heute vorwerfen, nur mit wesentlich mehr Begründung, wesentlich beweisbarer. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie hätten die ersten fünf Jahre Ihrer hoffentlich nun langsam ablaufenden zwölf Jahre nicht so spendabel sein können, wenn dieser konservative Klaus nicht etwas eingespart hätte. Denn das haben Sie zuerst einmal verteilt und dann haben Sie schneller weiter verteilt, als der Steuerzahler es nachschaffen kann. Und das ist in Wirklichkeit Ihr Problem. Darauf reduziert es sich. Aber das ist es nämlich.

Und wenn Sie, meine Damen und Herren — und ich komme zum Schluß —, feststellen, der Einfluß dieser ganzen Geschichten wird jetzt am stärksten fühlbar: Denken Sie an die derzeitigen Probleme in der Steiermark, wo die verstaatlichte Industrie, wo Aichfeld-Murboden und andere in Gefahr befindliche Unternehmen sich immer mehr zu einem schwerwiegenden Arbeitsmarktproblem kumulieren. Ich weiß, daß Sie Arbeitsplätze schaffen wollen. Es fehlt Ihnen die Zeit. Sie haben den Wettlauf mit der Zeit verloren.

Ich möchte schließen mit einem Zitat, das, obwohl es nicht von einem Konservativen ist, Ihnen trotzdem nicht gefallen wird. Es ist von einem Demokraten: Franklin Delano Roosevelt, 1932, also einem Freund von Dr. Kreisky, verehrt auch von mir übrigens; vielleicht aus verschiedenen Gründen. Und wie immer: Wenn Demokraten kritisieren, dann sind sie nicht an der Macht — sie sind sehr hart in der Kritik —, und wenn sie es dann länger sind, dann trifft ihre eigene Kritik zu.

Lassen Sie mich Roosevelt vorlesen. Er hat heute noch Gültigkeit. Wörtliches Zitat:

„Wenn eine Nation von ihrem Einkommen lebt, hat sie Kredit. Wenn sie in einer Krise für ein oder zwei Jahre über ihr Einkommen lebt, kann Sie sich normalerweise vorübergehend zu vernünftigen Bedingungen Geld ausborgen. Wenn sie aber wie die Verschwender jede Besonnenheit in den Wind schlägt, nicht Willens ist, bei ihren Ausgaben auch nur das geringste Opfer zu bringen, die Steuer-schraube bis an die Grenze der Zahlungsfähigkeit anzieht und fortfährt, Defizite anzuhäufen, dann befindet sie sich auf der Straße des Bankrotts.“

Kommt es Ihnen bekannt vor, meine Damen und Herren? — Ich danke schön. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.) 15.11

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Blecha.

15.12

Abgeordneter **Blecha** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Kollege Graf, das von Ihnen gewählte Zitat Roosevelts trifft in der Tat sehr genau auf die gegenwärtige Situation in den Vereinigten Staaten und die dort offenbar gewordenen Probleme zu. (Heiterkeit des Abg. Graf.)

Wir diskutieren die wirtschaftliche Situation in Österreich, das aber doch eingebettet ist in eine Welt der 30 Millionen Arbeitslosen, eingebettet in eine Welt, die unter einer falschen Geldpolitik der Vereinigten Staaten leidet, eingebettet in eine Welt der zweistelligen Inflationsraten, die man dort hat, wo konservative Regierungen am Ruder sind (Zwischenrufe des Abg. Staudinger), in eine Welt, in der es zunehmende Spannungen gibt zwischen Ost und West, Kriegsgefahr, Wettrüsten, dramatischere Verteilungskonflikte zwischen Nord und Süd, eine Welt im achten Jahr der Weltwirtschaftskrise, was von Ihnen bis heute noch immer beharrlich geleugnet wird, eine Welt im achten Jahr einer Krise, die größer ist als alle anderen Rezessionen seit den dreißiger Jahren zusammengenommen, und eine Welt, die offenbar nicht in der Lage ist, die sich als unfähig erweist, die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, die Inflation zu drosseln, die großen Probleme, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, zu lösen.

Das kleine Österreich — das sei auch dem Kollegen Graf mit aller Deutlichkeit gesagt — ist jedenfalls für sehr, sehr viele Menschen in den europäischen Industriestaaten ein Hoffnungsschimmer, trotz aller Mängel, trotz aller Fehler, trotz all der vielleicht nicht voll genützten Chancen, die sich uns da und dort eröffnet haben, und trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten, die doch kein Mensch ernsthaft abstreiten wird.

Und dennoch: Wer in den letzten Wochen und Monaten Gelegenheit hatte, in Großbritannien, in Italien, in Spanien, in Portugal, in Skandinavien gewesen zu sein, und wer dort mit den Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, aber auch der öffentlichen Verwaltung zu reden Gelegenheit hatte, wird immer wieder gehört haben, daß dieses Österreich bei all den, sage ich noch einmal, auch zugegebenen Mängeln, über die wir ja hier reden und diskutieren sollen und müssen, ein Land ist, das tatsächlich ein anderes Modell zeigt, als ein solches zu praktizieren heute in westeuropäischen Industriestaaten so modern geworden ist, und ein anderes Modell, als es

Blecha

im Osten zum Leidwesen der dort leben mühsenden Menschen verwirklicht worden ist, nämlich dieses sozialdemokratische österreichische Modell. Das, Hohes Haus, sei doch auch in einer solchen Wirtschaftsdebatte, in der der Oppositionsführer kein gutes Haar an unserer Politik läßt, gesagt, damit es nicht in Vergessenheit gerate.

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben, seit Sozialisten dieses Land regieren, seit zwölf Jahren, immer wieder Ihre Wirtschaftssprecher herausgeschickt — und Sie haben in diesen zwölf Jahren eine ganze Zahl, ich glaube, ein halbes Dutzend, verbraucht —, die immer wieder die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes schwarzgemalt haben, die berechtigte Kritik allzu häufig verwechselt haben mit dem Beschwören eines sozusagen nahenden Unheils, eines Zusammenbruchs, die immer wieder Staatsverschuldung bejammert, Staatsbankrott prophezeit, Staatseinfluß kritisiert haben.

Aber eines haben sie bis heute und bis zu der Rede von Graf, muß man doch sagen, immer wieder übersehen oder einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen: daß gerade in diesen zwölf Jahren — die letzten Jahre sind hier überhaupt keine Ausnahme — dieses Österreich unter sozialistischer Regierung auf die Überholspur gekommen ist (*Zwischenruf bei der ÖVP*), daß die Wirtschaft kontinuierlich modernisiert wird. — Ja, Überholspur. Wenn ich nur zum Beispiel, Herr Kollege, an die Einkommensentwicklung denke: Das Pro-Kopf-Einkommen in Österreich war, als wir die Regierung vor zwölf Jahren übernommen haben, weit unter dem OECD-Durchschnitt, und heute ist es nahezu 30 Prozent darüber! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Oder etwas anderes, was die Zahl der Beschäftigten betrifft, Herr Kollege. (*Abg. Staudinger: ...im Jahre 1968!*) Wir haben jetzt, Herr Kollege, um 400 000 Arbeitsplätze mehr als vor diesen zwölf Jahren. Wenn das nicht Überholen ist, dann weiß ich nicht, was man sonst noch alles anführen soll, und zwar wurde das erreicht in einer Zeit, in der nahezu alle anderen Industriestaaten weniger Arbeitsplätze aufweisen, leider aufweisen müssen als vor zehn Jahren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben nach Japan — immer wieder beharrlich verschwiegen, um nicht zu sagen vergessen — das höchste reale Wachstum des Sozialprodukts, wir haben eine Verbesserung des Lebensstandards der Pensionisten, die von Ihnen negiert wird, wir haben eine Stei-

gerung der bäuerlichen Einkommen, und zwar, was ihren prozentuellen Zuwachs betrifft, sogar eine stärkere als jene der anderen Sozialgruppen in Österreich.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, waren es, die bei Ausbruch dieser Krise, die die Welt offenbar auch im achten Jahr noch nicht zu überwinden imstande ist, doch gelächelt haben, als damals Bundeskanzler Dr. Kreisky in seinen Reden immer wieder betont hat, daß ihm einige Milliarden Schilling mehr Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten als einige zehntausend Arbeitslose mehr.

Daher sei auch noch einmal gesagt: Wir haben Budgetdefizite bewußt in Kauf genommen und nehmen sie, bitte sehr, auch heute bewußt in Kauf, um die Wirtschaft in Gang zu halten, um den Strukturwandel zu beschleunigen, weil er eben in rasanterem Tempo vor sich gehen muß, wenn wir überleben wollen, und weil wir damit auch unseren Menschen die Not der Beschäftigungslosigkeit jedenfalls weitestgehend ersparen können.

Und heute, Kollege Graf, weiß die ganze Welt, daß Kredite zur Finanzierung der Vollbeschäftigung allemal noch billiger sind als jene Schulden, die konservativ regierte Länder machen müssen, um die Arbeitslosigkeit finanzieren zu können. Das weiß die ganze Welt, nur der Kollege Mock hat es offensichtlich nicht gewußt, der die Kritik an der Ausgabenpolitik in das Zentrum seiner Ausführungen gerückt hat. Offensichtlich nimmt er auch nicht zur Kenntnis, daß ein einziges Prozent Arbeitslosigkeit in Österreich dem Bund 4 Milliarden Schilling kostet, daß alle Gebietskörperschaften, Bund, Land und Gemeinden zusammengenommen, für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit eines zusätzlichen Prozents Opfer im Ausmaß von 6 Milliarden Schilling tragen müssen.

Wer den Einsatz mehrerer Milliarden, und zwar zusätzlicher Milliarden, die die Beschäftigungsprogramme erforderlich machen, für die Sicherung bestehender oder für die Schaffung neuer Arbeitsplätze so lautstark beklagt, der soll sich doch einmal nur vor Augen führen, was eine bloß doppelt so hohe Arbeitslosenrate, als wir sie jetzt in Österreich haben, an Kosten verursachen würde. Eine derartige Arbeitslosenrate, also eine doppelt so hohe, als wir sie jetzt haben, betrüge nicht einmal 6 Prozent. Das wäre eine Arbeitslosenrate, um die uns noch sehr viele Industriestaaten beneiden würden. Das wäre noch immer eine Arbeitslosenrate unter dem OECD-Durchschnitt, aber sie wäre jedenfalls für uns in Österreich nicht mehr finanzierbar.

Blecha

So muß man das doch abwägen. Wie weit kann ich denn noch gehen mit der Belastung des Budgets? Was gewinne ich damit? Wenn man das wirklich abwägt, dann kann man solche Äußerungen, glaube ich, nicht ehrlich vorbringen, wie sie heute Dr. Mock vorgebracht hat.

Wir bekennen uns zu einer Form der Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, die unsere Sonderstellung unter den europäischen Industriestaaten begründen und bis heute auch bewahren geholfen hat. Wir bekennen uns aber auch — und da ist ja kein Unterschied zwischen unseren Auffassungen — zu einem Wachstum des Sozialprodukts, weil nur durch dieses die Ausgabenpolitik finanziert werden kann. Das muß man auch bei einer derartigen Gelegenheit, glaube ich, ganz offen sagen.

Zum menschenwürdigen Dasein gehört auch die Sicherheit, daß das Alter und die Wechselfälle des Lebens menschliche Existenz nicht zerstören können. Soziale Sicherheit darf daher — das ist eine Maxime unseres politischen Handelns — nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Vollbeschäftigung, eine höhere Verteilungsgerechtigkeit, die es anzustreben gilt, und soziale Sicherheit sind aber in der Welt, in der wir jetzt zu leben und politisch zu handeln haben, nur mit einem Bekenntnis zu einem Wachstum durch Produktivitätsfortschritte möglich. Produktivitätsfortschritte schaffen uns die Möglichkeit, auch als kleines, exportorientiertes Land gegen internationale Konkurrenz zu bestehen. Das erfordert eine konsequente Politik gegen die Entindustrialisierung.

Eine konsequente Politik gegen die Entindustrialisierung schließt auch ein, daß man sozusagen als Zentren, von denen Impulse in andere Bereiche der Wirtschaft ausgehen sollen, Großbetriebe fördert, die Strukturanpassung der großen Betriebe unterstützt, auch Großprojekte hat, weil eben von Großprojekten und bestimmten Großbetrieben jene notwendigen Impulse in jenen Bereich der Wirtschaft kommen, den Sie die mittelständische Wirtschaft nennen, zu der wir uns wirklich bekennen. Keiner wird leugnen wollen, daß gerade die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich eine gewaltige Leistung bei der Erhaltung unseres hohen Beschäftigungsniveaus vollbringen. Ich glaube auch, daß es ihre Aufgabe ist, durch den Produktionsfortschritt verlorengelassene Arbeitsplätze in Großbetrieben — in manchen Bereichen der Industrie werden Produktionsfortschritte mit Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen erkauft — zu

ersetzen. Sie können neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen, weil sie gerade in dieser Zeit der Strukturanpassung rasch zu wachsen in der Lage sind und auf Bedürfnisse etwa auf dem innerösterreichischen Markt rascher reagieren können, als das die Großen tun könnten, weil sie andere Aufgaben haben.

Kollege Graf! Sie sind den Beweis für eine Behauptung schuldig geblieben. Sie haben gesagt, es war falsch, was der Bundeskanzler in seinem Bericht betreffend die Förderung von General Motors und Zanussi sagte. Der Präsident des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Kollege Czettel, hat Ihnen das doch sehr eindeutig mit Zahlen belegt. Bei General Motors war es ein Drittel der Gesamtkosten, das durch die öffentliche Förderung aufgebracht wurde. Bei Zanussi wird es die Hälfte sein, fast 50 Prozent. Insofern haben Sie recht, als Sie gesagt haben, es steht im Bericht nicht die volle Wahrheit, weil es noch mehr ist, was an öffentlichen Mitteln dort hineinfließt, als der Bericht über Zanussi sagt. (*Abg. Graf: Kredit oder Subvention!*)

Wir bekennen uns zu einem Nebeneinander der beiden großen Bereiche: der großen Betriebe der Industrie und der kleinen und mittleren Betriebe des Gewerbes. Wir bekennen uns auch zu einer sehr, sehr aufgefächerten Förderungspolitik im Rahmen einer Politik, die bestimmte Planziele hat.

Kollege Graf! Es ist wirklich unmöglich, sich herzustellen und zu behaupten, man hätte in den zwölf Jahren keine Planziele formuliert, kein zehnjähriges Investitionsprogramm entwickelt, das diese Planziele offenbar macht, das aufzeigt, in welche Richtung die Rahmenbedingungen weiterentwickelt und verbessert werden sollen für die, die in der Wirtschaft tätig sind.

Wir bekennen uns zu einer gezielten, planmäßig betriebenen Struktur-, Investitions- und Budgetpolitik, und diese schließt keinen Bereich der Wirtschaft, wie Sie gemeint haben, aus.

Wir bekennen uns aber auch — das darf ich noch einmal betonen — zu einem selektiven Wachstum. So unscharf dieser Begriff auch ist, so sehr nimmt er doch Bezug auf das, was heute allgemeine Forderung ist: Wachstum, weil es notwendig ist für die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates, Rücksichtnahme aber auf die ökologischen Bedingungen, Rücksichtnahme auf eine gesunde Umwelt.

Wir begrüßen daher als sozialistische Fraktion des Hauses das leidenschaftliche Bekenntnis, das aus den Berichten des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzmini-

Blecha

sters Dr. Salcher herauszulesen ist, auch weiterhin der Beschäftigungspolitik den absoluten Vorrang zu geben. Arbeitslosigkeit ist für uns Sozialdemokraten ein Stück der Entfremdung des Menschen, Arbeitslosigkeit ist für uns etwas, was die Würde des Menschen mißachtet, etwas, was unserer Meinung nach mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muß. So bekennen wir uns zur Durchsetzung des Grundrechtes auf Arbeit, aber nicht durch das Fordern in Sonntagsreden, sondern durch die praktische Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hier ist auch in der Rede Mocks etwas sehr Gefährliches angeklungen. Die Arbeitslosigkeit fördert bei uns keine Strukturanpassung, wie das in konservativ regierten Ländern behauptet wird, sie ist kein Mittel der Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte und sie ist kein Disziplinierungsinstrument, das, wie ich das auch in Diskussionen in konservativ regierten Ländern gehört habe, den Leistungswillen der Menschen erhöhen könnte.

Unserer Meinung nach gibt es keine größere Verschwendung als Arbeitslosigkeit. Jede Person, die arbeitswillig ist und nicht arbeiten kann, ist ein Verlust für die gesamte Volkswirtschaft, ist ein Ausfall, der sich bei der Wertschöpfung zu Buche schlägt und Kosten verursacht wegen Entgang von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen und Entgang bei Verbrauchs- und Umsatzsteuern. Letztlich geht es auch darum — das wird immer wieder negiert, vor allem von den neokonservativen Wirtschaftstheoretikern —, daß jeder, der seinen Arbeitsplatz verliert, als Träger der Wertschöpfung ausfällt.

Wenn wir heute davon ausgehen, daß 1982 in Österreich pro Arbeitenden eine Wertschöpfung von 400 000 S angenommen wird und jene arbeitslos werden, die nicht diese Wertschöpfung erreichen, sondern nur 250 000 S, 280 000 S, 300 000 S, 320 000 S, so ist auch dieser Betrag schon ausreichend genug, um bei einer Arbeitslosigkeit, würde sie so bleiben, wie wir sie bei dem Beschäftigungseinbruch im Jänner gehabt haben, einen Produktionsausfall von etwa 20 Milliarden Schilling zu verursachen.

Das alles sind neben dem rein Menschlichen des Problems und unserer grundwertorientierten Einstellung auch noch eine Reihe zusätzlicher Argumente. Wir meinen, wenn wir in unserem eigenen Programm sagen: „Das Beschäftigungsrisiko soll nicht vom einzelnen, sondern muß von der gesamten Gesellschaft getragen werden“, daß die Sozialisierung des Beschäftigungsrisikos ein bestimmtes Maß an Solidarität erfordert.

Man darf nicht leugnen, sondern muß den Menschen klarmachen, daß selbstverständlich jede Form der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit umfassende Programme, zum Beispiel Beschäftigungsprogramme, wie wir deren zwei in diesem Jahr haben werden, erfordert, die natürlich auch mit Belastungen verbunden sind, die Appelle an die Solidarität derer sind, deren Arbeitsplätze nicht gefährdet sind. Diese sollen auf einen Teil der durch Produktionszuwachs steigenden Einkommen verzichten zugunsten dieser von der Gesellschaft zu tragenden Risiken der Beschäftigung.

Das ist ein Prinzip, dessen Verwirklichung die Hilfe des Staates erforderlich macht. Daher hier auch einige Anmerkungen zu einer Debatte, die Mock heute begonnen hat. Die Einstellung zum Staat erinnert mich an die zuletzt veröffentlichte Sozialenzyklika Papst Johannes Paul II. (*Abg. Ing. Gassner*: „*Laborem exercens*“!) Ja, Sie haben sie als erster von Ihrer Seite aus kommentiert, und ich habe mit großer Aufmerksamkeit gelesen, wie positiv Teile der Enzyklika gleich beurteilt und für die christlichen Gewerkschafter vereinnahmt wurden. Aber das steht jedenfalls wörtlich drinnen — ich darf zitieren —:

„Um der Gefahr der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten und allen einen Arbeitsplatz zu sichern, müsse der Staat, die Gesellschaft für eine Gesamtplanung sorgen.“

Der Papst ruft heute nach Gesamtplanung durch den Staat in der Wirtschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, er ruft gar nicht nach weniger Staat, wie das viele Ihrer Kollegen in den letzten paar Monaten getan haben.

Für die österreichische Sozialdemokratie war eine Position, nach der der Staat nur ein störendes Element in der Wirtschaft wäre und daher auf ein Minimum zu beschränken sei, nie akzeptabel.

Staatliche Aktivitäten, und zwar der vielfachsten Art, werden immer eine Voraussetzung zur Schaffung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses sein müssen. Wir können uns überhaupt nicht vorstellen, daß man in Österreich darauf verzichten kann. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es sind eben auch die Staatsaufgaben, die die Staatsausgaben begründen. In Zeiten wie diesen haben wir Staatsaufgaben, die eine ganz bestimmte Ausgabenpolitik notwendig machen, und von der kann man sich jetzt nicht trennen. Das ist eine Politik, die uns zwölf Jahre hindurch Erfolg gebracht hat

11764

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Blecha

und die heute alle anderen, die in der gleichen Zeit erfolglos geblieben sind, als die einzig richtige und gangbare bezeichnen.

Im Bericht der OECD vom Februar 1982 — einen Teil hat auch der Herr Finanzminister zitiert — wird über die Staatsschuld ausgeführt:

„Die Besorgnis über die wachsenden Belastungen aus dem Schuldendienst veranlaßte die zuständigen Stellen Ende 1978, die Finanzdefizite allmählich zu senken.“

Das nur als Antwort auf Ihre Angriffe, es hätte nie ein Konzept zur Senkung der Defizite gegeben. OECD-Bericht aus Februar 1982: ... Finanzdefizite zu senken, um so einen fiskalischen Handlungsspielraum zu schaffen, falls sich die Notwendigkeit dafür ergeben sollte.

Tatsächlich hat sich sowohl das Defizit der öffentlichen Hand als auch das Budgetdefizit seit 1978 konzeptgerecht, planmäßig verringert, wobei der Konsolidierungskurs beibehalten wurde, als sich die Konjunktur nach dem zweiten Ölpreisschock abschwächte. In dem zu Ende gegangenen Jahr 1981 fiel das Budgetdefizit höher aus als geplant, und 1982 dürfte das Budget zusammen mit den im Jänner ergriffenen Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung dazu führen, daß der Abgang über den ursprünglich geplanten 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu liegen kommt.

Nach internationalen Maßstäben gemessen sind jedoch sowohl das Defizit des Bundesbudgets als auch der Kreditbedarf der öffentlichen Hand vergleichsweise niedrig.

Weil Sie, Kollege Graf, gesagt haben, über die Schulden werde nichts geredet, möchte ich das gerne nachholen. Wir haben jetzt ein Nettodefizit angenommen, welches 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beträgt und welches geringfügig überschritten wird. Selbst wenn wir auf 3,0 kämen, ist es ein Anteil, der niedriger ist, als wir ihn 1975 mit 4,52, 1978 mit 4,59, 1977 mit 3,75, 1978 mit 4,20 und 1979 mit 3,52 Prozent des Bruttoinlandsproduktes hatten.

Das heißt, wenn selbst dieser präliminierte Prozentanteil geringfügig überschritten wird, wie der OECD-Bericht ankündigt, so ist das noch immer ein Anteil, den Sie kaum bei einem anderen europäischen Industriestaat finden; ein Anteil, der niedriger ist als in den siebziger Jahren bei uns in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie schon so viel von den Schulden und der Verschuldung reden: Die letzte zur Verfügung stehende Statistik über die Staatsschuld im internationalen Vergleich, gemessen

in D-Mark an der Einwohnerzahl, weist jedenfalls Österreich an der viertletzten Stelle von der Höhe der Verschuldung gemessen aus. Das heißt, wir sind in dieser Statistik der OECD-Industriestaaten der Staat mit der viertniedrigsten Staatsverschuldung pro Kopf der Bevölkerung. (*Abg. Staudinger: Und die Steuerbelastung?*)

Besser als wir liegen nur noch Japan, Italien und Frankreich, die Bundesrepublik, die Schweiz. Von Großbritannien, Belgien, Schweden oder den USA ist in dem Zusammenhang gar nicht zu reden, sie liegen wesentlich schlechter.

Hohes Haus! Es gibt heute zwei Arten, die Staatsschuld zu vermehren: durch eine restriktive Wirtschaftspolitik, wie sie in den konservativ regierten Ländern betrieben wird, in Großbritannien und ganz besonders in den Vereinigten Staaten, was zu einer ungeheuren Massenarbeitslosigkeit führt, oder durch eine expansive Wirtschaftspolitik, wie wir sie betreiben, die ein hohes Beschäftigungsniveau garantiert.

Während Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, jede Anhebung der Nettokreditaufnahme als einen Sündenfall wider die Soziale Marktwirtschaft anprangern, hat sich zum Beispiel die Reagan-Administration, die sich der restriktiven Wirtschaftspolitik, also dem anderen Modell, der anderen von Ihnen gewünschten Politik, dem Kurswechsel verschrieben hat, ein Haushaltsdefizit im Budgetjahr, das jetzt im September zu Ende geht, eingewirtschaftet, das über 180 Milliarden Dollar liegen wird. 180 Milliarden Dollar bei einem Kapitalmarkt in Amerika von 200 Milliarden Dollar!

Was das für die weitere Entwicklung der Hochzinspolitik bedeutet, brauche ich Ihnen, Kollege Graf, hier gar nicht näher zu erläutern. 180 Milliarden Dollar Schulden als Ergebnis einer restriktiven Wirtschaftspolitik, die noch dazu 10 Millionen Arbeitslose produziert hat und eine vergleichsweise hohe Inflationsrate in Kauf nehmen muß, während Carter zur Jahreswende 1980/81 für das Budgetjahr 1981/82 27 Milliarden Dollar Defizit vorgesehen hat. Reagan ist ausgegangen von den 27 Milliarden Dollar und hat korrigiert; nach den ersten Monaten seiner Administration hatte er ein Haushaltsdefizit von 45 Milliarden angegeben.

In bloß zwölf Monaten hat eine sich der restriktiven Wirtschaftspolitik verschriebene konservative amerikanische Regierung dieses Haushaltsdefizit vervierfacht. Sie hat, gemessen an den Voranschlägen der Carter-Regie-

Blecha

rung, die sie abgelöst hat mit dem Kurswechsel und mit der „anderen Politik“, in etwas mehr als einem Jahr das vorgesehene Haushaltsdefizit auf das Siebenfache gesteigert.

Das ist auch eine Art, wie man Schulden machen kann. Wir sind daher gegen diesen Kurswechsel und sind daher gegen diese andere Politik.

Wir sind zufrieden damit, daß wir die Arbeitslosenrate kontinuierlich herunterdrücken konnten. Wir haben daher dem Herrn Bundeskanzler Beifall gespendet, als er gesagt hat, daß wir jetzt auf 2,8 Prozent und damit unter die magische 3-Prozent-Grenze geraten sind. Wir haben Beifall geklatscht, daß unsere Exportwirtschaft 11 Prozent Zuwachs hat.

Wir wissen, daß damit eine Umkehr der Leistungsbilanzentwicklung verbunden ist. Wir sind zufrieden damit, daß wir im ersten Quartal 1982 ein Aktivum von 4,8 Milliarden Schilling haben, obwohl wir früher immer ein Passivum hatten. Und wir sind mit den anderen Daten, die es in einer langen Reihe noch aufzuzählen gäbe, zufrieden, weil sie zeigen, daß bei uns die Uhren anders gehen als in den konservativ regierten Ländern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben auch ein Wachstum, um das uns die anderen Länder beneiden. Wir haben Währungsreserven trotz all der Schwierigkeiten. Ich will sie gar nicht leugnen, ich will gar nichts beschönigen, aber sie sind größer als je zuvor.

Wer hier nach Kurswechsel ruft, der muß sich eben gefallen lassen, daß er mit den Konsequenzen eines Kurswechsels in den anderen Ländern konfrontiert wird. Diese Konsequenzen sind Zustände wie in Großbritannien. Wenn Dr. Mock von diesem Pult aus polemisiert hat und meinte, die heutigen englischen Zustände wären das sozialistische Erbe, dann soll er doch einmal folgendes erklären:

Am Ende der Regierungszeit der Labour Party sind in Großbritannien 1,6 Millionen Arbeitslose registriert worden. Frau Thatcher hat die Wahlen gewonnen mit dem Ruf: Kurswechsel! Mit dem Kurswechsel werden wir die 1,6 Millionen Arbeitslosen wegbringen!

Wenn aber jetzt nach bloß drei Jahren England dreieinhalb Millionen Arbeitslose hat: Was gibt es dann für eine andere Erklärung als eben diesen Kurswechsel? Wie kann man denn dann vom sozialistischen Erbe reden? Und wenn Frau Thatcher erklärt hat, für England wäre eine achtprozentige Inflations-

rate zu hoch: Wieso soll denn dann heute, wo sie zweistellig geworden ist, das sozialistische Erbe schuld sein? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Das ist der Kurswechsel, und den lehnen wir eben leidenschaftlich ab. Es gäbe viele andere Beispiele, vor allem aus den kleinen europäischen Ländern, zu zitieren, wie etwa Belgien, das nach fast einem Vierteljahrhundert christlichsozialer Ministerpräsidenten de facto den Staatsbankrott erreicht hat.

Und ein Zurück zur Politik von Kamitz — seien Sie mir nicht böse — in Zeiten wie diesen, bei dieser krisenhaften Situation in der Welt, kann einem schon den kalten Schauer über den Rücken laufen lassen. Denn heute gibt es nicht mehr den „reichen Onkel“ aus Amerika, der, wie in den Zeiten von Kamitz, Österreich damals 1 Milliarde Dollar geschenkt hat. 1 Milliarde Dollar heute kaufwertmäßig gerechnet entspricht 50 Milliarden Dollar. Diese 1 Milliarde Dollar ist damals geschenkt worden, und dennoch hat Österreich eine Arbeitslosenquote von fast 15 Prozent und eine Jugendarbeitslosigkeit von 20 Prozent gehabt.

So wäre noch vieles zu sagen. Aber vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist ein Punkt, der vom Kollegen Graf aufgegriffen wurde und der einer Klar- und Richtigstellung bedarf.

Während im Jahresdurchschnitt 1981 in Italien jeder dritte junge Mensch arbeitslos war, in Großbritannien — offiziell geführt — jeder fünfte, in Frankreich jeder sechste, in den Vereinigten Staaten jeder siebente, haben wir in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit gehabt. Jetzt, wo sich in anderen Ländern die Prozentsätze der Jugendarbeitslosigkeit der 50-Prozent-Marke nähern, in vielen Ländern die 40 Prozent überschritten worden sind und im Durchschnitt die Jugendarbeitslosigkeit 20 Prozent erreicht hat, ist es wieder die sozialistische Bundesregierung — der man jedes Weiterdenken, jedes Vorausschauen absprechen möchte —, die flexibel reagiert:

Da werden zusätzliche Planstellen im öffentlichen Dienst geschaffen für Lehrlinge, Praktikanten, junge Vertragsbedienstete. Da gibt es Förderbeträge für Betriebe, die Mädchen in ganz bestimmten Berufen ausbilden. Da gibt es Förderungsmittel für die Lehrbetriebe in den Krisenregionen. Da gibt es die qualifizierten Arbeitsplätze für die Abgänger aus den höheren Schulen.

Und da kommt dann der Kollege Mock her und fragt: Wo gibt es denn überhaupt ein geschlossenes Konzept? Wo haben wir denn

Blecha

von dieser Regierung einmal — ich darf das wörtlich zitieren — ein geschlossenes Konzept erlebt, und wo gab es da das Handeln?

Dem Kollegen Mock muß ich da schon eines sagen — er war nämlich der Unterrichtsminister der zu Ende gehenden letzten konservativen Regierung Österreichs —: Damals, Ende 1969, gab es in der Bildungspolitik dieses entschlossene Handeln nicht und auch nicht dieses geschlossene Konzept.

Denn damals, Hohes Haus, waren 25 Prozent aller Jugendlichen nach Abschluß der Pflichtschule weder in einer weiterführenden Schule — einer höheren Schule, einer technischen Lehranstalt — noch in einer Lehrstelle zu finden. Jeder vierte österreichische Pflichtschulabgänger wurde in den Arbeitsprozeß — wenn überhaupt — als Hilfsarbeiter oder als Anlernkraft eingegliedert. Wir hatten 25 Prozent junge Menschen ohne weitere Ausbildung.

Da setzte die sozialistische Regierung mit einem ganz anderen Konzept ein, mit einer vorausschauenden Bildungspolitik, die etwas vorwegnahm, was sich jetzt in der großen Krise als ein nicht leugbarer Zusammenhang erweist: daß nämlich zwischen der Höhe der Jugendarbeitslosigkeit und der Ausbildung dieser arbeitslos gewordenen Jugendlichen und der Dauer und der Qualität der Schulausbildung ein untrennbarer Zusammenhang besteht.

Dieser Zusammenhang ist in Österreich rechtzeitig erkannt worden: Eine planvolle Schulpolitik, als deren Ergebnis wir 300 neue, in erster Linie berufsbildende Schulen finden. Die Einstellung von 40 000 — Sie haben recht gehört: 40 000! — zusätzlichen Lehrern, die allein einen Mehraufwand gegenüber dem Aufwand für das Lehrpersonal zu Beginn unserer Regierungszeit von 18 Milliarden Schilling pro Jahr verursacht haben. Die systematische Aufwertung der berufsbildenden Schulen.

Das hat jedenfalls dazu geführt, daß heute kaum 5 Prozent der Schulabgänger ohne Lehrausbildung bleiben, ohne in eine weiterführende Schule zu gehen, ohne in eine berufsbildende Schule zu kommen. So haben wir heute mehr Jugendliche mit einer besseren Schul- und Berufsausbildung als die meisten anderen Industriestaaten.

Das scheint mir doch ein Punkt zu sein, den man erwähnen muß, wenn man sich hier einer Kritik stellen soll, vorgetragen vom Obmann der großen Oppositionspartei, der sagt: Wo bleibt denn auf diesem Sektor das

entschlossene Handeln, das langfristige Konzept? (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Noch ein paar Sätze zum Markt, zu diesem neokonservativen Credo, das wir jetzt allorten hören und das vor kurzem auch Ing. Sallinger in einer Rundfunkansprache ausgegeben hat: Der Markt soll wieder allein seligmachend sein, soll über die Entstehung, soll über die Verwendung, soll über die Verteilung des Sozialproduktes entscheiden.

Aber was steckt denn hinter dieser Forderung — interessant ist, daß man immer nach mehr Markt, aber nicht nach Wettbewerb ruft; das letztere wird vergessen —: Der Markt soll entscheiden über Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialproduktes? — Dahinter steckt das Zurückdrängen der Kraft der Gewerkschaften, dahinter steckt die Forderung nach der Zurückziehung des Staates aus seiner Verantwortung für Wirtschaftswachstum und hohes Beschäftigungsniveau.

Dazu ist vor allem eines zu sagen: Die Bewertung des Produktionsfaktors Arbeit nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfordert Knappheitsverhältnisse und nimmt daher Arbeitslosigkeit in Kauf. Deshalb setzen Sie sich doch mit diesen Forderungen sofort der Kritik aus, daß Sie zwar verbale Erklärungen zur Vollbeschäftigung, zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit abgeben, aber mit dem Ruf: Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung, weil der Markt das regeln soll, ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit akzeptieren. Und dem setzen wir Sozialdemokraten ein ganz entschiedenes Nein entgegen! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Auch sind wir nicht so vermessen, den Markt dort, wo er funktioniert, stören zu wollen. Das hat niemand behauptet, schon gar nicht der Herr Finanzminister in seinem Bericht. Ja ganz im Gegenteil: Noch nie zuvor sind in Wirklichkeit Betriebsgründungen in Österreich zur Verbesserung der Marktstruktur so gefördert worden wie jetzt in der Zeit, in der wir regieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Markt ist ein vorzügliches Instrument, das kann keiner leugnen, und er ist auch ein nützliches Instrument der Wirtschaft. Aber der Markt ist doch nie und nirgends ein Selbstzweck und er ist vor allem für die Beschäftigungspolitik untauglich. Er bedarf der Entsprechung eines Staates, der optimale Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik schafft und Rahmenplanung durchführt.

Eines können wir jedenfalls aus den unterschiedlichen nationalen Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der siebziger

Blecha

Jahre lernen: Wir, die wir den sozialen Frieden in Österreich bewahren konnten, haben bisher die Weltwirtschaftskrise ganz gut bewältigt. Den sozialen Frieden konnten wir deshalb bewahren, weil wir starke Gewerkschaften haben, die ganz bestimmten Marktmechanismen dort, wo es um den Menschen, um die Arbeitskraft geht, entgegengewirkt haben.

Diejenigen Länder, die auf die große Reinigungskrise setzten, befinden sich nicht nur in einer destruktiven Selbstblockade der einzelnen sozialen Gruppen, sondern sie haben auch die Wirtschaftskrise zu unserem Leidwesen sehr verschärft.

Hohes Haus! Zu den Ursachen, die unsere Situation, die gegenwärtige Situation schwierig erscheinen lassen, gehören vor allem solche, auf die wir keinen Einfluß haben. Etwa die Hochzinspolitik der Amerikaner entzieht sich unserem Einfluß, die Wirkungen konservativer Geldpolitik in Europa entziehen sich unserem Einfluß.

Es gibt natürlich auch eine ganze Reihe von Punkten, die im eigenen Land vorhanden sind und die unsere Position etwas schwierig gestalten. Dazu gehört noch immer eine gewisse Strukturschwäche unserer Volkswirtschaft, dazu gehört eine ganze Reihe von psychologischen Faktoren.

Aber dennoch soll festgestellt werden, daß es zu jener Kombination von gezielter Strukturpolitik, verantwortungsvoller und von den Gewerkschaften getragener Einkommenspolitik, von Hartwährungspolitik, die Salcher als besonders flexibel gestaltet herausstreicht, mit kompensatorischer Steuerpolitik keine Alternative gibt, wenn man hohes Beschäftigungsniveau sichern will, wenn man Währungsstabilität erhalten, die Wirtschaft weiter modernisieren, den Wohlfahrtsstaat ausbauen und sich selbst einen Reformspielraum bewahren möchte.

So bleibt unser oberstes Ziel eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik. Um in einer Welt der Krise, in einem Meer der Massenarbeitslosigkeit die hohe Beschäftigung in Österreich, wie wir sie bis zum Jänner hatten, wieder zu erreichen, brauchen wir Preisstabilität und eine verbesserte Leistungsbilanz. Das erfordert ein außerwirtschaftliches Gleichgewicht, das uns zu einem stärkeren Energiesparen zwingt, das die gewerbliche Wirtschaft zu einer besseren Anpassung an den Inlandsbedarf und die exportorientierten Zweige der Wirtschaft zu einer kontinuierlichen Steigerung ihrer Ausfuhren zwingen wird.

Solche Anforderungen an uns alle aber ver-

langen auch eine gerechtere Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages. Eine menschengerechte Wirtschaft erfordert die Abstimmung des wirtschaftspolitisch Notwendigen mit dem umweltpolitisch Erträglichen. Und sie erfordert, wie wir in unserem Wirtschaftsprogramm sagen, eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Entscheidungen, wie sie der demokratischen Verfassung Österreichs entspricht.

Das, was wir brauchen, ist eine Fortentwicklung des österreichischen Weges und kein Abgehen vom österreichischen Weg. Das Geheimnis dieses österreichischen Weges war die Konfliktaustragung in Formen, die den Kompromiß möglich und den letztlich notwendigen Konsens durchsetzbar gemacht haben. Wir Sozialisten werden leidenschaftlich gegen jene auftreten, die bedenkenlos diese Grundlagen der bisherigen österreichischen Erfolge aufs Spiel setzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Deshalb, Hohes Haus, wenden wir uns so sehr dagegen, daß man heute Region gegen Region ausspielt, daß man die Privatwirtschaft gegen die verstaatlichte Industrie ausspielt, daß man die Klein- und Mittelbetriebe gegen die Großbetriebe ausspielt, daß man Wohnungen gegen das Konferenzzentrum ausspielt. Da wird sogar ausländische Schützenhilfe wie von dem unglücklich agierenden Herrn Douglas bemüht, um in Frage stellen zu lassen, was doch als Einheit anzusehen ist und nur als ein wohlabgestimmtes System in Österreich funktionieren kann.

Der Unterschied zwischen der konservativen Politik, dem Kurswechsel, den Sie wollen, und der sozialdemokratischen Politik, wie wir sie fortsetzen wollen, besteht eben darin, daß die einen glauben, mechanistisch vorgehen zu können: Da braucht man nur am Geldhahn zu drehen, dann werden sich Preis und Angebot, Nachfrage und Beschäftigung schon regulieren. Und das Ergebnis ist ein Desaster.

Wir Sozialisten mit der von uns praktizierten Politik sind angewiesen auf Zusammenarbeit, sind angewiesen auf den mühevollen Weg des Kompromisses, sind angewiesen auf die Durchsetzung des wirtschaftlich Notwendigen durch Überzeugung der Betroffenen, so mühsam das auch angesichts der österreichischen Mediensituation heute ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Je stärker Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP — vor allem einige Redner, die wir gestern gehört haben —, diese Zusammenarbeit stören, weil Sie offenbar dieser von der Mehrheit der Österreicher getragenen —

11768

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Blecha

das zeigen alle Meinungsumfragen — und unterstützten gemeinsamen Wirtschaftspolitik keine weiteren Erfolge gönnen, umso mehr machen Sie den Österreichern klar, was sie zu verlieren haben, wenn es einmal in diesem Nationalrat keine klaren Mehrheitsverhältnisse geben sollte.

Um die schwierigen Probleme der achtziger Jahre zu meistern, brauchen wir Kooperation, nicht die fruchtlose Konfrontation, brauchen wir Phantasie und Initiative, keinen kleinkarierten Gruppenegoismus.

Die heute vorgelegten Berichte des Bundeskanzlers und des Finanzministers haben auch gezeigt: Das, was wir jetzt brauchen, sind mehr Solidarität und mehr Mut zur Ehrlichkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.00

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stix.

16.00

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der heutige Wirtschaftsbericht des Herrn Bundeskanzlers hat einen etwas eigenartigen Eindruck hinterlassen.

Abgesehen von einer in Moll gestimmten Schilderung der weltwirtschaftlichen Szenerie, wobei diese Einstimmung sicherlich durchaus angemessen war, beschäftigte sich der Herr Bundeskanzler in seinem Bericht beinahe über die Hälfte des Gesamtumfanges punktuell mit den wirtschaftlichen Einzelschicksalen bestimmter Unternehmungen, vor allem Großunternehmungen.

Man hätte meinen können, man nimmt den zusammenfassenden Bericht eines Betriebsberaters zur Kenntnis, aber nicht das wirtschaftspolitische Konzept einer Bundesregierung. Das ist der eigentliche Mangel, der mir dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers anzuhaften scheint.

Man vermißt das große wirtschaftspolitische Konzept, man vermißt den Gesamtzusammenhang jener Maßnahmen, die die Bundesregierung zur Bewältigung der aufgezeigten Krisensituation sich selbst vorgenommen hat. Man kann doch die Wirtschaftspolitik, die ja, wie Kollege Blecha selber meinte, in erster Linie dazu bestimmt sei, Rahmenbedingungen zu schaffen, nicht so punktuell ummünzen, daß man als Regierungschef immer mehr und mehr meint, sich um die Einzelschicksale von Unternehmen kümmern zu müssen. Das zeigt eigentlich eher, daß es an einer großen Konzeption fehlt, als daß es eine besonders eindrucksvolle Vorgangsweise sein könnte.

Ich möchte auf verschiedene Punkte dieses

Berichtes, aber auch auf den Bericht des Herrn Finanzministers im Zusammenhang mit den großen Themen, um die es geht, eingehen: Beschäftigungspolitik, Insolvenzsituation, Regionalpolitik und so weiter, und werde dann im einzelnen auf die Berichte zurückkommen.

Vorweg möchte ich aber zwei Punkte aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers aufgreifen. Zunächst den positiven Punkt, daß der Herr Bundeskanzler es nicht verabsäumt hat, auch die Leistung der österreichischen Wirtschaft insgesamt und dabei auch die unternehmerische Leistung in der österreichischen Wirtschaft entsprechend zu würdigen. Er hat dies in fairer Weise getan, und ich möchte mich dieser Würdigung der unternehmerischen Leistung in der österreichischen Wirtschaft anschließen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Zusammenhang hat der Herr Bundeskanzler die Objektivierungskommission angesprochen, die wir Freiheitlichen seinerzeit verlangt und initiiert haben, als es um die Besetzung eines hohen leitenden Postens in einer verstaatlichten Bank ging.

Es ist damit jene wichtige freiheitliche Zielsetzung angesprochen, die da lautet: In den verantwortlichen leitenden Positionen unserer Wirtschaft soll es nicht nach dem Parteibuch gehen, sondern soll es einzig und allein auf die persönliche Qualifikation und auf die fachliche Leistung ankommen.

Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, daß der Herr Bundeskanzler gegenüber dieser freiheitlichen Forderung und der daraus im gemeinsamer Initiative entstandenen Objektivierungskommission wiederum eine Art Bekenntnis abgelegt hat, daß er seinen Teil dazu beitragen werde, diese Objektivierung bei der Vergabe leitender Posten in Österreich doch durchzusetzen. Herr Bundeskanzler, wir werden es nicht verabsäumen, Sie beim Wort zu nehmen und immer wieder daran zu erinnern.

In diesem Zusammenhang darf ich mich aber an den sehr geschätzten Kollegen und Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei, Herrn Abgeordneten Graf, wenden. Er hat in seiner sarkastischen Art, die nachzuvollziehen ich nicht in der Lage bin, gemeint, es ginge der FPÖ gar nicht darum, das Leistungsprinzip in der Postenvergabe durchzusetzen, sondern in Wahrheit sei es der FPÖ nur darum zu tun, ein Stück vom Kuchen mitzunaschen, wie der Herr Kollege Graf gesagt hat.

Und er meinte, und das spricht eigentlich

Dr. Stix

nicht für seine Denkweise, daß sich hinter unserem freiheitlichen Wunsch nach Vorrang für den Tüchtigen in der Wirtschaft in Wahrheit doch ein Schielen auf das eigene Parteilbuch verberge. Ich kann das nur in aller Ruhe und mit dem gebotenen Ernst zurückweisen. *(Abg. Graf: Das hätte ich auch gemacht!)*

Glauben Sie mir, bitte, Herr Kollege Graf: Uns Freiheitlichen ist die objektive Postenvergabe in Österreich ein zutiefst ernstes Anliegen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben von Krokodilstränen gesprochen, Herr Kollege Graf. Ihre sarkastische Bemerkung verdiente eine sarkastische Antwort. *(Abg. Graf: Ich halte sie aus!)* Dazu fühle ich mich nicht in der Lage. Aber lassen Sie mich einen freundlichen Vergleich Ihnen gegenüber anbringen.

Herr Kollege Graf, Sie haben mich an einen Menschen erinnert, der selber ständig kräftig nascht und sich daher nicht vorstellen kann, daß nicht alle anderen Menschen auch Naschkatzen sind. *(Abg. Graf: O ja, das kann ich mir vorstellen! Das meine ich eben, daß Sie es meinen! Genau das ist es, ich gebe das ja zu!)*

Sie sind eine Naschkatze — wir wollen ordentlich essen. *(Abg. Graf: Im Prinzip hat er recht, aber der Vergleich hinkt!)*

Ich möchte nun auf den zweiten Punkt aus dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers zu sprechen kommen, wo mir scheint, daß die Situation nicht richtig gekennzeichnet ist. Er meinte insbesondere, daß wir in Österreich die Entindustrialisierung anderer Länder nicht mitgemacht hätten, daß ganz im Gegenteil die Industrie in Österreich in der Zeit seiner Regierung einen enormen Aufschwung genommen habe.

Dem stehen leider Tatsachen entgegen, die ein anderes Bild vermitteln, Herr Bundeskanzler. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die im Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik erschienene Analyse über die Industrie von Karl Aiginger. Ohne alles zu zitieren, lassen Sie mich doch einen Kernsatz erwähnen. Bezogen auf die Industrie und ihren Anteil an der Beschäftigung sagt Aiginger:

„Gemessen an der Gesamtbeschäftigung stieg die Beschäftigung in der Industrie von 19 Prozent auf knapp 21 Prozent 1973 und ist bis 1980 wieder um zwei Prozentpunkte gefallen.“ — Das heißt, die Industrie hat nicht jenen Aufschwung nehmen können, von dem der Herr Bundeskanzler meint, daß er eingetreten und zugleich die Folge seiner Regierungspolitik sei.

Wir haben weiters die Tatsache festzuhalten, daß gerade im Bereich der industriellen Großbetriebe Hunderte, ja Tausende Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Glücklicherweise wurden sie von den Klein- und Mittelbetrieben aufgefangen, und da wiederum zu einem erheblichen Teil vom Dienstleistungssektor.

Die österreichische Industrie, der wir ein Blühen und Gedeihen wünschen, kann eben leider nicht von der Regierungszeit des Herrn Bundeskanzlers sagen, daß sie für sie besonders günstig gewesen sei.

Ich möchte aber auch ganz offen ein Dilemma der modernen Industriepolitik hier ansprechen, weil es keinen Sinn hat, die Augen vor der Realität zu verschließen.

Es ist völlig klar, daß keine moderne Volkswirtschaft, so wie auch Österreich eine ist, auf ein weiteres Wachstum und auf eine weitere Entwicklung der Industrie verzichten kann. Es ist gar keine Frage, daß unser gesamter Wohlstand und der weitere Fortschritt der Produktivität von einer modernen Industrie abhängen. Insofern brauchen wir, und wir Freiheitlichen bejahen das auch, eine moderne Industriepolitik.

Aber der Beitrag der Industrie direkt zur Beschäftigung wird gerade dann schwächer werden, wenn diese Industrie modern und erfolgreich ist. Denn wir befinden uns doch auf dem Weg zur automatisierten Erzeugung, wir befinden uns doch auf dem Weg zu Fabrikshallen, die von Robotern beherrscht werden.

Wir müssen sogar wollen, daß diese elektronikgesteuerten Roboter und alles, was darum herum an Automatisierung damit zusammenhängt, auch in der österreichischen Industrie Einzug halten, denn anders könnte diese unsere österreichische Industrie international nicht wettbewerbsfähig bleiben.

Aber es ist gar keine Frage, daß dabei die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie mindestens relativ, wenn nicht sogar absolut zurückgehen wird und dies selbstverständlich von anderen Sektoren der Volkswirtschaft aufgefangen werden muß.

Daher glauben wir auch, daß hier ein sogar theoretisch falscher Ansatzpunkt, eine Art Irrtum vorhanden ist bei jener Tendenz der Bundesregierung — die, wie ich den Eindruck habe, schon sehr stark von der Persönlichkeit des Herrn Bundeskanzlers mitgeprägt ist —, industriellen Großprojekten absolut immer den Vorrang zu geben. Gerade für die Beschäftigungspolitik kann diese einseitige

11770

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Stix

Ausrichtung auf eine ganz bestimmte Art von Industriepolitik nicht verhindern, daß wir dann auch zu Beschäftigungsproblemen in der gesamten österreichischen Wirtschaft gelangen. Wir brauchen den Ausgleich durch die Klein- und Mittelbetriebe, aber über den produzierenden Bereich hinaus, über den gewerblich-industriellen Bereich hinaus auch hinein in den Dienstleistungssektor.

Das heißt also: Wenn ich jetzt zurückkommend und zusammenfassend noch einmal Stellung nehme zu der Behauptung des Herrn Bundeskanzlers, daß keine Entindustrialisierung in Österreich bisher stattgefunden hat, vielmehr die industrielle Entwicklung gut gewesen sei, dann, muß ich sagen, irrt er sich. Aber er irrt sich ein zweites Mal, wenn er glaubt, mit dem einseitigen Setzen auf Großprojekte die Beschäftigungsprobleme in Österreich für die Zukunft lösen zu können.

Bleiben wir gleich beim Thema Beschäftigung. Die Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sind heute schon so oft genannt worden, daß ich sie nicht zu wiederholen brauche.

Hervorzuheben ist ein Faktum: Österreich hat sich von 1981 auf die Jahreswende 1982 erstmals mit seiner Arbeitslosenrate über jene 3-Prozent-Marke im Durchschnitt und längerfristig bewegt, die als die oberste Grenze für den Zustand der Vollbeschäftigung angesehen wird. Das heißt, Österreich war bisher im Zustand der Vollbeschäftigung, nach theoretisch anerkannten Kriterien, und ist jetzt in den Zustand der Unterbeschäftigung eingetreten, immer noch — das räume ich Ihnen ein — erfreulich günstig im Vergleich zu anderen Ländern, aber wir befinden uns auf dem gleichen Weg zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit.

Diese Tatsache, daß diese 3-Prozent-Marke im Schnitt überschritten wurde, ändert eben die wirtschaftspolitische Situation in unserem Lande und ist Anlaß zu verstärkter Sorge. Nicht sosehr das Steigen von 2 Komma etwas auf vielleicht 3 Komma etwas ist das Dramatische. Nein. Das Dramatische ist die Raschheit der Veränderung. Wir haben von 1981 auf 1982 im Monat Jänner eine Steigerung von 48 Prozent bei den Arbeitslosen gehabt, ebenso im Februar, im März von 63 Prozent, und im April 1982 hatten wir gegenüber dem April 1981 71 Prozent mehr Arbeitssuchende. Das ist das Dramatische an der Entwicklung, nicht sosehr die Arbeitslosenrate selbst. Das muß Anlaß sein zu den verschiedensten Überlegungen.

Man kann das selbstverständlich nicht in

einer einzigen Rede ausschöpfen, das ist unmöglich. Lassen Sie mich daher auf einige Schwerpunktbereiche beschränken.

Da ist zum Beispiel die Gastarbeiterfrage. Nichts im Wirtschaftsbericht der Bundesregierung beschäftigt sich mit diesem Kapitel. Wir Freiheitlichen halten diese Frage aber angesichts der zunehmenden Unterbeschäftigung auch in Österreich für eine wichtige Frage, und ich möchte sie mit allem Ernst vortragen.

Wir haben jetzt bereits im Jahresdurchschnitt in Österreich 70 000 Arbeitslose, aber wir haben immer noch im Jahresdurchschnitt in Österreich 170 000 Gastarbeiter. Ich glaube, daß angesichts dieser Situation einfach Konsequenzen gezogen werden müssen.

Eine der Konsequenzen, die wir Freiheitlichen ziehen, lautet: Die Quote der Gastarbeiter hat unter die Marke von 100 000 gedrückt zu werden. Das heißt, wir wollen langfristig nicht mehr als 100 000 Gastarbeiter in unserem Land haben.

Es ist klar, daß es menschliche Gründe gibt, daß es humanitäre Gründe gibt, daß ein solcher Abbau nicht über Nacht, nicht von heute auf morgen passieren kann, aber ich glaube, er ist notwendig zum Schutz der einheimischen Arbeitskräfte und nicht zuletzt auch im Hinblick auf die sich entwickelnde Jugendarbeitslosigkeit.

Weil es aber nicht über Nacht geht, müssen wir jetzt zu einem akkordierten Stufenplan kommen, der eben den Anteil der ausländischen Arbeitskräfte von immer noch 170 000 — ohne Dunkelziffer gerechnet, das sind die offiziellen Zahlen — auf etwa 100 000 absenkt.

Der wiederholt vorgebrachte Einwand, wir könnten auf die Gastarbeiter nicht verzichten, geht meines Erachtens in zweierlei Hinsicht ins Leere.

Zunächst einmal ist ja gar nicht an einen vollkommenen Abbau gedacht. Ich habe ja ausdrücklich von einer 100 000-Marke gesprochen.

Zum zweiten aber entlarvt die Behauptung, wir müßten alle diese 170 000 Gastarbeiter behalten, die Bezeichnung „Gast“ als eine Irreführung, denn ein Gast bleibt nicht auf die Dauer, ein Gast bleibt eine Weile und verläßt dann wieder das Land.

Das heißt, wer meint, unter dem Titel „Gastarbeiter“ müßten wir ständig einen so hohen Anteil — ich wiederhole noch einmal: 170 000 derzeit — halten, der spricht in Wahrheit nicht für Gastarbeiter, sondern der

Dr. Stix

spricht für Dauer-Import von Arbeitskräften, der spricht für Österreich als Einwanderungsland. Und da möchte ich aus freiheitlicher Sicht mit der gebotenen Deutlichkeit sagen, daß wir Österreich nicht als ein Einwanderungsland betrachten.

Die Situation wird jetzt natürlich, wo sich zunehmend auch in Österreich Arbeitslosigkeit breitmacht, heißer. Wir möchten nicht, daß diese Frage allzu heißgespielt wird, weswegen wir fordern, jetzt rechtzeitig mit einem stufenweisen Abbau dieses Kontingentes zu beginnen.

Im übrigen — aber das sei nur als eine Randanmerkung verstanden — bin ich der persönlichen Auffassung, daß sich nicht nur Österreich, sondern ganz Europa, insbesondere West- und Mitteleuropa, mit der in den zurückliegenden zehn Jahren so stark forcierten Gastarbeiterbeschäftigung ein ungeheures weltwirtschaftliches Eigentor geschossen hat. Es wurde nämlich durch diesen massenhaften Einsatz von Gastarbeitern, überwiegend ungelernten Gastarbeitern, die Struktur-anpassung verzögert, zweifellos die technologische Entwicklung der Industrie verzögert. Wenn heute etwa Japan, aber auch andere Länder des Fernen Ostens in der Industrie technologisch zum Teil höher gerüstet dastehen als viele Industrieländer des Westens, dann ist das nicht zuletzt eine Spätfolge des seinerzeit ungehemmten Einsatzes von Gastarbeitern. Man hat damit auch eine Struktur-anpassung, eine Weiterentwicklung der Industrie verzögert und bekommt das jetzt weltwirtschaftlich zu spüren.

Ein zweites Thema, das zur Beschäftigungspolitik gehört, ist das heiß diskutierte Thema Arbeitszeitverkürzung, vielfach in der Primitivformel gespielt, wir müßten einfach die vorhandene Arbeit gewissermaßen auf alle aufteilen.

Das klingt zunächst sehr schön, aber man vergißt immer die Rückseite der Münze dazuzusagen, wenn man eine solche Forderung aufstellt. Die vorhandene Arbeit auf alle aufteilen heißt doch auch, die vorhandene Lohnsumme auf alle aufteilen, denn die verfügbare Lohnsumme wird ja dadurch nicht größer, daß ich die gegebene Arbeit auf mehr Leute aufteile. Genau das will man aber nicht, was ich verstehen kann.

Auch wir Freiheitlichen wollen, wenn es überhaupt und langfristig zu einer Arbeitszeitverkürzung kommt, daß diese dann bei mindestens vollem Lohnausgleich stattfinden wird. Aber das ist in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation nicht möglich.

Hier, glaube ich, liegt der ganz große Denkfehler Dallingers. Er betrachtet die Arbeitszeitverkürzung losgelöst von der Konjunktur. Er sieht sie im long run, in der langfristigen Perspektive. Dort könnte ich mich mit ihm sogar treffen, wie ich noch ausführen werde. Aber er übersieht, daß auch eine zu einem bestimmten Zeitpunkt gute und sinnvolle Maßnahme eben nicht zu jedem Zeitpunkt durchgeführt werden kann.

In der Aufschwungsphase der Konjunktur, wenn die Wirtschaft wächst, ist es ohne weiteres möglich, daß sich die Sozialpartner darüber einigen, den Zuwachs entweder in Form von mehr Freizeit oder von mehr Lohn oder auf gemischte Weise zu konsumieren. Aber in dem Moment, in dem die Wirtschaft nicht mehr wächst, in dem die Kapazitäten der Wirtschaft nicht mehr ausgelastet sind, bricht ja auch die Produktivität zusammen, und in dem Moment gibt es nichts zusätzlich zu verteilen. Und wenn man dann die Arbeit umverteilen will, ohne auch die Lohnsumme mit umzuverteilen, dann geht sich das nicht aus; ganz abgesehen davon, daß, wenn Österreich hier aus dem internationalen Gleichschritt herausbrechen und vorpreschen würde, wir unsere Wettbewerbsfähigkeit einbüßen müßten.

Die Arbeitszeitverkürzung geht also nicht in der Weise, daß man bei vollem Lohnausgleich einfach die Arbeit umverteilt. Aber langfristig läßt sich sehr wohl etwas machen. Langfristig nehmen wir doch alle an — und auch ich bin diesbezüglich Optimist —, daß die Wirtschaft wieder aufblühen, gedeihen und wachsen wird. Natürlich wird es im weiteren Zuge der Technisierung unserer Wirtschaft höhere Produktivität geben, und selbstverständlich werden wir uns dann wieder überlegen können, ob wir nicht einen Teil dieses Produktivitätszuwachses statt in mehr Gütern in Form von mehr Freizeit aufbrauchen wollen.

Ich bin überzeugt, daß es dann möglich ist, Arbeitszeitverkürzung durchzuführen, wobei wir Freiheitlichen hierbei immer die Lebensarbeitszeit im Auge behalten und nicht bloß etwa die wöchentliche Arbeitszeit.

Das Problem ist nur die Übergangsphase. Wie kommen wir aus der jetzt mißlichen Situation in die vielleicht paradiesische Situation einer fernen Zukunft? Und da glauben wir Freiheitlichen, daß der falsche Weg wäre, im Sinne einer totalen Gleichmacherei von Gesetzes wegen zu verordnen, alle haben nur eine bestimmte Arbeitszeit zu absolvieren. Wir glauben, daß man sich von der verrückten Idee loslösen müßte, jede Arbeit sei gleich der

11772

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Stix

anderen, und daher müßten alle auf die gleiche Art und Weise arbeiten.

Wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß sich hinter dem einen Wort Arbeit viele Dutzende von ganz verschiedenen Tätigkeiten und Belastungen verbergen, und wir sollten nicht den gesetzgeberischen Weg wählen, sondern wir sollten es den Kollektivvertragspartnern überlassen, branchenweise, wirtschaftszweigweise, dann, wenn es geht, zur guten Zeit, zu vereinbaren, ob sie an der Lohnschraube drehen wollen oder an der Arbeitszeitfrage oder in gemäßigter Form an beiden drehen wollen.

Überlassen wir das doch ruhig den Kollektivvertragspartnern und lösen wir uns von der fixen Idee, der Gesetzgeber müsse das in gleichmacherischer Art und Weise für alle gemeinsam regeln.

Wir Freiheitlichen sind dafür, daß auch die eines Tages möglichen Wege zur Arbeitszeitverkürzung dem Menschen in gerechter, das heißt in einer liberalen Form eröffnet werden. Er soll wählen können, ob er es so haben will oder anders. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! Die Arbeitsplätze wackeln immer dann besonders stark, wenn die Unternehmungen selbst zu wackeln beginnen. Das tun sie leider kräftig. Die Insolvenzswelle ist ebenfalls heute wiederholt zitiert worden. Ich möchte nicht noch einmal alle Zahlen nennen. Aber einige Zahlen sind nicht genannt worden, und die darf ich nachtragen.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Zahl der abgewickelten Insolvenzen von unter 1 000 etwa Mitte der siebziger Jahre auf 1 169 im Jahr 1980 gestiegen ist und weiter auf 1 465 im Jahr 1981. Aber es hat noch niemand auf die unglaublich anwachsende Zahl der abgewiesenen Konkursanträge hingewiesen, die eben deswegen abgewiesen wurden, weil überhaupt keine Masse mehr vorhanden ist. Und diese Zahl ist allein in den letzten drei Jahren, nämlich von 1979 auf 1981, gestiegen. Zuerst gab es 868 Fälle, dann 1 116 Fälle und im Jahr darauf 1 305 Fälle. Und wenn wir diese beiden Zahlen zusammenrechnen, dann hatten wir 1981 bereits beinahe 2 800 Insolvenzfälle, wovon knapp die Hälfte nicht einmal mehr abwicklungsfähig war. Das ist ein Alarmzeichen, an dem niemand vorbeigehen kann.

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich richtig, auf die Bemühungen des Gesetzgebers hinzuweisen, das Insolvenzrecht, also die Ausgleichsordnung und die Konkursordnung, zu verbessern. Da sich diese Verhandlungen in einem Stadium befinden, in dem es nicht angebracht ist, in der Öffentlichkeit in Details

einzugehen, möchte ich dennoch vorweg sagen: Die Bemühungen aller drei Parteien zu einer Verbesserung des Insolvenzrechtes sollten nicht allzu große Hoffnungen dahingehend erwecken, als ob man damit auch schon die Ursachen für die Firmenzusammenbrüche bewältigt hätte und damit die Insolvenzswelle meistern könnte. Wir sollten uns diesbezüglich keine allzu großen Hoffnungen machen.

Die Insolvenzswelle hat ganz andere Ursachen. Über die Ursachen wird außerdem heftig gestritten und immer wieder unter anderem auch die Behauptung aufgestellt, im wesentlichen handle es sich um Managementfehler. Das mag schon sein, nur ist es eben für jeden Manager, auch für einen sehr fähigen, begabten und gutausgebildeten Manager ein ganz großer Unterschied, ob er ein Unternehmen unter günstigen Umweltbedingungen führt oder ob er ein Unternehmen bei sehr schwierigen bis so harten Umweltbedingungen führen muß, daß sie eben das Unternehmen vor schier unlösbare Aufgaben stellen.

Es ist gar keine Frage, daß sich im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren die Umweltbedingungen gewaltig verschärft haben. Das bedeutet natürlicherweise, daß bei Fehlern, die jetzt gemacht werden, die Auswirkungen vielfach gravierender sind, während Fehler früher vielleicht nicht aufgefallen sind, weil die Umstände, die Verhältnisse günstig waren.

Aber daraus kann man doch nicht eine generelle Ursache „Managementfehler“ herausdestillieren. Die Wirtschaft besteht doch ununterbrochen darin, daß man Entscheidungen treffen muß, ohne genau zu wissen, wie der Markt morgen und übermorgen ausschaut, wie die Währungsverhältnisse morgen und übermorgen ausschauen und wie die Steuergesetze morgen und übermorgen ausschauen. *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.)*

Herr Finanzminister! Das ist ja eine der Sünden der sozialistischen Alleinregierung, daß sie jenen Teil der Umweltbedingungen, der in ihrer Macht steht, nämlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen, ununterbrochen geändert hat und dadurch die Vorausschau für unternehmerische Planung sehr, sehr erschwert hat.

Ein weiterer wesentlicher Grund für die Schwierigkeiten der Unternehmen, diese Durststrecke durchzuhalten, ist darin zu sehen, daß sie eben über keine Reserven mehr verfügen.

Wir haben alle schon gehört, daß im Schnitt

Dr. Stix

das Eigenkapital von früher über 60 Prozent jetzt schon auf gegen 20 Prozent abgerutscht ist, und damit sind die Betriebe eben nicht mehr mit jenen Mitteln und Reserven ausgestattet, die es ihnen ermöglichen würden, eine Durststrecke zu übertauchen.

Daher glauben wir Freiheitlichen, daß der Hauptansatzpunkt für eine Beschäftigungspolitik erstens bei den Betrieben liegt und daß zweitens das Motto für eine auf diese Betriebe bezogene Politik lauten muß: Stärkung der Betriebe, Stärkung des Risikokapitals, Stärkung des Eigenkapitals der Betriebe. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Unsere langfristigen Vorstellungen dazu haben wir im freiheitlichen Steuerreformkonzept auf den Tisch gelegt. Es gibt aber auch kleinere Schritte. Einen davon möchte ich durchaus positiv erwähnen, nämlich die Einrichtung der Beteiligungsfonds. Nur, ich versuche derzeit, das, was sich hier in Gründung befindet, quantitativ auszuloten. Dabei habe ich bereits den Eindruck gewonnen, daß wir hier bestenfalls den berühmten Tropfen auf den heißen Stein bekommen, wir uns also in großen Bereichen von der an sich guten Idee der Beteiligungsfonds keine großen Wunder erwarten können.

Wir müssen darüber hinaus auch einzelne Schritte setzen, um die Kapitalsituation der wirtschaftlichen Betriebe im breitesten Umfange zu verbessern. Beispielsweise könnten wir uns als einen ersten Schritt vorstellen, daß man eine ungebundene und mehrfach verfügbare Investitionsrücklage zuläßt. Derzeit kann eine Investitionsrücklage gegen vorzeitige Abschreibung aufgelöst werden. Es müßte möglich sein, eine so gebildete Investitionsrücklage auch gegen andere Betriebsausgaben auflösen zu können, wie etwa gegen Forschungsaufwendungen oder gegen Aufwendungen, die dadurch entstehen, daß der Betrieb einen neuen Markt entwickelt. Dabei entstehen enorme Kosten. Es wäre sicherlich ein Fortschritt, wenn man von der starren Widmung, die Investitionsrücklage nur gegen Abschreibung aufzulösen, wegkäme und dazu hinfände, sie auf bewegliche Art und Weise gegen Betriebsausgaben aufzulösen. Auch das wäre eine Hilfe zur tatsächlichen Verbesserung der Kapitalsituation der Betriebe.

Darüber hinaus brauchen aber die Betriebe unbedingt zwei Dinge. Herr Finanzminister! Ich habe von diesem Pult aus bereits an Sie appelliert, Ihre Belastungen zu stoppen. Es dürfen einfach keine neuen Steuern mehr eingeführt werden. Wenn neue Steuern eingeführt werden, dann sollten sie nur zur Umschichtung dienen, das heißt, andere Steu-

ern, die unzweckmäßig geworden sind, wie beispielsweise die Lohnsummensteuer, ersetzen.

Was wir aber brauchen, das ist ein absoluter Belastungsstopp. Herr Finanzminister! Ich wiederhole diesen freiheitlichen Appell heute wieder: Geben Sie der Wirtschaft die Gewißheit, daß keine neue Belastungswelle auf sie zurollt!

Das zweite, was benötigt wird, ist ein fester Orientierungsrahmen. Ich habe vorhin schon erwähnt, Herr Finanzminister, daß eine der Sünden der Bundesregierung die war, zu rasch und zu viele Gesetze immer wieder zu ändern. In der Wirtschaft braucht man Planungszeiträume von mindestens fünf Jahren, besser mehr. Aber fünf Jahre sind etwa die Untergrenze für einen sinnvollen Planungszeitraum.

Sie sollten dafür sorgen, daß innerhalb eines solchen überschaubaren Rahmens nicht grundlegende Faktoren der Steuergesetzgebung so verändert werden, daß bisher getroffene Planungen in Zukunft völlig hinfällig werden. Das ist unsere Meinung, wenn wir davon sprechen, daß die Wirtschaft einen festen Orientierungsrahmen benötigt. Sie hatte ihn in den letzten Jahren leider verloren.

Von der Betriebspolitik komme ich zur Strukturpolitik. Das allein ist ein abendfüllendes Thema, und ich werde daher darauf verzichten, auch nur die wichtigsten Punkte zu erwähnen. Aber eine gemeinsame Erkenntnis, die sich allmählich breitmacht, möchte ich hier schon anführen, weil sie nämlich den Ansatz dafür bietet, daß wir gemeinsam überlegen, wie wir in Zukunft für wirtschaftsschwache Regionen eine bessere regionale Strukturpolitik machen können.

Ich meine die Erkenntnis, daß die bisherige Regionalpolitik genau genommen versagt hat. Das schreiben auch Leute aus Ihrem Lager. Das wird von Fachleuten allenthalben heute bereits anerkannt. Als einen einzigen Beleg dafür zitiere ich Hans Moser, nicht zu verwechseln mit dem Schauspieler, der über das Regionalmodell Aichfeld-Murboden im wirtschaftspolitischen Handbuch schreibt, und ich zitiere nur stichwortartig: Eingestellt hat sich eine Verbesserung der Infrastruktur. Nicht gelöst werden konnten die Probleme des alten Industriegebietes. Und wiederum Zitat: Ganz im Gegenteil traten 10 Jahre nach dem Start des Regionalprojektes neue große wirtschaftliche Schwierigkeiten in dieser Region auf. Erfolge wurden ausschließlich in dem Sinne erreicht, daß ohne regionalpolitische Maßnah-

11774

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Stix

men die Resultate noch schlechter ausgefallen wären. Für die Zukunft läßt sich folgender Schluß ziehen: Die damals auf Wachstum und Außenorientiertheit gerichtete Regionalpolitik ist heute auf Grund veränderter Rahmenbedingungen kaum mehr wirksam. Der positive Schluß ist, ich zitiere wiederum: Künftig muß das Augenmerk auf eine selektive Eigenständigkeit im Sinne einer Förderung der unternehmerischen und institutionellen Fähigkeiten gelenkt werden.

Es hat ja eine strukturpolitische Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bundesregierung und Vertretern der Freiheitlichen Partei gegeben. Wir haben dort über diese Fragen alle gesprochen und uns in wichtigen Punkten eine angenäherte Meinung gebildet. Herr Finanzminister! Sie kennen das zehn Punkte umfassende Arbeitspapier der Freiheitlichen Partei zur Verbesserung der Situation in Krisenregionen. Ich brauche das hier nicht zu wiederholen.

Es ist aber klar, daß die bisherige Regionalpolitik nicht einfach so fortgesetzt werden kann. Und ich bin gespannt, Herr Bundesminister — ich nehme an, Sie werden es noch tun —, welche neuen Ideen zur Inangriffnahme der Situation in den wirtschaftlich schwachen Regionen Sie uns noch unterbreiten werden.

Einige wenige Stichworte zur Energie. Nicht zuletzt auch deswegen, weil Sie, Herr Bundesfinanzminister, in Ihrem Bericht unter anderem ein mehrjähriges Fernwärmeinvestitionsprogramm angekündigt haben. Es deckt sich zum Teil mit der Strukturpolitik in den Regionen, zum Teil aber auch nicht, weil Fernwärmenetze natürlich in Ballungsräumen und damit zu einem erheblichen Teil an sich in wirtschaftlich florierenden Regionen Platz greifen werden.

Wir Freiheitlichen begrüßen eine Schwerpunktbildung bei der Fernwärme. Wir begrüßen, daß es auch hoffentlich bald ein Fernwärmewirtschaftsgesetz geben wird. Es war nicht meine Fraktion, die verzögernd gewirkt hat. Wenn es nach uns Freiheitlichen gegangen wäre, dann bräuchten wir auf das Fernwärmewirtschaftsgesetz nicht erst zu warten, dann gäbe es dieses Fernwärmewirtschaftsgesetz bereits. Ich freue mich aber, Herr Finanzminister, daß Sie hier ein mehrjähriges Investitionsprogramm ankündigen. Nicht zuletzt auch deswegen freue ich mich darüber, weil damit eine seit Jahren vorgetragene freiheitliche Anregung aufgegriffen wird, nämlich die Anregung, den Energiebereich dazu zu verwenden, die im Wege des Rückzuges aus dem Öl notwendig gewordene Umstrukturierung

dazu zu benützen, um in anderen Bereichen schwindende Beschäftigungsmöglichkeiten aufzufangen oder überzukompensieren.

Ich teile auch Ihre Auffassung, daß wir von der gegenwärtigen Beruhigung auf den Weltölmärkten uns nicht verleiten lassen dürfen zu meinen, daß damit die Ölproblematik beseitigt wäre. Auch ich möchte warnen, die gegenwärtige Entspannung auf den Ölmärkten falsch einzuschätzen. Auch ich möchte davor warnen, jetzt alle jene mühsam in Gang gesetzten Bemühungen um Ausweichlösungen, um Alternativenenergien wiederum auf die lange Bank zu schieben oder gar einzustellen. Es könnte ein böses Erwachen geben, und daher teile ich auch Ihre Auffassung, Herr Bundesminister, daß alle Energiesparmaßnahmen fortzusetzen sind.

Ich komme zum Schluß, Herr Bundesminister für Finanzen. Für das Ankurbeln der Konjunktur wäre nach Keynes'scher Auffassung an sich jetzt eine Budgetausweitung notwendig. Das ist eine Situation, von der ich glaube, daß sie im theoretischen Modell richtig ist. Die Tragik ist nur die, daß diese Budgetausweitung gegenwärtig nicht mehr möglich ist, weil sie zu einer Zeit begangen wurde, als sie nicht notwendig war.

Das heißt, entgegen den Keynes'schen Ratschlägen hat die Bundesregierung in der Zeit der Hochkonjunktur das Budget übertrieben ausgeweitet und damit den Handlungsspielraum für eine depressive Wirtschaftsphase zur Unzeit vergeben.

Sie haben das irgendwo so durchklingen lassen, Herr Finanzminister, in Ihrem Bericht, wenn Sie schreiben auf Grund der Maßnahmen, die Sie im Sinne haben — und jetzt wörtlich —: „Die Schulden des Bundes werden dadurch ansteigen, was dem Finanzminister nicht angenehm ist. Aber den kleinen autonomen Spielraum zur Abwehr negativer Auslandseinflüsse müssen wir im Interesse der Menschen dieses Landes nützen.“

„Der kleine autonome Spielraum“, und damit, Herr Finanzminister, haben Sie zugegeben, daß unser freiheitlicher Vorwurf richtig ist, daß Sie den großen Handlungsspielraum in den Zeiten der Konjunktur vertan haben und im Grunde genommen jetzt mit gebundenen Händen dastehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sind uns aber wiederum einig, daß die gegenwärtige Konjunktursituation eine Ankurbelung der Wirtschaft verlangt. Und wo kann diese noch passieren, wenn nicht durch

Dr. Stix

Budgetausweitung? Da sage ich noch einmal, auch nur in Stichworten, was wir Freiheitlichen schon wiederholt vorgetragen haben: Wir glauben, daß eine richtige Kreditfinanzierung sehr wohl geeignet wäre, die Wirtschaft anzukurbeln, aber erstens außerhalb des Budgets, also nicht im Wege des Staatshaushaltes, und zweitens nur für Vorhaben, nur für Projekte, die nicht Folgekosten verursachen, sondern die Folgeerträge bringen, nicht Folgekosten wie beispielsweise dieses Konferenzzentrum, über das wir schon sattem diskutiert haben, sondern Folgeerträge wie beispielsweise Investitionen in ein Fernwärmenetz, wodurch so viel an fossiler Energie eingespart wird, daß die hineingesteckten Finanzmittel und Kredite langfristig mehrfach wieder zurückkommen und sich damit auch selbsttragend tilgen.

Was wir brauchen, ist eine Ankurbelung der Wirtschaft durch eine Kreditfinanzierung bei Projekten, deren Verwirklichung zu einer selbsttragenden Tilgung der Kredite führt.

Das ist ein Weg, der ist beschäftigungspolitisch gut, der ist finanzierbar, der ist geldwertneutral und er belastet auch nicht unsere Leistungsbilanz, ganz im Gegenteil, im Bereich der Energie kann er sogar zu einer Entlastung und Verbesserung unserer Leistungsbilanz führen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die wirtschaftlichen Probleme werden größer und die Wirtschaftspolitik wird schwieriger. Für die sozialistische Alleinregierung sind endgültig die Zeiten vorbei, wo man mit Schönwetterpolitik dank günstiger Zeitverhältnisse Fehler machen und dennoch ganz gut durchkommen konnte.

Jetzt braucht es mehr Realitätssinn, mehr Einfallsreichtum und mehr Mut zur Wahrheit, um den richtigen wirtschaftspolitischen Weg zu finden. Wir Freiheitlichen tragen mit unseren Ideen gern dazu bei, diesen Weg zu finden.

Und glauben Sie, glauben Sie uns Freiheitlichen eine Grundwahrheit: Die Menschen sind durchaus bereit, Schwierigkeiten selbst zu meistern, sind durchaus bereit, sich selbst zu helfen, wenn man sie nur läßt. Lassen Sie die Menschen sich selbst helfen! Das ist unser freiheitlicher Appell. *(Beifall bei der FPÖ.)* 16.45

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dittrich.

16.45

Abgeordneter Ing. **Dittrich** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Her-

ren! Wir haben von den beiden Berichten des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers zur wirtschaftlichen Lage eine genaue Bestandsaufnahme erwartet. Das war leider nicht der Fall.

Auch heute, und ich glaube, es wird sicherlich die letzte Debatte nach einem Bericht des Bundeskanzlers zur wirtschaftlichen Lage vor der nächsten Nationalratswahl sein, haben wir keine genaue Aussage zur wirtschaftlichen Situation. Durch lange Strecken waren beide Berichte eine Schönfärberei weit weg jeder Realität.

Von vielen Vorrednern beider Oppositionsparteien wurde auf viele Probleme schon eingegangen, ich möchte mich daher nur auf einige mir wesentlich erscheinende wichtige Punkte beschränken.

Die im Spätherbst, Winter eingetretene Arbeitslosigkeit bei uns in Österreich war weit mehr als eine saisonbedingte. Wir haben in Wien einen Baugipfel durchgeführt, Wirtschaftsgespräche geführt, die Prognosen sind voll und ganz eingetreten.

Wir als Vertreter der Wirtschaft haben für Wien 25 000 Arbeitslose prognostiziert, die Realität waren 29 000, für Gesamtösterreich 150 000, die Realität war 156 000.

Das Absinken der Arbeitslosigkeit in den Monaten März, April hat sich nicht in der Weise, wie von der Regierung vorausgesagt, abgespielt, weil es eine weitgehendere, tiefgehendere Struktur- und Wirtschaftskrise ist.

Auch diese optimistischen Aussagen der Regierung haben wir immer bestritten und haben damit leider recht gehabt.

Und nun ein Wort, meine Damen und Herren, zur Lehrlingssituation, weil diese heute sehr breit auch im Bericht des Bundeskanzlers und in der Diskussion und Wortmeldung des Finanzministers enthalten war.

Ich darf hier einiges zumindest für das Bundesland Wien richtigstellen: Wir haben bereits im Dezember 1978 die Lehrlingssituation erkannt und richtig eingeschätzt. Erst jetzt, erst 1982, dreieinhalb Jahre später, kam es zu einer ersten gemeinsamen Aktion — dreieinhalb Jahre später und sehr spät, meine Damen und Herren.

Bereits im Dezember 1978 habe ich eine gemeinsame Aktion mit der Stadt Wien vorgeschlagen, weil wir wußten, daß wir in Wien zum Unterschied zu anderen Bundesländern noch bis 1984 diese hohen Zahlen haben, wir müssen noch bis 1984 zehntausend Lehrlinge jährlich unterbringen.

11776

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Ing. Dittrich

Und in Erkenntnis der wirtschaftlichen Situation, des Absinkens der wirtschaftlichen Tätigkeit habe ich 1978 den Vorschlag eingebracht, der wurde abgelehnt, 1980 wurde er abgelehnt. Erst im vergangenen Jahr, als sich die Situation so zugespitzt hatte, daß wir 700 junge Leute, davon 500 Mädchen, nicht mehr unterbringen konnten, haben Sie unserem Vorschlag zugestimmt, einen Brückenlehrgang durchzuführen. Und erst vor wenigen Tagen, wie bereits von mir aufgezeigt, kam es zur gemeinsamen Aktion.

Meine Damen und Herren! Die Initiatoren zum Brückenlehrgang und zu dieser gemeinsamen Aktion waren ausschließlich die Vertreter der Wiener Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben damit den Beweis erbracht, wie ernst wir das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nehmen. Sie kommen heute darauf und teilen uns heute mit, daß Sie dieses Problem bewältigen und im Griff haben.

Es wird für uns aber auch langsam unerträglich, daß der Herr Sozialminister ununterbrochen mit dem Jugendeinstellungsgesetz droht, einem Gesetz, das lediglich jugendliche Hilfsarbeiter produzieren würde mit der Folge, daß uns in den nächsten Jahren die so notwendigen Facharbeiter fehlen. Ich bedauere es, daß der Herr Sozialminister nicht anwesend ist, aber ich bitte, ihm doch folgendes auszurichten:

Herr Sozialminister! In einer Phase größter Anstrengungen — und ich betone: gemeinsamer größter Anstrengungen — die Unternehmerschaft weiter mit Drohungen zu verunsichern, ja sie zu verletzen, ist gelinde ausgedrückt mehr als bedenklich. Ich mache Sie für diese Vorgangsweise und alle damit verbundenen Folgen voll und ganz verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir können für die wirtschaftliche Entwicklung weder national noch international den leisesten Hoffnungsschimmer erkennen. National sind infolge der äußerst tristen Budgetsituation keine spektakulären Impulse möglich, und international hält die Flaute an. Die leicht optimistischen Prognosen für die Bundesrepublik Deutschland: maximal 2 Prozent Wachstum im letzten Quartal werden in der Zwischenzeit revidiert, und wir alle wissen, daß der Verzögerungseffekt zu uns bekanntlich etwa sechs Monate beträgt.

Ich bin davon überzeugt, daß wir das wirtschaftliche Tief noch nicht erreicht haben, und ich erwarte und befürchte, daß dieses

Tief ab Herbst 1982 in seiner vollen Stärke in Erscheinung treten wird.

Meine Damen und Herren! Die Stunde der Wahrheit kommt. Ich habe nach den Berichten des Bundeskanzlers und des Finanzministers den Eindruck, daß sie zu einer Zusammenarbeit immer noch nicht bereit und an ihr sehr interessiert sind. Ich glaube, es wäre doch jetzt allerhöchste Zeit, die Pakete etwa der gesamten Privatwirtschaft, der Landwirtschaft, der verstaatlichten Wirtschaft, der Sozialversicherungseinrichtungen auf den Tisch zu legen, zu prüfen, wieso es denn zu dieser miserablen Situation unserer Betriebe gekommen ist, vor allem die hausgemachten Probleme herauszuarbeiten und nicht nur auf die internationalen hinzuweisen.

Sofort könnte man hier erkennen, wie sich Ihre Wirtschaftspolitik, Ihre Belastungspolitik und Ihre Umverteilungspolitik für die Betriebe auswirkten: keine Gewinne, kein Eigenkapital und daher auch keine sicheren Arbeitsplätze. Drehen Sie doch endlich die Belastungsschraube deutlich zurück! Lassen Sie die Unternehmen wieder Gewinne machen und erlassen Sie sofort die belastende Kreditsteuer! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade von den Vertretern der Wirtschaft wäre es nämlich — und das muß man hart formulieren — verantwortungslos, würden sie die derzeitige Entwicklung verniedlichen. Ich meine daher, niemand in diesem Land, an welcher Stelle er immer Mitverantwortung trägt, darf sich der Konfrontation mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit entziehen, am wenigsten natürlich jene, die für die Wirtschaftspolitik in diesem Land verantwortlich sind. Daher müssen Sie endlich zur Kenntnis nehmen, daß es weit und breit keine Anzeichen für eine Konjunkturbelebung gibt und daß hierzulande die Talfahrt weitergehen wird.

Wir befinden uns sicherlich in der schwierigsten wirtschaftlichen Situation seit Beginn der fünfziger Jahre. Wir sind in einer Situation, wo Unternehmungen aller Größenordnungen reihenweise in Ausgleich und Konkurs gehen, in einer Situation, wo der Patient Wirtschaft keine Widerstandskraft mehr hat. Alle notwendigen Reserven — sprich Kapital — sind verbraucht.

Wie lange werden die noch wenigen gesunden Privatbetriebe die immer größer werden den Bedürfnisse der verstaatlichten Industrie überhaupt noch finanzieren können? Wie lange kann das brennende Problem im Bereich der Sozialversicherungsträger noch weggeschoben werden? Bitte erkennen Sie

Ing. Dittrich

doch endlich die Zeichen der Zeit! Die Zeit und die Stunde sind gekommen, in der eine Gesamtbestandsaufnahme dringend notwendig ist. Machen Sie nicht den großen Fehler, dies bis nach den nächsten Wahlen im kommenden Jahr zu verschieben.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei und die Wirtschaft waren immer zu einer vernünftigen Zusammenarbeit bereit, einer Zusammenarbeit der Verantwortungsbewußten, der Gutgesinnten und der Fähigen.

Wir sind aber auch davon überzeugt, daß es ohne Opfer nicht gehen wird. Es ist unerträglich geworden, daß alle Vorschläge von anderen einfach und sofort abgelehnt werden, ohne diese ernsthaft zu prüfen oder darüber zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wir haben am Donnerstag, den 25. Mai in der ersten Sendung der Reihe „Dokumentation Österreich 2“ sehr eindrucksvoll erlebt, wie unser Land, vor allem unsere Ballungszentren in der Stunde Null, also 1945, ausgesehen hatten. Unser Heimatland lag in Schutt und Asche. Die gesamte österreichische Bevölkerung — ich betone: alle Österreicher — hat eine gigantische, beeindruckende Aufbauarbeit geleistet, eine Leistung, an die wohl die größten Utopisten damals nicht gedacht hätten. Kein Zweifel mehr an der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit dieses kleinen Landes Österreich wie etwa in den Jahren 1918 bis 1938. Ich glaube, wir alle hängen zu sehr an diesem Land und müssen daher alles unternehmen, dieses schöne Stück Heimat lebenswert zu erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist daher höchste Zeit, einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.57

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Erich Schmidt.

16.58

Abgeordneter Dr. Erich Schmidt (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf vielleicht am Beginn meiner Ausführungen, Herr Kollege Graf, gleich auf die Darstellung von Ihnen antworten, wo Sie gesagt haben, es wäre falsch, daß die Förderung bei General Motors nicht ungefähr der Förderung der Firma Zanussi entsprechen würde.

Nun möchte ich hier aus der Rede des Herrn Bundeskanzlers zitieren, der sagte:

Übrigens: Die Förderung bei General Motors entspricht ungefähr — ungefähr! — jenem Maß an Förderung, das bei der Etablie-

rung der Firma Zanussi in Fürstenfeld ins Auge gefaßt wurde, wobei hierüber wie bei General Motors mit der Landesregierung in Wien, in diesem Fall mit der Landesregierung der Steiermark, eine Verständigung erzielt wurde. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Kollege Graf! Ohne Details hier mitzuteilen — ich bin ja nicht befugt, das zu tun —, möchte ich Ihnen aber doch sagen, daß die Darstellung nicht falsch, sondern absolut richtig ist, wie die Daten jener Förderungsinstitutionen, die diese Verhandlungen geführt und letztendlich abgeschlossen haben, auch zeigen.

Es ist ungefähr ein Viertel der gesamten Investitionen an verlorenen Zuschüssen seitens des Bundes und seitens des Landes vorgesehen, und ungefähr weitere zwei Viertel sind an begünstigten, geförderten und durch Haftung versehenen Kredite vorgesehen. Wenn Sie das kapitalisieren, Herr Kollege Graf, dann kommen Sie durchaus zu diesen Ergebnissen, die man bei General Motors immer wieder von Ihrer Seite aus kritisiert hat. Wenn Sie das nicht tun, ist es natürlich schwer vergleichbar, und insofern ist auch das Wörtchen „ungefähr“ hier eingefügt worden, weil natürlich verschiedene Instrumente eben verschiedene Arten, aber im Ergebnis durchaus dasselbe, mit sich bringen können, und das ist hier der Fall. Deshalb möchte ich noch einmal betonen: Es ist nicht falsch, was hier dargestellt wurde, sondern absolut richtig. Das nur zur Klarstellung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute vorgelegte Wirtschaftsbericht ist ein Bericht über die im internationalen Vergleich zweifellos erfolgreiche Politik, die damit beschrieben, umschrieben werden und deren Fortsetzung damit dokumentiert werden konnte.

In einer international mehr als schwierigen Periode einer langandauernden Rezession war es möglich, mit dieser Politik eine wirtschaftliche Entwicklung in Österreich zu setzen und zu beeinflussen, die ein Wirtschaftswachstum in der Periode 1979 bis 1982 mit sich brachte, wo Österreich nach Japan noch immer an vorderster Stelle liegt und auch weiterhin, soweit die Prognosen reichen und man das sagen kann, liegen wird. Ähnlich ist das, wie Sie wissen, im Bereich der Verbraucherpreise, ähnlich ist das, wie Sie wissen, in der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Das war natürlich ganz wesentlich ein Ergebnis jener Programme, die die Bundesre-

11778

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Schmidt

gierung beschlossen und auf Grund der Vorschläge des Herrn Finanzministers auch tatsächlich durchgeführt hat.

Das waren die heute bereits erwähnten Programme, nämlich das Vier-Punkte-Programm, mit dem sofort Mitte des vergangenen Jahres Maßnahmen im Bereich der Investitionsförderung, im Bereich der Insolvenzhilfe und im Bereich der Direkthilfe in besonders schwierigen Sektoren gesetzt worden sind.

Das war die Ausarbeitung des Beschäftigungsprogramms, das am Beginn dieses Jahres bereits vorgelegt wurde, und es ist einfach nicht so, wie Sie das 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung klarmachen zu können glaubten, daß der einzige Schwerpunkt des Beschäftigungsprogramms der österreichischen Bundesregierung darin besteht, ein Konferenzzentrum zu bauen, sondern ein Punkt von zwölf Punkten, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dieses Konferenzzentrum. Im Ausmaß und in den Kosten viel umfangreicher auf das Jahr 1982, aber auch auf die Folgejahre gerechnet sind die anderen Maßnahmen, die gesetzt worden sind, egal ob das in dem großen Bereich der Eisen- und Stahlindustrie der Fall ist, wo für die Umstrukturierung und zur Verlustabdeckung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden, egal ob das in diesem umfangreichen Bereich der Bauindustrie der Fall ist, wo einerseits kurzfristige Maßnahmen gesetzt worden sind, um sehr rasch die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich bekämpfen zu können, aber andererseits bedeutende mittelfristige Maßnahmen ebenso gesetzt worden sind, vom Sonderwohnbauprogramm begonnen bis zu den Milliarden für die Altstadtsanierung.

Der dritte große Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja, wie bekannt ist, der Bereich der Investitionsförderung, der Bereich der Forschungsförderung, dieser gesamte Komplex, der natürlich gar nicht kurzfristig wirken kann, sondern nur eine mittelfristige Wirksamkeit mit sich bringen wird. Alles das sind Summen und Größenordnungen weit über das hinaus, was für das Jahr 1982 für das Konferenzzentrum vorgesehen ist. Das sind die wichtigsten Schwerpunkte, mit diesen zusätzlichen baulichen Investitionen für dieses Konferenzzentrum, die die Beschäftigungspolitik positiv beeinflussen sollen, die die Beschäftigungspolitik in diesem Jahr und in diesen schwierigen Monaten und in den Folgejahren noch positiv beeinflussen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftspolitik hat sich also als stabi-

ler, als leistungsfähiger und als flexibler erwiesen als die gesellschaftlichen Modelle anderer Staaten, die mit konservativen oder überwiegend eben kapitalistischen Methoden versuchen, ihre Länder aus der Krise zu steuern. Solche Rezepte, die in anderen Ländern bereits gescheitert sind, dürfen nie auf Österreich übertragen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Diskussion über diesen Wirtschaftsbericht fällt mit einer bereits langandauernden konjunkturellen Rezessionsphase zusammen. Sie wissen, Ende des Jahres 1981 wurde der Aufschwung prognostiziert. Er kam nicht Mitte 1982, er wird nicht Ende 1982 da sein und mit Sicherheit, wie es jetzt aussieht, auch nicht im Jahre 1983, und wenn überhaupt 1983, dann frühestens in der zweiten Jahreshälfte.

Die Arbeitslosigkeit hat eine Höhe erreicht, wie sie seit 30 Jahren nicht mehr verzeichnet wurde, und diese Beschäftigungskrise riß tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte. In dieser Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist Sparpolitik allein überhaupt kein geeigneter Weg zur Lösung der Probleme, vielmehr sind gezielte nachhaltige Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der ungleich beste Weg zur Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Die öffentlichen Haushalte müssen der Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs, der sozialen Gerechtigkeit und der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen dienen. Die staatliche Steuer- und Finanzpolitik ist diesem Ziel unterzuordnen. Diese finanzpolitische Aufgabenstellung bestimmt die Haltung, unsere Haltung zur Staatsverschuldung.

Ohne eine aktive Beschäftigungspolitik des Staates ist die Arbeitslosigkeit, wie wir aus allen Ländern sehen, nicht zu bekämpfen, denn über die Einflüsse der internationalen Rezession hinaus ist es sehr wahrscheinlich, daß die gesamtwirtschaftliche Produktivität in den nächsten Jahren schneller steigen wird als das reale Bruttosozialprodukt. Dies bedeutet, daß als Folge der technologischen Entwicklungen und anderer Rationalisierungsfaktoren zukünftig mehr Arbeitsplätze wegfallen werden, als gleichzeitig durch Wirtschaftswachstum neue entstehen können, und dies vor dem Hintergrund der internationalen Rezession und einer demographisch wachsenden Zahl von Erwerbspersonen. Wir würden uns von dem Ziel der Erreichung und der Erhaltung der Vollbeschäftigung immer weiter entfernen, würden wir nicht ein Konzept einer autonomen Beschäftigungspolitik, das auf einer Beschleunigung des qualitativen

Dr. Schmidt

Wachstums und einer sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung beruht, entwickeln und zur Durchführung bringen. Eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik hat daher besonders in diesem Zusammenhang, nämlich der Entwicklung eines beschleunigten qualitativen Wachstums wie auch der Verbesserung der Lebensqualität, eine besonders wichtige Rolle.

Zur Finanzierung der beschäftigungssichernden Finanzpolitik muß daher der Spielraum der öffentlichen Kreditaufnahme voll ausgenützt werden. Die Kampagne der nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in Österreich festzustellenden konservativen Kräfte gegen Staatsverschuldung ist zweifellos Bestandteil eines politischen Programms. Mit diesem politischen Programm soll der Staat schrittweise aus seiner ökonomischen, seiner gesellschaftlichen Verantwortung herausgedrängt werden.

Es wird mit diesem Programm immer wieder auch ein Verzicht auf die Erreichung von Vollbeschäftigung verbunden. Wir kennen diese Töne aus dem Ausland, wir kennen die konkreten Beispiele im Ausland, aber auch die Töne einer Senkung der Staatsquote durch Abbau von Sozialleistungen im Inland; auch die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen gehört dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit wären nicht nur die Errungenschaften des Sozialstaates in Frage gestellt, sondern dadurch würde auch bei weltweit zunehmender Krisenhaftigkeit der ökonomischen Entwicklung zu einer dramatischen Verschärfung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die Monetaristen behaupten, daß Wirtschaftswachstum wieder möglich sein wird, wenn man den Staatsanteil am Sozialprodukt zurückdrängt, die Geldmengenausweitungen auf niedrigem Niveau hält und das freie Spiel der privaten Wirtschaft fördert. Ich sage dagegen, daß Massenarbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche nur dann überwunden werden können, wenn Wachstumsimpulse, die vom Staatshaushalt ausstrahlen, gekoppelt werden mit Investitionen der öffentlichen Unternehmen, wenn verstärkte Investitionsanreize für die privaten Unternehmen bei gleichzeitiger Bekämpfung von Inflationstendenzen erreicht werden.

Die Wirtschaftspolitik in den USA und in Großbritannien, also in diesen großen, derzeit konservativ regierten Ländern, manifestiert, wie James Tobin, der Nobelpreisträger aus dem vergangenen Jahr, sagt, das, was man bereits als konservative Konterrevolution in

aller Munde trägt. Es zeigt sich hier in der Theorie, in der Ideologie und in der praktischen Wirtschaftspolitik eine Erneuerung eines Konservatismus mit sehr reaktionären Zügen.

Bei der Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren, über die Grenzen der Staatsverschuldung ist es auch notwendig, zwischen den ökonomischen und den politisch-psychologischen Hemmnissen für weitere staatliche Kreditaufnahme zu unterscheiden. International zeigt sich, daß diese konservativen Angstkampagnen ihre Wirkungen nicht verfehlt und in manchen Staaten zu einem Dilemma in der Finanzpolitik geführt haben, obwohl nach ökonomischen Gesichtspunkten in diesen Ländern noch lange nicht die Grenzen erreicht wurden. Schuldenmachen gilt halt allgemein als bedenklich, besonders wenn es sich um Milliardenbeträge handelt, die die Vorstellungskraft fast zwangsläufig überfordern. Ein Schuldenberg wird mehr und mehr in Verbindung gebracht mit den Gefahren einer Stabilisierungskrise und erregt Ängste, die durch die erlebten und überlieferten Erfahrungen mit zwei Inflationen und anschließenden Währungsreformen tief verwurzelt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist daher mehr als absurd, daß sich eine Diskussion um die Staatsverschuldung in Österreich zunehmend verstärkt, denn in Österreich ist der Schilling eine der stabilsten Weltwährungen, der Stabilitätsfortschritt ist in Österreich im internationalen Vergleich deutlich größer als in den fünfziger und sechziger Jahren. Obgleich die Staatsverschuldung in Österreich niedriger ist als in vielen anderen Industriestaaten, scheut man sich nicht davor, im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung von Grenzformen, wie zum Beispiel Pleiten oder Staatsbankrott und ähnlichen Ausdrücken, zu sprechen. Es ist eine Gefahr, wenn hier Ängste geschürt werden, die die Handlungsfähigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie das erfolgreiche Bekämpfen der Arbeitslosigkeit in Österreich in Zukunft beeinträchtigen könnten.

Heute wurden bereits in der Debatte die Daten über die öffentliche Verschuldung im internationalen Vergleich erwähnt und dargestellt; ich will sie nicht mehr wiederholen. Es zeigt sich wie bei all diesen Vergleichen, daß Österreich im guten Mittelfeld in Fragen der öffentlichen Verschuldung im Verhältnis Finanzschuld zum Bruttoinlandsprodukt wie auch in der Frage der Finanzschuld des Bundes liegt.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und

Dr. Schmidt

Herren, halte ich es auch für besonders problematisch und gefährlich, wenn der Herr Parteivorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs eine einfache, eine primitive Formel verwendet: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. (*Abg. Dkfm. Bauer: Das ist ein wahrer Satz!*) Kollege Bauer, Sie werden ja noch Gelegenheit haben, das wesentlich zu untermauern, lassen Sie mich aber zu dieser meiner Meinung nach gefährlichen Primitivformel einiges sagen.

Es ist doch absurd, zu glauben, daß es möglich ist, ohne Kreditfinanzierung zusätzlich positive Beschäftigungseffekte in dieser Situation, in der wir sind (*Abg. Dkfm. Bauer: In die Sie uns hineinmanövriert haben!*) seitens der öffentlichen Haushalte zu erreichen. Es ist doch so: Wenn der Staat auf eine Vorfinanzierung von Beschäftigungsprogrammen verzichtet, Kollege Bauer, durch eine entsprechende Kreditaufnahme, so riskiert er spätere Defizite, die auf Grund der Arbeitslosigkeit, die auf Grund der Verluste der Einkommen, die auf Grund der geringeren Finanzierung des gesamten Sozialgebäudes entstehen und die dann abzudecken sind.

Ich bin überzeugt davon, daß der Staat den ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten der Beschäftigungskrise nicht entkommen kann. Die Frage ist die: Entstehen die Defizite vorher, also durch vorbeugende Beschäftigungsprogramme, oder im nachhinein? Werden Beschäftigungsprogramme durch Kredite finanziert, so rechnet sich das Defizit, weil durch den Abbau von Arbeitslosigkeit, durch zusätzliches Wachstum die fiskalischen Kosten dieser Beschäftigungskrise verringert werden.

Unter diesem Aspekt bin ich davon überzeugt, daß es richtig ist, vom Selbstfinanzierungseffekt einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik zu sprechen. Wer Defizite als Voraussetzung aktiver Beschäftigungspolitik ebenso ablehnt wie als Folge eingebauter Stabilisatoren, der muß diese Konsolidierungspolitik, wie wir es ja in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien sehen, eisern durchhalten, die Staatsausgaben trotz Beschäftigungskrise drosseln oder eine völlige Umkehr der Politik machen, die wir ja zu erwarten haben, weil sie ihre Grenzen bereits weit überwunden hat, weil sie ihre Toleranzgrenzen bereits weit überschritten hat, der muß eine neue Politik finden. Dieser Weg, der in der Weltwirtschaftskrise zwischen den beiden Weltkriegen auf der Basis von Notverordnungen mit verheerenden Folgen beschritten wurde, wird heute von politischen Kräften, die bedenkllicherweise in manchen Ländern

an Boden gewonnen haben, empfohlen und vorexerziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muß nicht betont werden, daß wir Sozialisten diese Strategie mit aller Vehemenz ablehnen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der rationale und kontrollierte, der verantwortungsbewußte Einsatz der staatlichen Kreditaufnahme als mächtiges und wirksames Instrument zur Konjunktursteuerung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen darf nicht durch sachfremde Urteile verhindert werden. Der Erkenntnisstand der modernen Volkswirtschaft darf nicht mehr außer acht gelassen werden. Gleichzeitig muß den gegenwärtigen Bedingungen einer im Strukturwandel wachsenden Wirtschaft Rechnung getragen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich die Mühe gemacht und den Wirtschaftsbericht durchgesehen haben, so werden Sie sicherlich erkennen können, daß im Bereich der Wirtschaftsförderung in den letzten Jahren Enormes an Leistungen zum Gutteil — gar keine Frage — über diese Kreditfinanzierung seitens der öffentlichen Hand für die österreichische Wirtschaft erbracht wurde. Die Kosten der Wirtschaftsförderung belaufen sich heuer für den Bund auf ungefähr 11,6 Milliarden Schilling. Im Jahre 1970 waren es 1,9 Milliarden Schilling. Also zirka ein Sechstel betrug dieser Aufwand dafür.

Diese Wirtschaftsförderung, die in den verschiedensten Aktionen, Branchenförderungen und in den verschiedensten Institutionen verteilt wird, hat, wie Sie wissen, mehrere Standbeine. Lassen Sie mich nur die wichtigsten nennen.

Im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung wurde für die Arbeitsmarktförderung eine bedeutende Ausweitung in diesen Jahren durchgeführt. Es waren im Jahre 1970 168 Millionen Schilling und im Jahre 1982 1,6 Milliarden Schilling. Das sind mehr als 800 Prozent.

Allein für die Mobilitätsförderung — weil immer gefragt wird, was geschieht denn in den Regionen? — stieg das Volumen von 35 Millionen auf 410 Millionen Schilling.

Im Bereich der Exportförderung wurden im Jahre 1970 43 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Insgesamt kostete die Exportförderung von 1970 bis heute 13,4 Milliarden Schilling. Die Summe stieg von 1970 von 43 Millionen auf 2,8 Milliarden Schilling im Jahre 1982.

Das ist einer der wesentlichen Gründe,

Dr. Schmidt

warum es weiterhin reale Marktanteilsgewinne, reale Zuwachsraten im Exportsektor in den letzten Jahren gegeben hat und auch heuer wieder geben wird.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung im engeren Sinn, um noch diesen Bereich zu nennen, besonders im Bereich der direkten Wirtschaftsförderung, stieg das Förderungsvolumen von 260 Millionen auf 3,7 Milliarden Schilling im Jahre 1982. Und in jenem Bereich, der immer als Stiefkind von den Herren der Oppositionsparteien dargestellt wird, nämlich der Förderung der Forschung, stieg das Volumen von lächerlichen 67 Millionen Schilling im Jahre 1970 um 660 Prozent auf 511 Millionen Schilling im Jahre 1982. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie wissen ganz genau, ich könnte das jetzt fortsetzen Seite um Seite. Lassen Sie mich nur noch eines sagen: Das, was wir erreichen konnten, auch in Verhandlungen mit den Oppositionsparteien, ist ein sehr ausgewogenes System einer direkten Wirtschaftsförderung und einer indirekten Wirtschaftsförderung.

Der Steuerbereich wird allein im Jahre 1981 auf Grund der indirekten Wirtschaftsförderung, also der kumulierte Steuerkredit, mindestens 80 Milliarden Schilling betragen, was einen Zinsentgang für den Bund zwischen 8 und 9,5 Milliarden Schilling ausmachen wird.

Wenn ich schon so ausführlich die direkte Wirtschaftsförderung genannt habe, dann wollte ich das noch dazu sagen.

Ich bin überzeugt davon, daß dieses ausgewogene System, das sicherlich in vielen Bereichen noch zu verbessern, auszuweiten ist, wo manche Aktionen einzustellen sind und neue Aktionen zu entwickeln sein werden, daß dieses ausgewogene System der direkten Wirtschaftsförderung auf der einen Seite und der indirekten Wirtschaftsförderung auf der anderen Seite sicherlich einer der wesentlichen Gründe ist für die gute, im internationalen Vergleich relativ gute Entwicklung in diesem Lande in den letzten Jahren.

Ich glaube daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es unredlich ist, in den politischen Diskussionen die notwendigen Folgelasten einer Politik der Beschäftigungssicherung und Investitionsförderung, die die Zustimmung der Beteiligten und der politischen Parteien gefunden hatte, im nachhinein als Marsch in den Schuldenstand zu verdammen.

Es ist auch für einseitig zu halten, meine

ich, die unzweifelhaft hohen Zinsbelastungen, die die öffentlichen Haushalte übernommen haben, nun als beklagenswerte Haushaltslast zu sehen und nicht eben als das, was es ist, nämlich ein Kostenbeitrag für Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit der Staatshaushalte ebenso wie die der Volkswirtschaft genau dadurch verbessert haben, daß Wachstumsverluste vermieden werden, die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft gesteigert wurden.

Der Bund hat in den schwierigen Jahren der unzureichenden Beschäftigungsentwicklung im Ergebnis einen überproportionalen Anteil der Lasten der Konjunktursteuerung getragen und muß sie weiter tragen. Daher sind diese Schuldendienstverpflichtungen im Bundeshaushalt besonders stark angestiegen.

Wenn ich zu diesem Zeitpunkt vielleicht noch auf einen Punkt eingehe, den der Parteivorsitzende Steger heute in seiner Rede gebracht hat, indem er festgestellt hat, es sei bedenkenlos, Geld auszugeben, das Kinder und Enkel erst verdienen müssen, so mögen Sie ihm, Kollege Bauer, vielleicht mitteilen, daß das im Bereich der öffentlichen Hand genauso richtig ist, wie es im Bereich der Unternehmen richtig ist, nämlich daß man über Abschreibungen von Investitionen doch diskutieren darf.

Es ist überhaupt keine Frage: Warum soll es denn das bei öffentlichen Investitionen nicht geben, bei Investitionen, die jahrzehntelang ihre Aufgaben zu erfüllen haben, daß sie plötzlich nur in einem Jahr finanziert werden sollen, finanziert werden dürfen.

Selbstverständlich, es ist ja überhaupt keine Frage, daß durch diese staatliche Kreditfinanzierung und durch die Erfüllung von öffentlichen Aufträgen die Zukunftschancen künftiger Generationen und der Volkswirtschaft in Zukunft beeinflusst werden können.

Aber das hängt eben entscheidend von der Produktivitätsfrage ab und davon, daß diese Kreditfinanzierung Maßnahmen ermöglicht, die zum Ergebnis haben eine Verbesserung von Wachstumsbedingungen, eine Modernisierung der Wirtschaft, den Ausbau der Infrastruktur, die Förderung von Forschung und neuen Technologien, daß sie beitragen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zur Schaffung auch künftig sicherer Arbeitsplätze. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese staatliche Kreditfinanzierung muß in erster Linie von den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen ausgehen. Es wäre unverantwortlich, dieses Instrument dann nicht zu nützen, wenn es zur Vermeidung von Arbeits-

11782

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Schmidt

losigkeit, Wirtschaftskrisen und der damit verbundenen Vernichtung von Werten und Lebenschancen erforderlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser zur Debatte stehende Wirtschaftsbericht zeigt klar und deutlich die Probleme, die Maßnahmen, die Erfolge und all das, was noch zu tun ist im Rahmen der Programme der Bundesregierung, die vorbereitet sind, zum Teil bereits in Kraft getreten sind und deren Ergebnisse bereits abzulesen sind.

Es ist gar keine Frage, daß in Zukunft weitere Maßnahmen im Zuge des bereits angekündigten zweiten Beschäftigungsprogrammes nicht nur vorbereitet, sondern auch durchgesetzt und durchgeführt werden müssen, um auch weiterhin das zu erreichen, was den österreichischen Weg kennzeichnet, nämlich eine stabile wirtschaftliche Entwicklung mit einer Verhinderung der Arbeitslosigkeit, einer Erhaltung der Vollbeschäftigung und einer stabilen Entwicklung der Verbraucherpreise bei entsprechendem Wirtschaftswachstum. (Beifall bei der SPÖ.) 17.29

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

17.29

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Schmidt hat im Zuge seiner Ausführungen gesagt: Wenn Sie die beiden Berichte aufmerksam gelesen hätten, dann hätten Sie gemerkt, wie die Wirtschaftspolitik der Regierung läuft!, wenn ich ihn richtig verstanden habe.

Ich habe die Berichte aufmerksam gelesen, ich habe auch den Referaten, die von den Vertretern der Regierungspartei zu den Berichten gehalten wurden, aufmerksam zugehört. Ich räume dem Abgeordneten Schmidt ein, daß er in meinen Augen den ersten Ansatz für eine Diskussion geliefert hat. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was er gesagt hat, weil ich glaube, daß das eine oder andere, von meiner Warte gesehen, nicht richtig ist. Ich werde mich damit auseinandersetzen, aber ich räume ihm ein: Er hat hier den ersten Diskussionsbeitrag geliefert für eine wirtschaftspolitische Diskussion.

Aber nun zu den Berichten, meine Damen und Herren. Ich habe schon viele Wirtschaftsberichte der Regierung in diesem Hohen Haus gehört und ich habe sie alle gewissenhaft studiert. Ich habe nun das erste Mal den Eindruck, daß die Berichte, wie sie heute hier gegeben wurden, eine Art von „Feuerwehrbe-

richten“ — ich möchte sie so bezeichnen — gewesen sind. Es fehlt die wirtschaftspolitische Linie und es ist in beiden Berichten eine Aufzählung von punktuellen Maßnahmen enthalten, wo man da oder dort eingegriffen hat, um Schlimmes zu verhüten. Ich werde mich auch bemühen, auf diese Punkte im einzelnen einzugehen, weil ich das für wichtig halte, weil in meinen Augen daraus hervorgeht, daß man in der Regierungspartei über den Weg, den man einschlagen will, einschlagen soll oder gehen soll, keine Klarheit hat. Was diese Berichte widerspiegeln, ist eben dieser Mangel an Klarheit, dieser Mangel an Linie.

Ich möchte Ihnen das gar nicht polemisch sagen. Wir sind in der Österreichischen Volkspartei nie soweit gegangen, daß wir gesagt haben: Sie sind an allem schuld, was in der Weltwirtschaft passiert. Ich bin auch nie soweit gegangen, daß ich gesagt habe — ich sage das auch jetzt nicht, auch im Licht dieser Berichte nicht —, daß alles, was Sie machen, falsch ist, daß alles, was Sie machen, schlecht ist. Das stimmt nicht. Sie machen gute Sachen, Sie machen schlechte Sachen. Die Frage ist der Saldo, der dabei herauskommt.

Das Hauptproblem ist: Wie wird sich diese österreichische Wirtschaft und wie wird sich dieses Land in dieser schwierigen weltpolitischen Situation entwickeln, und sind das die richtigen Wege, die Sie gehen? Ist dieser Punktualismus, dieses punktuelle Intervenieren, ist das per saldo der richtige Weg in der heutigen Situation? Das ist die Frage, um die es hier geht.

Nun ein zweites Problem, das daraus hervorgeht und mit dem ich mich auch ganz kurz beschäftigen möchte. Sie sind einer Versuchung erlegen; und eine Regierungspartei unterliegt diesem Fehler leicht. Genauso wie die Opposition leicht dem Fehler unterliegt, alles herunterzumachen, unterliegt die Regierungspartei der Versuchung, daß sie alles in rosarotem Licht darstellt, daß sie alles schönfärbt. Sie sind dieser Versuchung — leider, muß ich sagen; leider — wirklich erlegen, auch diesmal wieder erlegen, und haben ein paar Dinge hier dargestellt, zu denen ich mich zunächst einmal äußern möchte.

Das erste ist einmal das Referat des Herrn Bundeskanzlers. Ich möchte nicht allzu viele Dinge herausnehmen, aber doch zwei Punkte, die mir wichtig erscheinen. Denn das Entscheidende in der Wirtschaftspolitik — wahrscheinlich überall — ist, daß man sich nichts vormacht, daß man sich selber nichts vormacht, daß man nicht Dinge in den Raum stellt, von denen man weiß oder wissen müßte, daß sie nicht so sind, wie sie darge-

Dr. Taus

stellt werden. Wenn die Diagnose nicht richtig ist, meine Damen und Herren, wird die Therapie zu einem noch größeren Glücksfall, als sie es ohnehin schon ist.

Da ist der eine Punkt vom Herrn Bundeskanzler. Er hat erwähnt — ich glaube, es ist auf Seite 9 seines Berichtes, wenn ich es richtig gelesen habe —, daß es in Österreich gelungen sei, die Entindustrialisierung — er meint offenbar so wie in anderen Ländern — zu verhindern.

Ich möchte nun versuchen, Ihnen hier nachzuweisen — nicht deshalb, weil ich recht haben möchte, sondern weil es einfach eine falsche Diagnose ist, die hier gegeben wird —, daß uns genau diese Entindustrialisierung in den letzten Jahren passiert ist, zum Nachteil unseres Landes, zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Ich gehe einmal her und nehme das Wichtigste, die industriellen Arbeitsplätze. Ich habe mir aus den Statistiken die Entwicklung der industriellen Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren zusammengestellt. Es hat zwar einmal einen Bruch gegeben im Jahr 1973 mit einer anderen Erhebungsmethode, aber das ist nicht wichtig, ich beginne daher erst bei 1973.

Die höchste Jahresdurchschnittszahl waren seit damals rund 676 000 Industriebeschäftigte. Es war damals eine Spitze von ungefähr 685 000 Beschäftigte, wenn ich das richtig im Gedächtnis habe. Das war im Jahr 1973. Und wir hatten im Jänner 1982 — das ist die letzte Zahl, die ich aus den Wirtschaftsforschungsberichten habe — eine Anzahl von Industriebeschäftigten, die das erste Mal unter 600 000 lag, es waren nur mehr 598 000. Das heißt, wir haben in einer Zeitspanne von nicht ganz einem Jahrzehnt rund 80 000 Industriearbeitsplätze in einem Land wie Österreich, das überhaupt nicht überindustrialisiert ist, verloren, und zwar, wie ich behaupte, mit dem jetzigen Weg der Politik unwiederbringlich verloren. Das ist einmal ein Punkt.

Jetzt könnte man sagen: Ja aber das ist ein Trend, ein internationaler Trend. Das ist eben überall so.

Da habe ich mir gedacht, ich schaue einmal, ob das ein internationaler Trend ist. Ich habe also den Weltentwicklungsbericht der Weltbank genommen. Und da habe ich gesehen, wie sich das entwickelt hat zwischen 1960 und 1979. Das war die Vergleichszahl, die ich hier drinnen gefunden habe. Und da stellt sich heraus, daß wir im Bereich der Industriebeschäftigung in einer — verglichen mit unseren

Haupthandelspartnern — schlechten Position sind. Ich lese Ihnen die Zahlen vor.

In Österreich waren laut „Weltentwicklungsbericht 1981“ 1960 46 Prozent der Erwerbspersonen in der Industrie beschäftigt, im Jahre 1979 37 Prozent der Erwerbspersonen. Das heißt, wir haben eine kräftige Verschiebung gehabt und einen kräftigen Abgang der Industriebeschäftigten.

Jetzt nehme ich andere Länder her, zum Beispiel die Niederlande. Die Niederlande haben zum gleichen Zeitpunkt 1960 42 Prozent der Erwerbspersonen in der Industrie beschäftigt gehabt, 1979 45 Prozent. Also immerhin, sie haben gehalten, ich will nicht sagen, daß sie die Zahl wesentlich verstärkt haben. Aber die Niederlande sind weit industrialisierter als Österreich.

Ich nehme nun die Schweiz her. Die Schweiz, die eine ähnliche Struktur hat wie wir, hoher Dienstleistungsanteil, die Schweiz hatte 1960 rund 50 Prozent im Bereich der Industrie beschäftigt, 1979 46 Prozent — ein leichter Abfall, aber 4 Prozentpunkte sind nichts Entscheidendes, sie hat auch etwa ihr Niveau gehalten.

Wir hingegen sind von 46 auf 37 Prozent zurückgefallen, ein Land, das in dieser Zeitspanne industriell hätte eher aufholen sollen. Das war ja das Ziel.

Ich gehe den nächsten Schritt. (*Abg. Blecha: Vergleichen Sie die absoluten Zahlen!*) Nicht die absoluten, Sie müssen die Relationen vergleichen, verehrter Herr Abgeordneter Blecha. Ich gehe noch einen Schritt weiter. Lassen Sie mich zu Ende sprechen, dann diskutieren wir darüber.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte in der Industrie 1960 48 Prozent, 1979 47 Prozent der Beschäftigten. Das heißt, dort wurde das Niveau an Industriebeschäftigten gehalten.

Ich könnte da jetzt fortfahren. Ich sage Ihnen auch: Lesen Sie sich den Weltentwicklungsbericht durch. Es sind die marktwirtschaftlichen Industrieländer auf Seite 185. Hier haben Sie diese Zahlen, jeder kann sie nachlesen.

Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren? Etwas sehr Einfaches: Wir haben in Österreich in den letzten Jahren eben nicht die Entindustrialisierung verhindern können, sondern ganz im Gegenteil, wir sind industriell in den letzten Jahren, verglichen mit unseren Hauptkonkurrenten, zumindest zurückgefallen. Etwas anderes will ich damit nicht sagen.

11784

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Taus

Nächster Punkt: Was muß die Politik in meinen Augen machen? Sie muß trachten, daß wir diesen Verlust, den wir jetzt haben, nachdem wir ja ohnedies von einem niedrigeren Niveau begonnen haben, wieder aufholen. Und meine Meinung ist, daß uns mit der Politik, wie wir sie jetzt betreiben, dieses Aufholen nicht gelingen wird, an dem wir alle hier größtes Interesse haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Um etwas anderes geht es uns ja nicht.

Nun noch ein zweiter Punkt, der ebenfalls beim Herrn Bundeskanzler vorkam, wobei ich ihm gar nicht sage, daß er nicht ernst gemeint hat, was er schreibt, und daß er hier in seinem Bericht nicht tatsächlich versucht hat, die Dinge darzustellen, wie er sie sieht oder wie sie seine Fachleute sehen. Man muß es aber immer im internationalen Vergleich sehen. Er hat zweitens über die großen außenhandelspolitischen Erfolge gesprochen.

Ich habe mir den Marktanteil Österreichs an den Importen der EWG schnell ausrechnen lassen. Österreich hat im Jahre 1981 einen Marktanteil an den Importen der EWG, das heißt an dem, was die EWG gekauft hat, von 1,29 Prozent. Das ist für ein kleines Land normal, aber wir haben 1980 1,33 Prozent gehabt, wir haben 1979 1,38 Prozent gehabt, wir haben 1978 1,40 Prozent gehabt, wir haben 1977 1,28 Prozent gehabt und wir haben schon im Jahre 1973 1,22 Prozent gehabt. Das heißt also, wir haben dort im wesentlichen nicht viel gewonnen. Ich muß immer von dem Gesamtvolumen ausgehen.

Und das ist das Problem, meine Damen und Herren, vor dem wir stehen, und das ist das, was ich damit gemeint habe, wenn ich einleitend bemerkte, man soll sich nichts vormachen. Ich räume durchaus ein: Die Regierung hat sich bemüht, die Regierung hat einen Vollbeschäftigungskurs gesteuert.

Ich glaube aber, im Namen der Volkspartei sagen zu können: Die Vollbeschäftigung, daß die Leute eine Arbeit haben, liegt uns, glaube ich, genauso am Herzen wie Ihnen. Aber die Methoden sind halt ein bißl verschieden. Das gehört aber zum Wesen der Demokratie. Es wäre ja furchtbar, wenn wir beide die völlig gleiche Meinung hätten. Aus der Diskussion heraus entsteht erst eine politische Linie, meine Damen und Herren.

Ich darf vielleicht einen weiteren Punkt anführen. Der Herr Bundeskanzler hat hier eine ganze Reihe von Projekten angeführt. Ich möchte jetzt nicht darüber diskutieren, wie gut oder wie schlecht General Motors ist. Ich sage Ihnen gleich meine Meinung dazu. Ich bin überzeugt davon, daß eine Firma wie

General Motors eine technisch exzellente Fabrik baut, ich bin überzeugt davon, daß dort mit modernen Produktionsmethoden gearbeitet wird. Ich möchte auch nicht darüber rechten, ob jetzt Zanussi mehr oder weniger kriegt.

Ich möchte mich übrigens beim Herrn Präsidenten Czettel, der so viel geklagt hat, weil ich ein steirischer Abgeordneter bin, daß dort Geld hineingesteckt wurde. Also hier gibt er mir eine Bedeutung, die ich mir wirklich nicht zumesse, daß also Zanussi deswegen nach Fürstenfeld hingegangen ist. Das möchte ich schon hier festhalten. So ist es, so ähnlich hat er es hier gesagt.

Aber nun geht es um eine andere Frage, meine Damen und Herren, bei diesen Projekten. Die Hauptproblematik liegt ja woanders. Die Hauptproblematik liegt darin, daß man in Österreich — und das ist es, was wir beklagen — mit riesigen Subventionen ausländische Firmen ins Land zu ziehen versucht. *(Abg. Dr. Mock: Eine nach der anderen!)* Das heißt also, das ist ja in Wahrheit, meine Damen und Herren, kein Stärke-, sondern ein Schwächezeichen. Das ist doch die entscheidende Frage, wenn ich also hingehen muß und alle schön bitten muß und Milliarden rollen lassen muß.

Es geht überhaupt nicht gegen General Motors. Wir haben hier zwar nicht die Multis verteidigt, aber wir haben nie etwas gegen die Multis gehabt, als sie von Ihrer Seite noch vom Leder gezogen sind und als man geglaubt hat, die SPÖ will die Multis mit Haut und Haar fressen.

Unterdessen rennen sie Ihnen nach. Aber das ist eine zweite Frage. Tempora mutantur, so ist eben die Welt. Sie haben heute überhaupt nichts dagegen. Ich erinnere mich noch an die dicken Berichte. *(Abg. Dr. Kreisky: Bieten Sie uns Betriebe an in der Wirtschaft, wir fördern sie!)*

Verehrter Herr Bundeskanzler! Dort, wo ich zurzeit tätig bin, ich glaube, wir investieren sehr ordentlich in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber wir reden jetzt nicht über unsere Gruppe.

Jetzt kommt die entscheidende Frage. Damit es hier kein Mißverständnis gibt: Ich habe überhaupt nichts gegen General Motors, ich habe überhaupt nichts gegen Zanussi, und ich habe überhaupt nichts gegen alle anderen, die hierhergebracht werden.

Die Frage ist ja eine andere: Das ist ja das Problem der Verhältnismäßigkeit.

Ich möchte jetzt überhaupt nicht Dinge, die

Dr. Taus

auf meinem Mist gewachsen sind, sagen, sondern ich möchte nichts anderes machen, als den Wirtschaftsforschungsinstitutsbericht, das Heft 3/1982, zu zitieren, wo sehr dezent, aber immerhin gesagt wurde, daß es hier Unverhältnismäßigkeiten gibt. Es geht um die Budgetpolitik, und es heißt hier:

„Die Verschiebungen in den Zielsetzungen der Budgetpolitik zeigen sich deutlich in den Ausgaben für Zinsenzuschüsse und Beihilfen zur Förderung der privaten Investitionen.“ — Sehr gut. In Ordnung. „Diese Aufwendungen waren 1981 mit rund 4,1 Milliarden Schilling fast doppelt so hoch wie 1980. Besonders ins Gewicht fiel die Förderung von General Motors mit 1,8 Milliarden Schilling und die Zinsstützungsaktion 1978, für die 1981 mit 0,6 Milliarden Schilling doppelt soviel aufgewendet werden mußte wie 1980. Es zeigt sich somit, daß die Aufstockung der Förderung für Privatinvestitionen vor allem Großprojekten zugute kam. Für jene Förderungen, die vor allem für kleinere und mittlere Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs sowie für die Land- und Forstwirtschaft bestimmt sind, blieben die Mittel hingegen annähernd gleich.“

Das ist nicht von mir, sondern vom Institut für Wirtschaftsforschung.

Und jetzt sage ich wieder etwas, um zu korrigieren und nicht einen falschen Eindruck entstehen zu lassen. „Small is beautiful“ ist ein schönes Schlagwort. Ich bin natürlich durchaus für die Mittleren und für die Kleinen. Aber eine entwickelte Volkswirtschaft braucht auch Große. Es hat überhaupt keinen Sinn, auf die Großen loszugehen.

Aber was ich hier sage und was vom Standpunkt der österreichischen Wirtschaftspolitik aus — beabsichtigt oder unbeabsichtigt — nicht richtig ist, ist, daß Sie eine Unverhältnismäßigkeit in Ihrer Förderungspolitik haben. Das ist die entscheidende Frage. Um die geht es ja. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun lassen Sie mich noch auf einen Punkt hinweisen, gerade vom Standpunkt der Industriepolitik und der Industriestruktur aus. Sie haben sehr viel über Exporte gesprochen, und, Herr Bundeskanzler, ich bin völlig Ihrer Meinung, auch der Meinung verschiedener meiner Herren Vorredner, daß einfach unsere Chance als kleiner, entwickelter Industriestaat ja im wesentlichen im Export liegt, in der ständigen Zunahme unserer Ausfuhren. Dort liegt die Chance, daß wir unsere Situation verbessern können, nirgendwo anders.

Und da ist jetzt die entscheidende Frage:

Wo habe ich denn zurzeit die stärksten Exportpositionen? Da gibt es auch wieder, ich glaube, im Heft 4 des Wirtschaftsforschungsinstitutes, einen interessanten Aufsatz über Exportkennzahlen. Und da steht eben drinnen, daß die höchste Exportintensität, die höchsten Exportquoten bei Unternehmen mit Umsätzen von einer halben bis einer Milliarde Schilling sind. Das ist das Gros der Industrie.

Aber, meine Damen und Herren, genau an diesen Unternehmungen läuft die Förderung im wesentlichen vorbei. Ich rede gar nicht von den ganz Kleinen. Das sind die Mittleren. Das heißt, dort liegt eine der Stärken, die wir haben.

Nun kommt aber der nächste Punkt. Davon sollten wir wegkommen, und das ist unser industrielles Problem. Ungefähr die Hälfte, ungefähr 50 Prozent Ausfuhr, also hohe Exportquoten, haben wir im wesentlichen bei zwei Wirtschaftszweigen: bei der Eisen- und Stahlindustrie und beim Papier. Bei allen anderen liegen wir wesentlich geringer, wesentlich weiter zurück. Lesen Sie die Zahlen hier nach.

Damit ist eines unserer Wachstumsprobleme bereits gesagt. Das heißt, wir sind einfach mit diesen beiden Schwerpunkten — wobei es beim Papier da oder dort Unterschiede gibt, auch beim Stahl — zu wenig gestreut. Es ist uns in den letzten zehn, zwölf, fünfzehn Jahren nicht gelungen, neue Schwerpunkte im Exportgeschäft zu bilden. Und das ganze Ziel der Wirtschaftspolitik, wenn wir schon in dieser krisenhaften Zeit über Förderung reden, ist, daß man versuchen muß, nun andere, zusätzliche Schwerpunkte zu bilden.

Lassen Sie mich ein paar Punkte dazu sagen, was man machen könnte. Ich bin überzeugt davon, daß viele der Eigenkapitalmaßnahmen, die jetzt diskutiert wurden und die auch durchgeführt werden, ein bißchen dazu beitragen.

Ich glaube aber auch — und jetzt kommt das nächste —, daß wir uns einmal mit dem Problem — ich habe es hier schon drei-, viermal erwähnt, es passiert nur zu wenig in diesem Zusammenhang —, das man Produkthaftung nennt, beschäftigen sollten. Das heißt, viele mittlere österreichische Unternehmungen — von den kleineren rede ich gar nicht, für die ist das besonders schwierig — sind ja nicht in der Lage, in bestimmte Geschäfte hineinzugehen, weil das Risiko für sie zu groß ist. Da haben andere Staaten Versicherungslösungen. Man nennt das die Produkthaftung.

Dr. Taus

Mit dieser Versicherungslösung können sie es riskieren, auch gegen größere Unternehmungen anzutreten.

Wir haben das in Österreich nicht. Ich sage noch einmal: Ich schlage Ihnen vor, überlegen wir uns ein Produkthaftungssystem — ein Punkt, den ich hier einmal anziehen wollte.

Nächste Frage: Sehen Sie, ich habe hier wieder eine Aktion — mir ist gestern die Unterlage zur Verfügung gestellt worden —, eine durchaus begrüßenswerte Aktion: Mikroelektronik der Investitionskredit AG. Ich habe gestern die Unterlage dafür bekommen, ich habe sie mir angeschaut, und ich muß durchaus zugeben, daß die Herren, die in der Investitionskredit AG tätig sind, kenntnisreich, tüchtig sind, gar keine Frage, und sich bemühen, im Rahmen ihrer Möglichkeit etwas zu tun.

Das Problem, auf das ich jetzt hinweisen möchte, ist, meine Damen und Herren: Diese Kreditaktionen nützen uns nichts oder wenig.

Wir müssen zurzeit zwei Dinge tun: Wir müssen zunächst einmal die bestehenden Unternehmungen, die sich im Wettbewerb halten können, halten. Die halte ich nicht mit Krediten, sondern ganz im Gegenteil: Es kann mir passieren, daß sich einer auf der Flucht nach vorne in Investitionen hineintreiben läßt, die dann umso eher seinen sicheren Tod bedeuten, weil er sagt: Da bekomme ich billiges Geld.

Was die Unternehmungen brauchen, sind im Moment nicht nur Kredite, die brauchen bitte Risikokapital, die brauchen Kapital, das sie im riskanten Einsatz für das Geschäft hingeben können. Das sagt jeder Redner hier. Das haben wir vor Jahren gesagt, als man es noch abgelehnt hat. Jetzt kommen wir langsam drauf.

Ich würde Ihnen sagen: Wir haben die ersten Schritte gesetzt. Überlegen wir uns im Risikokapitalbereich die nächsten Schritte.

Mir würde zum Beispiel überhaupt nichts daran liegen, obwohl es eine Art von Förderungspolitik ist, wo ich persönlich sage, es ist mir auch sehr punktuell, aber in der Lage, nachdem wir gerade in der Mikroelektronik, aber auch in anderen Bereichen etliche Jahre verschlafen haben, hätte ich überhaupt nichts dagegen, wenn man sagt: Machen wir doch dort einmal ein Förderungsprogramm auch mit Eigenmitteln. Sie werden sicherlich die Volkspartei an Ihrer Seite finden, wenn man eine solche Aktivität hier setzt. Wir sind zu schwach auf dem Gebiet, wir müssen etwas tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun darf ich noch einige Punkte hier anschneiden, weil mir zwei oder drei Sachen bei Ihnen besonders aufgefallen sind. (Abg. Blecha: Das war neu, was Sie gesagt haben!) Ja, war neu, natürlich war es neu, was ich gesagt habe. Selbstverständlich! Warum soll ich es nicht sagen? Ist das verboten? (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist immer das alte und selbe!) Das ist nicht das alte, Herr Bundeskanzler! Sie können es mir ja zeigen, wenn ich das schon irgendeinmal gesagt haben sollte.

Ich darf nun zum nächsten Punkt gehen, weil es so kursorisch behandelt wird. Wir leben zu einem guten Teil in dem Land vom Fremdenverkehr; dieser wird eigentlich relativ wenig behandelt. Ich möchte nur zwei Zahlen hier nennen. Wir haben im vergangenen Winter das erste Mal einen Rückgang der Deviseneingänge im Fremdenverkehr um 5,1 Prozent gehabt. Wir haben im vergangenen Sommer eine sehr geringe Steigerungsrate gehabt, die tief unter den Prognosen lag.

Ich möchte das nicht näher hier ausführen. Ich möchte Ihnen nur folgendes sagen: Kümmeren Sie sich auch ein wenig um den Fremdenverkehr, denn auch dort gilt das gleiche. Mit tausenden Aktionen, die die Leute in Investitionen hineintreiben, werden Sie nichts erreichen; Sie werden auch dort nur etwas erreichen, wenn man dem einen oder anderen Betrieb, der von Menschen mit schwerer Arbeit und mit großer Mühe aufgebaut wurde, eine Unterstützung gibt, wo Eigenmittel von 1 oder 2 Millionen oft nur das Unternehmen zu einem soliden und festen Unternehmen machen. Wenn sie die nicht kriegen, müssen sie verkaufen, verschleudern oder wie immer das nun in diesem Bereich geht.

Auch in Zukunft wird unsere Leistungsbilanz zu einem guten Teil vom Tourismus abhängen. Wir machen viele Aktionen. Ich leugne gar nicht, daß sich Minister Staribacher hier durchaus bemüht und auch sicherlich Erfolge hat. Aber die nächste Frage, um die es hier geht in der jetzigen Situation und bei der schweren Belastung, die gerade dieser Wirtschaftszweig im wesentlichen hat, ist: Kümmeren Sie sich darum, daß Sie den kleineren Unternehmen, gerade den kleineren, die alles selber aufgebaut haben, eine Hilfe geben, daß sie also nicht jetzt um billiges Geld verschleudern müssen an irgendwelche — ich sage das auch — Spekulanten, Häuser, die sich in 10, 20 Jahren mühsam aufgebaut haben, das sind Dinge, die man nicht gering-schätzen soll, weil der Schaden, den man damit anrichtet, sehr groß ist.

Dr. Taus

Lassen Sie mich aber nun zu ein paar Punkten des Herrn Finanzministers kommen. Er hat in seinem Bericht — es ist immer das gleiche — eigentlich vermissen lassen, wie es um die Budgetpolitik steht. Ich gehe jetzt nicht hierher und sage: Um Gottes Willen, Schulden! Alles bricht hier zusammen! Ich möchte mich jetzt mit dem Herrn Finanzminister, gleichzeitig mit dem Abgeordneten Schmidt beschäftigen.

Es ist durchaus so, daß eben nach unserem wirtschaftspolitischen Verständnis in Krisenzeiten massiv die öffentliche Hand eingesetzt wird, um die Beschäftigung, den Produktionsapparat zu erhalten. Da hat eigentlich nie auch nur irgendwer etwas dagegen zu sagen. Wir leben aber jetzt möglicherweise in einer anderen Zeit, und daher müssen wir auf etwas aufpassen: Es geht uns wahrscheinlich heute gar nicht so sehr um die Frage: Wie sehr schwankt die Konjunktur und die Wachstumsrate?, sondern es geht wahrscheinlich darum, daß es möglich sein kann — ich weiß es nicht —, daß sich der Wachstumsprozeß auch in den entwickelten Industriestaaten in den nächsten fünf bis zehn Jahren nicht so, wie wir das früher gewohnt waren, zwischen 3 und 6 oder 7 Prozent real abgespielt hat, sondern daß es sich nur zwischen 0 und 3 Prozent abspielt.

Es ist durchaus denkbar, daß wir in einer solchen Situation sind. Es wäre auch historisch erklärbar. In die Zukunft können wir nicht gut schauen. Wir haben lange Perioden, soweit man hier also Statistiken zurückverfolgen kann, gehabt, soweit man das rekonstruiert hat, wo Wachstumsperioden nach unseren heutigen Meßmethoden vielleicht mit 1 oder 2 Prozent realem Wachstum verbunden gewesen sind und mit nicht mehr.

Diese Ausnahmephase, daß wir 5 oder 6 Prozent real gewachsen sind, ist eine wahrscheinlich bisher historisch einmalige Phase gewesen. Es ist gar nicht sicher, ob man das halten kann. Daher ist die Grundfrage für uns jetzt: Wie richten wir uns in Österreich ein, wenn die durchschnittliche Wachstumsrate nur 1,5 bis 2 Prozent beträgt?

Da muß ich mir die Institutionen anschauen und dann muß ich mich fragen: Ist dann eine Budgetpolitik, wie wir sie betreiben, nämlich mit dem massiven Einsatz, mit massivem interventionistischen Einsatz des Staatskredites, noch richtig unter diesen Voraussetzungen? — Wenn nein, dann kann es uns passieren, daß wir uns immer tiefer hineinmanövrieren, anstatt aus der Situation herauszukommen. Denn noch immer hoffen wir, daß es Wachstumsraten von 3, 4 oder 5 Prozent geben wird und daß wir zumindest

— nicht einmal im Unterbewußtsein, sondern offen — irgendwo durchtauchen können. Jetzt tauchen wir schon ein wenig zu lange.

Unsere Überlegung ist eine ganz andere. Wir sagen nicht:

Um Gottes willen, den Staatskredit ja nicht einsetzen! Natürlich muß man ihn einsetzen. Es bleibt ja überhaupt nichts anderes übrig. Aber die entscheidende Frage ist: Ist es richtig, unter der Annahme, daß wir nicht durchtauchen, sondern daß wir eine Wirtschaftphase kriegen, wo wir vielleicht nur 1, 2 Prozent, 2,5 Prozent, wenn es gut geht, real wachsen? Aber unsere Institutionen sind auf etwas anderes ausgelegt. Das sind ja keine schlechten Wachstumsraten 1, 2, 3 Prozent. Das sind ja gute Wachstumsraten. Aber dann reicht es nicht. Dann bitte ist die Politik, wie Sie sie betreiben, falsch. Daher ist das Risiko zu groß, das Sie jetzt eingehen.

Lassen Sie mich jetzt ein paar Punkte dazu sagen, warum ich das glaube. — Jetzt komme ich zum Kollegen Schmidt. Kollege Schmidt! Ich bin durchaus Ihrer Meinung. Mein Gott, jeder hat Keynes gelesen, daß man den Staatskredit heute einzusetzen hat. Wir kriegen nur mit dieser forcierten Politik ein Problem. Dieses Problem liegt darin, daß wir es einerseits zu global machen und zu punktuell andererseits, das heißt, daß die Regierungspartei einfach auf der einen Seite den Staatskredit ausweitet, aber in den unternehmerischen Bereichen die Finanzierungsspielregeln konservativer sind, als sie es vor fünf oder sechs Jahren waren.

Das mag ein schwieriger Zusammenhang sein. Das ist die Situation. Damit kommt ein Spannungsverhältnis heraus, das die Unternehmungen nicht aushalten. Das heißt also, während der Staat sich Liquidität beschaffen kann, können das die Unternehmungen nicht. Der Staat investiert in irgendwelche öffentlichen Bereiche hinein — im wesentlichen in öffentliche Bereiche —, und der Produktionsapparat, der das pro futuro finanzieren soll, bricht uns weg und wird schwächer. Die Ausweitung der Staatsausgaben führt unter diesen Annahmen zu einer Schwächung des Produktionsapparates.

Das ist die entscheidende Frage, um die es hier geht. Daher muß man, wenn man nun den Einsatz des Staatskredites unter den Voraussetzungen, die ich geschildert habe, darlegt, genauso überlegen. Wie schaut nun der Finanzierungsbereich im unternehmerischen Bereich aus?

Ich kann auch nicht hergehen, wie Sie das machen, daß ich einfach in ganz bestimmte

Dr. Taus

Unternehmensbereiche Milliarden hineinfließen lassen und andere dann der vollen Konkurrenz der internationalen Wirtschaft aussetzen. Damit erreiche ich in einer Volkswirtschaft Verzerrungen, die man auf Jahrzehnte nicht mehr korrigieren kann.

Das Resultat ist natürlich: Geringeres Wachstum, geringeres Volkseinkommen, geringere Reallohnzuwächse und ähnliches mehr. Das ist das Risiko, vor dem wir stehen, und das ist das Risiko, in das uns Ihre Politik möglicherweise hineinführt. Man müßte darüber diskutieren, ob es nicht sinnvoll wäre, sich hier manche Änderungen vorzustellen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt kommen wir zu dem Problem, das Kollege Schmidt angezogen hat, indem er gesagt hat, hier sind — das war eine politische Argumentation, das steht ihm auch zu — schwere konservative, reaktionäre oder welche Kräfte immer am Werk.

Meine Damen und Herren! Die westlichen Industriestaaten haben natürlich eine Wellenbewegung durchgemacht. Wir haben in den siebziger Jahren im wesentlichen das Vordringen von Gedanken gehabt, die die Sozialisten von durchaus marktwirtschaftlich denkenden Nationalökonomern, wie es Keynes war, arrogant haben. Keynes war ja nie ein Sozialist, aber sie haben sich eben seine Ideen von ihm zu eigen gemacht. Sie haben sich auch die Ideen von Galbraith zu eigen gemacht, die Theorie der öffentlichen Armut. Es sind eigentlich fast alle westlichen Industriestaaten, selbst die Amerikaner, auf diese Linie gegangen.

Das Resultat war relativ hohe Inflationsraten. Diese relativ hohen Inflationsraten haben also zu schrecken begonnen, aus welchen Gründen immer. Ich will gar nicht entscheiden, ob zu Recht oder zu Unrecht. Sie haben die Menschen erschreckt.

Und nun kam die Gegenbewegung. Die Gegenbewegung, die nun sagt: Um Gottes willen, die Inflation zerstört unsere Gesellschaft, zerstört unsere Vermögen, nimmt dem Sparrer das weg, was er sich mühsam erworben hat. Wir treten also an, wir wollen wieder mehr Stabilität haben.

Und nun haben wir diese Gegenbewegung, wobei die monetaristischen Ansätze, über die jetzt so viel diskutiert wird, ja etwas Altes sind, Friedman und Bommer haben schon in den sechziger Jahren darüber geschrieben. Also das ist ja alles nicht mehr neu. Die Politik hat sich halt dieser Theorien bemächtigt, weil sie geglaubt hat, daß eben jetzt die Gegenbewegung kommt, also nach dem Aus-

geben, nach dem Ausweiten der öffentlichen Haushalte, nach dem Ausweiten der Staatstätigkeit, haben die Politiker gesagt: Die Inflation ist uns zu hoch, wir bremsen. Jetzt machen wir, was zuerst zuviel war auf der einen Seite, auf der anderen Seite zuviel. Das sind die typischen Stabilisierungskrisen, denen freie Gesellschaften bis jetzt nicht entkommen sind.

Jetzt sage ich Ihnen meine Meinung: Ich habe das, was vorher passiert ist, für falsch gehalten mit diesen übertriebenen Expansionsismus, und ich halte das, was jetzt passiert, genauso für falsch, nämlich dieses genauso wilde Gegensteuern.

Der Punkt, wo wir uns treffen können — und das ist die Frage, wo jetzt der Kollege Schmidt begonnen hat —, ist: Wir wollen in Österreich versuchen, die Stabilität, die Beweglichkeit unserer Wirtschaftsordnung, unseren Produktionsapparat und damit die Arbeitsplätze zu sichern und zu vermeiden, daß wir in eine wilde Stabilisierungskrise mit hineingezogen werden. Das ist eine Basis, wo man sich treffen kann.

Aber da muß man etliche Maßnahmen anders treffen. Da kann man nicht so punktuell vorgehen. Da muß man, wenn man schon sagt, wir fördern uns über diese Periode der überspitzten — der überspitzten — Stabilisierungspolitik hinweg, generell eine Politik skizzieren. Da darf ich nicht — so wie heute das der Auszug in den Berichten war — punktuell vorgehen und sagen: Jetzt stopfe ich dort ein Loch, jetzt stopfe ich da ein Loch.

Da muß man sagen: Wie bringe ich unseren Produktionsapparat im wesentlichen insgesamt einigermaßen unbeschädigt über diese Periode? — Ich glaube, daß sie wirtschaftspolitisch in zwei, drei Jahren beendet sein wird. Das ist meine persönliche Meinung, was nicht heißt, daß man eine höhere — eine höhere! — Wachstumsrate dann erreicht.

Nun aber zu den paar Fragen, die der Herr Finanzminister zum Schluß — ich möchte auf Seite 22 seines Berichtes gehen — drinnen gehabt hat. Er hat gesagt: 8,5 Prozent Inflation in der OECD bei nur 5,5 Prozent in Österreich.

Herr Finanzminister! Wir sind einmal aus freiem Entschluß dem Hartwährungsblock beigetreten. Hartwährungsblock heißt natürlich, daß wir uns nur mit denen vergleichen können, mit denen wir zusammengehören. Das heißt mit den Deutschen, mit den Schweizern und wenn Sie wollen mit den Holländern. Das ist etwa der Hartwährungsblock, wie er sich in Europa bildet. Mit dem können

Dr. Taus

wir uns vergleichen. Da liegen wir so mitten drinnen. Da will ich gar nichts sagen.

Stagnation des Welthandels bei 6 Prozent realem Exportzuwachs in Österreich.

Herr Minister! Ich würde bei Stagnation des Welthandels sagen: Das hängt ja von anderen Dingen in anderen Bereichen ab. Die Industriestaaten — ob das die Deutschen sind, ob das die Schweizer sind, ob das wir sind — haben natürlich einen Exportzuwachs gehabt, weil der Hartwährungsblock insgesamt einen solchen hatte, denn die Hartwährungspolitik hat sich ja in diesem Bereich ganz gut ausgewirkt.

Nur: Am geschicktesten haben es bisher — das muß man auch sagen — die Schweizer gemacht: Die haben eine Hartwährungspolitik — eine sehr harte Hartwährungspolitik — mit sehr niedrigen Zinsen verbunden. Das heißt: Denen ist es wieder gelungen, niedrige Zinsen zu haben, denn eine solche Hartwährungspolitik war per Saldo für sie noch immer ein Vorteil.

Unser Problem war, daß wir uns der D-Mark angehängt haben, und die Deutschen haben eine Hartwährungspolitik gemacht und die hohen Zinsen durchschlagen lassen.

Das ist die Frage, unter der wir heute leiden und wodurch unsere Wirtschaftskraft — durch dieses Zinsniveau; da gebe ich dem Herrn Bundeskanzler durchaus recht; das haben wir hier x-mal gesagt — ausgehöhlt wird. Wir halten das nicht aus. Unsere Wirtschaft ist nicht für 13, 14 Prozent Zinsen konzipiert. Die Leute investieren bei uns auf 7, 8 Prozent Erträge, nicht auf 14 Prozent. — Das war eine Grundüberlegung.

Nächste Frage: Reallohnzuwachs in Österreich.

Meine Damen und Herren! Wenn wir bei unserer Einkommensverteilung, wie sie heute vor uns liegt, ein Wachstum haben, das sehr gering ist, dann können wir nur einen geringen Reallohnzuwachs haben. Das muß man den Menschen sagen. Oder ich komme in Verteilungskämpfe hinein, die zum Schluß allen mehr schaden als nützen. Ich möchte das auch sehr deutlich hier festlegen.

Rückgang des Volkseinkommens bei Fortdauer des Wachstumsvorsprungs:

Ich würde Sie eines bitten: Wir liegen unter den etwa 18 entwickelten Industriestaaten an der Spitze des letzten Drittels. Da liegen wir jetzt seit zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren. Da bewegen wir uns sehr gut. Das ist gar nicht schlecht. Wir sollen uns nicht besser machen als wir sind.

Nun zur Frage der Arbeitslosigkeit: Da kann ich auch nur mit dem Hartwährungsblock vergleichen. Das heißt also: Die Schweizer liegen wesentlich besser als wir, die Holländer liegen schlechter, die Deutschen liegen schlechter.

Ich muß aber folgendes sagen — das ist auch nicht etwas, was ich polemisch meine —: Etwa verglichen mit der schweizerischen beziehungsweise deutschen Statistik — bei den Holländern weiß ich es nicht — haben wir ungefähr, wenn wir es so berechnen würden wie die Deutschen, um 1 oder 1,5 Prozentpunkte mehr als wir jetzt ausweisen. Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen, daß es natürlich schon ein Schlag gegen die Regierung ist, wenn am Tag, wo Sie jubelnd verkünden: 2,8 Prozent Arbeitslosigkeit!, ein Regierungsmitglied sagt: Wir haben einige zehntausend Unbeschäftigte — das ist klar, das ist eine versteckte Arbeitslosigkeit — und Frauen, die in der Statistik gar nicht aufscheinen, obwohl sie auch arbeitslos sind.

Diese versteckte Arbeitslosigkeit wird es immer geben, aber bei uns ist das relativ hoch. Erheben Sie es einmal. Vergleichen Sie es mit der deutschen, mit der Schweizer Statistik. Dann werden Sie sehen: Wir liegen um ungefähr 1 Prozent höher als es tatsächlich ausgewiesen wird in unserer Arbeitslosenstatistik. Aber da wollen wir uns darüber nicht freuen. Je tiefer wir herunterkommen, umso besser ist das für uns.

Nun lassen Sie mich ein Letztes sagen — weil ich glaube, daß es auch wichtig —: Sie, Herr Bundesminister, haben in Ihrem Schlußwort — da muß man immer versuchen, etwas Starkes zu finden — etwa gesagt, wo man ein bisschen aufpassen soll:

Arbeiten wir zusammen daran, daß Österreich wirtschaftlich und sozial weiter als Vorbild in der internationalen Gemeinschaft gilt.

Das ist jetzt ein Problem, das immer wieder durchschlägt. Ich gebe Ihnen durchaus zu: Eine Regierung unterliegt eben leicht der Versuchung, daß sie etwas besser macht als es ist. Wir neigen dazu — aus welchen psychologischen Gründen immer —, uns besser zu machen als wir sind und uns besser darzustellen.

Ich halte es einfach für schlecht. Wir haben es nicht notwendig. Wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Wir sind nicht dümmer als die Menschen in den anderen westlichen Industriestaaten, wir sind aber auch nicht gescheiter als sie. Wir sollen nicht von uns ununterbrochen behaupten — sogar in einer offiziellen Erklärung eines Finanzmi-

11790

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Taus

nisters, obwohl ich es innenpolitisch verstehe —, daß wir ein Vorbild für die internationale Gemeinschaft sind. Wir sollen unsere Angelegenheiten regeln, so gut wir es können. Und wenn wir der Meinung sind, wir können das sehr gut und wir regeln das sehr gut, dann spüren wir es eh, dann müssen wir es ja nicht sagen. Wir müssen ja nicht ununterbrochen der ganzen Welt Belehrungen erteilen. Andere haben es nicht gern, wenn sie belehrt werden. Und man hört es ja im Ausland überall: Ihr seid doch ohnedies so gut, was wollt ihr denn eigentlich. — Warum tun wir das?

Ich glaube nicht einmal, Herr Minister, daß Sie es absichtlich gemacht haben. Ich glaube das nicht einmal. Das ist eben denjenigen — wer immer es geschrieben hat — so aus der Feder gerutscht.

Ich möchte Ihnen aber nur sagen, daß man das Echo ja überall hört. Es hat niemand gern, wenn man sich als gescheiter hinstellt und den anderen für dümmer darstellt. Wir haben es auch nicht notwendig, so etwas zu tun. Wir sind sicherlich ein entwickelter Industriestaat. Wir brauchen das nicht. Wir sollen unsere Angelegenheit ordentlich regeln und nicht mehr.

Lassen Sie mich ein Letztes hier sagen: Ich halte es tatsächlich dafür, daß wir in einer krisenhaften Situation leben, ohne daß ich jetzt irgend etwas für uns schwarzmalen möchte. Ich glaube aber auch, daß wir sie meistern können.

Das soll jetzt kein Zusammenarbeitsangebot oder ähnliches sein. Dazu bin ich weder legitimiert noch willens.

Wenn es eine Zeit nach 1945 gegeben hat, wie sich das jetzt so entwickelt, wo Menschen — vor allem auch in der Wirtschaftspolitik; da möchte ich mich dazu äußern — etwas miteinander tun sollen, dann ist es jetzt. Dann ist es jetzt, wo man versuchen sollte, eine Linie zu finden, einen Schulteranschluß bei aller Gegensätzlichkeit. Die muß es geben. Sonst hebt sich eine Demokratie auf. Wenn alle einer Meinung sind und die aus dem Computer herauskommt, braucht man keine Politik mehr. Es gibt eben Wertungen im Leben. Wir werten manche Sachen ein bisserl anders als Sie. Das ist ja auch das Salz, das Wesenselement dieser freien Gesellschaft.

Aber trotzdem gibt es eben Situationen, wo man sagen soll — und ich halte die ganzen Insolvenzen für ernst; das ist alles kein Zufall; das sind sehr starke, deutlich Prozesse —, jetzt ist ein Schulteranschluß notwendig. Ein Schulteranschluß, wo man sagen kann: Jawohl, wir wollen, soweit es möglich ist — ich weiß,

für eine Opposition ist das sehr unangenehm; das hilft ja im wesentlichen immer nur der Regierung, wenn man so etwas tut —, schauen, daß man eine Linie steuert, die vernünftig und zweckmäßig ist und die es uns vielleicht erleichtert, ohne größere Schäden über diese Schwierigkeit und über diese schwierige Periode hinwegzukommen.

Ich persönlich hätte mich durchaus gefreut, wenn von seiten der Mehrheitspartei, der Regierungspartei in diesem Hause, ein Ton dazu gesagt worden wäre. Nicht nur so, wie es der Herr Finanzminister gesagt hat: Ja, ja, die Opposition war ja bei einzelnen Gesetzen ohnedies recht brav und hat mitgewirkt.

Herr Minister! Das waren sehr, sehr unangenehme Dinge, bei denen die Opposition ihre Hand gegeben hat. Es wäre mir viel leichter, wenn ich mit Sicherheit sagen könnte: Wenn wir regiert hätten und es wären uns die Sachen passiert, die Ihnen passiert sind und die international Aufsehen erregt hätten, und Sie hätten sich genauso verhalten, wie wir uns verhalten haben. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Minister: Da wäre mir viel, viel wohler.

Ich glaube aber noch immer daran, daß schlußendlich die Vernunft siegen wird — vor allem in Österreich siegen wird — und daß man mit einer vernünftigen Kooperation, die nichts mit Kameraderie zu tun hat, über die Probleme, in denen wir mittendrin sind — und da gebe ich meinem Vorredner, unserem Parteiboss ganz recht: wir werden noch eine geraume Zeit darin zu verbringen haben —, vernünftig darüberkommen. Wir sind noch nicht durch, und wir haben viele schwierige Dinge vor uns.

Diese Insolvenzwelle, die wir jetzt haben, geht schon an die Substanz unseres Produktionsapparates. Wir werden viele Jahre brauchen, bis wir das wieder aufgeholt haben, was wir jetzt in den letzten eineinhalb Jahren verloren haben.

Erinnern Sie sich daran: Wir haben Ihnen bei Dingen geholfen, die anderswo sonst ein großer politischer Skandal gewesen wären. — Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.09

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich erteile es ihm.

18.10

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich nur eine Aussage des Herrn Abgeordneten Taus aufnehmen und ihn auffordern, er soll uns Namen nennen von Firmen, die förderungs-

Rechberger

würdig sind und mit neuen Produkten auftreten. Wir Steirer — wir Obersteirer — würden uns sehr darüber freuen, denn wir würden sie dringend brauchen. (*Abg. Bergmann: Gibt es keine mehr?*)

Der Herr Abgeordnete Taus hat erklärt, er wüßte welche. Aber nur die Namen würden wir gerne wissen. Wir werden uns sicherlich alle zusammen einsetzen, daß das in Ordnung geht und sicher für die betroffenen Arbeitnehmer der Obersteiermark vertretbar ist. (*Abg. Brandstätter: Fragen Sie Ihren Kollegen Teschl, der kennt den Betrieb genau! Er ist sofort bereit, 40 Millionen Schilling zu investieren!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur einige Ausführungen zur Stahlindustrie im allgemeinen machen und auch auf die beiden heutigen Berichte Bezug nehmen, die ja auch von der weltweiten Stahlkrise geprägt sind, und im Zusammenhang damit auch die österreichischen Probleme aufzeigen.

Die Zahl der in der EG-Stahlindustrie beschäftigten Arbeitnehmer hat sich von Mitte 1974 bis Mitte 1981 um 178 000 Arbeitnehmer oder um 30 Prozent verringert. Dafür sind aber im EG-Bereich Subventionen für den Zeitraum von 1975 bis 1983 in einer Größenordnung von 75 Milliarden D-Mark bezahlt worden. Einschließlich der Beihilfen der italienischen Regierung ergibt sich eine Summe von 80 Milliarden D-Mark.

Wir haben auch in unseren Stahlbetrieben und in unserer Stahlindustrie große Schwierigkeiten zu bewältigen gehabt, als wir mit den Strukturveränderungen und den damit zusammenhängenden Maßnahmen begonnen haben. Wir können aber heute feststellen, daß durch die Unterstützung der Bundesregierung Massenkündigungen vermieden werden konnten und es uns gelungen ist, gemeinsam mit allen Beteiligten eine Vorgangsweise von Frühpensionierungen, Umschulungen, Versetzungen zu finden, die es uns erleichtert hat, das schwierige Problem der betroffenen Arbeitnehmer menschlich zu lösen.

Die Vorpensionen waren eine ganz große Leistung, die auch Mittel des Bundes beinhaltet hat, wodurch es möglich gewesen ist, die freigewordenen Arbeitsplätze den jungen Facharbeitern zur Verfügung zu stellen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, ihre Erfahrung anzuwenden, ihr Lehrziel weiter auszubauen und darüber hinaus auch noch den Arbeitsplatz zu behalten.

Die verstaatlichte Industrie hat in den letzten Jahren auch einen wichtigen Beitrag zur

Entwicklung der österreichischen Industrie und damit der Gesamtwirtschaft geleistet. Zwischen 1979 und 1981 wurden rund 27,5 Milliarden Schilling investiert. Dies entspricht einem Anteil von rund 28 Prozent an den gesamten österreichischen Industrieinvestitionen bei einem Anteil von rund 18 Prozent an den Industriebeschäftigten. Es werden ja laufend von der Stahlindustrie auch Produktionen in anderen Bereichen bei zukunftsorientierten Produkten gesucht, ob das die Errichtung des Rohrwerkes in Kindberg, eine Glasveredlungsfertigung in Eisenerz, die Aufnahme der Bearbeitung von Automobilbestandteilen in Möllersdorf oder die Beteiligung bei der Errichtung des Entwicklungszentrums für Mikroelektronik in Villach und vieles andere ist.

Wir sind mit der Bundesregierung einer Meinung, daß in Zeiten wie diesen besonderes Augenmerk darauf gelegt werden muß, daß es zu keiner Jugendarbeitslosigkeit kommt und daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um der Jugend Beschäftigung zu geben.

Besonders erfreulich ist, daß vom Bund und von den Lehrstellen her, die dem Bund unterstehen, zusätzliche Lehrplätze angeboten werden, daß es in der verstaatlichten Industrie heuer die gleiche Lehrlingseinstellungszahl gibt wie im Vorjahr, obwohl nur rund 60 Prozent jener Aufnahmen hätten getätigt werden sollen, die heute mit der gleichen Zahl des Vorjahres genehmigt vorliegen. Dabei wird auf die Mädchenbeschäftigung großes Augenmerk gelegt.

Gerade wir im Bereich der VEW haben ja in den letzten fünf Jahren wertvolle Erfahrungen gewonnen und können nur immer wieder sagen: Wir rufen alle auf, dem Beispiel zu folgen, es lohnt sich. Die jungen Frauen sind auch hervorragende Facharbeiter. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Am Beispiel der VEW möchte ich demonstrieren, daß es uns in den letzten Jahren gelungen ist, das erste und jetzt das laufende zweite Strukturverbesserungsprogramm durchzuziehen, das sicherlich auch zum größten Teil den Widerstand der Belegschaftsvertretung hervorgerufen hat. Aber wir können heute feststellen, daß es einige kleine Lichtblicke im Bereich der VEW gibt, die sich durch bessere Auftragseingänge darstellen. Wir wissen aber auch, daß es Bereiche gibt, wie zum Beispiel den Bereich Mürrzuschlag, der zurzeit schwer betroffen ist, und wir uns bemühen müssen, im Bereich dieses Bezirkes Hilfestellung zu suchen. Wir fordern nochmals alle auf: Wo es Möglichkeiten von

11792

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Rechberger

Betriebsansiedlungen gibt, ersuchen wir, uns unter die Arme zu greifen. Der Hilfe der Bundesregierung und des Bundeskanzlers sind wir sicher.

Ich möchte auch hinzufügen, daß es heuer erstmals nach drei Jahren möglich ist — hervorgerufen durch einen besseren Auftragseingang —, Ferialarbeiter in den Sommermonaten einzustellen, um auch eine kleine Entlastung in dieser Richtung zu bringen.

Völlig unverständlich in unserem Bereich ist aber, daß es durch die ÖVP eine so enorme Verzögerung bei dem Sonderbeschäftigungsprogramm der Bundesregierung gegeben hat, daß man nicht bereit war, von Anfang an dem Konferenzzentrum zuzustimmen, wobei ja Millionen Schilling an verschiedenste Berufssparten für Arbeitsaufträge vergeben werden, und daß man auch nicht bereit war, bei den 5 000 zusätzlichen Wohnungen mitzuziehen. Ich höre in meinem Bezirk — hier sind auch sehr viele Bauarbeiter —, daß sie nicht vergessen werden, daß sie erst bis zu zwei Monate später Beschäftigung gefunden haben oder noch später finden werden.

Diese Feststellung möchte ich deshalb machen, weil sie in allen Diskussionen, ob wir sie auf der Gewerkschaftsebene oder auf der Arbeiterkammerebene führen, zum Ausdruck kommt.

Besonders hervorheben möchte ich aber auch die besonderen Initiativen im Straßenbau, weil ja der Straßenbau eine besondere Voraussetzung für Industriegebiete ist, um Unternehmungen für die Zukunft anzulocken, wenn man es in einem üblichen Jargon sagen darf. Hier versucht man, die Möglichkeiten des Transportes zu beschleunigen, um bessere Voraussetzungen zu finden und auch in dieser Richtung Hilfestellung zu geben.

Ich darf auch noch die Überlegung anstellen, daß im Bereich unserer gesamten verstaatlichten Industrie große Strukturprobleme zu bewältigen sind, daß es zum Beispiel der VEW möglich war, ohne Massenkündigungen seit dem 1. September 1980 nahezu 4 000 Arbeitnehmer weniger zu beschäftigen, wobei es zu Umschulungen, zu Versetzungen und zu den sogenannten Vorpensionierungen gekommen ist, die uns eine große Hilfestellung gewesen sind, und daß hier diese Möglichkeiten alle ausgeschöpft wurden.

Zum Straßenbau kann man noch sagen, daß im Zeitraum zwischen 1979 und 1981 für Autobahnbauten 22,7 Milliarden Schilling und für den Bau von Bundesstraßen B 22,9 Milliarden Schilling investiert wurden. Für 1982 sind 8,2 Milliarden Schilling für Autobahnen und

7,6 Milliarden Schilling für Bundesstraßen B vorgesehen. Daß auch für den Hochbau Geldmittel zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, ist ja aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers hervorgegangen. Ich möchte auch hinzufügen, daß die Menschen wissen, welche Leistungen in den letzten Jahren durch die sozialistische Bundesregierung erbracht wurden, um ein hohes Beschäftigungsniveau, Höchstbeschäftigung und hohe Beschäftigung zu erhalten, dies wird die Aufgabe und auch die Arbeit aller Funktionäre sein. Von dieser Stelle wollen wir der Bundesregierung und auch dem Bundeskanzler und allen Mitgliedern für diese Unterstützung herzlich danken. Die Bevölkerung und die betroffenen Arbeitnehmer werden es zu schätzen wissen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 18.21

Präsident: Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

18.22

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß jeder Abgeordnete in diesem Haus, unabhängig von seiner Fraktionszugehörigkeit, in einem zunehmenden Maße mit Problemen, die einzelne Menschen haben, konfrontiert wird, sei es mit dem Problem, eine Lehrstelle für die heranwachsenden Jugendlichen zu finden, seien es die Sorgen um die Vermittlung eines Arbeitsplatzes.

Wir wissen beispielsweise, daß es bei den öffentlichen Dienststellen Bewerbungslisten je freierwerdender Position gibt, die in die Hunderte gehen. Es gibt die großen Probleme und Sorgen der gewerblichen Betriebe und der Industrie, die sich zum Teil mit den Entwicklungen der Insolvenzen herumzuschlagen haben, und es gibt auch eine Reihe zunehmender Sorgen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Ich bedaure daher an der bisher geführten Debatte, daß sie weitgehend doch in einer Schwarzweißmalerei durchgeführt wurde, wobei es nicht überraschend war, daß sich etwa der Herr Abgeordnete Blecha hier in einem sehr polemischen Stil geäußert hat. Eher überraschend war für mich, daß vom Abgeordneten Dr. Schmidt doch auch in Erfüllung eines Parteiauftrages ein, wie ich glaube, etwas überzeichnender Stil hier gepflegt wurde.

Was mir an der bisherigen Auseinandersetzung aufgefallen ist, ist, daß die sozialistische Fraktion am Wirtschaftsprogramm, das die Österreichische Volkspartei der Öffentlichkeit vorgelegt hat, eigentlich nichts gefunden

Dipl.-Ing. Riegler

hat, wo sie ihre Kritik äußern konnte. Denn die Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik, die von der linken Seite hier geführt wurde, bezog sich auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den USA oder in Großbritannien. Das heißt, Sie haben nichts an der ÖVP-Wirtschaftspolitik zu kritisieren, weil Sie sich an Regimes oder an Regierungen gewendet haben, die sicher nicht mit dem wirtschaftspolitischen Konzept der ÖVP übereinstimmen.

Kennzeichnend scheint mir, daß vor allem im Bericht des Herrn Bundeskanzlers nach der Schilderung der düsteren Weltlage eine seitenlange Abhandlung über das General Motors-Projekt vorzufinden ist, mit der Zentralaussage, daß es hier bereits 1 325 Beschäftigte gibt und 2,6 Milliarden an öffentlicher Förderung vergeben wurden. Wenn man diese Relation in andere Bereiche überträgt, dann sehen wir, wie unmöglich ein wirtschaftspolitischer Weg in dieser Richtung insgesamt erscheint. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es steht dann im Bericht auch einiges über Probleme und auch Projekte der verstaatlichten Industrie, aber es steht praktisch nichts über den Bereich des Gewerbes, der mittelständischen Unternehmungen. Es steht überhaupt nichts im Bericht des Bundeskanzlers und auch nur ein ganz kurzer Satz im Bericht des Finanzministers zu den Problemen der Land- und Forstwirtschaft.

Damit scheint mir ein erstes Grundproblem offenkundig zu sein, vor allem aus der Darlegung des Herrn Bundeskanzlers, nämlich das Erkennen: Hier ist ein Beharren auf einem ganz bestimmten wirtschaftspolitischen Rezept, das für bestimmte Situationen seine Gültigkeit haben mag, das aber als Lösung der Probleme weitgehend überholt ist.

Die Fixierung auf wenige Prestigeprojekte ist ja am Beispiel des einsamen Entschlusses in den Weihnachtsfeiertagen, als Rezept gegen die steigende Winterarbeitslosigkeit den Konferenzpalast errichten zu lassen, geradezu symbolhaft deutlich geworden.

Wir glauben eben: Statt dieser Weiterführung eines überholten Rezeptes brauchen wir eine breite Leistungsmobilisierung in allen Bereichen der Wirtschaft: Industrie, Gewerbe, Fremdenverkehr, Landwirtschaft. Wobei wir eben glauben, daß entscheidende Voraussetzungen dafür sind: eine größere Sicherheit und auch Entlastung im Bereich der Steuerpolitik, wirtschaftlich vertretbare Kreditkonditionen und eine in etwa gleichgeartete Förderung für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Beschäftigung von Lehrlingen, sei es

in einem Großbetrieb, sei es in den Bereichen der gewerblichen Betriebe oder auch der Land- und Forstwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte ein zweites Grundproblem ansprechen, das ja vor allem auch in vielen Analysen der jüngsten Zeit deutlich wurde, nämlich daß gerade in einer angespannteren wirtschaftspolitischen Situation die Gefahr besteht, daß eine gewisse Auseinanderentwicklung der österreichischen Wirtschaft sich verschärft. Wenn im Jahr 1970, bezogen auf die Grenzlandregionen, in der Regierungserklärung Kreisky von der Schaffung eines Gürtels des Wohlstandes die Rede war, dann muß man fragen: Na wie schaut das jetzt aus mit diesem Gürtel des Wohlstandes? Wenn man sich im Waldviertel, im Mühlviertel, im südlichen Burgenland, in der Südsteiermark befindet, sieht man — und das ist ja keine Erfindung einer Partei, daß die Probleme gerade in diesen Regionen in einem erschreckenden Ausmaß zugenommen haben —, daß die Zahl der Bezirksauspendler größer wird, daß die Stellenandrangsziffern zum Teil alarmierende Werte haben.

Ich möchte Sie nicht mit Zahlen aufhalten, nur ein Beispiel möchte ich hier anführen: Im Bezirk Zwettl hatten wir im Durchschnitt des Jahres 1980 auf eine offene Stelle 9,6 Stellenbewerbungen, im Jahr 1981 auf eine offene Stelle 23,2 Stellenbewerbungen und im Februar dieses Jahres stieg diese Zahl auf über 62. Das ist zumindest ein Signal, daß hier die Arbeitsplatzprobleme, vor allem im regionalen Bereich, in einem zum Teil erschreckenden Ausmaß zugenommen haben.

Wir meinen eben, daß das Rezept, die Leute sollen halt nach Wien fahren, nicht der für Österreich vertretbare Weg sein kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hat ja immer wieder verschiedentliche Aussagen in dieser Richtung gegeben, und auch im Bericht des Bundeskanzlers, wo er das General Motors-Projekt verteidigt, steht drinnen, daß hier Beschäftigungsauswirkungen nicht nur auf Wien und das umliegende Niederösterreich, sondern auch auf übrige Bundesländer ausgehen. Wir sind eben der Auffassung, daß es darum geht, zu versuchen, mit der Schaffung regionalpolitischer Schwerpunkte, mit der Entwicklung industrieller Kristallisationen und einer breiten Mobilisierung der kleineren und mittleren Betriebe eine Arbeitsplatzdynamik in allen Regionen möglich zu machen, um damit der Gefahr einer Entsiedlung ganzer Regionen entgegenzuwirken. *(Beifall bei der ÖVP.)* In einer ähnlichen Form hat sich vor kurzem Dr. Fürst vom Insti-

Dipl.-Ing. Riegler

tut für höhere Studien geäußert, wo er sagt, daß in der Regionalpolitik neue Ansätze notwendig sind.

Nur zwei Beispiele herausgegriffen:

Er sagt, daß die Betriebsansiedlungspolitik sicher notwendig sein wird, aber im Verhältnis zur Förderung bestehender Ressourcen sollen vor allem neue landwirtschaftliche Produktionen und Veredlungen sowie die ansässigen Klein- und Mittelbetriebe einen neuen Akzent erhalten, oder wo davon gesprochen wird, daß vor allem auch versucht werden soll, durch die Verkehrserschließung im regionalen Bereich, durch Organisationsformen und Marketingberatung die Anreize zur eigenständigen Entwicklung der ansässigen Bevölkerung und der ansässigen Wirtschaft zu verstärken.

Und hier ist auch die Rede vom Ungleichgewicht der generellen Förderungsmaßnahmen. Als Beispiel möchte ich zitieren, daß von den gewährten Kreditförderungen 48 Prozent der Zinsstützungsaktionsmittel an die Privatunternehmungen gegangen sind, daß diese aber zu 78 Prozent Anteil an den neugeschaffenen Arbeitsplätzen haben. Das ist eines der Grundprobleme, das uns hier in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung bewegt.

Und gestatten Sie mir nun, nachdem ja heute auch in den Diskussionen der Bereich der Land- und Forstwirtschaft praktisch überhaupt nicht behandelt wurde, auch in einigen Sätzen zur Problematik und auch zur Bedeutung der wirtschaftspolitischen Entwicklung Stellung zu nehmen.

Wir sehen die Gefahr aus der regionalen Wirtschaftsbelastung sich auch unmittelbar auf die Landwirtschaft abzeichnen. Es gibt Regionen, in denen die Betriebsnachfolge in einem zum Teil erschütternd hohen Ausmaß für die Zukunft nicht gewährleistet ist. Das heißt, daß wir damit rechnen müssen, daß es zu einem teilweisen Zusammenbruch der Betriebsstruktur in den besonders schwierigen Regionen kommen könnte.

Wenn man sich nun die Situation der Landwirtschaft ansieht, dann muß ich sagen, darf ich verweisen auf die Beilagen zu den heutigen Berichten, wo es zum Bereich Land- und Forstwirtschaft auf Seite 40 heißt: Nach einem guten Jahr 1980 hat der Agrarsektor 1981 einen Rückschlag erlitten. Dem Volumen nach sind Produktion und Wertschöpfung gesunken und lagen deutlich unter dem mittelfristigen Trend.

Nun könnte man sagen, ja das kann einmal

passieren, und es ist richtig, daß die Landwirtschaft in einem besonders hohen Ausmaß witterungsabhängig und daher von diesen Schwankungen betroffen ist. Was uns vor allem Sorgen macht, ist die Tatsache, daß wir bereits 1977 reale Einkommensrückgänge hatten, dann wieder 1979 und daß uns 1981 wiederum ein solcher realer Einkommensrückschlag hier ins Haus steht.

Und diese Aufeinanderfolge, daß jedes zweite Jahr reale Einkommensrückschläge gebracht hat, war noch nie gegeben, und das zeigt sich auch deutlich darin, daß die Sorgen und daß auch die Bedrängnis im Bereich der bäuerlichen Betriebe in einem außerordentlichen Ausmaß zugenommen haben.

Was sind die Ursachen? Die Ursachen sind im wesentlichen das Auseinanderlaufen der Preis-Kosten-Entwicklung, wobei vor allem außergewöhnlich hohe Kostensteigerungen, sei es im Bereich der Energie, der Handelsdünger, aber auch zum Teil anderer Produkte, stark mitgewirkt haben.

Nur als Beispiel, und man kann sicher darüber streiten, das weiß ich schon, aber es zeigt doch die Tendenz deutlich auf: Wenn im Jahre 1970 für einen Traktor 43 000 Kilogramm Weizen notwendig waren, sind es im Jahre 1981 75 000 Kilogramm gewesen. Und es wird niemand sagen können, daß die Erträge in einem ähnlich hohen Ausmaß gestiegen wären.

Oder bezogen auf eine Heuerntemaschine: Im Jahre 1970 6 100 Kilogramm Milch notwendig, im Jahre 1981 10 000 Kilogramm. Auch eine wesentlich größere Verschärfung, als sie durch die Ertragssteigerungen hätte ausgeglichen werden können. Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite sind steigende Belastungen im Bereich der Steuern, der Sozialversicherung und auch der Kreditkosten.

Herr Bundesminister für Finanzen und Herr Landwirtschaftsminister, es ist begrüßenswert, daß es uns gelungen ist, in der Frage der agrarischen Investitionskredite eine neue Regelung zu finden, die, wie ich hoffe, sich positiv für die weitere Wirkung dieser Investitionsförderung abzeichnen wird.

Aber es ist halt auch festzuhalten, daß diese Maßnahme auf eine Initiative von unserer Seite zurückgegangen ist und erst im Zusammenhang mit dem sogenannten Kreisky-Mock-Abkommen und einer weiteren Verhandlung im Zusammenhang mit der Länderbank auch die Möglichkeit war, hier eine

Dipl.-Ing. Riegler

gewisse finanzielle Voraussetzung für eine solche Regelung möglich zu machen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und das zeigt eben auch den Unterschied in der Wirtschaftspolitik.

Ich möchte ein drittes Problem im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft aufzeigen, das, glaube ich, sehr ernst ist, nämlich daß sich der Mangel an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in einem enormen Ausmaß auch auf die Situation der bäuerlichen Betriebe auswirkt.

Es ist für das Jahr 1981 festgehalten worden, daß es die geringste Abwanderungsrate seit langer Zeit hat. Das könnte man zunächst durchaus als positiv ansehen, und es wäre es auch, wenn wir sagen könnten, die Chancen in der Landwirtschaft sind um so viel größer geworden, daß die Leute nicht mehr weggehen müssen. Das wäre das, was wir gerne haben möchten.

Nur, die Ursache liegt ja in einem anderen Bereich, nämlich darin, daß es sehr viele Menschen gibt innerhalb landwirtschaftlicher Betriebe, die sagen, ich würde eigentlich außerhalb der Landwirtschaft einen Verdienst brauchen, aber ich finde keine Möglichkeit dazu.

Das ist auch in einem Referat des Leiters des Instituts für Wirtschaftsforschung ausgesprochen worden, wenn er sagt: Für die zweite Hälfte der siebziger Jahre läßt sich überdies nachweisen, daß die bis dahin noch ausgeprägte österreichische Binnenwanderung von den agrarischen Gebieten in die dynamischen Industrieregionen nahezu vollkommen zum Stillstand gekommen ist, wodurch sich die Einkommens- und Beschäftigungsdisparitäten weiter verschärft haben. Das ist, glaube ich, eine Aussage, die deutlich genug ist.

Und das führt dazu, daß wir vor allem im Bereich der Land- und Forstwirtschaft eine sogenannte versteckte Arbeitslosigkeit haben. Nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung sind es etwa 40 000 Menschen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, die auf Grund der Einkommenssituation auf einen außerlandwirtschaftlichen Erwerb angewiesen wären, die aber keine Möglichkeit dazu gefunden haben, die in keiner Arbeitslosenstatistik aufscheinen, die aber als soziales und wirtschaftliches Problem eine Gegebenheit darstellen.

Deshalb glauben wir eben, daß wirtschaftspolitisch neue Akzente gesetzt werden sollen.

Sehen Sie, weil wir die Entwicklung ja auch einigermaßen erkannt haben, haben wir

bereits im September des Vorjahres den Vorschlag gemacht, ein Sofortprogramm zur Belebung der Wirtschaft und auch ein Sofortprogramm für den ländlichen Raum zu starten, wobei wir gemeint haben, daß man damit breitgefächerte Impulse zur Investitionsbelebung vornehmen könnte.

Herr Abgeordneter Rechberger ist, glaube ich, nicht mehr anwesend, aber weil er auf die Bauarbeiter Bezug genommen hat: Den Bauarbeitern wäre wesentlich mehr geholfen gewesen, wenn dieses Sofortprogramm von der Mehrheit angenommen worden wäre, wenn unser Vorschlag für ein Eigentumsbildungsgesetz zur Wohnbaumobilisierung angenommen worden wäre. Dann hätte es viel mehr geholfen als Ihre Versuche, mit einem sehr teuren Wohnbausonderprogramm in Richtung der Beschäftigungspolitik gewisse Initiativen zu setzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben in diesem Sofortprogramm auch vorgeschlagen, Maßnahmen zur Förderung im Bereich der Spezialkulturen zu setzen. Ich würde Sie gerade von der linken Seite einladen, sich die Situationen der Kleinstbauern etwa in der Südsteiermark, im Südburgenland oder in Niederösterreich anzusehen, wo der Versuch oft da ist, in einer geradezu beklemmenden Form manchmal, wenn man die Dinge sieht, mit Hilfe des Beerenobstbaues, der Gemüseproduktion und ähnlichem, mit ihren sehr kleinen Betrieben eine Familie zu erhalten.

Ich habe gerade in den vergangenen Wochen eine Reihe solcher Betriebe besucht und mich über ihre Sorgen und Probleme unterhalten. Es ist einfach bedrückend, wenn diese Leute dann sagen: Was soll ich denn tun! Jetzt ist zwei Jahre die Produktion durch den Frost vernichtet worden, dann haben wir endlich eine Ernte gehabt, und dann ist der Preis weg gewesen, weil uns eine ausländische Konkurrenz unterfahren hat, weil wir keine handelspolitischen Vorkehrungen haben oder weil es auch nicht entsprechende Absicherungen in diesem Bereich gibt. Das ist wirtschaftspolitisch deshalb so problematisch, weil hier zusätzlich Menschen gezwungen werden, ihre Selbständigkeit aufzugeben und als Arbeitsuchende den Druck in den Arbeitsmarkt hinein noch zu verstärken.

Ich möchte noch ein Problem ganz kurz ansprechen, etwas, was mir ungeheuer wichtig erscheint, in einer wirtschaftspolitischen Betrachtung doch auch zu sehen.

Wir sprechen sehr viel von den Notwendigkeiten der Investitionsankurbelung. Wir

11796

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dipl.-Ing. Riegler

haben gesehen, daß der Spielraum im Budget in einem erschreckenden Maß abgenommen hat.

Herr Bundesminister für Finanzen! Wenn Sie heute hier sagen, der Verschuldungsgrad ist nicht so problematisch, so kennen wir das aus den Verhandlungen aus einer anderen Perspektive Ihrerseits, wo Sie glaubhaft versichern: Ich sehe zwar gewisse Argumente ein, aber ich habe keine Möglichkeiten aus dem Budget heraus. — Da ist ein gewisser Widerspruch zu dem, was heute hier ausgesagt wurde, und der politischen Praxis, die wir leider bei vielen unserer Probleme erleben müssen.

Wobei ich sage: Ich habe sogar Verständnis für Ihre Situation. Die ist sehr unangenehm, weil Sie ein sehr schweres Erbe übernommen haben, wenn wir allein bedenken, daß von einem Jahr auf das andere, von 1981 auf 1982, die Aufwendungen für den Schuldendienst um 9 Milliarden Schilling gestiegen sind. Das sind ja die Probleme, in denen Sie letztlich irgendwie gefangen sind. Aber das stimmt nicht mit dem überein, was heute hier ausgeführt wurde.

Aber wenn wir schon sehen, wir haben hier von der öffentlichen Hand nur einen sehr begrenzten Spielraum, dann sollten wir doch alles versuchen, was an Investitionsankurbelung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen möglich ist. Hier wird meines Erachtens von der Öffentlichkeit völlig übersehen, welche gewaltige Funktion gerade die Land- und Forstwirtschaft in diesem Bereich hat.

Es ist in den Beilagen dankenswerterweise auch — ich nehme an, daß das vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft beigestellt wurde zu diesem Wirtschaftsbericht — die Investitionsleistung aufgezeigt worden. Es sind etwa im Jahr 1980 41 Milliarden Schilling aus der Land- und Forstwirtschaft für Investitionen und für Betriebsmittelzukaufe in die verschiedenen Bereiche des Gewerbes, der Industrie und des Handels gegangen. 10 Milliarden Schilling für Maschineninvestitionen, 8,5 Milliarden Schilling für bauliche Investitionen, 3,5 Milliarden Schilling für Düngemittel.

Man muß sich vergegenwärtigen, was diese Auftragsvolumen für die Maschinenindustrie, für die Eisen- und Stahlindustrie, für die chemische Industrie, für den Bausektor bedeuten.

Hier kommt nun ein Problem zutage. Das sollten wir, glaube ich, sehr ernst sehen, und davon sollten wir auch die agrarpolitischen Entscheidungen der nächsten Tage und

Wochen bestimmen lassen. Die Bauern sagen uns, und begründet sagen sie das: In dieser Situation der Einkommensentwicklung sind wir gezwungen, bei den Zukäufen zurückhaltender zu werden. Das ist ein Notweg, der sich aufdrängt: Wenn man das Geld nicht hat, muß man eben ins Auge gefaßte Investitionen zurückstellen.

Wenn Sie sich nun vorstellen, daß aus der angespannteren Wirtschaftslage heraus der Sektor Land- und Forstwirtschaft seine Investitionstätigkeit um 10 Prozent zurücknimmt, so heißt das um 4 Milliarden Schilling weniger Aufträge für Gewerbe, Handel und Industrie. Und was das in der gesamten Wirtschaftssituation bedeutet, das kann sich jeder leicht ausmalen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß dies keine leeren Behauptungen von mir sind, zeigt sich an einer Aussendung, die zufällig heute nachmittag über den Fernschreiber gelaufen ist, herausgegeben von der Landtechnischen Abteilung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, aus der hervorgeht, daß die Bauern im Jahr 1981, bezogen auf das Jahr 1980, um 6,2 Prozent weniger in das Anlagekapital und Maschinenkapital investiert haben.

Wir wissen aus den jüngsten Meldungen der Landmaschinenindustrie, daß sich die Tendenz in einem besorgniserregenden Ausmaß verschärft.

Das wollte ich damit zum Ausdruck bringen: daß die vernünftige wirtschaftspolitische Behandlung des Bereiches Land- und Forstwirtschaft sich unmittelbar in einer Investitionsbelebung in viele Wirtschaftsbereiche hinein auswirkt und daß umgekehrt ein verstärkter wirtschaftlicher Druck sich auch auf die Beschäftigungssituation in vielen Bereichen der Industrie, des Gewerbes und des Handels negativ auswirken wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Bauern sind ja jene Bevölkerungsgruppe in Österreich — ich glaube, das ist unbestritten —, die das, was sie verdienen, in erster Linie wieder für Investitionen ausgeben, die versuchen, ihren Betrieb zu verbessern, die versuchen, ihre Gebäude in einen besseren Zustand zu bringen, die versuchen, Maschinen anzuschaffen. Das heißt, was hier einkommenspolitisch durch eine positive Entwicklung erreicht wird, das wird nicht ins Ausland getragen, das wird nicht für Urlaube konsumiert, sondern das wird der heimischen Wirtschaft in Form von Aufträgen wieder zur Verfügung gestellt.

Es ist daher für uns nicht nur enttäuschend, sondern, wie wir glauben, wirtschaftspolitisch

Dipl.-Ing. Riegler

auch sehr bedenklich, wenn in den derzeitigen Verhandlungen, die wir über die Wirtschaftsgesetze führen, der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft uns sagen mußte — ich glaube, daß er uns lieber etwas anderes gesagt hätte —: Budgetär ist kein Spielraum gegeben. Das ist eine Tatsache, die die Verhandlungen natürlich nicht erleichtert und die es vor allem schwerer möglich macht, dringend notwendige Entwicklungschancen, vor allem im Bereich der Milchwirtschaft, der Milchbauern, wahrzunehmen.

Es ist genauso bedenklich, wenn die bisher geführten Verhandlungen über die Anpassung im Bereich der Getreidepreise, der Viehpreise an das Faktum gestiegener Kosten bisher praktisch auf eine Mauer des Unverständnisses gestoßen sind, daß man bisher nicht bereit war, zu sagen: Sehen wir uns die Fakten konkret an. Wie schauen die Kalkulationen aus, und was tun wir hier?

Eine solche Entwicklung ist deshalb bedenklich, weil es ja nicht von mir erfunden ist, daß wir eine schwierige wirtschaftliche Situation haben, und weil jede Verzögerung in diese Richtung sich auch auf die Situation der bäuerlichen Betriebe sehr bedenklich auswirkt.

Wir sind der Auffassung, daß gewisse Investitionen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft volkswirtschaftlich und auch für das Staatsbudget wesentlich günstiger und wesentlich billiger sind, als wenn es darum geht, sehr teure neue Arbeitsplätze schaffen oder zusätzliche Arbeitslose finanzieren zu müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher können es die Bauern einfach nicht verstehen, wenn man den Eindruck hat, in gewissen Bereichen spielen die Milliarden fast keine Rolle. Man denke nur an die verschiedenen Ideen des Bundesministers für Soziales, während auf der anderen Seite die minimalsten Maßnahmen nicht möglich sind, weil es heißt, dafür gibt es einfach kein Geld.

Man sollte auch nicht mit dem Einwand kommen, die Bauern wollen schon wieder Geld haben. Herr Bundesminister für Finanzen! Sie wissen es genauso gut wie ich, daß die Land- und Forstwirtschaft allein im Bereich der Mehrwertsteuer einige Hundert Millionen Schilling pro Jahr abliefern, die eigentlich nicht dem System entsprechen.

Sie haben hier zum Ausdruck gebracht, daß Ihnen die Budgetsituation keinen Spielraum gibt, etwas zu machen. Auf der anderen Seite aber zu sagen, auch jede kleinste zusätzliche Maßnahme ist nicht vertretbar, kann aus

der Sicht der Landwirtschaft einfach nicht hingenommen werden.

Ich möchte daher wirklich warnen vor einer Entwicklung, die den wirtschaftlichen, sozialen und damit auch politischen Druck innerhalb der Bauernschaft verschärft, weil sich das unweigerlich in einer gespannten politischen Situation auswirken muß, ob wir das wollen oder nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher möchte ich abschließend sagen: Aus der Sicht der Österreichischen Volkspartei zur notwendigen Ingangsetzung der wirtschaftlichen Dynamik brauchen wir eine breite Mobilisierung im Bereich des Gewerbes, der Industrie mit einer besonderen Berücksichtigung der ländlichen Regionen, statt eine weitere Umverteilung zugunsten weniger Ballungsräume vorzunehmen und dann die Leute dem Geld nachzuschicken.

Wir brauchen zweitens eine entsprechende Einkommenssicherung und neue Entwicklungschancen im Bereich der Landwirtschaft. Unsere Vorschläge dazu liegen vor, sei es im Bereich der agrarischen Wirtschaftsgesetze, der Außenhandelspolitik, des Aufbaues neuer Produktionsmöglichkeiten wie Ölsaatenanbau, Biospritproduktion und die Produktion von Spezialkulturen.

Wir haben von der Österreichischen Volkspartei in der Praxis gezeigt, was wir unter politischem und wirtschaftspolitischen Kurswechsel verstehen, nämlich nicht eine Wirtschaftspolitik à la Großbritannien oder USA, sondern eine Wirtschaftspolitik am Beispiel des Kreisky-Mock-Abkommens, der Länderbankverhandlung, wo wir sagen: Jawohl, Sicherung dort, wo es Probleme gibt, Investitionsförderung im Bereich der verstaatlichten Industrie, aber genauso im Bereich des Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft. Das ist der Unterschied: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wären wohl im einen Bereich Maßnahmen getroffen worden ohne Rücksichtnahme auf die anderen. Das ist der Kurswechsel, den wir beispielsweise meinen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, unter Kurswechsel verstehen wir, daß der Arbeitsplatz überall gleich wertvoll sein muß. Entscheidend ist, daß wir genügend wirtschaftlich abgesicherte Arbeitsplätze haben für die jetzt tätige Generation, vor allem aber auch für unsere junge Generation, die in das Berufsleben nachrücken wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.52

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

18.52

Abgeordneter Dkfm. **Bauer (FPÖ)**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Die Erklärung des Bundesministers für Finanzen zur wirtschaftlichen Lage, mit der ich mich schwerpunktmäßig auseinandersetzen möchte, ist so ausgefallen, wie ich sie mir erwartet habe. Zuerst der tiefschwarze Blick ins Ausland, wie schlimm es reihum bestellt ist, versehen mit einer sozialistischen Analyse, was die ganze Welt falsch macht, und dann der schönfärberische, rosarote Blick ins Inland, garniert mit sozialistischer Selbstbeweihräucherung.

Kein Wort davon, daß in Österreich die Insolvenzelle nach wie vor rollt, kein Wort davon, daß sich viele verstaatlichte Bereiche, auf die insbesondere im Bericht Bezug genommen worden ist, nur durch laufende Subventionsspritzen über Wasser halten. Kein Wort darüber, daß die Bundesregierung ihr konjunkturpolitisches Pulver längst verschossen hat, sprich, daß der budgetpolitische Handlungsspielraum marginal klein geworden ist.

Der Herr Bundesminister hat in seinem Bericht auch an eines seiner Zitate aus dem Jahre 1981 erinnert, und zwar an jenes Zitat in seiner Rede zum Budget 1982, in der er meinte — ich zitiere —: „Wir alle sind gut beraten, uns auf eine länger dauernde Krisensituation in der Welt einzustellen.“

Ich möchte dem Herrn Bundesminister und dem gesamten Hohen Haus aber auch einige andere Zitate des Herrn Bundesministers aus diesem Zeitraum in Erinnerung rufen. Ich zitiere wieder, und zwar aus einer Meldung der „Arbeiter-Zeitung“, die ja wohl die Feststellungen des Herrn Bundesministers einigermaßen seriös, korrekt und der Wahrheit entsprechend und nicht verdreht wiedergeben wird.

Der Herr Bundesminister hat laut dieser Meldung der „Arbeiter-Zeitung“ im Herbst 1981 folgendes gesagt — ich zitiere —: „Die Budgetpolitik wird ab 1982 sehr selektiv, insgesamt sogar restriktiv sein müssen, um das Nettodefizit annähernd an der sogenannten Seidel-Marke“ — gemeint ist natürlich nicht das Bierseidel, sondern der Herr Staatssekretär Seidel — „von 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu halten.“

Weiter hat der Herr Bundesminister für Finanzen so bemerkenswerte Sätze von sich gegeben wie etwa die folgenden: „Da der Budgetspielraum für eine Ankurbelung der Konjunktur durch den Staatsschuldendienst, wachsende Zuschüsse zur Sozialversicherung

und die geplante Lohn- und Einkommensteuersenkung weiter eingeengt wird, muß jede Ausgabe prinzipiell auf ihre Notwendigkeit und Effizienz überprüft werden. Salcher will — so die „Arbeiter-Zeitung“ — „1982“ — man höre und staune — „5 Milliarden Schilling einsparen“.

Ich frage Sie nun, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses: Wo und wann haben denn der Herr Bundesminister und die sozialistische Bundesregierung insgesamt 5 Milliarden Schilling eingespart? Sie wissen genausogut wie ich, daß genau das Gegenteil dessen geschehen ist, was der Herr Finanzminister noch im Herbst des vergangenen Jahres gemeinsam mit uns Freiheitlichen für richtig gehalten hat, nämlich einzusparen.

Genau das Gegenteil dessen haben Sie gemacht: Sie haben nicht 5 Milliarden eingespart, sondern Sie werden im heurigen Jahr um 10 Milliarden Schilling voraussichtlich mehr ausgeben.

Es ist daher natürlich keine Rede davon, daß das Nettodefizit auch nur annähernd bei der Seidel-Marke von 2,5 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, gehalten werden kann. In dem Fall dürfte es sich wirklich um eine Bierseidelmarke handeln. Wir werden am Ende des heurigen Jahres wahrscheinlich bei 20 Prozent über der von der sozialistischen Alleinregierung selber vorgegebenen Marke, nämlich bei etwa 3 Prozent Nettodefizit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, liegen.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Wann und wo haben Sie denn so wie angekündigt jede Ausgabe ressortintern und von Ressort zu Ressort auf ihre Notwendigkeit und Effizienz geprüft? Ich frage Sie: Wo ist denn die von Ihnen versprochene größere Transparenz bei den Subventionen geblieben, um eine entsprechende Durchforstung und Kürzung der diesbezüglichen Ausgaben vorzunehmen? Und ich frage Sie: Wo ist denn der von Ihnen angekündigte Budgetmittelvortrag in den einzelnen Ressorts auf das nächste Jahr geblieben, um zu verhindern, daß noch kurz vor Jahresende allenfalls übriggebliebene Gelder um jeden Preis ausgegeben werden, nur deswegen ausgegeben werden, damit sie im nächsten Jahr wieder verlangt und veranschlagt werden können? Und ich frage Sie: Wo ist denn das von Ihnen angekündigte sogenannte Zero Base Budgeting geblieben, also jenes Budgetieren von Null auf jedes Jahr und in jedem Ressort, damit nicht einfach die Ansätze jedes Jahres um eine entsprechende Inflationsrate erhöht fortgeschrieben werden, ohne daß das einzelne Ressort, ohne daß jede

Dkfm. Bauer

Abteilung in den Ministerien ihre Berechtigung Jahr für Jahr nachweisen müßte?

Nichts von alldem, Herr Bundesminister, ist geschehen, nichts von alldem, was Sie, wie gesagt, noch vor wenigen Monaten angekündigt und gemeinsam mit uns Freiheitlichen offensichtlich damals für richtig gehalten hatten.

Ich muß Ihnen auch noch ein weiteres Zitat aus dieser Zeit in Erinnerung rufen. Sie haben damals, wiederum laut Meldung der „Arbeiter-Zeitung“, vor Wirtschaftsjournalisten gesagt: „Sorgen bereitet die Staatsverschuldung“ — so hat der Herr Bundesminister für Finanzen gesagt —, „zu deren Tilgung bereits jetzt 16,3 Prozent des Budgets gegenüber nur 8,4 Prozent im Jahre 1975 aufgewendet werden müssen.“

Richtig hat er damals gesprochen, der Herr Bundesminister, zu Recht hat er sich über diese Entwicklung, über diesen Umstand Sorgen gemacht. Nur, Hohes Haus: Man hat nichts dazu getan, um diese Sorgen kleiner zu machen, ganz im Gegenteil. Diese Sorgen, ausgesprochen bei einem Bruttodefizit von rund 50 Milliarden Schilling, sind nicht kleiner geworden. Sie sind größer geworden. Wie gesagt, Sorgen, die man sich bei einem Bruttodefizit von 50 Milliarden Schilling zu Recht gemacht hat. (*Präsident Thallhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Jetzt kündigt der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky bereits an und bereitet die Bevölkerung psychologisch darauf vor, indem er sagt, auch ein 70-Milliarden-Schilling-Defizit werde finanzierbar sein.

No na, darf ich dem Herrn Bundeskanzler mit den Worten des bekannten Wirtschaftspublizisten Horst Knapp antworten, no na ist es finanzierbar. Das ist ja nicht die Frage, das ist ja nicht das Problem. Zur Diskussion steht: Zu welchem Preis ist ein 70-Milliarden-Schilling-Defizit finanzierbar, zu welchen Konditionen? Die Konditionen werden schlechter. Und der Preis, der dafür zu zahlen ist, steigt und steigt und steigt.

Ich denke etwa nur daran, daß die Österreichische Kontrollbank AG nunmehr bereits auf den kanadischen Geldmarkt auszuweichen gezwungen ist, ein im internationalen Geldverkehr, so habe ich mir sagen lassen, so habe ich es gelesen, eher unüblicher Vorgang, weil dieser kanadische Geldmarkt ausländischen Kreditwerbern nur zu ausgesprochen ungünstigen Konditionen Geld borgt. Daher darf es einen auch nicht wundern, wenn die Österreichische Kontrollbank AG — vorbehaltlich, daß es stimmt, was ich in einer Wirtschaftspublikation gelesen habe — für den

dort aufgenommenen Kredit 16,75 Prozent Zinsen bezahlen muß. Ein stolzer Preis, der hier bezahlt werden muß.

Der Preis, den die Bundesregierung für eine weitere Staatsverschuldung bedenkenlos zu zahlen bereit ist, besteht aber nicht nur darin, daß man zu immer schlechter werdenden Konditionen Geld aufzunehmen bereit ist, sondern er besteht letztlich natürlich auch darin, daß man bereit ist, eine weitere Vorbelastung künftiger Budgets mit einem noch höheren Schuldendienst in Kauf zu nehmen, als er dem Herrn Finanzminister bereits im vorigen Jahr Sorgen bereitet hat.

Für die Schulden, meine Damen und Herren, deren Aufnahme auch ein 70-Milliarden-Schilling-Defizit, wie der Herr Bundeskanzler gemeint hat, finanzierbar macht, werden auch noch unsere Kinder und Enkel Jahr für Jahr vier Milliarden Schilling an Zinsen zu bezahlen haben. Ich unterstreiche das Wort „Zinsen“. Dabei ist noch keine Rede von der Rückzahlung. Die nächste und die übernächste Generation werden zu bezahlen haben nur für Zinsen für die Schulden, die Sie hier und heute aufnehmen.

Netto gerechnet wäre ein Bruttodefizit von 70 Milliarden Schilling ein Schuldenzuwachs in einem Jahr von 42 Milliarden Schilling; ein Schuldenzuwachs, wo sich der Herr Bundesminister bereits bei 25 Milliarden Schilling Sorgen gemacht hat, zu Recht Sorgen gemacht hat. Ja, Herr Bundesminister, Sie nicken. Ich sage Ihnen, zu Recht haben Sie sich bei einer Neuverschuldung von 25 Milliarden Schilling Sorgen gemacht. Ich frage Sie: Was machen Sie denn bei einer Neuverschuldung von 42 Milliarden Schilling? Da müssen Ihnen ja die Grausbirnen aufsteigen oder sonst irgend etwas. Ich weiß keine Steigerungsform zu Sorgen machen. Aber jedenfalls: Besser ist die Situation ohne Zweifel nicht geworden.

Genau in diese — wie ich meine — Sorglosigkeit und unseriöse Betrachtung der Dinge paßt auch — und ich muß darauf heute noch einmal zu sprechen kommen — das Konferenzzentrum. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir um 5 Milliarden Schilling, die Finanzierungskosten nicht eingerechnet, 2 000 Arbeitsplätze für vier bis fünf Jahre schaffen werden. Das sind — Sie wissen schon, worauf es hinausläuft, Herr Bundesminister — fast 2,5 Millionen Schilling für einen Arbeitsplatz, und zwar für einen Kurzarbeitsplatz, darauf kommt es an, für einen Arbeitsplatz für vier bis fünf Jahre. Das ist ein kurzfristiger oder, wenn Sie wollen, mittelfristiger Arbeitsplatz.

Dkfm. Bauer

Das ist eine wirklich „tolle“ Leistung, muß ich Ihnen sagen, wenn Sie sich die Faustregel vor Augen führen, die da lautet, daß man etwa für die Schaffung eines Dauerarbeitsplatzes im industriell-gewerblichen Bereich einen Investitionsaufwand von 1 Million Schilling benötigt, und wenn Sie 2,5 Millionen Schilling für die Schaffung eines Arbeitsplatzes für vier, vielleicht fünf Jahre verwenden. Nochmals gesagt: eine wirklich „tolle“ Leistung, auf die Sie „stolz“ sein können.

Gleichermaßen hausbacken — seien Sie mir nicht böse, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite des Hauses — und von der gleichen wirtschaftspolitischen Naivität ist offensichtlich das getragen, was der Herr Bundeskanzler hier heute auf Seite 7 seiner Erklärung zum besten gegeben hat, indem er meinte — ich zitiere —: „Es ist deshalb interessant festzustellen, daß General Motors bisher inlandswirksam rund 3 Milliarden Schilling für Investitionen ausgegeben hat, also mehr, als die öffentliche Förderung, das waren 2,6 Milliarden Schilling, ausmacht.“

Bitte, das wäre ja noch schöner, wenn die Herren von General Motors das Geld, das wir ihnen in der Höhe von 2,6 Milliarden Schilling geschenkt haben, nicht wenigstens bei uns in Österreich investieren würden. Das wäre ja noch schöner, wenn sie das Geld sozusagen einstecken würden und als Gewinn nach den Vereinigten Staaten oder sonstwohin transferierten oder dort vielleicht investierten. Was an so einer Feststellung und so einer Entdeckung besonders interessant sein kann, das zu erkennen muß ich Ihrer geneigten Phantasie überlassen.

Aus all diesen Gründen ist die Ankündigung des Herrn Bundesministers: Wir werden den bisherigen Weg der österreichischen Wirtschaftspolitik und der österreichischen sozialistischen Alleinregierung konsequent fortsetzen, für uns Freiheitliche wirklich nichts anderes als eine gefährliche Drohung. *(Bundesminister Dr. Salcher: Das hat der Steger schon gesagt!)* Es macht ja nichts, wenn das der Herr Bundesparteiobermann Dr. Steger sagte. Sie werden nicht überrascht sein, daß Freiheitliche manchmal völlig identische Ansichten haben. Ich sage Ihnen, Herr Bundesminister, es ist deswegen eine gefährliche Drohung, weil die sozialistische Alleinregierung bisher auf Pump gelebt hat und nur mit einem rigorosen Vorgriff auf die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde einigermassen bis zum Jahre 1980 über die Runden gekommen ist.

Ich fürchte, die kommende Generation wird

ganz einfach nicht verstehen, daß es damals in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre eine sozialistische Alleinregierung gegeben hat, die für die Bewältigung von drei, vier, möglicherweise fünf Krisen Jahren dieses Land auf Generationen hinaus verschuldet hat.

Daß Ihre Budgetpolitik falsch, verkehrt und letztlich nicht sehr verantwortungsvoll ist, zeigt ja der Umstand, den jeder, der weiß, was mit einer antizyklischen Budgetpolitik gemeint ist, versteht. Es ist doch keine Frage, daß die Konjunktur in den Jahren 1974 bis 1981/82 geschwankt hat. Es gab ein Ab, ein Auf und wieder ein Ab, und hoffentlich kommt bald wieder ein Auf. Da müßte man doch annehmen, wenn man weiß, was antizyklische Budgetpolitik ist, daß sich die Defizite genauso zyklisch entwickelt hätten, zwar antizyklisch, also immer in der umgekehrten Amplitude.

Nichts von dem war der Fall. Der Konjunkturverlauf war zyklisch, ein Auf, ein Ab. Das Defizit der sozialistischen Alleinregierung war über Jahre hinweg mehr oder minder konstant und ist dann gestiegen, gestiegen gestiegen und nochmals gestiegen. Allein aus diesem sehr einfachen und wohl für jedermann begreifbaren Umstand wird jeder, der von Volkswirtschaftslehre ein bißchen etwas versteht und der meint, daß die Lehre von Herrn Keynes — und der hängen Sie ja mehrheitlich an — etwas auf sich hat, zugeben müssen, daß falsch gewesen sein muß, was Sie gemacht haben.

Ich räume Ihnen ein — das ist für uns Freiheitliche keine Frage —, daß das etwas auf sich hat. Ich weiß auch, daß zusätzliche Schulden, ein höheres Defizit zunächst — ich unterstreiche das Wort „zunächst“ — expansiv wirken und damit Arbeitsplätze schaffen können. Und darum — und das ist des Pudels Kern — ist es in Österreich eingestandenermaßen bis zum Jahre 1980 relativ gut gegangen, weil Sie eben diesen rigorosen Vorgriff auf die Zukunft — Konjunktur hin, Konjunktur her — Jahr für Jahr gemacht haben.

Aber eines Tages, früher oder später, kommt natürlich jener Zeitpunkt, zu dem es heißt, die gemachten Schulden zurückzuzahlen. Und wenn man sich Jahr für Jahr immer mehr, immer stärker verschuldet hat, dann muß man natürlich ab einem gewissen Zeitpunkt Jahr für Jahr auch immer mehr an Schulden und Zinsen zurückzahlen. Das kumuliert dann sozusagen ab einem gewissen Zeitpunkt.

Besonders dramatisch wird die Situation

Dkfm. Bauer

dann, wenn dieser Zeitpunkt, von dem ich jetzt gesprochen habe, mit einer Depression zusammenfällt, denn Geld, zumindestens der innere Geldwert, ist ja nicht beliebig vermehrbar, auch wenn das einige von Ihnen zu glauben scheinen. Besonders dramatisch deswegen, weil dann einerseits Geld zurückbezahlt werden muß, das man auf Grund der Depression möglicherweise nicht mehr im bisherigen Ausmaß einnimmt, und weil man zweitens kein Geld hat, durch das man dann eine expansive, sprich arbeitsplatzfördernde Budgetpolitik betreiben könnte.

Und genau in dieser Situation befinden wir uns zurzeit in Österreich, nämlich daß jetzt der Zeitpunkt kommt, an dem kumulativ jene Schulden zurückgezahlt werden müssen, die Sie seit dem Jahre 1970/71 Jahr für Jahr gemacht haben, und daß wir uns eben gleichzeitig ohne Zweifel in einer wirtschaftlichen Depression befinden.

Genau genommen kommt noch etwas dazu: daß nämlich Schuldentrückzahlungen und Schuldenzinsen, wenn sie nur über ein gewisses Ausmaß hinausgehen, Arbeitsplätze auch vernichten können. Ich sage Ihnen gleich, was ich damit meine: Etwa dann oder etwa deswegen, weil ein guter Teil des Volkseinkommens ins Ausland fließt, wenn ich beispielsweise Schulden zurückzahlen muß, die ich im Ausland gemacht habe, und ich daher einen Teil des Volkseinkommens nicht wieder in den makroökonomischen Kreislauf zurück- und einführe, sondern in eine andere, in eine fremde Volkswirtschaft ins Ausland verfrachte.

Schuldentrückzahlungen oder Schuldenzinsen können auch deswegen etwa Arbeitsplätze vernichten — und jetzt sage ich wieder etwas, was auch der Herr Bundesparteiobermann schon gesagt hat —, weil es wirklich so ist, daß, wie er gemeint hat, die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Wenn ich ständig mehr an Einkommen wegsteuere, dann fehlt dieses Einkommen der Bevölkerung zur Konjunkturbelebung, dann kann sie also weniger ausgeben, weniger kaufen.

Und daß diese Behauptung, daß die Schulden von heute die Steuern von morgen sind, richtig ist, beweist ja, daß genau jetzt, obwohl wir uns in einem Vorwahljahr befinden, doch da und dort die Diskussion über neue Steuern nicht so ganz unter den Tisch gedrückt, unter den Teppich gekehrt werden kann, sosehr man sich aus verständlichen wahltaktischen Gründen auch bemüht.

Das soll ein weiterer Beweis dafür sein, daß es wirklich so ist, wenn man jetzt sogar venti-

liert: Soll es eine Energiesteuer geben?, wenn plötzlich die totgesagte Quellensteuer wieder da und dort in der politischen Diskussion auftaucht und wenn auch wieder von der Besteuerung des 13. und des 14. Monatsgehaltes die Rede ist; zwar nicht unter diesem Titel und unter dieser Überschrift, sondern unter der Überschrift: „Weg mit den Steuerprivilegien!“, aber es läuft letztlich darauf hinaus.

Und genau das ist der Kernpunkt der freiheitlichen Kritik an der sozialistischen Wirtschafts- und Budgetpolitik: daß Sie ganz einfach nicht bereit oder in der Lage sind — ich glaube, Sie sind nicht bereit; in der Lage müßten Sie ja sehr wohl sein —, daß Sie nicht bereit sind, diese nur ganz kurz skizzierten wirtschaftspolitischen Zusammenhänge — im Prinzip sind es Binsenweisheiten — zu erkennen und zur Kenntnis zu nehmen und sich danach zu richten, sondern daß Sie ganz einfach, von Wahltermin zu Wahltermin schiebend, die Zukunft dieses Landes weitgehend verpfändet haben, weitgehend verpfändet auf Generationen hinaus zur Bewältigung von zwei, drei, vier Krisenjahren. Das ist eine Leistung, auf die Sie besonders „stolz“ sein können!

Und dazu abschließend, damit Sie es mir vielleicht um eine Spur mehr glauben, als Sie es offensichtlich jetzt tun, noch einige ganz wenige Zahlen zur Untermauerung.

Der Zinsenaufwand, also das, was wir an Zinsen für die Staatsschuld bezahlen müssen Jahr für Jahr, hat im Jahre 1970 2,9 Milliarden Schilling betragen. Im Jahr 1975 waren es 5,8 Milliarden. Heuer werden es an die 30, an die 30 Milliarden Schilling sein! Also in einem Zeitraum von nur zwölf Jahren eine Verzehnfachung des Zinsenaufwandes (*Zwischenruf*), eine Verzehnfachung in zwölf Jahren von 3 Milliarden auf 30 Milliarden.

Mit dieser Differenz von 27 Milliarden Schilling könnte man beispielsweise die Lohn- und Einkommensteuer um mehr als 25 Prozent, um mehr als ein Viertel, senken. Da bräuchten Sie dann nicht mit so einer Kosmetikoperation hausieren zu gehen, mit einer sogenannten Lohn- und Einkommensteuerreform in zwei Etappen, mit dieser Augenauswischerei per 1. Jänner 1982 und per 1. Jänner 1983, die in Summe — in Summe: nicht auf einmal, in Summe maximal — maximal! — 250 S pro Monat erbringt. Im besten, also im optimalen Fall. Es gibt Steuerzahler, bei denen bringt es nicht nur nichts, sondern die werden sogar mehr bezahlen müssen, und es gibt das Gros der Steuerzahler, die ungefähr mit 50, 40, 60 S Steuerersparnis pro Jahr abgespeist werden.

11802

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dkfm. Bauer

Also wenn Sie eine andere Politik betrieben hätten, dann bräuchten Sie sich nicht mit solchen kosmetischen Operationen vor dem nächsten Nationalratswahltermin zu begnügen, sondern könnten wirklich eine echte, umfassende, greifende Steuerreform beziehungsweise Lohn- und Einkommensteuersenkung vornehmen. Aber das können Sie nicht aus dem gesagten Grund.

Und es wäre gar kein Steuergeschenk im üblichen Sinn, sondern man kann auch davon ausgehen, daß durch eine solche wirkliche Lohn- und Einkommensteuersenkung echte Kaufkraftimpulse gesetzt werden könnten, die die österreichische Konjunktur wirklich beleben würden. Ein Argument, dem Sie sich nicht mehr verschließen dürfen, seitdem der Herr Finanzminister selber gesagt hat, daß er meint, daß selbst von dieser Augenauswischerei per 1. Jänner 1982 und 1. Jänner 1983 solche Kaufkraftimpulse ausgehen werden; damit rechtfertigt er nämlich diese zweite Etappe der Lohn- und Einkommensteuersenkung.

Eine letzte Zahl, und damit komme ich wirklich schon zum Schluß. (*Abg. Graf: Bravo!*) Ich weiß, daß Sie keine Freude mit mir haben, Herr ... (*Abg. Graf: Oja! An sich schon! An sich! — Heiterkeit.*)

Der Zinsenaufwand im Jahre 1975 hat, wenn ich jetzt nicht die absoluten Zahlen hernehme, sondern eine Prozentrechnung anstelle, 15 Prozent des Nettodefizits ausgemacht, also 15 Prozent der Neuverschuldung. 15 Prozent jener Schulden, die wir neu aufgenommen haben, mußten im Jahre 1975 für die Zinsen der alten Schulden aufgewendet werden.

Im Jahr 1982 werden es rund 85 Prozent sein. Das heißt, bitte, nicht mehr und nicht weniger, als daß wir heuer von den neuen Schulden, die wir machen, 85 Prozent dafür verwenden müssen, die Zinsen der alten Schulden zu bezahlen!

Also mit Ihrem Märchen, daß durch die Neuverschuldung ausschließlich Arbeitsplätze gesichert werden, können Sie, wenn Sie seriös Politik machen wollen, nicht mehr hausieren gehen. Das stimmt halt ganz einfach nicht mehr! Wie gesagt: 15 Prozent bleiben Ihnen — vielleicht! — für diesen Zweck über. 85 Prozent der neuen Schulden zahlen Sie für die Zinsen der alten Schulden.

Im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr, wenn dieses 70-Milliarden-Schilling-Defizit Wirklichkeit werden sollte, werden wir überhaupt nur noch Schulden machen müssen, um die Zinsen der aufgelaufenen Schul-

den bezahlen zu können. Das ist eine geradezu klassische Loch-auf-Loch-zu-Politik, die man in der Privatwirtschaft wahrscheinlich irgendwo zwischen fahrlässiger und betrügerischer Krida ansiedeln würde. In der Privatwirtschaft würde man das wahrscheinlich in diesen Bereich einordnen müssen.

Wir Freiheitlichen können daher aus all diesen Gründen, die ich mich in aller Kürze darzulegen bemüht habe, nur warnen, diesen Weg, den Sie bisher gegangen sind, so wie angekündigt wirklich konsequent fortzuschreiten. (*Beifall bei der FPÖ.*) 19.21

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Gassner. Ich erteile ihm das Wort.

19.21

Abgeordneter Ing. **Gassner** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute die Berichte des Bundeskanzlers und des Finanzministers vorgelegt bekommen und diskutiert. Die den einzelnen Fraktionen angehörenden Abgeordneten haben natürlich ihre unterschiedlichen Standpunkte zum Ausdruck gebracht.

Zu den beiden Berichten müßte man, von meiner Seite aus analysiert, sagen: eine Schilderung der Situation, eine Analyse, wie es zu der heutigen Situation kam, kaum Ansätze für neue Maßnahmen, kaum Ansätze oder Diskussionsbeiträge, wie man aus dieser schwierigen Situation herauskommen könnte. Eine Ausnahme — dies hat Abgeordneter Dr. Taus bereits gesagt — war der Diskussionsbeitrag des Abgeordneten Schmidt.

Wenn man ganz genau die Berichte durchliest, dann kommt man zu der Auffassung, daß einzig und allein im Bericht des Finanzministers auf Seite 23 angekündigt wird, was die Bundesregierung vorhat. Es werden hier drei Punkte angeführt. In der Präambel dazu steht: „Wir arbeiten intensiv an einem zusätzlichen Beschäftigungsprogramm mit drei wesentlichen Schwerpunkten.“ Ich frage den Finanzminister, den Bundeskanzler, die Mitglieder der Bundesregierung: Ist das alles, was Sie zu sagen haben? Uns als ÖVP, uns als Vertreter der österreichischen Bevölkerung, würde interessieren, wie diese Maßnahmen gesetzt werden, wann diese Maßnahmen gesetzt werden, wo diese Maßnahmen gesetzt werden. Es steht nichts drinnen als die Ankündigung: Wir arbeiten an einem Programm.

Heute führen wir eine Wirtschaftsdiskussion durch. Heute, Herr Finanzminister, heute, Herr Bundeskanzler, hätten wir von

Ing. Gassner

seiten der SPÖ gerne gehört, was Sie sich vorgestellt haben. Nur die nebulöse Erklärung: Wir arbeiten an diesen Problemen, ist uns zuwenig. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Frage ist: Welche Impulse setzt diese Regierung? Wie wird sie mit den Problemen fertig? Wie betrachtet sie die Situation, die sich heute ergibt?

Wir haben heute die Aufgabe, von drei Ebenen aus die wirtschaftliche Entwicklung zu analysieren. Die erste Frage lautet: Wie ist die wirtschaftliche Situation, die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich?

Zweitens ist die Frage zu stellen: Was können wir als Österreicher tun, als Teil der westeuropäischen Industriestaaten?

Die Frage Nummer 3: Welche Maßnahmen setzen die westeuropäischen Industriestaaten in einer weltweiten Wirtschaft?

Dieser Bezug von der Bundesregierung hat mir heute absolut gefehlt. Wir haben zwar Argumente und Vergleichszahlen von anderen Staaten geliefert bekommen, aber keine Antwort, wie wir in Österreich selbst regional die Probleme lösen, und keine Analyse, wie wir uns als Teil der westeuropäischen Industriestaaten weltweit sehen. Das, meine Damen und Herren, blieb uns heute die Bundesregierung komplett schuldig.

Der Finanzminister hat in seinem Bericht auf Seite 24 beziehungsweise 25 über die Arbeitslosigkeit gesprochen und gemeint: „Arbeitslosigkeit ist nicht nur wirtschaftlich schädlich, sie ist vielmehr unmenschlich im wahrsten Sinn dieses Wortes. Wir werden gegen diese Geißel der modernen Industriegesellschaft mit aller Kraft ankämpfen.“

Herr Finanzminister! Sie finden bei dieser Aussage einen Partner in uns. Das ist eine der wenigen Aussagen in Ihrem Bericht, wo wir uns völlig ident mit Ihnen fühlen. Jawohl, Arbeitslosigkeit ist eine Geißel, und wir haben alles zu unternehmen, um diese Geißel zu bekämpfen. Nur die Wege, die dazu führen, von denen wir meinen, daß sie richtig sind, unterscheiden sich nun einmal sehr, sehr von Ihren Auffassungen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Abgeordnete Blecha hat heute gemeint, wir von der ÖVP wären gegen das Planen. Er sprach von der Sozialen Marktwirtschaft und dem Wettbewerb. Für uns sind Markt, Wettbewerb und Planen Dinge, die zusammenhängen. Wenn jemand ein Haus baut, muß er planen. Wenn jemand einen Industriebetrieb

errichtet, muß er planen. Der Bauer muß planen, wo er ansät, was er anbaut. Wenn er eine Maschine kauft, so muß das geplant werden. Planen ist ein Teil der Wirtschaft. Das kann man ganz einfach nicht trennen.

Nur: Planen, meine Damen und Herren, kann negative und positive Auswirkungen haben. Es kommt darauf an, um hier dem Herrn Abgeordneten Blecha zu antworten, wie man plant, ob man mit Planungen Menschen abhängig macht, Betriebe abhängig macht, ob man die Planung zur Lenkung werden läßt. Wir von der ÖVP lehnen ab, wenn Planung zur Lenkung der Wirtschaft wird. Wir wollen planen, vernünftig planen im Sinne der Menschen, im Sinne einer guten Entwicklung der Wirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Blecha hat heute wiederholt gemeint und immer wieder in den Raum gestellt: konservative Regierungen, die Konservativen. Damit hat er die ÖVP gemeint. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: No na, wen denn?*) Sie sagen „No na“: Ich bekenne mich als Konservativer zu Werturteilen, wie zum Beispiel zum Leistungsprinzip, zur Ehrlichkeit, zur Anständigkeit, zur Familie. So betrachte ich mich als konservativer Abgeordneter. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil ich konservativ bin und mich zu diesen Werturteilen bekenne, möchte ich die Gesellschaft verändern. Ich bekenne mich zur Enzyklika laborem exercens, in der Arbeit Vorrang hat vor dem Kapital. Konservativ in der Anschauung zu sein, heißt nicht, die Gesellschaft verändern zu wollen. Aber das eine schließt das andere nicht aus. Im Gegenteil! Als Konservativer möchte ich in diesem Sinne die Gesellschaft verändern. Das sind unsere Ziele, das ist unser Weg. So verstehen wir uns als Konservative, so verstehen wir uns als Christlichsoziale, so werden wir versuchen, auch die Gesellschaft zu verändern, aber nicht so, wie es der Herr Abgeordnete Blecha verstanden hat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Für uns ist Partnerschaft kein leeres Wort. Für uns bedeutet eben Partnerschaft, miteinander zu versuchen, die Probleme zu lösen, um für die Menschen dieses Staates, für die Wirtschaft entsprechend voranzukommen. Meine Frage an die Regierung: Wie löst sie die Probleme? Wie ist sie bereit, die Dinge zu sehen? Ist sie bereit, hier wirklich gemeinsam zu diskutieren?

Beim Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes haben wir fünf Tage lang diskutiert über die Frage: Wie können wir in

11804

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Ing. Gassner

Europa die Probleme lösen? Die Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, vertreten durch die Unternehmerverbände, sollen mit den Regierungen gemeinsam diskutieren. Europaweit soll die Diskussion gemeinsam mit den europäischen internationalen Organisationen, der EWG, dem EFTA-Rat, erfolgen. Wie können wir hier gemeinsam vorangehen, welche Impulse können wir setzen? Was ist für die Wirtschaft in Europa, was ist für die Wirtschaft weltweit — und daraus ergibt sich auch für uns Österreicher folgende Konsequenz —, was ist für die österreichische Wirtschaft notwendig, um die Probleme zu lösen?

Vergangene Woche beim Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben die meisten Delegierten, die das Wort ergriffen, sehr klar gesagt, daß wir versuchen müssen umzudenken, um nicht eine Politik zu betreiben, die da lautet: Wie schneiden wir aus einem Kuchen ein größeres Stück heraus? Die Frage muß sein: Wie kann der Kuchen vergrößert werden? Denn wenn wir aus dem gleichen Kuchen ein größeres Stück heraus schneiden, dann, meine Damen und Herren, haben wir einen mörderischen Konkurrenzkampf, und zwar in Österreich, europaweit und, wenn Sie wollen, auch weltweit.

Das heißt, für uns stellt sich ganz einfach die Frage: Was können wir tun, um die Wirtschaft zu beleben, in Österreich, in Europa, weltweit? Darüber müßten wir hier sehr, sehr ernsthaft diskutieren. Wir müßten fragen: Welche Impulse können wir gemeinsam setzen? Hier gibt es eben verschiedene Auffassungen.

Wenn ich beim nationalen Bereich beginnen darf: Im nationalen Bereich haben wir unterschiedliche Auffassungen. Und wir haben die Auswirkungen in der letzten Zeit bereits gesehen. Ich möchte noch einmal zu General Motors zurückkehren — hier wurde auch Zanussi genannt, die Förderung in Fürstentum.

Für uns als ÖVP ist die Frage nicht: Wieviel gibt man da oder dort?, sondern die Frage ist ganz einfach: Welcher Betrag ist sinnvoll in welcher Region einzusetzen, um dort strukturelle Maßnahmen zu setzen? Das ist die Frage! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Für uns heißt es ganz einfach, differenziert zu fördern. Die Probleme im einzelnen zu erkennen und dann eben für diese Region die Maßnahmen entsprechend optimal einzusetzen.

Hier richten wir den Vorwurf an die Bundesregierung. Hier, Herr Minister, sagen wir, daß Maßnahmen eben falsch gesetzt wurden.

Heute wurde wiederholt General Motors genannt. Wenn heute der Herr Bundeskanzler auf Seite 6 seines Berichtes feststellt, daß aus ganz Österreich Arbeitnehmer dort bereits beschäftigt werden — über 20 Prozent aus Niederösterreich —, dann, meine Damen und Herren, zeigt das ja, daß unser Vorschlag, das General Motors-Werk nicht in Wien zu errichten, richtig war. Viel vernünftiger wäre es gewesen, diese Mittel so einzusetzen, daß nicht in zunehmendem Ausmaß Leute zum Pendeln gezwungen werden.

Aus ganz Österreich pendeln nunmehr — vermeldet der Herr Bundeskanzler stolz — die Leute zu General Motors nach Wien. Das ist eben der falsche Weg. Wir haben eben die Ansicht vertreten: Differenziert fördern, Arbeitsplätze in den Regionen, wo es notwendig ist, schaffen, um nicht den Menschen aus dem ländlichen Raum abzuziehen und vermehrt in die Ballungszentren hineinzupulvern. Das ist eben der falsche Weg, wie wir von der ÖVP meinen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zu den Lehrlingsplätzen. Meine Damen und Herren von der SPÖ, wissen Sie, daß General Motors bisher im letzten halben Jahr 85 Millionen Schilling für Ausbildung und Bildung ausgegeben hat? — Aber nicht in Österreich, — sondern in der Bundesrepublik Deutschland. Bisher gibt es bei General Motors noch keinen einzigen Lehrling, meine Damen und Herren. Wissen Sie das? — Und das vertreten Sie!

Ich glaube, hier sollte man, wenn man so viel Geld hergibt, auch General Motors ganz massiv sagen, wenn Sie hier zig Milliarden Schilling bekommen, dann, bitte, haben Sie auch die Lehrlinge auszubilden und nicht alle Leute nach Deutschland zu schicken oder woanders ausbilden zu lassen. 85 Millionen Schilling für Ausbildung und Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland, kein einziger Schilling in Österreich! Das ist eben ein falscher Weg! Das ist unser Vorwurf. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Lichal: Um österreichisches Geld!*)

Noch ein Beispiel, weil heute sehr viel über die Bauwirtschaft diskutiert wurde. Meine Damen und Herren! Wir wollen eben, daß die Mittel in dieser schwierigen Zeit der Bauwirtschaft zugeführt werden, daß sie beschäftigungspolitisch am besten ausgegeben werden.

Dazu nur ein Beispiel. Die Landesregierung Niederösterreichs hat das Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung abgelehnt. Wir haben alle Städte angeschrieben. Keine

Ing. Gassner

einzigste Stadt, weder mit einem sozialistischen noch mit einem ÖVP-Bürgermeister an der Spitze, hat gesagt, ich nehme das Programm entgegen. Und es hat die Landesregierung 800 Wohnungseinheiten für eine Förderung zur Verfügung gestellt.

Wenn man jetzt vergleicht, was durch das Sonderwohnbauprogramm in den einzelnen, gerade in den notleidenden Bezirken Niederösterreichs passiert wäre, dann, meine Damen und Herren, muß man sagen, daß das nunmehr von der Landesregierung, von Landeshauptmann Ludwig initiierte Programm das bessere ist.

Dazu ein Beispiel. Im Bezirk Lilienfeld hätte es nach dem Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung nicht ein einziges gefördertes Objekt gegeben. Es wäre kein einziger Schilling dorthin geflossen. Nach dem Programm der Landesregierung, nach dem Modell Ludwig werden in diesen Bezirk 4,8 Millionen Schilling fließen. Da kann man sagen: 4,8 Millionen Schilling sind für den Bezirk Lilienfeld zu wenig, aber nach dem Sonderwohnbauprogramm wäre es halt kein einziger Schilling gewesen.

Wir glauben, daß so eine Vorgangsweise, die differenziert gerade auf die schwierigen Regionen ausgerichtet ist, die bessere ist, besser als Ihr Sonderwohnbauprogramm, durch das nur Objekte gefördert werden, die in den Ballungszentren entstehen, durch das dort, wo man genug Arbeitsplätze hat, wieder neue Mittel hineingepumpt werden. Wir wollen Arbeitsplätze dort schaffen, wo zu wenig vorhanden sind.

Meine Damen und Herren. Ein weiteres Beispiel zur Konkurrenz im europäischen Bereich. Ich darf Helmut Geiger, den Präsidenten des deutschen internationalen Sparkassenverbandes, zitieren, der die heutigen Probleme als Probleme struktureller Art bezeichnet. Wir lesen heute in der Zeitung, daß die Importflut Arbeitsplätze gefährdet, die Bauknecht-Zukunft scheint nicht gesichert zu sein. Wenn man all das untersucht, dann stellt man fest, daß in zunehmendem Ausmaß ganz einfach Arbeitsplätze von uns abwandern müssen. Wir können sie gar nicht halten, weil diese Produkte in anderen Ländern billiger hergestellt werden können.

Und hier wiederum meine Frage an die Bundesregierung: Erkennen Sie das nicht? Es liegen hier Untersuchungen vor, wir haben sie, die Arbeiterkammer hat sie, der ÖGB hat sie, die Handelskammer hat sie. Ich nehme auch an, die Bundesregierung hat diese Untersuchungen. Warum setzt die Bundesre-

gierung nicht die entsprechenden Maßnahmen, um zeitgerecht die Firmen aufzuklären? Zeitgerecht die Mittel einzusetzen, sodaß wir ganz einfach zeitgerecht auf neue, moderne Produkte umsteigen können.

Hier fehlt mir die Motivation seitens der Bundesregierung, die konkreten Förderungsmaßnahmen — ich sage es noch einmal —, gerade in jenen Betrieben, die heute nicht mehr konkurrenzfähige Produkte erzeugen können, daß diese auf neue Produkte umsteigen, die sie dann auch weltweit verkaufen können.

Das müßte das Ziel jeder Politik sein. Nicht versteinerte Strukturen zu schaffen, sondern ganz einfach eine offensive, moderne Politik zu betreiben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Finanzminister hat gemeint, wir exportieren immer mehr. Dazu ein paar Kennzahlen aus der Wirtschaft, und zwar in der Relation Importpreise — Exportpreise. *(Abg. Mühlbacher: Haben Sie vergessen, was wir alles gefördert haben?)*

Im Mai dieses Jahres, Herr Abgeordneter Mühlbacher, sind die Importpreise um 1,7 Prozent gestiegen und die Exportpreise um 3,1 Prozent gegenüber dem Vormonat gefallen. Eine ähnliche Situation gegenüber dem Vorjahr, im gleichen Monat. Wissen Sie, was das zeigt? — Das zeigt, daß in zunehmendem Maße der österreichische Konsument und die österreichischen Firmen die Produkte ankaufen müssen, Rohstoffe ankaufen müssen, höhere Preise zu bezahlen haben. Das heißt gleichzeitig, daß wir unsere Exporte immer billiger verkaufen müssen. Das ist ja das Problem, daß wir vermehrt mehr Geld ausgeben müssen für Konsumartikel oder für Dinge, die wir in der Industrie, in der Wirtschaft brauchen, und daß wir umgekehrt unsere Exportprodukte billiger verkaufen müssen.

Meine Damen und Herren! Hier öffnet sich eine Schere, und das ist in diesem Bericht der Bundesregierung nicht enthalten. In diesem wird ganz einfach festgestellt: Wir exportieren mehr in Geldwert. Das allein sagt noch gar nichts, sondern Ziel muß es sein, auch alle Maßnahmen der Bundesregierung darauf zu lenken, daß wir preisgünstig exportieren können, daß wir mit diesen Exporten auch Gewinn machen können, weil letztlich nur der Gewinn wieder dazu führt, daß die österreichischen Unternehmen investieren können, daß die österreichischen Unternehmen auch die Vollbeschäftigung absichern können. Das, meine Damen und Herren, kann nur das Ziel sein, das wir gemeinsam zu verfolgen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

11806

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Ing. Gassner

Es wird immer wieder stolz berichtet, wir machen immer mehr in der Forschung. Ich habe aus der April-Nummer der „Forschung“ einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß im Vergleich zu den westlichen Industrieländern in Österreich wenig geforscht wird. Die notwendige Anpassung unserer Wirtschaftsstruktur erfordert intensivere Forschung.

Das Ludwig-Boltzmann-Institut stellte fest: Österreichs wirtschaftliche Situation leidet — diesem Bericht zufolge — unter einem ständig wachsenden Konkurrenzdruck aus den Schwellenländern. Dieser Bericht stellt weiter fest, daß wir in bezug auf Forschungsausgaben des Unternehmensektors in Österreich an zwölfter Stelle liegen. Die Vereinigten Staaten von Amerika geben fünfmal soviel aus pro Kopf, Großbritannien dreimal soviel, die Niederlande und Schweden zweimal soviel.

Darüber kann man nicht hinweggehen, Herr Finanzminister.

Ich glaube, hier muß man ganz einfach, wenn man diese Zahlen sieht, erkennen, daß wir mehr in die Forschung investieren müssen. Wenn die Bundesregierung hier nicht auch Motor ist, Antriebskraft ist, Förderungsmaßnahmen setzt, Anreize gibt, auch steuerrechtliche Anreize, dann, meine Damen und Herren, werden wir weiterhin Produkte erzeugen, die wir in zunehmendem Ausmaß in Zukunft nicht verkaufen werden können, die auch nicht auf den Markt gebracht werden können und die auch letztlich nicht den Gewinn bringen, der notwendig ist.

Das ist die Problematik! Deshalb verlangen wir immer mehr an Forschung. Vielleicht wird der Herr Finanzminister nun sagen: Wir haben sowieso aufgestockt. Herr Finanzminister! Hier müssen wir ganz einfach internationale Vergleiche anstellen, was in den anderen Ländern geschieht. Es stellt sich ganz klar die Frage: Was können wir in Österreich tun, um diese Dinge zu verändern?

Dazu ein paar Vergleichszahlen. Der Wert pro Tonne Exportgut ist in der Schweiz doppelt so hoch wie in Österreich, in der Bundesrepublik Deutschland noch immer um 25 Prozent höher als in Österreich. Das heißt, dort erfolgt die Wertschöpfung in größerem Ausmaß, dort werden intelligentere Produkte exportiert. Und wir, meine Damen und Herren, verbleiben auf den Produkten, die wir schon seit Jahrzehnten herstellen, und wir sind kaum bereit, eine echte expansive Exportpolitik zu betreiben.

Das ist eine große Gefahr. Wir müssen gemeinsam versuchen, Maßnahmen zu setzen. Es liegt, glaube ich, auch an der Bundes-

regierung, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen und, ich sage es noch einmal, motivierend zu wirken und die entsprechenden Maßnahmen zu setzen.

Ich habe aber auch gesagt, meine Damen und Herren: Was haben wir international zu tun? — Die europäischen Staaten sind hineingestellt in die Weltwirtschaft. Ich glaube ganz einfach — und ich glaube es nicht nur, ich weiß es —, daß diejenigen Überlegungen, die wir anstellen, alle Industriestaaten anstellen.

Wenn wir, Herr Minister, nicht bereit sind, zeitgerecht Handlungen zu setzen, bleiben wir auf der Strecke. Das heißt: Die Deutschen, die Schweden, die Schweizer, alle mitsammen stellen diese Überlegungen an. Wenn wir nicht bereit sind, und wenn vor allem die Bundesregierung nicht bereit ist — ich sage es noch einmal —, motivierend zu wirken und mit konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit steuerpolitischen Maßnahmen Impulse zu setzen, werden wir nicht die Chance haben, aus der heutigen Situation Österreichs herauszukommen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Es liegt vor allem an der Regierung, diese Maßnahmen zu setzen. Wir werden ganz klar ganz einfach versuchen müssen, die Kaufkraft weltweit zu verändern, die Kaufkraft zu stärken. Wir haben Probleme. Wir haben das im Bericht gelesen.

Die Oststaaten haben in zunehmendem Ausmaß weniger Wertschöpfung, sie verdienen weniger. Die Kaufkraft nimmt ab. Sie sind in zunehmendem Ausmaß verschuldet. Sie können uns weniger abkaufen. Deshalb können wir dorthin weniger exportieren oder nur in Kompensationsgeschäften, wo wir dann wieder weniger verkaufen können.

In den sogenannten Drittländern ist die Kaufkraft nicht vorhanden. Im Gegenteil: Sie werden zum Teil Konkurrenzländer wie Japan, Südkorea und so weiter. Aber andere Drittländer haben die Kaufkraft nicht, weder die Menschen dort noch die Nationen dort. Das heißt: Wir werden ganz einfach — nicht nur wir allein in Österreich, sondern alle westeuropäischen Industrieländer, alle in der OECD zusammengefaßten Industrieländer einschließlich Japan — versuchen müssen, in diesen Ländern die Kaufkraft zu wecken, den Menschen dort Verdienst zu geben, den Ländern dort Verdienst zu geben, um mit dieser Kaufkraft dann letztlich auch die Vollbeschäftigung und auch die Wirtschaft in Österreich sichern zu können.

Wenn die Kaufkraft dieser Länder nicht gestärkt wird, meine Damen und Herren, wer-

Ing. Gassner

den Industrieländer in zunehmendem Ausmaß auf ihren Produkten sitzenbleiben. Wir glauben, daß wir das alle mitsammen erkennen müssen. Es muß vor allem aber auch die Bundesregierung erkennen und hat von ihrer Warte aus, von ihrer Seite aus die entsprechenden Impulse auch für die österreichische Wirtschaft zu setzen.

Wir haben, meine Damen und Herren, dementsprechend nicht nur die regionalen Probleme in Österreich zu lösen. Wir haben ganz einfach aus der Sicht dieser Situation am 17. September 1981 im Nationalrat unseren Antrag eingebracht. Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben diesen Antrag niedergestimmt. Sie haben ihn abgelehnt. Damals bereits haben Sie das verhindert! Sie meinen jetzt, daß die ÖVP schuld daran sei, daß durch den Einspruch des Bundesrates nicht so schnell, wie Sie es gewollt haben, Maßnahmen gesetzt werden konnten. Damals haben Sie verhindert, Maßnahmen zu setzen, die damals bereits Impulse gesetzt hätten. Die Arbeitslosigkeit im Winter wäre in Österreich gar nicht so angestiegen, wenn Sie dem zugestimmt hätten am 17. September 1981! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, wir haben vor 14 Tagen beim Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes sehr intensiv über die Fragen diskutiert, wie man die Wirtschaft ankurbeln kann. Es haben alle Vertreter der Regierungen und auch der internationalen Organisationen sowie der Gewerkschaften der einzelnen Länder eines festgestellt:

Ein wesentlicher Impuls für die Wirtschaft ist die Kaufkraft der Menschen. Es haben die Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich und England — ich wiederhole: aus Frankreich und England — festgestellt, daß in diesen Ländern in den letzten fünf Jahren die Gebrauchsgüterindustrie — durch die sinkende Kaufkraft der Menschen, durch den sinkenden Reallohn der Arbeitnehmer — um 20 Prozent gesunken ist. Die Gebrauchsgüterindustrieproduktion ist um 20 Prozent gesunken.

Dort wurden Arbeitnehmer in dieser Industrie arbeitslos. Aber nicht nur in dieser Industrie, sondern auch im produzierenden Gewerbe. In diesen beiden Ländern ist auch die Beschäftigung im Handel — natürlich, wenn die Leute nichts kaufen — um 16 Prozent zurückgegangen.

Deshalb warne ich, Herr Finanzminister, in Österreich eine Politik zu betreiben, durch die auf Grund der Steuerpolitik der Regierung

die Kaufkraft der Menschen zurückgeht. Gerade diese Diskussion hat ganz klar gezeigt, daß ein wesentlicher Faktor, ein wesentlicher Pfeiler der Wirtschaft die Kaufkraft der Menschen ist.

Deshalb, Herr Finanzminister, die ganz klare Forderung: Die Kaufkraft der Menschen zu erhalten, und die Arbeitnehmer steuerlich nicht vermehrt zu belasten! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dazu gäbe es jede Menge Vergleichszahlen. Aber nur einen Vergleich, die Jahre 1980 und 1981:

Im Jahre 1980 ist das Realeinkommen der Arbeitnehmer brutto im Durchschnitt in Österreich um 0,5 Prozent gesunken. — Aus dem Handbuch der Arbeiterkammer Wien. — Ich wiederhole: Im Jahr 1980 ist es brutto im Durchschnitt um 0,5 Prozent real gesunken. Im Jahr 1981 ist es um 0,5 Prozent gestiegen.

Dazu im Vergleich die Lohnsteuerentwicklung: Im Jahr 1980 ist bei einer Inflationsrate von 6,4 Prozent die Lohnsteuer um 12,1 Prozent gestiegen und im Jahr 1981 bei 6,8 Prozent um rund 15 Prozent.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Dieser Vergleich ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Wir sind nicht in Amerika, wir sind nicht in England, wir sind nicht in Frankreich, wir sind in Österreich, Herr Kollege! Wir haben hier die Maßnahmen zu bestimmen und zu diskutieren, die für die österreichischen Arbeitnehmer und die österreichische Wirtschaft gut und richtig sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Kollege! Diese Zahlen zeigen ja ganz klar, daß das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer real *(Widerspruch bei der SPÖ)* — jawohl, hier drinnen bitte zu lesen *(der Redner zeigt das Handbuch vor)* —, real gesunken ist.

Ich warne den Herrn Finanzminister vor diesem Weg, von dem die französischen Gewerkschafter, die englischen Gewerkschafter und die Vertreter der Regierungen bei diesem Kongreß mahnend gesprochen haben. Wir sollten diese Worte nicht unberücksichtigt lassen. Ich glaube ganz einfach, wir sollten die Lehren daraus ziehen. Wir sollten ganz klar den Finanzminister auffordern, in der Steuerpolitik eben vorsichtig vorzugehen. Wenn bei der Lohnpolitik für die Arbeitnehmer schon vorsichtig vorgegangen wird vom ÖGB, von den Gewerkschaften her, dann sollten nicht gleichzeitig durch die Steuerpolitik die Arbeitnehmer vermehrt belastet werden.

11808

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Ing. Gassner

Wir warnen vor einer solchen Entwicklung!
(Zustimmung bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, aber vor allem, um der Bundesregierung die Chance zu geben, doch einmal sehr ernste Probleme zu diskutieren und zu beraten, glauben wir, daß es notwendig ist, ein Wirtschaftsbelebungsprogramm zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich zu erarbeiten.

Dies angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosenquote in Österreich von 1981 auf 1982 um zirka 75 Prozent ansteigen wird,

angesichts der dramatischen Verschärfung der regionalen Arbeitsmarktsituation — in einem Drittel der österreichischen Bezirke lag im April 1982 die Arbeitslosenrate doppelt so hoch wie im Vergleichsmonat des Vorjahres —,

angesichts der Explosion des Budgetdefizits um rund 40 Prozent von 1981 auf 1982 — von 51 Milliarden Schilling auf 65 bis 70 Milliarden Schilling —,

angesichts der auf über 42 Prozent gestiegenen Steuer- und Abgabenquote,

angesichts einer Verdoppelung der Zahl der vorgemerkten arbeitslosen Jugendlichen,

angesichts von 10 000 fehlenden Lehrstellen sowie

angesichts steigender Finanzierungsprobleme bei der Sozialversicherung, ungelöster Energiefragen, sinkender Einkommen in der Landwirtschaft und von 3 364 Insolvenzen seit Jänner 1981,

verlangt die Österreichische Volkspartei von der Bundesregierung bis Herbst 1982 die Erstellung eines Wirtschaftsbelebungsprogrammes zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich und bringt folgenden Entschlie-ßungsantrag ein:

Entschlie-ßungsantrag

der Abgeordneten Dr. Mock, Graf, Ing. Dittrich, Dr. Taus, Ing. Gassner, Dipl.-Ing. Riegler, Burgstaller, Manndorff und Genossen betreffend Erarbeitung eines Wirtschaftsbelebungsprogrammes zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nach Vorliegen der Konjunkturprognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes im Juni sowie nach Vorliegen der Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfra-

gen ein wirksames Programm zur langfristigen Stärkung unserer Wirtschaft, zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Sanierung des Staatshaushaltes auszuarbeiten.

Dieses Wirtschaftsbelebungsprogramm sollte auf einer möglichst breiten politischen Basis erstellt werden und folgende wirtschaftspolitische Maßnahmen außer Streit stellen:

Steuerstopp angesichts einer Belastungsquote von 42%.

Aufbau eines effizienten Systems massiver Investitionsanreize zur Eindämmung regionaler Arbeitslosigkeit.

Fixierung eines fünfjährigen Sanierungsplanes für den Staatshaushalt, um eine weitere Defizitexplosion zu verhindern.

Sicherstellung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft durch die Verwirklichung eines Export- und Innovationskonzeptes.

Bessere Beschäftigung in der Bauwirtschaft durch Umstrukturierung von maschinenintensiven Großprojekten auf beschäftigungsorientierte Vorhaben im Wohnbau und bei der Stadterneuerung.

Dieses Wirtschaftsbelebungsprogramm zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich ist durch einen Verschwendungsstopp, durch den Verzicht auf das Monsterprojekt Konferenzzentrum und durch sinnvolle Budgetumschichtungen zu finanzieren.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute sehr lange diskutiert. Wir haben manchmal echt miteinander gesprochen. Ich glaube, meine Damen und Herren von der SPÖ und auch von der Freiheitlichen Partei: Überlegen Sie sich diese Vorschläge, die ich gemacht habe, diesen Antrag, den ich gestellt habe. Ich glaube, es sollte uns allen mitsammen ein sehr ernstes Anliegen sein, die Wirtschaft in Österreich anzukurbeln, Österreich den entsprechenden Platz in der weltweiten Wirtschaft zu sichern und Österreich als konkurrenzfähigen Partner innerhalb der westlichen Industriestaaten zu erhalten. Und, meine Damen und Herren, letztlich unsere vornehmste Aufgabe: allen Menschen in diesem Lande Beschäftigung zu geben.

Das ist unser Anliegen, und deshalb ersuche ich Sie, diesem Antrag Ihre Unterstützung zu geben. (Beifall bei der ÖVP.) 19.50

Präsident Thalhammer: Der eingebrachte Entschlie-ßungsantrag der Abgeordneten Dr.

Präsident Thalhammer

Mock und Genossen ist genügend unterstützt und steht somit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Burgstaller. Ich erteile ihm das Wort.

19.51

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mitte März dieses Jahres wurde die große gemeinsame Studie der beiden Meinungsforschungsinstitute Österreichs, Fessel und IFES, über die Beurteilung der Politik in der österreichischen Bevölkerung präsentiert, worin zwei Drittel bis drei Viertel sie für undurchschaubar und unbeeinflussbar halten, was ein überaus bedenkliches Zeichen ist.

Zum anderen aber bedauerten 81 Prozent der Befragten, daß aus Angst vor Wahniederlagen unpopuläre, aber auch notwendige Maßnahmen nicht getroffen werden. Es wird deutlich gemacht, daß die Bevölkerung ein Gespür für die Situation und für Erfordernisse der Zeit hat und daß sie auch bereit ist, sogenannte unpopuläre Maßnahmen mit zu tragen, vorausgesetzt die Politik ist durchschaubar, und in die politischen Verantwortungs-träger kann Vertrauen gesetzt werden.

Mit Mut zur Aufrichtigkeit und durch eine glaubwürdige Politik mit realistischen und längerfristigen Zukunftsperspektiven kann dieses notwendige Vertrauen gewonnen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade in diesem Zusammenhang kommt den Berichten zur wirtschaftlichen Lage des Bundeskanzlers und des Finanzministers entscheidende Bedeutung zu.

In diesen Berichten werden statistische Zahlen verwendet und mit jenen Ländern verglichen, die entweder schlechter oder gleich liegen, es werden einige Zahlen verwendet, wobei ich persönlich den Eindruck habe, daß diese eher in der Lotterie gezogen wurden, als daß sie der Wirklichkeit entsprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit dieser Art der Darstellung der wirtschaftlichen Situation in Österreich, die sich eher im lyrischen Bereich als in der Realität abspielt, werden Sie, Herr Bundeskanzler, und Sie, Herr Finanzminister, kein Vertrauen gewinnen, denn die Wirklichkeit und die Realität schauen anders aus.

Waren die Maßnahmen zur Konjunkturbeliebung der vergangenen Jahre vor allem nur als ein Zeitkaufen gedacht, und sind die längerfristigen Sanierungsmaßnahmen ausgeblieben, so hat dies zur Ursache, daß die

Arbeitslosenrate in Österreich eine nach wie vor deutlich steigende Tendenz hat.

Durch viele Feuerwehractionen, um auftretende Brände zu löschen, so nach dem Motto: ein Loch auf, ein Loch zu, sind weite regionale Flächenbrände mit Arbeitslosenraten bis zu 20 Prozent Dauerarbeitslosen in verschiedenen Regionen entstanden.

In der Regierungserklärung der SPÖ-Minderheitsregierung von 1970 heißt es: „Eine der vornehmsten Aufgaben der österreichischen Bundesregierung wird es sein, im Rahmen ihres langfristigen Wirtschaftskonzeptes vor allem in wirtschaftlich gefährdeten Gebieten für bestmögliche Förderung von zukunftsorientierten und rentablen Betriebsgründungen und Neuinvestitionen zu sorgen.“

Oder in der Regierungserklärung 1971: „Die Bundesregierung setzt sich für den Bereich ihrer eigenen Regionalstrukturpolitik zum Ziel, den gesamtstaatlichen Zusammenhalt zu fördern und das regionale Entwicklungsgefälle nach Möglichkeit zu verringern.“

Wie, meine sehr verehrten Damen und Herren, schaut es nach rund zehn Jahren sozialistischer Regierung in diesen Gebieten und in diesen Regionen aus?

Im Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik, das in diesen Tagen erschienen ist — der Abgeordnete Stix hat bereits daraus zitiert —, gibt es eine Studie über das Regionalmodell Aichfeld-Murboden, geschrieben von einem Mitarbeiter der Arbeiterkammer, wobei die Schlußbewertung interessant, aber auch hochaktuell ist.

„Erfolge wurden ausschließlich in dem Sinne erreicht, daß ohne regionalpolitische Maßnahmen die Resultate noch schlechter ausgefallen wären.“ Er bedauert dann, daß die Betriebe, die dort angesiedelt worden sind, genau von der Art waren, die sehr bald wieder aus solchen Gegenden verschwinden, die nicht wirklich stabil sind, und daß diese Betriebe auch in der Wirtschaft der Region nicht verwurzelt sind, daß es also keine Querverbindungen gibt, daß es nicht Zulieferungen aus der Gegend gibt und nicht Lieferungen dieser Betriebe an die Umgebung.

Wie recht dieser Mitarbeiter der Arbeiterkammer hat, wird am Beispiel Bauknecht wohl am deutlichsten sichtbar. Es wäre verantwortungsvoll gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hätte der Bundeskanzler oder hätte der Finanzminister den Arbeitnehmern bei Bauknecht, und hier vor allem im Wirtschaftsbericht sagen können, wie es mit ihrem Betrieb weitergeht oder was

11810

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Burgstaller

endlich mit der Eumig in Fohnsdorf passiert oder mit Bauknecht in Rottenmann. Dies wäre für die Menschen in diesen Betrieben wichtiger als Auszüge aus der „Zürcher Zeitung“, die sie sich in den meisten Fällen auf Grund der bescheidenen Einkünfte sowieso nicht kaufen können.

In fast allen sogenannten Problemgebieten sind die Arbeitslosenzahlen seit 1970 gestiegen, in einigen Gebieten haben sie sich verdoppelt, in Fürstenfeld verzehnfacht. Dies stellt aber immer noch eine humane Betrachtungsweise dar, da die Auspendlerquote nicht berücksichtigt wird.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Regionalpolitik dieser Bundesregierung. Die Auswirkungen für die Menschen, die vor 1970 und bis Mitte der siebziger Jahre Arbeit und Beschäftigung fanden, sind katastrophal. Tiefe Mutlosigkeit, Demotivation, ja Resignation sind bei den Bürgern dieser Regionen eingekehrt.

Viele Hunderte Menschen leben in dieser Region von der Notstandsunterstützung, von ein paar Tausend Schilling ohne Hoffnung auf eine Zukunft. Diese Frage wird vor allem von der Jugend in dieser Gegend immer mehr gestellt, wie überhaupt die Frage nach dem Sinn ein zentrales Thema vor allem der Jungen ist.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben versprochen, aus diesen Regionen blühende Gürtel zu schaffen. Den Menschen dort haben Sie jede Hoffnung, vor allem aber auch die Glaubwürdigkeit an die Politik und an die Politiker genommen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben mit der sozialistischen Wirtschaftspolitik ein zweigeteiltes Österreich geschaffen: Zu dem bescheidenen Wohlstand vor allem in den Zentralräumen ist besonders in den südöstlichen Regionen unserer Republik tiefe Bestürzung und Hoffnungslosigkeit bei den dort lebenden Menschen gekommen. Ihre Vollbeschäftigungstheorie ist in diesen Regionen wie eine Seifenblase geplatzt.

Vieles, meine Damen und Herren, wurde unter diesem Begriff in den letzten Jahren verkauft und von der Bevölkerung auch getragen: Steuererhöhungen, Tarifierhöhungen, Gebührenerhöhungen, Erhöhungen der Sozialbeiträge, Erhöhung der Preise der Lebensmittel, der Grundnahrungsmittel und dergleichen mehr. Der Kreisky-Slogan ist verschwunden: ein paar hundert Millionen Schulden sind mir lieber als ein paar tausend Arbeitslose.

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir beides in ausreichendem Maße: Nicht nur eine hohe Arbeitslosenrate, sondern auch eine noch nie dagewesene Jugendarbeitslosigkeit drohen.

Sie haben heute in Ihrem Bericht darauf hingewiesen, was die Bundesregierung alles tut, um diesem Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen, ein wichtiges, ein zentrales gesellschaftspolitisches Problem. Sie haben aber nicht gesagt, Herr Bundeskanzler, was nach Abschluß der Lehre passiert. Werden die ausgebildeten Lehrlinge, so wie beispielsweise in Bereichen der Verstaatlichten in Donawitz und in Eisenerz, werden diese Facharbeiter gekündigt, oder können sie weiter beschäftigt werden? Wenn ja, wo?

Niemand, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird heute bestreiten, daß die Wirtschaftssituation weltweit schwieriger geworden ist. Niemand wird bestreiten, daß die sozialistische Regierung nicht versucht hat, etwas dagegen zu tun. Und niemand wird heute bestreiten, daß die sozialistische Regierung nicht die volle Verantwortung dafür trägt, was in den letzten zwölf Jahren in diesen Bereichen passiert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Regierung hat vieles getan, vieles ohne entsprechenden Weitblick, vieles ohne Beachtung der Wirtschaftsmechanismen, vieles nicht mit dem entsprechenden Nachdruck, vieles in Husch-Pfusch-Aktionen, vieles zum falschen Zeitpunkt, vieles überhaupt nicht, einiges — das wurde hier heute schon ganz offen gesagt — durchaus Positives und Richtiges. Die Innovation, die Forschung und Entwicklung wurden viele Jahre vernachlässigt und haben heute ein Niveau erreicht, das in der Größenordnung von Entwicklungsländern liegt. Eine ausreichende Grundlagenforschung auf den Hochschulen ist auf Grund des fehlenden Kapitals überhaupt nur mehr beschränkt möglich. Forschungsanstalten innerhalb der Verstaatlichten schlagen sich mit auferlegten Verrechnungsmodellen statt mit Forschungsprojekten herum.

Notwendige Projektförderungen für Pilotversuche werden nicht vorgenommen. Wichtige innovatorische Projektförderungen scheitern an dem zeitaufwendigen bürokratischen Weg.

All diese Sünden führten dazu, daß wir in Österreich bei einigen zukunftssträchtigen Industriezweigen hoffnungslos abgeschlagen sind, wobei wir über einen Technologietransfer versuchen müßten, diesen technischen

Burgstaller

Rückstand aufzuholen. Aber auch hier fehlen der sozialistischen Regierung die Konzepte, aber vor allem das notwendige Geld. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Durch diese fehlende Innovationsförderung ist die Konkurrenzfähigkeit vieler unserer Produkte auf den westlichen Märkten nicht mehr gegeben. Mit rund 600 000 Beschäftigten in der Industrie sind wir heute in Österreich eindeutig unterindustrialisiert. Wir haben gerade — der Abgeordnete Taus hat darauf hingewiesen — in diesem volkswirtschaftlich sehr wichtigen Bereich über 80 000 Arbeitsplätze verloren. 80 000 Arbeitsplätze: das ist die Anzahl der Arbeitsplätze innerhalb der VOEST-Alpine.

Vor allem in der Steiermark ist die verfehlte Wirtschaftspolitik der sozialistischen Bundesregierung am deutlichsten sichtbar. Zuerst wurden die Fusionen der VOEST-Alpine, Styria, Böhler und Schöller durchgeführt, wobei die vom Bundeskanzler als Fusionshilfen zugesagten Milliarden nicht gekommen sind.

Dann wurde auf Grund der internationalen Schwierigkeiten in der Eisen- und Stahlindustrie vom Bundeskanzler als Vertreter des Eigentümers zu spät reagiert. Statt 1977, 1978 Mittel zur Verfügung zu stellen, führte die angeordnete Vollbeschäftigung zum letzten Verbrauch des erarbeiteten Eigenkapitals in diesen Unternehmungen.

Das Reagieren im Jahre 1980 beziehungsweise 1981 ist um mindestens drei Jahre zu spät erfolgt. Die Mittelzuführung war unzureichend und in der Höhe zu gering. Daß wir in der Eisen- und Stahlindustrie in der Steiermark in den letzten zehn Jahren über 7 000 Arbeitsplätze verloren haben, dafür trägt diese Regierung beziehungsweise der Bundeskanzler die volle Verantwortung.

Wo bleibt der Wahrheitsgrad Ihrer Meldungen, Herr Bundeskanzler, anlässlich des Booz-Allen-Gutachtens bei den VEW, wo Sie es als persönlichen Erfolg verkauft haben, daß statt der 4 000 von Booz-Allen vorgeschlagenen Kündigungen nur 1 200 in Zwangspension gehen müssen oder gekündigt werden?

Seit September 1980 — der Abgeordnete Rechberger hat darauf hingewiesen — sind über 3 000 Arbeitnehmer bei den VEW gekündigt beziehungsweise zwangspensioniert worden.

Der Abgeordnete Rechberger, Arbeiter-Betriebsratsobmann der VEW Kapfenberg, hat es als großen Erfolg verkauft, daß wir um 3 000 Arbeitsplätze weniger haben. Ein unvor-

stellbarer Ausspruch eines Betriebsratsobmannes hier im Hohen Haus!

Wo bleibt Ihre Garantieerklärung, Herr Bundeskanzler, für Judenburg? Ab 1. März 1982 haben die VEW Judenburg 1 060 Beschäftigte, um 691 weniger. Dieser Prozeß, meine Damen und Herren, ist noch nicht abgeschlossen.

Anlässlich der Ehrenbürgerschaftsverleihung in Kapfenberg haben Sie, Herr Bundeskanzler, erklärt, daß kein VEW-Arbeiter seinen Arbeitsplatz in Kapfenberg verlieren wird. Inzwischen haben wir etwa 800 Mitarbeiter in diesem Betrieb in Kapfenberg verloren.

Das Werk Mürzzuschlag der VEW war vor der Fusion ein blühendes Werk. Heute wissen die Arbeitnehmer nicht, wie es weitergeht. Auch dort sind seit 1980 462 Beschäftigte weniger.

Zweifellos, meine Damen und Herren, wurde auch viel in den steirischen Betrieben investiert, allein bei der VOEST-Alpine rund 9 Milliarden Schilling. Aber dabei handelt es sich um das Eigenkapital, das von den Arbeitnehmern, von den Arbeitern und Angestellten selbst verdient und erarbeitet wurde. Hilfe von der Bundesregierung ist zum damaligen Zeitpunkt bei diesen Investitionen keine gekommen.

Sie haben nun, Herr Bundeskanzler, wie ich einer Erklärung der sozialistischen Fraktionszeitung des Arbeiter-Betriebsrates in Donawitz entnehme, Ihre besondere Unterstützung bei der Lösung der schwierigen Situation in Donawitz zugesagt. Herr Bundeskanzler, ich muß Ihnen sagen, ich fürchte mich davor. Die vorhin angeführten Beispiele Judenburg und Kapfenberg, aber auch Mürzzuschlag zeigen, daß überall dort, wo Sie Ihre Unterstützung zusagen, wo Sie Ihr besonderes Augenmerk hinlegen, prompt Arbeitsplätze verlorengehen. Schaut Ihre besondere Hilfe und Unterstützung, Herr Bundeskanzler, so aus?

Von der VOEST-Alpine, Hütte Donawitz, vom Sekretariat wird eine Bekanntmachung am 13. Mai 1982 herausgegeben. Betrifft: Interne Stellenausschreibung. „Unsere Unternehmung bietet Lohnempfängern der Hütte Donawitz die Möglichkeit eines dauernden Arbeitsplatzes in der Hütte Linz.“

Es handelt sich um kurzfristig anlernbare Arbeitsplätze im Hüttenwerk, wobei die Möglichkeit einer Quartierbeschaffung durch das Unternehmen besteht.

Burgstaller

Interessenten bitten wir, sich umgehend in unserer Arbeiterstelle ... zu melden.“

Wollen Sie, Herr Bundeskanzler, die Steirer aussiedeln? Herr Bundeskanzler, wir Steirer sind besonders heimatverbunden. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich sage das hier im Hohen Hause ohne Polemik: Wir lieben unsere Heimat, wir lieben unsere Steiermark. Wir werden diese Politik nicht zulassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir werden diese Bestrebungen mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln bekämpfen.

In der Hütte Donawitz waren Anfang der siebziger Jahre mehr als 7 000 Beschäftigte, 1984 werden es 4 300 sein. Dringend notwendige weitere Investitionen in der Weiterverarbeitung, in der Aufnahme neuer Produkte, aber auch organisatorische Veränderungen innerhalb der VOEST-Alpine sind notwendig. Die VOEST-Alpine hat in ihren steirischen Betrieben einen einzigen Prokuristen, und der geht Mitte dieses Jahres in Pension.

All jene Maßnahmen, die bei Booz-Allen in kleineren Einheiten dargestellt worden sind, sind für die steirischen VOEST-Betriebe heute in Linz. Wir verlangen und wir bestehen darauf, daß diese Führungsebenen wieder in die Steiermark kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Ausbau der Forschung und Entwicklung in Leoben ist weiter voranzutreiben. *(Zwischenruf des Abg. Ruhaltinger.)* Herr Zentralbetriebsobmann Ruhaltinger! Wir möchten nur jene Führungsebenen wiederum haben, die wir seit der Fusion verloren haben. Nur jene, mehr wollen wir den Linzern nicht wegnehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Organisationskonzept, wo man divisionalisiert und zentralisiert in einem noch nie dagewesenen Ausmaß, ist untragbar, Herr Abgeordneter Ruhaltinger.

Ihr Entschluß, Herr Bundeskanzler, Felten & Guillaume Dimlach bis Jahresende weiterzuführen, hat die Situation in Donawitz weiter verschärft und ist eine Fehlentscheidung, noch dazu, wo es Ihrer Regierung bis heute nicht gelungen ist, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Ich hoffe, daß es dem Land Steiermark gelingen wird, so wie es auch dem Land und dem Landeshauptmann in Fürstenfeld gelungen ist, auch in Bruck an der Mur einen Betrieb anzusiedeln. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich halte noch einmal fest: Daß wir heute in Fürstenfeld eine Unternehmung ansiedeln, ist das Verdienst des Landeshauptmannes der

Steiermark und von sonst niemand. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da heute hier, Herr Abgeordneter Fauland, von verschiedenen sozialistischen Vorrednern über die Förderungshöhe polemisiert wurde und daß Zanussi gleich viel bekommt wie General Motors: Bitte, darf ich Ihnen die Zahlen nennen: Nicht rückzahlbare Subventionen an Zanussi 107 Millionen Schilling. Der Bund — meine Damen und Herren der linken Seite, hören Sie zu — zahlt 42 Millionen, das Land 65 Millionen. Darlehen — das sind jene, die man zurückzahlen muß — 299 Millionen. Ich überlasse es Ihnen, sich jetzt auszurechnen, wie das mit den Förderungen aussieht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Anläßlich der Regionalkonferenz — wir haben ja in absehbarer Zeit wiederum eine — in Leoben am 27. Oktober 1980 hat die sozialistische Bundesregierung ein Konzept für die Zukunft vorgestellt. Da haben Sie, Herr Bundeskanzler erklärt — ich zitiere wörtlich aus dem ÖIAG-Journal 3/80 unter dem Titel „Günstige Kredite, niedrige Zinsen“ —: „So werden wir das derzeitige Sonderkreditvolumen von 250 Millionen Schilling um 100 Millionen Schilling aufstocken, wobei Schwerpunkt der Förderung das Gebiet der Obersteiermark, also die Mur-Mürz-Furche, sein wird. Wenn einer meint, daß dies zu wenig sei, dann sage ich Ihnen, ich wäre glücklich, wenn bald der Tag käme, an dem sich herausstellt, daß das zu wenig Geld ist, in diesem Fall hätten wir ja mit unserer Aktion Erfolg gehabt, und dann können Sie uns die Sorge überlassen, wie wir Geld für derartige Zwecke zur Verfügung stellen werden.“ Ende des Zitates: Bundeskanzler, Regionalkonferenz, 27. Oktober 1980.

Herr Bundeskanzler, wie schaut das aus mit der Papierfabrik in Niklasdorf, mit Donawitz, mit Felten & Guillaume Dimlach, mit Judenburg, mit Mürzzuschlag? Wie schaut es aus mit den vielen Hunderten Kleinbetrieben in dieser Region? Diese Betriebe, Herr Bundeskanzler, brauchen jene Mittel, sie brauchen vor allem zusätzliche Mittel.

Bei dieser Regionalkonferenz wurde eine Reihe von Versprechungen gemacht. Die Arbeitnehmer in diesen Gebieten hätten gerne zumindest bei einem Wirtschaftsbericht der Bundesregierung gewußt, konkret gewußt: Was wurde verwirklicht? Wo sind jene 150 zusätzliche Millionen, die Sozialminister Dallinger für die Schaffung von 2 000 Arbeitsplätzen zur Verfügung gestellt hat, auch am 27. Oktober? Wo wurden diese Arbeitsplätze seit 1980 in der Region geschaffen?

Burgstaller

Herr Minister Dallinger! Sie haben zum Schluß Ihrer Ausführungen gesagt, und ich darf abermals zitieren: „Tun wir also alles, um mit dieser Herausforderung fertig zu werden und auch in dieser Region die Vollbeschäftigung zu sichern.“

Meine Damen und Herren der linken Seite dieses Hauses! Realität ist, daß wir seit 1980 in dieser Region 3 000 Arbeitsplätze verloren haben, nicht 2 000 geschaffen, wie es in der Regionalkonferenz „Konzept für die Zukunft“ dargestellt wurde.

In einigen Bezirken wurde die 100 000-S-Aktion Bund-Land zu je 50 000 S für jeden neu geschaffenen Arbeitsplatz eingeführt. Auf Grund der Vergaberichtlinien wird dieses Programm kaum wirksam. Von zehn Vergaben wurden neun von der Verstaatlichten in Anspruch genommen. Einige kleinere Förderungen wurden nach dem berühmten Schlüssel zwei Drittel Bund — ein Drittel Land vorgenommen.

Wo aber, meine Damen und Herren, sind die großen Lösungen, wo die Verwirklichung der Konzepte für die Zukunft vom 27. Oktober in Leoben?

Sie, meine Damen und Herren der sozialistischen Mehrheitsfraktion, Sie setzen die Belastungspolitik fort. Sie verteuern die Grundnahrungsmittel, Sie setzen die Steuern und Gebühren hinauf, Sie betreiben eine noch nie dagewesene Belastungspolitik unter dem Deckmantel „Alles für die Vollbeschäftigung“, bringen dadurch die letzten Unternehmer in Schwierigkeiten, belasten die Arbeitnehmer in einem noch nie dagewesenen Ausmaß.

Ist Ihnen, meine Damen und Herren der sozialistischen Regierungspartei, klar, daß heute Arbeitnehmer fast zwei Wochen arbeiten müssen, um ihre Wohnungen zu bezahlen? Ich sage Ihnen zwei Beispiele.

Ein Angestellter der Verwendungsgruppe III verdient 9 200 S netto, hat ein Kind, zahlt bei einer 105-Quadratmeterwohnung 4 200 S plus Betriebskosten. Es bleiben ihm 5 000 S zum Leben für drei Personen. Ein Arbeiter verdient netto 7 300 S, und für die gleiche Wohnung zahlt er 4 200 S. Es bleiben ihm 3 100 S für das Leben.

Wenn eine Familie am Tag zwei Liter Milch und ein Kilo Brot braucht, so sind das 1 000 S im Monat bei 3 100 S, die diesem Arbeiter bleiben. Das ist Ihre Sozialpolitik, die Sie betreiben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Viele Arbeitnehmer sind verschuldet, und viele sind verzweifelt. Viele Menschen fürchten, einen der beiden Familienarbeits-

plätze zu verlieren und dann sich nicht einmal mehr die Wohnung leisten zu können.

Die Steueranpassung, meine Damen und Herren, war ein Hohn. Die Reallohnsteigerung, vor allem bei den weniger Verdienenden, eine Erfindung der Sozialisten, die Belastungs- und Auszehrungspolitik dagegen im Bereich der Arbeiter und Angestellten harte Realität.

Wir verlangen daher einen Kurswechsel nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Belastungs- und Steuerpolitik, einen Stopp der Gebühren- und Tarifpolitik.

Eine Wirtschaftspolitik hat sich den Bedürfnissen der Menschen und der regionalen Struktur anzupassen. Sie hat sich nicht zu orientieren an den Planungsexperimenten der sozialistischen marxistischen Wirtschaftsplaner.

Die ÖVP hat mit ihrem Modell Österreich ihre Wirtschaftsvorstellungen der Öffentlichkeit präsentiert, ein Konzept, das der weltweiten wirtschaftlichen Situation Rechnung trägt, wobei es vor allem darauf ankommt, dem staatlichen Einfluß und der staatlichen Lenkung unternehmerische Initiative entgegenzusetzen.

Der regionalen Wirtschaftspolitik ist absoluter Vorrang eingeräumt. Der Motivation und den Karrierechancen der Menschen im unternehmerischen Bereich kommt ebenso Bedeutung zu wie der besonderen Wichtigkeit der Eigentumschaffung als zentrale Selbstverwirklichung unseres Lebens.

Eine Wirtschaftspolitik nach Vorstellungen der ÖVP muß getragen werden durch mehr Vertrauen in die Regierung, zum Beispiel durch eine langfristige Steuergarantie, um wiederum planerisch tätig werden zu können.

Die Möglichkeit der Bildung von Eigenkapital und Vorsorge ist zu verstärken. Die Entwicklung neuer Produkte aus dem Unternehmen heraus, vor allem bei den Klein- und Mittelbetrieben, ist zu forcieren, Forschung und Innovation, vor allem bei den Klein- und Mittelbetrieben, zu verbessern.

Der Unternehmerbeschimpfung durch die sozialistische Regierung ist ein Ende zu setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es muß sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, für junge dynamische Menschen wieder lohnen, unternehmerisch tätig zu werden. Die steuerliche Belastung hat ihre Höchstgrenze erreicht und darf unter keinen Umständen fortgesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die willkürlichen Grenzen der sozialisti-

11814

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Burgstaller

schen Wirtschaftspolitik, die zu einem zweigeteilten Österreich führen, müssen beseitigt werden. Der allzu gigantischen Größenvorstellungen sind neue alternative Organisationsformen, überschaubare Einheiten vorzuziehen.

Die gegenwärtige Wachstumsschwäche hat auch innere Ursachen und ist langfristiger Natur, die sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen läßt.

Die ÖVP fordert daher eine fundamentale Wende der Wirtschaftspolitik, in der Verantwortung, Vertrauen, Leistung, Eigentumsbildung, Selbständigkeit, aber auch Ethik und Moral wieder jenen Stellenwert bekommen, den sie vor 1970 gehabt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 20.21

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Fauland. Ich erteile ihm das Wort.

20.21

Abgeordneter **Fauland** (SPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir diskutieren bereits fast elf Stunden den Wirtschaftsbericht, den heute die Bundesregierung, der Bundeskanzler, der Finanzminister vorgelegt haben und der bewiesen hat, daß diese österreichische Bundesregierung, daß die Sozialisten in diesem Lande mit ihrer Wirtschaftspolitik jedem Vergleich standhalten können und daß wir international gesehen mit unserer Wirtschaftspolitik richtig liegen. *(Beifall bei der SPÖ und der Abg. Ingrid Tichy-Schreder.)*

Liebe Frau Abgeordnete Tichy, es freut, daß Sie mir recht geben mit Ihrem Applaus. Sie haben gesagt, Herr Graf, wenn man einsieht, daß jemand recht hat, muß man auch von der Opposition aus der Regierungspartei recht geben. *(Abg. Graf: Sie müssen den Irrtum auch einsehen, die Frau Tichy hat sich geirrt!)* Das war anscheinend kein Irrtum, die Frau Tichy hat applaudiert. Es freut mich ja nur.

Werte Damen und Herren von der rechten Seite! Ich glaube, ich bin bestimmt bei jeden Beitrag, der von der Opposition, von der ÖVP, heute gekommen ist, anwesend gewesen und habe mir auch die Ausführungen des Abgeordneten Taus, von Ihnen, Herr Graf, und Ihres Parteiobmannes genau angehört. Ich bin jetzt zur Überzeugung gekommen, daß Sie eigentlich in Ihrer wirtschaftlichen Auffassung verschiedener Meinung sind.

Sie, Herr Abgeordneter Graf, haben gesagt, es sei unbedingt notwendig, sehr viele Mittel in die Kleinbetriebe, Mittelbetriebe zu stek-

ken und nicht so, wie die SPÖ es tut, in Großbetriebe. Abgeordneter Taus kommt und sagt, es sei unbedingt erforderlich, in Großbetriebe zu investieren.

Sie, Herr Graf, sagen, es sei unbedingt erforderlich, von den Großbetrieben weg, in die Klein- und Mittelbetriebe. *(Abg. Graf: Sowohl als auch!)*

Herr Abgeordneter Taus hat das nicht gesagt. Er hat gesagt, es ist notwendig, Investitionen in Großbetrieben zu tätigen, daß das wichtiger ist. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das zur Kenntnis. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gleichzeitig hat Abgeordneter Taus gesagt, die Zahl der Industriebeschäftigten in diesem Lande ist von rund 650 000 auf 580 000 zurückgegangen. Er hat mit anderen verglichen, Holland hat er angeführt, Dänemark und Deutschland, wo die Steigerung... *(Abg. Ing. Gassner: Es gibt auch kleine Industriebetriebe!)* Industriebetriebe, hat er gesagt. Die Zahl der Beschäftigten in den Industriegebieten ist zurückgegangen um rund 60 000 bis 70 000. Er hat gesagt, daß das bei uns ein schlechtes Omen ist, nicht gut, verglichen mit den anderen Ländern. Er hat also gesagt, bei uns in Österreich geht die Industriebeschäftigung zurück.

Werter Herr Abgeordneter Taus! Haben Sie sich auch überlegt, wie die Investitionsquote in Österreich in diesen Zeiträumen, in diesen Jahren gewesen ist, wie investiert wurde in dieser Industrie, wie die Industrie die Technologie verbessert hat, wodurch es selbstverständlich zur Reduzierung von Arbeitsplätzen gekommen ist, weil Strukturverbesserungen gewesen sind. Sie haben nicht angeführt, ob das genauso auch in Holland, in Dänemark, in Deutschland oder in anderen Ländern passiert ist.

Andererseits haben Sie, Herr Abgeordneter Taus, dann gesagt, aber auch der Tourismus, der Fremdenverkehr muß ausgebaut werden.

Werte Damen und Herren! Der österreichische Weg: Wir Sozialisten gehen den richtigen Weg. Wir sind für die Schaffung von Großbetrieben, wir sind für die Schaffung von Klein- und Mittelbetrieben, und wir sind für den Ausbau des Fremdenverkehrs. Bitte schließen Sie sich daher unserem österreichischen Weg an, Werte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie sind unterschiedlicher Auffassung. Wir haben eine Meinung, wir sind für den österreichischen Weg, wir sind für einen Weg der Wirtschaft, der unsere Arbeitsplätze sichert.

Fauland

Ich glaube, das muß einmal hier ausgesprochen werden, auch in diesem Kreis. Werte Damen und Herren! Zu den Diskussionsbeiträgen der einzelnen Kollegen aus den Betrieben, aus der Gewerkschaft. Abgeordneter Gassner hat erklärt, diese Regierung hat im Bericht des Bundeskanzlers und des Finanzministers eigentlich nur drei Punkte angeführt: Es soll im Sommer ein Programm erstellt werden für die Fernwärme, gegen Jugendarbeitslosigkeit und regionale Arbeitslosigkeit.

Sie haben aber verschwiegen, werter Kollege Gassner, daß bereits ein 12-Punkte-Programm im Jänner von dieser Bundesregierung beschlossen wurde, um in Österreich die Arbeitsplätze zu sichern und der Wirtschaft zu helfen.

Wohnbauprogramm: 5 000 Wohnungen. Ich weiß, Sie hören das nicht gerne. Meine Damen und Herren, Sie haben das abgelehnt. Sie kommen aber nicht darüber hinweg. Wir müssen das immer wieder sagen: Diese 5 000 Wohnungen im Sonderprogramm wurden von der ÖVP abgelehnt, und damit haben Sie verhindert, daß es möglich gewesen wäre, die Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern vorzeitig abzustellen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Das haben Sie verhindert, meine Damen und Herren.

Herr Abgeordneter Burgstaller, auf den ich später noch zu sprechen kommen werde, hat heute hier von diesem Rednerpult aus erklärt, in der Steiermark gibt es große Probleme.

Liebe Freunde! Wer regiert denn in der Steiermark? — Die ÖVP hat die Mehrheit in der Steiermark. Wer hat denn in der Steiermark versäumt, die Politik so zu lenken, damit es möglich ist, dort rechtzeitig Arbeitsplätze zu schaffen? Die ÖVP im Lande Steiermark war es, die das verhindert hat. Wir werden noch in einzelnen Details darauf eingehen, werter Damen und Herren.

Der Herr Landeshauptmann der Steiermark, wo 50 000 Wohnungssuchende sind, wo jetzt noch immer 13 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos sind, lehnt es ab, zusätzlich 700 oder 800 Wohnungen aus dem Wohnbausonderprogramm zu schaffen. Er lehnt es einfach ab! Ja, werter Damen und Herren, ist das Ihre Arbeitsmarktpolitik? Ist das die Auffassung des Herrn Landeshauptmannes Krainer, wie man in der Steiermark Arbeitsplätze schaffen kann? Ich glaube, auch das muß man einmal deutlich hier aussprechen.

Das weitere wissen Sie ganz genau: Althausanierung, ich will hier nicht näher darauf eingehen, werter Damen und Herren. 1½

Milliarden Schilling Zusatzinvestitionen für den Straßenbau. Das verschweigt der Herr Abgeordnete Gassner hier, wenn er sagt, es gibt nur drei Punkte. Weiters: Vorziehen von Bauaufträgen des Bundes, 1 Milliarde für Bauinvestitionen im Fremdenverkehr, Fortsetzung der TOP-Aktion. Von der Investitionsprämie, die eingeführt worden ist, den Kapitalbeteiligungen, wie sie geschaffen worden sind, der Erhöhung der Zinsstützung für Gewerbe- und Förderungsaktionen, der Erhöhung der Zinsstützung für die Agrar- und Investitionskredite, der Erhöhung der Mittel für die Förderung für die Wissenschaft und Forschung um 100 Millionen Schilling wird überhaupt nicht mehr gesprochen.

Werte Damen und Herren! Ja ist das nichts, was diese Regierung da gemacht hat? Sind das keine Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Förderung von Arbeitsplätzen, zur Neuschaffung von Betrieben? Das hören Sie nicht gerne, dieses 12-Punkte-Programm, das von dieser Regierung beschlossen ist. Das wurde wohlweislich von dir, werter Kollege Gassner, auch verschwiegen.

Nicht zu vergessen die Strukturmaßnahmen, die beschlossen wurden für die Eisen- und Stahlindustrie, die 4 Milliarden Schilling, die Sie noch im Dezember verhindern wollten, als Sie nicht gewillt waren, mitzugehen. Erst nach Verhandlungen zwischen Mock und Kreisky waren Sie bereit, dem zuzustimmen. Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, daß das auch Ziffern und Zahlen sind, die man Ihnen heute hier sagen muß, werter Damen und Herren!

Des weiteren wurde auch von Herrn Abgeordneten Gassner bei der Steuerpolitik ein Vergleich angezogen mit der westlichen Industrie. Er hat gesagt: Wo ist der Vergleich der Bundesregierung mit der westlichen Industrie, was in Österreich geschehen und geschaffen ist?

Herr Abgeordneter Gassner! Wenn das noch nicht genügt, daß es in der westlichen Industrie 30 Millionen Arbeitslose gibt, zweistellige Arbeitslosenziffern gibt, zweistellige Inflationsraten gibt, die Stabilität nicht so sicher ist wie in Österreich, der soziale Frieden nicht so gewährt ist, es Jugendarbeitslosigkeit gibt *(Abg. Ing. Gassner: Um das ging es nicht!)*, dann frage ich, ob das nicht ein Vergleich ist und nicht ein Ausdruck dessen, was diese österreichische Regierung, die Bundesregierung, die Sozialisten in diesem Lande gemeistert haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben auch General Motors wieder angeführt und haben gesagt, es wäre sinnvoll

Fauland

ler gewesen, die gleichen Mittel woanders einzusetzen, haben aber gleichzeitig — ich weiß nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe — gefordert, Arbeitsplätze dort zu sichern, wo sie vorhanden sind. Entweder haben Sie sich da versprochen, oder ich weiß nicht, wie Sie das meinen. Wir sind der Auffassung ... (*Zwischenruf des Abgeordneten Ing. Gassner.*)

Sie haben gesagt, wenn sie vorhanden sind, bitte, es kann sein, daß das ein Sprechfehler ist, ich halte Ihnen das zugute. Wir sind jedenfalls der Auffassung, dort Arbeitsplätze zu sichern, wo eben die Schwierigkeiten sind, die Probleme sind. Und auch wo General Motors gegründet worden ist, gibt es Probleme. Auch im niederösterreichischen Raum und im burgenländischen Raum hat es an Arbeitsplätzen gefehlt, und die Pendler waren auch schon früher vorhanden. Die sind in den Wiener Raum eingeströmt und können jetzt vermehrt dort Arbeitsplätze finden.

Sie wissen aber ganz genau, Abgeordneter Gassner, daß auch die Firmen ausschlaggebend sind, daß die ja zum Teil bestimmen, wo sie hinwollen, nämlich dorthin, wo sie eine bessere Infrastruktur vorfinden, wo für sie die Transportmöglichkeiten besser sind. Auch das sucht sich der aus, der bereit ist, dorthin zu gehen, das muß man ja auch, glaube ich, zur Kenntnis nehmen. Daher kann man das hier nicht so einseitig aussprechen.

Des weiteren haben Sie auch gesagt, daß die Steuermittel, die Lohnsteuer in den letzten 2 Jahren um 13, 14 oder 15 Prozent gestiegen wäre. Aber Sie sagen hier vom Rednerpult aus nicht, daß im gleichen Zeitraum auch die Beschäftigtenanzahl gestiegen ist, daß wir es in den letzten Jahren zu einer Steigerung der Zahl der Beschäftigten um 400 000 gebracht haben, und daß durch eine höhere Beschäftigung selbstverständlich auch die Lohnsteuereinnahmen ansteigen, ist doch ganz klar.

Sie wissen ganz genau, Herr Abgeordneter Gassner, daß sich die Lohnsteuer, die Lohnsteuer auf den Mann bezogen, prozentmäßig nicht verändert hat und daß wir heute mit der Lohnsteuer, mit den Sozialabgaben bei ungefähr 41 Prozent liegen. (*Abg. Ing. Gassner: 42 Prozent!*) Wenn Sie das mit anderen Ländern vergleichen, sehen Sie, daß wir noch sehr günstig liegen. Das wissen Sie ganz genau. Ich will die Länder heute nicht anführen, die da angegeben sind. Das ist ja beweisbar, Herr Abgeordneter Gassner, jederzeit belegbar!

Ich glaube, meine Herren, daß man auch von der rechten Seite das einmal aussprechen

muß. Man muß sagen, daß wir Sozialisten hier den richtigen Weg gegangen sind, daß wir in einer Zeit der Weltwirtschaftskrise, in einer Zeit, wo es, wie gesagt, 30 Millionen Arbeitslose, hohe Inflationsraten in der westlichen Welt gibt, bewiesen haben, daß es uns gelang, in Österreich den sozialen Frieden, die Stabilität, die Vollbeschäftigung zu sichern. Ich glaube, das ist den Sozialisten in diesem Lande wie noch niemandem anderswo gelungen. Das muß man einmal eindeutig aussprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun, werte Damen und Herren von der rechten Seite, zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Burgstaller, der heute für seine Fraktion eine Stellungnahme abgegeben hat, über die ich mich eigentlich gewundert habe. Von Mock, Graf und auch Taus wurde heute eigentlich ausgesprochen, wie ernst die Probleme in der Wirtschaft sind, was da alles hineinspielt, daß es solche Probleme gibt: hohe Zinspolitik von seiten der USA, Strukturprobleme, zum Teil auch Probleme in Ländern, in denen heute die Konservativen die Mehrheit und das Reden haben. Es gibt Probleme, die nicht von einer Regierung verursacht werden, die eben weltweit durch andere Faktoren entstehen, weil es eben erstens einmal einen Rückgang der Nachfrage in gewissen Ländern und daher auch Produktionsrücknahmen gibt. Ferner hat es beträchtliche Rohstoffpreisteigerungen gegeben. Sie wissen ganz genau, daß sich das auf die Wirtschaft groß ausgewirkt hat.

Dann aber macht Herr Abgeordneter Burgstaller heute solche Äußerungen, obwohl der Konsens gesucht worden ist und man gesagt hat, die wirtschaftlichen Probleme müssen gemeinsam gelöst werden, man müßte irgendeinen Weg finden, den man gemeinsam beschreiten sollte.

Ich glaube, daß die heutigen Ausführungen des Abgeordneten Burgstaller nicht dazu beitragen, einen gemeinsamen Weg zu suchen.

Ich werde jetzt im einzelnen darauf eingehen. Er hat die Zahlen, die vom Herrn Bundesminister und vom Herrn Bundeskanzler in ihren Berichten angegeben wurden, als Lotteriezahlen bezeichnet. Werte Damen und Herren! Ich frage mich: Handelt es sich bei den Zahlen aus den westlichen Ländern, wo es bekanntlich eine Massenarbeitslosigkeit gibt — 10, 12 Prozente —, wo die Inflationsraten doppelt so hoch sind als bei uns, bei den Zahlen, die im OECD-Bericht bekanntgegeben werden, um Lügen? Das sind Zahlen, die aus dem OECD-Bericht genommen werden, die hier im Wirtschaftsbericht ihren Niederschlag

Fauland

fanden und heute dem Parlament mitgeteilt wurden.

Sie sagen also, der OECD-Bericht sei eine Lüge, Herr Abgeordneter, Herr Burgstaller! (Abg. Dr. B l e n k: Aber!) Ich glaube, daß das eine sehr harte Aussage gewesen ist.

Sie haben ausgeführt, daß es schön gewesen wäre, wenn bei Bauknecht die Löhne dort hätten bezahlt werden können, die der Bundeskanzler zugesagt hätte. (Widerspruch bei der ÖVP.) Sie haben gesagt: ... wenn es möglich wäre, den Leuten, diesen armen Leuten (Zwischenrufe bei der ÖVP.) — dann haben Sie sich vielleicht versprochen — die Löhne auszubezahlen.

Da muß man einmal sagen, Herr Abgeordneter Burgstaller, daß sich dieser Betrieb im Ausgleich befindet, daß die Löhne jetzt noch bezahlt werden bis Ende Mai und daß der Ausgleichsverwalter ja in Deutschland ist, Verhandlungen führt und daß es bis Donnerstag entschieden werden wird, wie es weitergeht. Sie wissen ganz genau, daß sich heute eine Regierung nicht einschalten kann, wenn das noch nicht entschieden ist. Sie wissen, daß der deutsche Unternehmer noch nicht weiß, führt er den Betrieb weiter oder nicht, werden die Mittel aufgebracht oder nicht. Und dann sind eben Entscheidungen zu treffen. Ich glaube, daß man daher nicht der Bundesregierung die Schuld geben soll, wenn dort ein Management bei der Bauknecht-Firma versagt hat. Wir wissen alle, daß das Management da schuld ist.

Ich kann nur eines sagen, und das kann ich heute eindeutig hier aussprechen: Das war mit den Kollegen von Kalwang, wo das geschlossen worden ist, weil Funder in seiner Wirtschaftspolitik versagt hat. Leider mußte Kalwang geschlossen werden. Da ist es gelungen mit Hilfe des Herrn Bundesministers für Soziales, Dallinger, im Insolvenzgeldverfahren sofort mit diesen Leuten das Geld zu beschaffen, und das konnte ich dort beschaffen. Diese Kollegen haben sich bedankt, daß es möglich war, so schnell und rasch, weil der Bundesminister so rasch gehandelt hat, zum Geld zu kommen.

Werte Damen und Herren! Das muß man sich einmal vor Augen führen! Und was will die ÖVP? Die ÖVP geht dann her und sagt: Diese 10 oder 11 Millionen Schilling, die dort im Insolvenzgeldverfahren an die Gewerkschaftsmitglieder gegeben wurden, die soll man jetzt dem Unternehmer Funder schenken, denn der wäre eventuell bereit, 15, 16 oder 17 Arbeitsplätze dort oben zu schaffen.

Werte Damen und Herren! So soll man das

Geld hinauswerfen, ohne daß ein Plan da ist, ohne eine Vorlage, ohne daß bekannt ist, wie der Markt überhaupt ist, welches Produkt es sein soll. Ich glaube, so kann man keine Wirtschaftspolitik betreiben und so kann man auch nicht wirtschaften.

Wenn man heute von der Steiermark spricht, dann darf ich eines sagen: Es muß einmal eindeutig ausgesprochen werden, daß in der Steiermark schon Jahrzehnte die ÖVP an der Spitze der Landesregierung steht. (Abg. Dr. P u n t i g a m: Gott sei Dank!) Sie werden gleich sehen, ob das so „Gott sei Dank“ ist, Herr Abgeordneter.

Darf ich einmal eines sagen: Es ist eine Anfrage hereingekommen vom Herrn Abgeordneten Burgstaller, was der Herr Bundeskanzler machen wird, welche Maßnahmen er treffen wird betreffend Donawitz. Ich glaube, er müßte die Anfrage umdrehen und sie so richten — das ist meine Auffassung —: Was wäre gewesen, wenn die ÖVP in der Steiermark rechtzeitig in diesen Gebieten, wo die Schwerindustrie ist, den Straßenbau forciert hätte, wenn sie rechtzeitig die Maßnahmen getroffen und die Möglichkeiten geschaffen hätte, um dort Industrieansiedlungen zu schaffen, werte Damen und Herren? Dann hätte ich gesagt, da müßte eine Umfrage stattfinden: Wie viele Arbeitsplätze mehr hätte man dann in der Steiermark schaffen können, was jetzt nicht möglich war? (Beifall bei der SPÖ.)

Das zweite, werte Damen und Herren, ist die Fusion der Stahlindustrie. Ja ich frage mich wirklich: Woher nehmen Sie von der ÖVP den Mut, hier herauszugehen und zu sagen: Die Versäumnisse dieser Regierung in der Stahlindustrie in der Steiermark?

Werte Damen und Herren! Wer ist gegen die Fusion aufgetreten? — Die ÖVP in der Steiermark. Die Betriebsräte — damals waren Sie noch nicht Betriebsrat, da sind Sie noch irgendwo als Vertrauensmann gewesen — sind damals aufmarschiert mit den Helmen und haben sich gegen die Fusion der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ausgesprochen. Und heute wird eine große Stahlkonferenz in der Steiermark einberufen. Dazu werden die Stahlexperten von Deutschland und Luxemburg eingeladen. Da wird der Herr Generaldirektor Apfalter eingeladen, es wird ihm auf die Schulter geklopft und gesagt: Das war völlig richtig, wenn diese Fusion nicht gewesen wäre, wäre es in der Steiermark mit den Arbeitsplätzen schlecht bestellt gewesen.

Genauso haben Sie bei dieser Stahlkonferenz erfahren müssen, daß es auch in jenen

Fauland

Ländern, wo die Stahlindustrie ist, weitaus schlechter ist als in der Stahlindustrie in der Steiermark. Die haben gefragt, wie es möglich ist, daß wir es in so einer Zeit noch schaffen konnten, zu keinen Kündigungen zu kommen. Man muß einmal offen sagen und aussprechen, wie es wirklich ist.

Werte Damen und Herren! Wäre diese Fusion nicht gewesen in der Steiermark, dann wären diese Milliarden von Schilling, wie sie nach der Fusion in die Eisen- und Stahlindustrie der Steiermark geflossen sind, ob das jetzt Donawitz ist, Kindberg ist, Eisenerz ist, die VEW Kapfenberg sind oder andere Betriebe, nicht geflossen. (*Abg. Dr. Blenk: Woher nehmen Sie die Berechtigung zu dieser Behauptung?*) Weil es auch vorher nicht geschehen ist, wie die VOEST-Alpine unter schwarzer Führung war. Es ist nicht geschehen, es wurde verabsäumt, weil die ÖVP dagegen aufgetreten ist, daß die Stahlindustrie in der Steiermark in die Finalindustrie geht. Das ist der Grund gewesen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Heute möchten Sie nach der Finalindustrie schreien. Das ist die Wirklichkeit, wie sie aussieht.

Daher müßte ich die Frage umgekehrt stellen, werte Damen und Herren von der rechten Seite. Ich müßte fragen: Wenn diese Investitionen nach der Fusion in der Steiermark nicht getätigt worden wären, wie wäre es dann? Wäre dann auch die Tichy-Aussage richtig: Jeder fünfte Arbeitsplatz ist gefährdet? Dann würde es wahrscheinlich heißen, jeder zweite Arbeitsplatz wäre gefährdet. Das ist ein Erfolg der sozialistischen Regierung in diesem Lande, werte Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, daß das sehr, sehr, sehr unanständig war von Ihnen, Herr Abgeordneter Burgstaller, weil Sie in einem Betrieb der VOEST-Alpine beschäftigt sind und genau wissen, was dort geschehen ist, was dort gemacht worden ist von der sozialistischen Regierung.

Sie haben heute gesagt — bezüglich VEW, bezüglich Herrn Abgeordneten Rechberger —, Sie würden sich schämen als Belegschaftsvertreter, wenn man sagt, es ist ein Erfolg, weil nur 3 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Ja, werte Damen und Herren, warum sind denn diese Arbeitsplätze verlorengegangen? — Weil es eben neue Technologien gegeben hat, weil es notwendig war, neue Technologien einzuführen, weil es ohne diese Technologien nicht möglich gewesen wäre, diese Betriebe weiterzuführen.

Wenn wir heute in Donawitz nur mehr

5 500 Beschäftigte haben, haben wir aber mit 5 500 Beschäftigten die gleiche Produktion wie mit 7 000 Beschäftigten. Warum? — Weil bessere Technologien eingeführt worden sind und damit diese Arbeitsplätze doch gesichert werden konnten. So muß man das einmal sehen. Das gleiche hat sich auch bei den VEW abgespielt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie heute der sozialistischen Regierung alles absprechen und glauben, daß die Sozialisten in diesem Lande versagt haben, meine Damen und Herren, dann muß ich einmal eindeutig folgendes aussprechen: In diesen zwölf Jahren sozialistischer Regierung in diesem Lande wurde eindeutig bewiesen, daß wir imstande sind, die Vollbeschäftigung zu sichern. Wir haben heute fast 2 800 000 Beschäftigte. Wir haben 400 000 Arbeitsplätze mehr geschaffen in diesem Land. Reden Sie heute mit den Pensionisten in diesem Lande. Die Arbeiter, die heute in Pension gehen, gehen gerne in Pension, weil sie eine gesicherte Pension haben, eine Pension, die eben ausreichend ist. Reden Sie mit den Pensionisten, wenn sie ins Ausland fahren: Der Pensionist schätzt die Stabilität des Schillings, er weiß, was er um seinen Schilling heute im Ausland bekommt. Auch der Arbeiter, der im Urlaub ins Ausland fährt und zurückkommt, weiß dann, was sein Schilling wert ist.

Daher ist es uns auch gelungen, die Stabilität in diesem Lande zu sichern. Das muß man halt einmal eindeutig aussprechen, werte Damen und Herren.

Wir haben keinen Grund, uns irgendwie zu schämen. Wir haben einen Weg beschritten, der eindeutig der bessere ist, werte Damen und Herren, den österreichischen Weg, der die Wirtschaft belebt hat in Österreich und der mit der Wirtschaftsbelebung auch gezeigt hat, daß es für uns möglich ist, in diesem Lande Arbeitsplätze zu schaffen, und der auch gezeigt hat, daß es uns gelungen ist, das zu erreichen und das zu machen, was den konservativen Regierungen in den Ländern, die ja schon angeführt worden sind, nicht gelungen ist.

Daher, werte Damen und Herren, darf ich heute hier auch im Namen meiner Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Czettel, Blecha, Schmidt, Mühlbacher, Wille, Rechberger, Fauland und Genossen betreffend eine Beschäftigungspolitik unter Vermeidung der Fehler konservativ regierter Länder.

Fauland

Den einschlägigen Untersuchungen ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Situation in den westlichen Industriestaaten derzeit charakterisiert ist durch eine Arbeitslosenrate von durchschnittlich 8% und eine Inflationsrate von rund 5,5%.

Ferner wachsen die österreichischen Exporte heuer voraussichtlich real um 6 Prozent, obwohl der Welthandel stagniert. Das Defizit der österreichischen Leistungsbilanz wird heuer im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert werden.

Aus diesen Zahlen ist abzulesen, daß die österreichische Wirtschaftspolitik beachtliche Erfolge aufzuweisen hat, die nicht dadurch aufs Spiel gesetzt werden dürfen, daß die Fehler der Wirtschaftspolitik konservativ regierter Länder nach Österreich importiert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, eine Wirtschaftspolitik fortzusetzen, deren Ziel es ist, weiterhin alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente der Wirtschaftspolitik in der Weise einzusetzen, daß die Auswirkungen weltweiter wirtschaftlicher Krisen von Österreich ferngehalten werden. Insbesondere soll die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus das vorrangige Ziel bleiben.

Zu diesem Zweck wird die Bundesregierung ersucht, ein weiteres Beschäftigungsprogramm auszuarbeiten, das

- a) eine verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit bewirkt,
- b) ein Fernwärmeinvestitionsprogramm enthält, das Arbeitsplätze sichert, die Energiebilanz verbessert und die Umwelt entlastet, und
- c) Maßnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit, im besonderen die Förderung von zusätzlichen Lehrstellen, vorsieht.

Angesichts der besonderen Probleme der österreichischen Bauwirtschaft ist darüber hinaus neben den zahlreichen anderen Bauvorhaben der öffentlichen Hand die zügige Verwirklichung des vom Nationalrat beschlossenen Wohnbausonderprogramms sowie der Altstadtsanierung erforderlich.

In diesem Zusammenhang kann auch die

große beschäftigungspolitische Bedeutung der Errichtung des österreichischen Konferenzentrums nicht ernsthaft geleugnet werden.

Im übrigen wird die Bundesregierung ersucht, Vorschläge, die auf einen Abbau von Sozialleistungen oder auf die Zurückdrängung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, die vor allem im Interesse der sozial schwächeren Gruppen der österreichischen Bevölkerung gelegen sind, zurückzuweisen.

Ich darf Sie einladen, diesem Entschließungsantrag beizureten. *(Beifall bei der SPÖ.)* 20.49

Präsident Thalhammer: Der eingebrachte Entschließungsantrag der Abgeordneten Czettel und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung, zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Dr. Nussbaumer. Ich erteile es ihm.

20.50

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Nussbaumer:** Herr Präsident! Hohes Haus! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nur einige kurze ergänzende Informationen geben.

Zur Anfrage des Abgeordneten Gassner hinsichtlich der Lehrlingsausbildung bei General Motors in Aspern darf ich Ihnen mitteilen, daß in Aspern eine eigene große Lehrlingswerkstätte gebaut wird und daß General Motors dort für eine moderne Lehrlingsausbildung sorgen wird, und zwar in einem Ausmaß, das gemessen an der Größenordnung der Beschäftigung über den Durchschnitt des in Österreich Üblichen hinausgehen wird. Man muß berücksichtigen, daß der Betrieb ja jetzt erst im Investitions- oder Aufbaustadium ist und es daher aus diesem Grund derzeit noch keine Lehrlingsausbildung geben kann, da der Betrieb ja noch nicht läuft und auch die Bauinvestitionen noch nicht abgeschlossen sind.

Der zweiten Bemerkung von Herrn Abgeordneten Gassner, daß die Industriestaaten vor allem daran interessiert sein müßten, die Kaufkraft in Entwicklungsländern zu stärken, weil wir nur dann in der Lage wären, als Industriestaaten insgesamt, auch unsere Produkte dort abzusetzen, darf ich voll zustimmen; ich möchte aber seiner Kritik, daß auch die Bundesregierung das doch zur Kenntnis nehmen möge, hinzufügen, daß gerade dieser Punkt, diese Meinung von der Bundesregierung seit Jahren auf internationalen Konferenzen immer wieder vertreten wurde, ja daß die österreichische Bundesregierung in bezug

11820

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Staatssekretär Dr. Nussbaumer

auf den Gedanken, man müsse Kaufkraft in den Entwicklungsländern schaffen, nicht nur um dieser Länder willen, sondern auch um unserer eigenen Exporte willen, geradezu eigentlich Vorreiterin international gewesen ist. Es gibt also hier Übereinstimmung.

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Burgstaller muß ich sagen: Ich habe mich ein wenig gewundert, daß es in verschiedenen Regionen — wörtlich — bis zu 20 Prozent Dauerarbeitslose gibt. Bitte, Informationen über derartige Zahlen haben wir nicht. Sollte der Herr Abgeordnete Burgstaller konkrete Regionen — nicht einzelne Weiler oder Ortsteile — nennen können, wird sich die Bundesregierung sicherlich mit diesem Problem beschäftigen. Nach unserem Wissen existiert ein Problem dieser Art nicht.

Zu Bauknecht Österreich darf ich sagen: Die Bundesregierung konnte sich wirklich nicht vorausschauend befassen, weil bis zur Ausgleichseröffnung Bauknecht Österreich keineswegs überschuldet, sondern aktiv war. Diese Firma hatte sehr hohe Forderungen gegen Bauknecht Deutschland, und nur durch die Schwierigkeiten bei der Finanzierung in Deutschland kam es dann zu der Zahlungseinstellung in Österreich mit den bekannten Folgen. Es müssen daher zuerst einmal die offenen Rechtsfragen, vor allem auch die Haftungsfragen der öffentlichen Hand in Deutschland geklärt sein, weil die österreichischen Bauknechtwerke keinen eigenen Vertrieb haben und daher auf die Zulieferungen nach Deutschland angewiesen sind. Es wäre natürlich sehr unangenehm, müßte man bei Wegfall dieser Zulieferungen ein eigenes Vertriebsnetz für die in Österreich erzeugten Produkte aufbauen, was bekanntlich sehr schwierig ist.

Zum Schluß kurz einige ergänzende Bemerkungen zur Förderung des Projekts Zanussi in Fürstenfeld. Rechnet man nur die verlorenen Zuschüsse, wie dies Herr Abgeordneter Burgstaller gemacht hat, so ist es, wie er sagt, tatsächlich so, daß die Förderung des Landes höher ist als die des Bundes. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß dieses Werk auch 30 Millionen Schilling zinsenlosen Arbeitsmarktförderungskredit, 120 Millionen Schilling ERP-Grenzlandkredit zu 3 Prozent und 60 Millionen Schilling Top-Investitionskredit zu 9 Prozent bekommen hat.

Wenn man diese Zinsensparnisse über die Laufzeit der Kredite kapitalisiert, ergibt sich eine Förderungssumme, durch die dann tatsächlich die Bundesförderung über der des Landes liegt, also ungefähr die Proportionen 2 zu 1 erreicht werden konnten, vor allem wenn

man noch hinzuzieht, daß der Bund ja zusätzlich über die FGG die Haftung übernimmt.

Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich, da ich die genauen Laufzeiten der Kredite nicht habe, in der Schnelligkeit keine Berechnung anstellen konnte, ich wollte aber doch diese ergänzende Information geben, weil es, glaube ich, interessant ist, das gesamte Förderungspaket hier im Hause genannt zu haben. Danke vielmals. *(Beifall bei der SPÖ.)* 20.55

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile ihm das Wort.

20.56

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der heute debattierte Wirtschaftsbericht hat sich in der Tradition der im vergangenen Jahr ebenfalls vorgelegten Berichte des Bundeskanzlers und des Finanzministers gehalten, da er weniger eine kritische Analyse, eine Zukunftsvision und Programmatik enthalten hat, sondern ein Gemisch von Zahlen und Absichtserklärungen, die sehr stark nach einem Dokument der Selbstgefälligkeit aussehen, der Selbstgefälligkeit vor allem deshalb, weil ja der Herr Finanzminister mit großen Erklärungen in diesem Bericht nicht gespart hat. Er meint: Wir verlassen uns nicht auf den möglichen internationalen Aufschwung, wir werden den Zustand der Arbeitslosigkeit nicht zur Kenntnis nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das spricht sich sehr leicht aus, jedoch gewinnt man in Anbetracht der harten Tatsachen, die gegeben sind, den Eindruck, daß Sie sich doch sehr stark mit dem Zustand der Arbeitslosigkeit angefreundet haben, da Sie ihn noch im Herbst 1981 bagatellisierten, als wir von seiten der freiheitlichen Fraktion einen Entschließungsantrag auf ein Wohnbau-Sofortprogramm im Rahmen einer Debatte einbrachten, das von Ihnen nicht entsprechend unterstützt wurde. Sie scheinen sich mit dem Gedanken der Arbeitslosigkeit, die der Finanzminister vorgibt so entschieden bekämpfen zu wollen, doch angefreundet zu haben, wenn man bedenkt, daß Sie Ihr zentrales Versprechen einer Sicherung der Vollbeschäftigung, wie aus den jüngsten Prognosewerten zu ersehen ist, nicht eingehalten haben.

Wir stehen in der Situation, daß seit Jahresmitte des vergangenen Jahres bis zum heutigen Tag ein stetes Anwachsen der Arbeitslosigkeit dazu geführt hat, daß Sie jene Marke von 3 Prozent überschritten haben, die sozu-

Dr. Jörg Haider

sagen die kritische Marke ist, ab der man nicht mehr von einer Vollbeschäftigung sprechen kann. Sie haben in vielen Erklärungen — ob das Regierungserklärungen oder Wahlversprechen gewesen sind — den Eindruck zu erwecken versucht, daß es mit Ihrer Politik des österreichischen Weges, auf den Sie so großen Wert legen, gelingen würde, dieses Vollbeschäftigungsziel zu erreichen.

Man kann hier in aller Nüchternheit und mit Bedauern feststellen, daß Ihnen das nicht gelungen ist, daß wir im Vergleich zu den Vorjahresmonaten eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um nicht weniger als 53 Prozent haben und daß im selben Zeitraum, meine Damen und Herren, die Zahl der offenen Stellen um 33 Prozent zurückgegangen ist.

Es ist daher das wichtigste Ergebnis auch dieses Wirtschaftsberichtes, daß der Mythos der Regierung Kreisky einer Vollbeschäftigungspolitik nicht mehr gegeben ist. Sie werden daher verstehen, wenn wir als freiheitliche Opposition daher nicht so leichtgläubig all den schönen Erklärungen Vertrauen schenken wollen, die auch heute wieder vor der Öffentlichkeit abgegeben wurden. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man so schön die Dinge nach außen der Bevölkerung offeriert, lieber ein paar hundert Millionen Schilling Staatsschulden mehr als Arbeitslose, und dann aber die Bilanz die ist, daß man zwar jetzt Schulden hat, aber auch gleichzeitig die höchste Arbeitslosigkeit seit 23 Jahren, dann fragt man sich allen Ernstes, was für ein Mauerblümchendasein die Beschäftigungspolitik wirklich in der jetzigen Phase Ihrer wirtschaftspolitischen Anstrengungen und Initiativen zu führen hat.

Sie werden sich selbst im klaren sein, daß jenes im Jänner dieses Jahres mit Ach und Krach zusammengestoppelte Beschäftigungsprogramm zweifelsohne nur eine Randererscheinung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten ist, denn, meine Damen und Herren, es ist erstens einmal zu spät, gekommen, und zum zweiten ist der eingesetzte Geldwert ungleich bescheidener als in der Phase 1974/1975 und hat daher auch nicht einmal den angegebenen Effekt von 10 000 Arbeitsplätzen erreicht, sondern wird, wie die jüngste Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts ja zutage fördert, bestenfalls 6 500 bis 7 500 Arbeitsplätze zusätzlich schaffen, obwohl wir eine bedeutende höhere Arbeitslosigkeit haben.

Wir haben aber auch damit nach wie vor das Problem der regionalen viel höheren Arbeitslosenraten nicht gelöst, und ich

glaube, daß man daher etwas selbstkritischer sein sollte in der Analyse und nicht, derartig große Phrasen der Öffentlichkeit überantworten sollte, wie es der Kollege Blecha heute gemacht hat, indem er gesagt hat: Es gibt keine größere Verschwendung als die Arbeitslosigkeit!

Ja meine Damen und Herren, dann neigen Sie sehr stark zur Verschwendung, denn was Sie bisher an Beschäftigungsprogrammen vorgelegt haben, ist ja nicht dazu angetan, wirklich eine Vollbeschäftigungspolitik beziehungsweise zu einem massiven Abbau der entsprechenden Arbeitslosenzahlen... *(Abg. Blecha: ... 80 000! Wenn Sie „seit Jänner“ sagen!)* Herr Kollege Blecha, in den Wintermonaten, zum Zeitpunkt einer Arbeitslosenrate von über 150 000, haben Sie ein Beschäftigungsprogramm präsentiert, von dem Sie gewußt haben, daß es bestenfalls bis zum Sommer greifen kann, und haben damit 10 000 Arbeitsplätze als Markierung angegeben, von denen ja jetzt der WiFo-Bericht sagt, daß nicht einmal dieses Ziel erreicht werden wird, obwohl wir wissen, daß 20 000 bis 30 000 neue Arbeitsplätze jährlich zu schaffen sind bis zum Jahre 1985, um die Probleme in den Griff zu bekommen, obwohl wir wissen, daß auch jene Behauptungen von Ihnen, Sie seien auf der Überholspur mit Ihrer Wirtschaftspolitik, ja wirklich frei erfundene Darstellungen Ihrer politischen ideologischen Position sind, denn man kann, wie Sie es heute getan haben, ja nicht hergehen und sagen: Wir befinden uns auf der Überholspur!, und das damit begründen, daß die Pensionisteneinkommen so schön gestiegen sind.

Ist es an Ihnen wirklich vorbeigegangen, daß in den letzten zwei Jahren gerade die Pensionisten diejenigen waren, die die massivsten Realeinkommensverluste gehabt haben? Das ist keine Behauptung der Opposition, sondern das sind die harten Fakten, die uns das Wirtschaftsforschungsinstitut nachgewiesen hat und die auch die Pensionisten draußen wirklich verspüren.

Wir erwarten von einer solchen Debatte nicht das Vertreten derartiger Parolen, die nicht stimmen, sondern die realistische Auseinandersetzung mit jenen Problemen, die sich heute wirklich stellen.

Hier, meine Damen und Herren, ist es besonders das Problem der Jugendbeschäftigung, von dem ja der Herr Bundeskanzler in weiten Passagen seiner Rede gesprochen hat. Ich bedauere nur, daß jene, die heute in der Debatte dazu Stellung genommen haben, versucht haben, wenn es sich um Vertreter der Regierungspartei handelte, das Problem überhaupt wegzuspielen und zu sagen, wie es der

11822

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Jörg Haider

Kollege Czettel gemacht hat: Es gibt eigentlich in Österreich keine Jugendarbeitslosigkeit!

Meine Damen und Herren! Warum kündigt dann der Bundeskanzler Sofortmaßnahmen an, die gesetzt werden müssen, wenn es eh keine Jugendarbeitslosigkeit gibt? (*Abg. Samwald: Weil es eine geben könnte!*) Warum fördern, Herr Kollege, die Statistiken der Arbeitsmarktverwaltung auch arbeitslose Jugendliche zutage? (*Ruf bei der SPÖ: Aber!*) Ja nicht aber, sondern das ist ein Faktum, und ich glaube, daß man es sich nicht so einfach machen kann, wie das hier geschieht, indem man sagt... (*Abg. Samwald: ...nicht wegdiskutieren!*) Sie sollen es nicht wegdiskutieren, sehr richtig, daß wir eine wachsende Anzahl beschäftigungsloser Jugendlicher haben, für die wir entscheidend Maßnahmen setzen sollten!

Die Wirklichkeit ist, verehrter Herr Kollege, doch wirklich eine andere. Wir haben — das freut ja niemanden — bis zur Stunde eine Situation, daß gerade die Abgänger von den mittleren und höheren berufsbildenden Schulen, die Abgänger von den allgemeinbildenden Schulen und in einem weiten Ausmaß auch Lehrlinge nicht mehr vollständig untergebracht werden können. Wir wissen, daß wir bis zum Jahre 1985 (*Abg. Blecha: ... Programm für qualifizierte Arbeitskräfte!*) — Herr Kollege Blecha, jetzt waren Sie zu früh dran, Sie müssen warten, was ich Ihnen sage, dann werden Sie argumentieren können —, bis zum Jahre 1985 608 000 junge Menschen haben, die ins erwerbsfähige Alter kommen, und wir haben das Erfordernis von 20 000 bis 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Jahr, um die Jugendlichen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt drängen, unterbringen zu können. Das bedeutet auch für das Jahr 1982, wenn ich den Prognosen und den Aussagen des Sozialministers glauben darf, daß wir fürs erste einmal rund 1 500 Lehrlinge haben, die aus dem Jahre 1981 bis ins Jahr 1982 herübergeschleppt wurden und noch nicht untergebracht werden konnten, das bedeutet weiters, daß 4 000 bis 5 000 Lehrplätze in diesem Jahr weniger zur Verfügung stehen, Lehrlinge unterzubringen, und das bedeutet weiter, daß die Gefahr besteht, daß 5 000 Lehrlinge in jedem Fall mit dem Problem konfrontiert sein werden, keine entsprechende Beschäftigung zu finden.

Meine Damen und Herren! Das ist sicherlich das Problem, das auch in der heutigen Debatte noch viel umfassender angegangen hätte werden müssen, denn ich glaube, daß man gerade die Frage der Jugendbeschäfti-

gung bisher eher locker behandelt hat. Man hat es sich leicht gemacht. Man hat den jugendlichen Arbeitnehmer einfach aus der Statistik verdrängt. Wenn er von der Schule weggegangen ist, dann gibt es ihn nicht mehr, dann hat er keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, daher wird er auch nicht zum Arbeitsamt gehen und sich als arbeitslos melden. Wenn er als Jugendlicher um einen Arbeitsplatz einkommen muß, dann bleibt er nur auf sich allein gestellt heute, und weil es diese Anspruchsgrundlage auf eine Arbeitslosenunterstützung nicht gibt, sagen Sie: Statistisch ist die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich nicht gegeben, daher brauchen wir auch keine Maßnahmen zu treffen!

Wenn Sie das wirklich wollen, Herr Kollege Blecha, daß das Beschäftigungsrisiko in Österreich sozialisiert werden soll, dann frage ich, warum die Regierung nicht mit gutem Beispiel vorangeht und sich wirklich einmal ein Bild macht, wieviel arbeitslose Jugendliche es gibt, und sie nicht in die Statistik aufnimmt, um dann entschieden Maßnahmen setzen zu können, von denen Sie zwar reden, aber gar nicht wissen, für wen Sie es machen sollen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und ich darf auf noch ein Faktum verweisen: daß es, auch nach Studien des Wirtschaftsforschungsinstitutes, seit einigen Jahren eine sinkende Erwerbsquote gerade bei den 15- bis 19jährigen gibt. Hier gibt es also Regressionsanalysen, die vom Wirtschaftsforschungsinstitut angestellt worden sind und die nachweisen, daß das Sinken der Erwerbsquote in der Altersgruppe der 15- bis 19jährigen nicht kompensiert wird durch das Ansteigen der Schülerquote, also keine Verschulung der Arbeitslosigkeit in dem Fall eintritt, das heißt, daß die Erwerbsquote, wenn sie im Jahre 1975 um 1,8 Prozent gesunken ist, in den Jahren 1979 und 1980 um weitere 1,7 Prozent zurückgegangen ist.

Wir haben also hier auch das Problem einer versteckten Arbeitslosigkeit, wie das WiFO in einem seiner Berichte festhält und sagt: Danach wären 1975 900, 1976 1 500, 1978 4 000 und 1979 und 1980 3 500 Jugendliche versteckt arbeitslos gewesen.

Was will ich damit sagen? — Ich will damit sagen, daß wir uns bisher um die ehrliche Behandlung des Problems herumgedrückt haben, denn nehme ich diese Anzahl der versteckt arbeitslosen Jugendlichen zur bereits vorhandenen und ausgewiesenen Anzahl an arbeitslosen Jugendlichen in Österreich her, dann haben wir zurzeit nicht 2,5 Prozent arbeitslose Jugendliche in Österreich, sondern dann haben wir 5 Prozent und mehr

Dr. Jörg Haider

arbeitslose Jugendliche in Österreich. Das bedeutet, daß die Jugendarbeitslosigkeit auch gegenwärtig einen überproportionalen Anteil unter den Arbeitslosen hat. Und mit dieser Frage sollte man sich, wie ich meine, auch aus der Sicht der Regierung eingehend konfrontieren, wenn man schon darangeht, Maßnahmen zu setzen.

Für uns, aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion, ist jeder junge Mensch, der keine Beschäftigung findet, ein Arbeitsloser, der zuviel ist. Wir müssen daher gemeinsam versuchen, jene Wege zu eröffnen, die einen breiteren Einbruch auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen verhindern.

Wir begrüßen es daher, wenn die Bundesregierung nun versucht, im Bereich des öffentlichen Dienstes Möglichkeiten der Beschäftigung zu schaffen, wenngleich wir uns darüber im klaren sind, daß das eher ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, weil ja die Anzahl derer, die dadurch eine Beschäftigung finden, relativ bescheiden ist. Die Mehrheit der Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen ist ja, vor allem wenn es um den Lehrlingsbereich geht, in der großen Zahl der Klein- und Mittelbetriebe in der Privatwirtschaft zu finden.

Daher bringen wir aus der Sicht unserer Fraktion auch einen Entschließungsantrag ein; den Entschließungsantrag der Abgeordneten Haider, Dr. Stix betreffend die Aufstockung des Sonderprogramms zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen. Wir sind uns bewußt, daß gerade dieses Sonderprogramm eine enorme Bedeutung für die Beschäftigungssicherung der Jugend hat.

Der Herr Sozialminister hat vor kurzem in einer Anfragebeantwortung an den Kollegen Weinberger von der Regierungsfraktion gemeint, er wäre durchaus bereit, eine solche Aufstockung vorzunehmen, weil man ja in den letzten Jahren diese Quoten schrittweise zurückgenommen hat. Wir beantragen daher die Erhöhung um 400 zusätzliche Lehrplätze, die gefördert werden sollen, und stoppen damit eine Entwicklung, die ja auch der Bundeskanzler in seinem Bericht als eine „zu verhindernde“ bezeichnet hat, indem wir versuchen, von vornherein jenes Defizit an Lehrstellen, das heute gegeben ist, zu beseitigen, indem wir versuchen, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten durch gezielte Förderungen zu schaffen.

Ich stelle daher den

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung wird ersucht, in das Sonderpro-

gramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen für das Ausbildungsjahr 1982/83 die Förderung von zusätzlich 400 Lehrplätzen für Lehrlinge im ersten Lehrjahr aufzunehmen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das sicherlich eine rasche und zielgerichtete Maßnahme ist, die die freiheitliche Fraktion hier als Beitrag oder als Maßnahme zur Sicherung der Jugendbeschäftigung vorschlagen möchte.

Wir schlagen darüber hinaus weiters vor, daß der Handelsminister von seinen Möglichkeiten Gebrauch machen sollte, im Verordnungswege generell auch die Verhältniszahlen zu lockern, damit gerade in den in der Region befindlichen vielen Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit zur Aufnahme zusätzlicher Lehrlinge eröffnet wird.

Wir begrüßen es auch, daß wir uns auf eine Drei-Parteien-Initiative einigen konnten, die Ausbildungsprüfung noch um ein weiteres Jahr zu sistieren, um hier keine Barrieren für die Lehrlingsausbildung zu schaffen.

Wir glauben, daß man auch über den Gedankengang eines Kredites für Ausbildungsmaßnahmen an Betriebe ehebaldigst in Verhandlungen eintreten sollte. Gerade das Problem der Absolventen der mittleren und berufsbildenden höheren Schulen und der Gymnasiasten, die heute in einer wachsenden Zahl vor allem in den strukturschwächeren Regionen arbeitslos sind, könnte dadurch gelöst werden, daß wir den Betrieben, die solche zusätzliche Beschäftigte aufnehmen, eine Art Lohnkostenzuschuß oder eine Vorfinanzierung gewähren zu den entstandenen Aufwendungen aus Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung, die unter Umständen dann später wieder zurückgezahlt werden könnten.

Die Voraussetzung dafür wäre aber, daß man eine tatsächliche Steuerbefreiung dieser öffentlichen Förderungsmittel nach dem Einkommensteuergesetz möglich macht, weil das gegenwärtig nicht der Fall ist. Wir würden keinen Unternehmer finden, der bereit ist, einen zusätzlichen Beschäftigten einzustellen, wenn er letztlich auch die Prämie, die er von der Arbeitsmarktverwaltung bekommt, wieder steuerlich angerechnet bekommt und das kein steuerfreier Zuschlag ist.

Wir glauben auch — das sei an die Adresse der Regierungspartei sehr eindringlich gerichtet —, daß der Abbau der Gastarbeiter sicherlich nicht in jenem Maß voranschreitet, wie das möglich wäre. Ich gebe schon zu, daß das individuell sehr verschieden ist. Aber es gibt im öffentlichen Bereich viele Dienststel-

11824

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Dr. Jörg Haider

len, wo heute ausschließlich Gastarbeiter beschäftigt sind. Ich zitiere Ihnen ein Beispiel von den Österreichischen Bundesbahnen, wo österreichische Bauarbeiter sich bewerben, aber abgewiesen werden, weil sämtliche Dienstposten für die Bautrupps an ausländische Arbeiter vergeben sind. Trotz einer Intervention war es bis zur Stunde nicht möglich, diesen Zustand zu beseitigen.

Ich glaube, allein dieses Beispiel zeigt doch schon, daß man sehr wohl, wenn man will, hier noch zusätzliche Abbaumaßnahmen setzen kann, weil wir ja auf der anderen Seite auch damit konfrontiert sind, daß Österreicher, die bisher im Ausland waren, im verstärkten Ausmaß nun zurückkommen und in ihrer Heimat wieder eine Beschäftigung finden wollen.

Meine Damen und Herren! Das sind ein paar Überlegungen, von denen wir glauben, daß sie ein Beitrag sein könnten, um jene wachsende Arbeitslosigkeit auch bei jungen Menschen zu bekämpfen, weil wir ja in den Zielen voll übereinstimmen. Wir müssen uns nur noch über die Methoden, wie wir hier gemeinsam vorgehen, einigen.

Ich möchte daher einen Appell an den Finanzminister wie auch an den Bundeskanzler richten, uns nicht nur heute eine Absichtserklärung zu deponieren, daß man sich der Frage der Jugendbeschäftigung besonders annehmen wird, sondern auch mit dem Parlament in einen ernsthaften Dialog und in die Verabschiedung einer sogenannten nationalen Aktion, wie sie der Sozialminister selbst einmal bezeichnet hat, durch die Erstellung eines Jugendbeschäftigungsprogramms zu treten, an dem sich alle Fraktionen beteiligen können und mit dem mit Entschiedenheit jener Kampf gegen die Arbeitslosigkeit unter der Jugend geführt wird, von dem wir alle überzeugt sind, daß er notwendigerweise nun getätigt werden muß.

Ich hoffe daher, daß unser Entschließungsantrag Ihre Zustimmung findet, weil er unabhängig von der politischen Zugehörigkeit des Mandatars zum Ausdruck bringen würde, daß die Sicherung der Jugendbeschäftigung und das Interesse unserer vielen Lehrlinge in Österreich ein gemeinsames Anliegen dieses Hohen Hauses sind. Ich darf Sie daher einladen, unserem Antrag die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)* 21.17

Präsident: Der Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Manndorff.

21.17

Abgeordneter **Manndorff** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe als letzter Redner dieser Debatte die Chance und auch die Aufgabe, das Resümee des Problems, um das es heute ging, in wenigen Worten ganz kurz zu ziehen.

Über der gesamten Debatte und über den Berichten des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers stand eine große zentrale Frage: Ist die Wirtschaftspolitik, die die Bundesregierung betreibt, richtig oder ist sie falsch? Um diese Frage geht es.

Die Vorfrage, die ich stelle, lautet: Was sind die entscheidenden strategischen Ziele der Wirtschaftspolitik, um die es heute geht?

Ich sehe zwei entscheidende Ziele. Das eine ist die Sicherung der Vollbeschäftigung und in diesem Zusammenhang die Verhinderung, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten und Krisen durchschlagen in Arbeitslosigkeit. Das zweite Ziel, das untrennbar an der Seite dieses ersten Zieles steht, ist die Ankurbelung der wirtschaftlichen Initiative, um die Herausforderungen des Wettbewerbs der Zeit zu lösen und zu bewältigen. Die Voraussetzung dafür, daß dieses zweite Ziel erreicht wird ist, daß das erste Ziel längerfristig verwirklicht und die soziale Sicherheit aufrechterhalten werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich mich nun frage: Wie steht es mit der Verwirklichung dieser beiden großen Ziele?, so darf ich feststellen: In der Schwerpunktbildung der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit zu verhindern, ist ein positiver Ansatz zu erblicken. Dieser Zielsetzung als Schwerpunkt stimmen wir zu und sie erkennen wir an.

Der zweite Punkt, die Ankurbelung der Wirtschaft, um den Herausforderungen der Wettbewerbssituation der Welt von morgen gewachsen zu sein. Hier halten wir die Politik der Bundesregierung für unzureichend und falsch. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das sind im wesentlichen die Stellungnahmen zur Frage: Sind wir auf dem richtigen Weg oder nicht?

Worum geht es bei dem zweiten Punkt? Meine Damen und Herren! Die Berichte des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers haben in einem bestimmten Bereich bemerkenswerte und positive Aspekte enthalten. Das war für mich jener Bereich, wo darauf hingewiesen wurde, welche Bedeutung doch der Markt hat und welche Bedeutung der Unternehmer hat.

Und drittens: Das mehrfache Bekenntnis dazu, daß das Fiasko der kommunistischen

Mannorff

Wirtschaft und des kommunistischen Zentralwirtschaftssystems deutlich herausgestellt wurde.

Ich glaube, daß wir hier eine positive Entwicklung in der grundsätzlichen Einstellung zur Frage der Gesellschaftsordnung der Zukunft erblicken dürfen. Allerdings, meine Damen und Herren — und hier komme ich zu einem entscheidenden, ja zu dem als entscheidend zu betrachtenden Problem —, wenn wir fragen, wo ist die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu sichern und die Initiativen, die wir für morgen brauchen, auch tatsächlich zu ergreifen: Es geht nur in den Unternehmungen, der Staat allein kann hier gar nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Schlüssel zur Zukunft und zu ihrer Bewältigung liegt darin, daß wir die Unternehmungen, das heißt, im Klartext gesprochen, die unternehmerischen Menschen anregen, ihnen Impulse, Initiativen und einen entsprechenden Anreiz geben, unternehmerisch aktiv tätig zu sein. Das ist der Kern der offensiven Wirtschaftspolitik.

Wir kommen ohne den unternehmerischen Menschen nicht aus. Das, meine Damen und Herren, wird in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu wenig beachtet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Frage Großbetrieb, Kleinbetrieb, weil der Herr Kollege Fauland hier behauptet hat, es hätte zwischen dem, was Präsident Graf, und dem, was Dr. Taus sagte, einen Widerspruch gegeben. Das ist unrichtig, meine Damen und Herren. Beide Redner haben klar zum Ausdruck gebracht, wir brauchen natürlich den Großbetrieb, aber wir brauchen in entscheidendem Maße die Klein- und Mittelbetriebe. Und Dr. Taus hat besonders unterstrichen, daß er das Mißverhältnis der Förderungspolitik zum Nachteil der Klein- und Mittelbetriebe zu kritisieren hat.

Zum Abschluß, meine Damen und Herren: Die sozialistischen Redner haben zum Teil den Eindruck zu erwecken versucht, daß die eigentliche Alternative der Wirtschaftspolitik zwischen der Sozialistischen Partei und uns darin bestünde, daß die Sozialistische Partei die Vollbeschäftigungspolitik zum Schwerpunkt erhebt, während, wenn die Politik der Volkspartei sich durchsetzen würde, ähnliche Verhältnisse der Arbeitslosigkeit eintreten müßten wie in England, Amerika und so weiter, als sei letztlich — das kam irgendwie heraus, und dem möchte ich mit aller Klarheit und absolut widersprechen — die Alternative in Österreich entweder Kreisky oder Thatcher und Reagan.

Meine Damen und Herren! Bei aller Würdigung der besonderen Situation in den westlichen Staaten wie England und Amerika sind wir der Meinung, daß das soziale Netz, das im Sinne der sozialen Marktwirtschaft erforderlich ist, in diesen Ländern nicht genügend gespannt ist und daß wir das daher nicht zur Gänze nehmen als unser Vorbild in letzter Konsequenz nehmen. Ich bitte, das mit aller Klarheit zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte diese Überlegungen in einen kurzen Satz kleiden, den ich vor einiger Zeit in einem Zeitungsinterview verwendet habe, der vereinfacht ist — ich betone das —, aber den Kern der Sache wiedergibt. Reagan setzt total auf die Ankurbelung der Unternehmerinitiative und verzichtet auf ein soziales Netz. Unsere Bundesregierung setzt total auf ein soziales Netz und verzichtet auf die Ankurbelung der Unternehmerinitiative. Beides ist falsch! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Darin liegt das Wesen dessen, was uns unterscheidet. Ich betone noch einmal: Nicht die Politik, die den Schwerpunkt Vollbeschäftigung setzt, unterscheidet uns, sondern nur die Politik in diesem Zusammenhang als Schwerpunkt, die zu wenig tut, um die wirtschaftliche Initiative anzukurbeln, damit die Wirtschaft den Herausforderungen von morgen gewachsen ist. Da halten wir die Politik der Regierung für unzulänglich, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Um diese Alternative geht es auch in der Darstellung, die die Bundesregierung von ihrer Wirtschaftspolitik gegeben hat. Auch hier kommt uns dieser Gesichtspunkt zu kurz, wie er auch in der Praxis der Politik zu kurz kommt.

Unser Weg ist eben der, die soziale Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig ergänzend die Wirtschaft anzukurbeln. Denn nur so können die sozialen Herausforderungen von morgen, die wirtschaftlichen Herausforderungen von morgen bewältigt und die soziale Sicherheit auf Dauer gewährleistet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)* 21.25

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Erarbeitung eines Wirtschaftsbelebungsprogrammes zur Sicherung der Arbeitsplätze in Österreich.

11826

Nationalrat XV. GP — 117. Sitzung — 2. Juni 1982

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Czettel und Genossen betreffend eine Beschäftigungspolitik unter Vermeidung der Fehler konservativ regierter Länder. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Mit Mehrheit angenommen. (*E 82*)

Wir gelangen schließlich zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Aufstockung des Sonderprogrammes zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1922/J bis 1927/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 16. Juni 1982 um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen.

Die Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 30 Minuten